

Rundbrief 1|2

AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE

2012

Nazis in der Kurve? Neonazismus und Rassismus im Fussball



DIE LINKE.

INHALT

EDITORIAL	3
Yves Müller	

NAZIS IN DER KURVE? NEONAZISMUS UND RASSISMUS IM FUSSBALL

Rechtsradikalismus und Rassismus in der Fußballfankultur in Deutschland	4
Jonas Gabler	

Fußball, Konflikte und Krieg in Jugoslawien – Wie ist der Fußball in einem Land, das zerfällt?	9
Holger Raschke	

Mehr als nur ein Schimpfwort – Antiziganismus in Fußball und Gesellschaft	13
Jan Tölva	

Der zwölfte Mann: Geschlecht in Fußballfankulturen	17
Juliane Lang	

Fans gegen Rassismus. Über Chancen und Grenzen antirassistischen Fanengagements	20
Martin Endemann	

Steilpässe gegen Homophobie. Türkiyemspor Berlin verstrickt in ambivalente Debatten	25
Robert Claus und Harald Aumeier	

Auf den Rängen gibt's kein Abseits! Eine Veranstaltungsreihe des 1. FC Union Berlin zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus	30
Helge Meves	

AKTUELLES ZU RECHTSEXTREMISMUS UND ANTIFASCHISMUS

Die Rede von der gesunden deutschen Nation. Eine kritische, diskursanalytische Skizze zu einer Rede von Joachim Gauck	36
Sebastian Reinfeldt	

Nach den Morden des NSU. Sieben Maßnahmen gegen Rechts	42
Martina Renner	

1930 BIS 1933: DEUTSCHLAND AUF DEM WEG IN DEN FASCHISMUS

Nazifizierte Justiz und antisemitische Gewalt in Schlesien 1930/31	44
Reiner Zilkenat	

HISTORISCHES ZU RECHTSEXTREMISMUS UND ANTIFASCHISMUS

Zur Antwort der deutschen Widerstandsbewegung auf den 22. Juni 1941. Ein Überblick	48
Günther Wehner	

BERICHTE UND INFORMATIONEN

60 Jahre Wirken der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)	53
Ulrich Schneider	
Das »Bündnis gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit« Salzgitter . . .	56
Gerd Graw	
Zwischenaufenthalt in Berlin. Eine Ausstellung über jüdische Migranten aus Osteuropa in den 1920er Jahren	58
Horst Helas	

REZENSIONEN UND ANNOTATIONEN

Lesenswertes zur Aktualität der faschistischen Gefahr	60
Mathias Wörsching	
Der Deutschen neues Sorgenkind	62
Martin Brandt	
Fußball und Ausgrenzung	64
Robert Claus	
Antikommunistische Gespenster	65
Yves Müller	
»Für den Sozialismus! Für die Weltrevolution! Gegen Stalin!«	67
Stephan Jegielka	
Gegen Nazis sowieso	71
Julia Wiedemann	
Rechte ins Abseits stellen: Zur Verteidigung des Fußballs	72
Gabriel Kuhn	
DVD zur NS – Zwangsarbeit	74
Roman Fröhlich	
Zwangsarbeit und »Volksgemeinschaft« im NS – Regime	75
Horst Helas	
»Deutschland als Ganzes« – Die »deutsche Frage« und die »Neue Ostpolitik« der Bundesrepublik	77
Eva Seeber	
Nazi-Judenverfolgung in Polen 1939 bis 1941	81
Werner Röhr	
Basiswissen zum Faschismus	84
Roland Bach	
VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN	86

EDITORIAL

»Und manchmal, wenn ein gegnerischer Schwarzer Spieler ein Foul begeht oder eine gute Chance verpasst oder eine Chance nicht verpasst oder mit dem Schiedsrichter streitet, sitzt du panisch zitternd da und ahnst nur Böses. »Bitte sagt nichts, niemand«, murmelst du im Sitzen vor dich hin. »Bitte verderbt mir nicht alles.« Mir bitte ich zu beachten, nicht dem armen Kerl, der da unten nur Meter entfernt von einigen schlimmen faschistischen Sturmtruppen Fußball spielen muss – von solcher Art ist das nachsichtige Selbstmitleid des modernen Freigeistes.« (Nick Hornby)

Lange hat der »Rundbrief« auf sich warten lassen. Nachdem die Finanzierung des Blattes einige Monate vakant war, musste auch die Arbeit an dem neuen Heft ruhen. Dadurch ist auch der Zeitplan, den Redaktion und Sprecherrat gemeinsam erarbeitet haben, etwas in Verzug geraten und bereits gelieferte Aufsätze konnten nicht erscheinen. Im Laufe des Jahres nehmen wir unsere Arbeit wieder, um dann im kommenden Jahr wieder mit vier regulären Ausgaben erscheinen zu können.

Doch schon die vorliegende Ausgabe hat es in sich: Mit dem Schwerpunktthema »Nazis in der Kurve? Neonazismus und Rassismus im Fußball« widmen sich die Autor_innen den vielschichtigen Ausdrucksformen, Hintergründen und Ursachen rassistischer, antisemitischer, homophober und sexistischer Diskriminierung auf den Rängen und auf dem Rasen der Fußballstadien. Die Beiträge räumen auf mit der Mär, Fußball habe nichts mit Politik zu tun, rassistische und sexistische Beleidigungen seien eben »Folklore« und »Tradition« bei Fans und allerhöchstens »unsportlich«.

Den Anfang macht Jonas Gabler, der sich kritisch rechtem und rassistischem Gedankengut in den Fußballstadien des Landes widmet, aber ebenso die Chancen aufzeigt, die sich durch die Entstehung einer lebendigen und vielfältigen Ultra-Bewegung bieten. Zwei weitere Artikel eröffnen den Blick

auf immer noch völlig vernachlässigte Probleme: Während Jan Tölva den weit verbreiteten und tradierten Antiziganismus in Fußball und Gesellschaft problematisiert, erläutert Juliane Lang, wie Sexismus und Männlichkeitskult in Fanszenen Frauen bis heute ausschließt, aber auch wie weibliche Fans um Anerkennung und Selbstbestimmung ringen. Holger Raschke erweitert die Analyse um eine Betrachtung der Missstände im jugoslawischen Fußball und führt die Leser_innen so auf internationales Parkett. Der Aufsatz von Martin Endemann beleuchtet anhand verschiedenster deutscher und europäischer Beispiele, welche Anstrengungen antirassistisches Fanengagement kostet und wie oftmals gerade Vereine und Verbände mehr Teil des Problems denn der Lösung zu sein scheinen. Sein Beitrag macht aber ebenso wie die Vorstellung der Vereins- und Faninitiativen durch Robert Claus und Harald Aumeier sowie Helge Meves auch Hoffnung. Hoffnung darauf, dass die stetige Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitssyndromen wie Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Sexismus, Homophobie usw. auch gesamtgesellschaftliche Früchte trägt. Wer noch immer glaubt, dass Politik (und insbesondere antirassistisches und antisexistisches Engagement) im Stadion nichts suchen hat, der irrt nicht nur. Er verkennet auch die enorme Strahlkraft, die von den Fans ausgehen kann. Diese Chance sollte nicht verstreichen lassen, wer sich zivilgesellschaftlich oder antifaschistisch engagiert.

Der Sprecherrat der BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus der Partei DIE LINKE bedankt sich bei den Autor_innen und wünscht allen Leser_innen eine interessante Lektüre. Im nächsten Heft widmet sich der »Rundbrief« schwerpunktmäßig der 80. Jährung der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933. Allen Interessierten sei hierzu das am Ende dieser Ausgabe angefügte Call for Papers nahe gelegt.

Yves Müller

Rechtsradikalismus und Rassismus in der Fußballfankultur in Deutschland

Fußball als Mittel der Instrumentalisierung

»Im Fußball gibt es keinen Rassismus!« oder »Das sind keine Fans, die interessieren sich nicht für Fußball.« hört man immer wieder von Vereinsfunktionären oder auch von Sportjournalisten, wenn das Gespräch auf das Thema Rassismus oder Rechtsradikalismus im Fußballstadion kommt. Und fast alle sind sich einig, wenn es heißt »Fußball ist nur ein Sport und Politik hat da nichts zu suchen«. Eine erstaunliche Aussage. Schließlich ist Fußball in Deutschland und allen anderen Ländern, in denen der Fußball zur hegemonialen Sportkultur geworden ist, ein Feld reichhaltiger politischer und anderweitiger Instrumentalisierung.¹ Jedoch: Offensichtliche politische oder sonstige Manipulation der Anhänger ist – zumindest in Deutschland – eher geächtet. Dies mag auch daran liegen, dass im Fußballbereich tatsächlich – sowohl auf dem Platz, wie auf den Rängen und auch in den Institutionen – Menschen mit unterschiedlichem politischen und gerade unter den Zuschauern auch unterschiedlichem sozialen und Bildungshintergrund zusammentreffen.² Die Lebensrealitäten und politischen Positionen der involvierten Personen sind dementsprechend heterogen, weshalb offene politische Instrumentalisierung (viel weniger als etwa die wirtschaftliche Instrumentalisierung des Fußballsports als einem der wichtigsten und finanzträchtigsten Werbeträger) von den wenigsten geschätzt bzw. nur geduldet wird.

Eine erfolgreiche Instrumentalisierung ist nur möglich, wenn zugleich nach außen das gesellschaftliche Konstrukt des »unpolitischen Fußballsports« aufrecht erhalten wird. Marschik nennt das die Neutralisierung des Sports, die es erst ermöglicht, dass einzelne Politiker, politische Gruppierungen, Parteien, Wirtschaftsunternehmen, in jüngerer Zeit aber auch zivilgesellschaftliche Initiativen den Fußball für ihre Zwecke nutzen.³ Tatsächlich wird der Fußball also auf vielfältige Art und Weise instrumentalisiert und für völlig verschiedene teils gegensätzliche Ziele genutzt.⁴ Dies ist angesichts des gesellschaftlichen Raumes, der dem Fußball und seinen verwandten Themen eingeräumt wird, wenig verwunderlich und aus demokratischer Sicht auch nicht zu verurteilen. Lediglich ein offener Umgang mit dieser Tatsache und damit verbunden eine schärfere Analyse der tatsächlichen Instrumentalisierungen wären wünschenswert.

Politische und gesellschaftliche Heterogenität in der Fankurve vs. »politisches Etikett«

Es bleibt festzuhalten, dass der Fußball wie kaum eine andere Sportart von nahezu allen Gesellschaftsschichten und unabhängig von ihrem politischen Interesse und/oder Bekenntnis betrieben und mit großem Interesse, Aufmerksamkeit und häufig auch Engagement verfolgt wird. Auch die Anhängerschaften von Fußballclubs sind demnach höchst heterogen.⁵ In den Stadien und damit auch in den Fankurven tummeln sich Personen mit sehr unterschiedlichen politischen Vorstellungen, was potenziell zu Konflikten führen kann, die den Zusammenhalt der Fanszene gefährden könnten. Dies ist der Grund, weshalb auch viele Fans betonen, der Fußball wäre unpolitisch, deshalb jegliche Instrumentalisierung ablehnen und damit in den allgemeinen Chor einstimmen.

Dies schließt jedoch nicht aus, dass eine Fankurve/-szene sich über die Zeit einen bestimmten politischen Ruf erwirbt. Dieser ist jedoch mehr ein Etikett, das zwar in gewisser Weise die Zusammensetzung des Publikums und die Kräfteverhältnisse in der Kurve aber nicht die politische Gesinnung aller Kurvenbesucher widerspiegelt.

Ausgehend von der Heterogenität des Fußballpublikums erscheint es schlüssig, dass sich in den meisten Fankurven sowohl Rechtsradikale als auch Anhänger anderer politischer Parteien und Richtungen finden. Der Umgang mit nationalsozialistischen Symbolen hat sich in den vergangenen 15 Jahren geändert. Sie werden heute weniger toleriert, was andererseits keineswegs ausschließt, dass Rechtsradikale auch heute noch in den Stadien präsent sind.

Die Akzeptanz gegenüber rassistischem Verhalten ist trotz eines positiven Trends nach wie vor zu hoch was damit zu tun haben mag, dass Rassismus eben kein exklusives Problem rechtsradikaler Parteien ist. In den Fankurven finden sich überzeugte Rassisten, Alltagsrassisten und viele Menschen, die diesbezüglich nicht ausreichend sensibilisiert sind. Aber glücklicherweise gibt es daneben eben auch sensibilisierte Menschen und unter diesen zunehmend auch aktive und engagierte, die für eine verstärkte Sensibilisierung bezüglich des Themas Rassismus in ihrem Fanumfeld sorgen wollen. Je nachdem wie sich nun an einem konkreten Standort die Zusammensetzung des Publikums aus den genannten Gruppen gestaltet, wird dies Einfluss auf die Außenwirkung der jeweiligen Fanszene ausüben. Aber es ist nicht diese Zusam-

mensetzung allein, sondern auch die Normen und Verhaltensregeln, die inneren Strukturen und Machtverhältnisse, die letztlich entscheiden, ob rassistische Gesänge gesungen werden, wie viele Menschen in der Fankurve sich daran beteiligen, bzw. ob rechtsradikale Symbole gezeigt werden können.

Fanszenen erscheinen zwar nach außen insbesondere durch ihr geschlossenes Auftreten als strikt organisiert, zeichnen sich aber in Wahrheit eher durch Abwesenheit von formaler Organisation und eine gewisse Anarchie aus.

Verschobene Normen und Konventionen und die Rolle von »stereotypen Männlichkeitsvorstellungen«

Der Reiz des Besuches einer Fankurve dürfte für viele Fans vor allem das Ausbrechen aus dem Alltag sein. Damit verbunden ist – wie bei anderen Massenveranstaltungen auch – das Brechen gesellschaftlicher Konventionen bis hin zum Brechen der geltenden Gesetze. Es kommt zu einer Verschiebung der sozialen Verhaltensnormen wobei zunächst mal mehr erlaubt ist als anderswo. Dennoch etablieren sich trotz jener Anarchie im Sinne von Abwesenheit formaler Organisation, eigene Normen und Konventionen. Diese ergeben sich aus der Zusammensetzung des Publikums und den Aushandlungsprozessen innerhalb der Fanszene.

Wichtig bei der Betrachtung der Normen und Konventionen in der gegenwärtigen Fußballfankultur ist der starke Einfluss stereotyper Männlichkeitsvorstellungen⁶, der im jahrzehntelangen rigorosen Ausschluss von Frauen bei gleichzeitiger Inszenierung des Fußballs als »Männersport« begründet liegt. Vor dem Hintergrund dieser Prägung haben sich viele lokale Fankulturen ausdifferenziert, die oftmals ähnliche aber in Nuancen durchaus unterschiedliche eigene Normen und Regeln in ihrer Fanszene etabliert haben.

Zu solchen Normen und Konventionen gehört ein ganzes Spektrum von (ungeschriebenen) Geboten, Regeln und Ritualen. Diese Normen etablieren sich vor allem durch Vorbilder und Gruppendynamiken, werden aber auch durch verbale und in Einzelfällen auch physische Interventionen durchgesetzt. Zur Verdeutlichung: Relevant für das Phänomen Rassismus und Rechtsradikalismus sind zum Beispiel bestimmte Dresscodes, die sich an politischen (Jugend-)Szenen bzw. Lifestyles orientieren und der damit verbundene Ausschluss von nicht genehmten politischen oder weltanschaulichen Symbolen. Wichtiger noch ist die allgemeine Toleranz bzw. Ablehnung gegenüber diskriminierenden und/oder Fangesängen mit politischem Kontext. Wie bereits deutlich wird, können diese Normen in sehr unterschiedliche Richtungen wirken; so können sie rassistische und rechtsradikale Verhaltensweisen als Standard etablieren, aber eben auch für eine weitgehend diskriminierungsfreie bzw. Diskriminierungen ablehnende Fankultur stehen.

Letzteres mag mit Blick auf den prägenden Einfluss stereotyp-männlicher Verhaltensweisen zunächst unwahrscheinlich erscheinen. Erfahren doch Stärke, Macht, Dominanz und Begriffe wie Ehre, Treue, Kameradschaft eine hohe Bedeutung. Allgemein lassen sich durchaus Ähnlichkeiten zu anderen Männerbünden finden, die ja nahezu immer auch auf Abgrenzung, also einem ausgeprägten Freund-Feind-Schema basieren.

Daraus ergeben sich als typische (wenn auch teilweise nicht unumstrittene) Normen von europäischer Fußballfankultur: »rauhe«, typisch »männliche« Umgangsformen, häufig verbunden mit der Betonung einer weißen, autochthonen, männlich-heterosexuellen Identität; Betonung der Konkurrenz zum Gegner⁷, die sich in (überwiegend) rituellen Provokationen, Beleidigungen und Herabwürdigungen äußert; Wunsch nach Dominanz über den Gegner (auch in Form von Lautstärke); Aufwertung der Eigen-, Abwertung der Fremdgruppe; Betonung von Ehre, verbunden nicht selten mit Rachegefühlen, die die Entstehung verfestigter Feindschaften gegenüber bestimmten Mannschaften und ihrer Anhänger begünstigen.

Die Fußballfankultur als »natürlicher Verbündeter« menschenfeindlicher Ideologien?

Angesichts dieser Aufzählung lässt sich kaum der Eindruck vermeiden, Fußballfankultur wäre geradezu ein »natürlicher« Verbündeter von rassistischen, autoritären und chauvinistischen Ideologien und böte etliche Andockpunkte für eine dahingehende Instrumentalisierung. Dies wurde zumindest während der 1970er und 1980er Jahren bestätigt, als rechte Parteien und Gruppen mehr oder minder gezielt in den Fankurven agierten, um dort ihr Weltbild zu verbreiten und Mitglieder zu werben. Dies war auch deshalb möglich, weil es von Verbänden, Vereinen und auch der Politik kaum ernsthafte Bemühungen gab, dem entgegen zu wirken. Viel mehr redete man das Problem aus Sorge um die Vermarktbarkeit des Produkts Fußball (mit anderen Worten: seine Fähigkeit zur Instrumentalisierung als Werbebotschafter) klein. Dies änderte sich erst unter dem gestiegenen gesellschaftlichen Druck im Verlaufe der 1990er Jahre und vermutlich auch im Zusammenhang mit der Annahme, dass gerade das kaufkräftigere Publikum sich von Rassismus und Rechtsradikalismus in den Stadien abschrecken ließe. Die vielfach von Fans aber auch von manchen Aktiven und Funktionären sowie Sportjournalisten beklagte Kommerzialisierung des Sports hat also nebenbei tatsächlich zu einer beachtlichen Zivilisierung des Publikums (in Bezug auf Rassismus aber auch in Bezug auf Gewalt) beigetragen. Teilweise durch den gezielten Ausschluss von einzelnen Fans, teilweise durch das generelle Ausschließen weniger kaufkräftiger Fans⁸ durch die Erhöhung der Ticketpreise (outpricing), aber auch weil es gelungen ist, seitdem die Verhaltensnormen inner-

halb der Kurven zu ändern. Dabei spielten die sozialpädagogische Arbeit der Fanprojekte, anti-rassistische Faninitiativen und an vielen Standorten auch lokale Ultra-Gruppen eine wesentliche Rolle.

Dynamische Hierarchien und Normensysteme

Wie bereits deutlich geworden ist, gibt es also auch in diesem »etwas gesetztesloseren«⁹ Raum Verhaltensnormen. Trotz (oder wegen?) der Abwesenheit einer formalen Hierarchie, entwickeln sich mehr oder weniger gute Organisationsstrukturen bzw. interne Hierarchien und mit ihnen bilden sich verbindliche Verhaltensregeln heraus. Dies gilt sowohl innerhalb der größeren Fan-Gruppierungen als auch bezogen auf die gesamte Fanszene eines Vereins.

In der Vergangenheit und bis in die Gegenwart kristallisieren sich in Fankurven immer Gruppen heraus, die einen führenden und prägenden Einfluss auf die gesamte Fanszene ausüben. Grundlage dieser Hierarchien sind zum einen Alter bzw. die Zugehörigkeitsdauer, zum anderen spielen aber auch Auftreten und nicht selten auch physische Kraft eine Rolle. Dies gilt auch auf nächsthöherer Ebene bei der Frage, welche Gruppe(n) einen Führungsanspruch beanspruchen darf (dürfen): Länger existierende, zahlenmäßig große, aber auch aggressiv auftretende und physisch dominante Gruppen haben in dieser Auseinandersetzung gute Karten. Diese Hierarchien sind jedoch nicht unveränderbar. Im Gegenteil unterliegen sie einer ständigen Dynamik insbesondere durch personelle Fluktuation aber auch durch interne Machtkämpfe. Auch von außen kann Einfluss auf diese Dynamiken genommen werden, etwa durch Stadionverbote, Gruppenverbote und Förderung bestimmter Fangruppen bzw. -initiativen.

Sowohl die Veränderungen in der Organisation von Fußballfanszenen durch das Auftreten und die Verbreitung der Ultras als auch der Wandel im Umgang mit Rassismus und anderen Formen der Diskriminierung verdeutlichen diese Dynamik und stimmen teilweise positiv, angesichts positiver Ansätze bei Institutionen, Fußballfans und unter letzteren gerade auch bei vielen Ultra-Gruppen.

Die bereits als für die europäische Fußballfankultur als typisch charakterisierten Normen behalten zwar nach wie vor ihre Gültigkeit und Bedeutung, werden aber um andere Aspekte und auch dazu im Widerspruch stehende Normen ergänzt.

Ultras

An dieser Stelle lohnt eine ausführlichere Beschäftigung mit dem Phänomen Ultras in Deutschland, die die aktive Fanszene gegenwärtig unbestritten dominieren. Ultra ist zunächst eine bestimmte Form der Fußballfankultur, die sich in vielen Punkten kaum von den übrigen Fußballfankulturen Europas

unterscheidet. So ist auch sie in jeglicher Hinsicht »typisch männlich« geprägt und hat zum Ziel, den eigenen Verein, die Stadt, Region und die eigene Fanszene bestmöglich zu unterstützen und zu repräsentieren.

Der augenfälligste Unterschied der Ultra-Fankultur liegt in den Ausdrucksformen und der Organisation der Unterstützung der eigenen Mannschaft: In Deutschland (wie auch in England) war es lange Zeit üblich, dass kleine Gruppen einen Gesang anstimmten, in den dann jeweils ein Teil oder die ganze Kurve einstimmte. Durch die Verbreitung der Ultras in Deutschlands Stadien hat sich dies geändert: Heute sind es meist eine oder mehrere Personen, die als Vorsänger von der/den dominierende/n Ultra-Gruppe/n gestellt werden und die Gesänge anstimmen, die die Fankurve anschließend mehrheitlich singt. Eher selten stimmen kleinere Gruppen Fangesänge an, die noch seltener von großen Teilen der Fankurve übernommen werden. Dies gilt insbesondere für Gesänge, die nicht in das übliche Repertoire gehören. Der akustische Support wurde – man könnte sagen – von den Ultras monopolisiert.

Als Inspiration für diese mittels Megaphon koordinierte Form der Unterstützung gilt die politische Protestkultur des Italien der ausgehenden 1960er Jahre. Hier hat die Ultra-Kultur ihren Ursprung: Die am damaligen Protest beteiligten jungen Menschen, die zu einem Teil zugleich Fußballfans waren, machten damals Erfahrungen bei der Mobilisierung und Organisation von Protest und wandten diese anschließend beim Fußball an. Sie verfolgten damit das Ziel, ihre Mannschaft besser zu unterstützen und sich zugleich einen kreativen Freiraum zu schaffen, den es ihnen in den folgenden Jahren nicht gelang, gesamtgesellschaftlich durchzusetzen. Nicht nur das Megaphon gelangte so von der Straße in das Stadion, auch Transparente (und Doppelhalter), Fahnen, Flugblätter, politische Lieder und Symbole gehörten fortan zum Repertoire der italienischen Fankultur, die seinerzeit deutlich links geprägt war. Aber auch in der internen Organisation und den Ansprüchen finden sich bis heute Parallelen zwischen Ultra-Gruppen und den damaligen politischen Gruppen: Ultra-Gruppen haben einen gewissen Vertretungsanspruch, sie wollen die Fanszene nach außen und nach innen prägen. Dazu schaffen sie sich Strukturen und organisieren Aktivitäten, wie regelmäßige Gruppentreffen, die nicht selten in selbstfinanzierten und -verwalteten Räumlichkeiten stattfinden, wie Konzerte, Parties aber auch soziales oder karitatives Engagement. Sie betreiben Mitgliederwerbung, organisieren Kampagnen oder betreiben zumindest Werbung für die eigene Sache mittels Publikationen und Medien. Dazu gehört auch die Vertretung der eigenen Interessen gegenüber anderen Akteuren (Vereine, Verbände, Polizei, Politik und Medien) wobei dies in Italien wie in Deutschland erst dann verstärkt eine Rolle spielte, als sich durch die beschleunigte Kommerzialisierung des Fußballs und eine verstärkte Kontrolle und Sanktionierung mit dem Ziel der Gewaltprävention, die Situation für aktive Fans verschlech-

terte. Steigende Ticketpreise, flexiblere Anstoßzeiten auch an Werktagen, »Versitzplatzung« der Stadien, Einschränkungen und Verbote, die die bisherigen Freiheiten der Fans einschränkten (etwa bzgl. der Zulassung von Megaphonen, Fahnen, Choreographien) werden von vielen Ultra-Gruppen zu Recht als Bedrohung für eine selbstorganisierte Fankultur gesehen.

Nach Deutschland kam das Phänomen Ultras Mitte der 1990er Jahre, als sich die Fankultur vielerorts in einer im wahrsten Sinne des Wortes »atmosphärischen Krise« befand. Die Stimmung in den Stadien hatte sich verschlechtert, die Fankultur stagnierte. So zumindest die subjektive Wahrnehmung der jungen Fans die damals in Italien erlebten, zu was eine Fankurve in der Lage war, wenn sie sich nur entsprechend organisierte. Zunächst griff man auf die typischen Ausdrucksmittel – Megaphon, Trommeln, Fahnen, Pyrotechnik und Choreographien – zurück, erst mit der Zeit etablierte man ähnliche organisatorische Strukturen und entwickelte ähnliche Ansprüche wie sie in der italienischen Ultra-Kultur üblich waren: Ein geschlossenes Auftreten der Fanszene samt hoher Beteiligung am akustischen und optischen Support; Anwesenheit bei jedem Spiel; Engagement für den Erhalt von Rahmenbedingungen, die eine selbstorganisierte Fankultur ermöglichen; und in diesem Zusammenhang auch die Unabhängigkeit sowie kritische Distanz zum Verein und zu anderen Institutionen.

Ultras, Diskriminierung und Anti-Diskriminierung

Es sind diese erweiterten Ansprüche, die dazu führen, dass sich durch die Verbreitung der Ultra-Kultur in Deutschland die Normen und Konventionen an vielen Standorten in beachtlicher Weise gewandelt haben. Auch die Ultra-Kultur steht nach wie vor in der Tradition der Fußballfankultur, die seit Jahrzehnten durch männliche Dominanz geprägt ist. Aber durch das breite Spektrum an Aktivitäten, das bei Ultra-Gruppen zu beobachten ist, findet sich eine Vielzahl von Möglichkeiten, sich in die Gruppe zu integrieren, die Alternativen zu den üblichen Mechanismen bieten, mit denen etwa bei den Hooligans Anerkennung erworben wurde.¹⁰ Auch stellen sich die Ultra-Gruppen mit ihrem Anspruch zu wachsen und an Einfluss zu gewinnen als tendenziell offener dar, als etwa Hooligan-Gruppen, die sich auch über eine elitäre Abschottung definierten. Diese Offenheit und Pluralität der Aktivitäten führt im Vergleich zu den vorangegangenen Fankulturen zu einer veränderten Zusammensetzung der dominierenden Fangruppen und damit mancherorts mittelfristig auch zu einer Veränderung der Normen und Konventionen hin zu einem toleranteren Umgang mit Abweichungen von der weißen, deutschen, heterosexuellen, männlichen Norm. Sicher sind Stadien und Ultra-Gruppen heute keineswegs frei von Diskriminierungen (während der offene Rassismus in der Masse deutlich abgenommen hat, sind Homophobie, Sexis-

mus und bestimmte Formen des Rassismus wie etwa Antiziganismus¹¹ noch weit verbreitet), jedoch gibt es im kleinen und manchmal auch im großen positive Entwicklungen zu vermelden. Dazu einige Beispiele:

In einigen Fanszene, die in der Vergangenheit ein deutlich rechtes Etikett trugen, d.h. in denen rechtsradikale (Fan-) Gruppen offensichtlich dominierend waren und Normen und Konventionen durchsetzten, nach denen Rassismus und Rechtsradikalismus alltäglich waren und anti-rassistisches Engagement unterbunden wurde, dominieren heute Ultra-Gruppen, die auch dank ihres akustischen Monopols dafür sorgen, dass rassistische Gesänge untergehen und nicht von der Kurve übernommen werden. Nicht immer bedeutet das, dass offensiv anti-rassistisches Engagement betrieben wird, vielmehr hat man sich vielerorts auf einen nicht-rassistischen und anti-nationalsozialistischen Konsens geeinigt (von einem nicht-homophoben und nicht-sexistischen Konsens ist man hingegen vielerorts noch entfernt). Beispiele dafür sind u.a. die Fanszenen von Hertha, Rostock, Stuttgart, Köln, Frankfurt, Nürnberg u.v.w.

Über zwei Dutzend Ultra-Gruppen engagieren sich zudem offensiv gegen Rassismus und auch gegen andere Formen von Diskriminierung, wie Homophobie und Sexismus. Dazu gehört das regelmäßige Bekenntnis nach außen und innen, Aufklärungs-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit sowie die direkte Arbeit mit Flüchtlingen. Gerade wenn es sich um die jeweils dominierende Gruppe in der jeweiligen Fanszene handelt, ist aber der Einfluss auf die fanszeneinternen Normen und Konventionen am bedeutsamsten. Beispiele dafür sind u.a. die Fanszenen von Bayern München, Bremen, Sankt Pauli, Düsseldorf, Jena, Babelsberg, Chemie Leipzig oder Zwickau. Auch manche dieser Fanszenen konnten bis vor 20 Jahren getrost als rechts etikettiert werden, andere wenige haben hingegen schon eine längere »linke Tradition«. Dennoch: Auch heute gibt es noch Fanszenen, in denen rechtsradikale oder zumindest rechtsoffene Gruppen existieren. Seit längerem wird dieser Vorwurf gegenüber Teilen der Fanszenen von Lok Leipzig, BFC Dynamo, Chemnitz, Halle und in jüngster Zeit auch von Aachen, Dortmund und Hannover erhoben. Fast alle der genannten Szenen bzw. Gruppen würden diesen Vorwurf jedoch zurückweisen, was nur verdeutlicht, wie sehr rechtsoffenes und rassistisches Verhalten mittlerweile im Fußball tabuisiert ist. De facto muss aber konstatiert werden, dass Teile der genannten Fanszenen immer wieder durch entsprechendes Verhalten auffallen und teilweise auch personelle Verbindungen zu den örtlichen rechten Szenen nachgewiesen werden konnten. In manchen Fällen führte dies in der Folge zu Konflikten innerhalb der Fanszenen wie etwa jüngst in Dortmund oder Aachen. An solchen Beispielen werden die angesprochenen Aushandlungsprozesse bis hin zu Machtkämpfen deutlich und verbildlichen damit die Dynamik des Wandels von Hierarchien bzw. Normen und Konventionen. In welche Richtung sich diese Dynamiken entwickeln ist damit noch nicht zwangs-

läufig gesagt. Andrej Reisin machte auf publikative.org darauf aufmerksam, welche Risiken es bergen könnte, wenn man nicht genehme aber immerhin anti-diskriminatorische Gruppierungen auf Grund von anderweitigem Fehlverhalten (etwa dem Zünden von Pyrotechnik) verbannt und damit zugleich in das fragile »politische Gleichgewicht« in einer Fankurve eingreift.¹²

Fazit

Die Grundlage für die Entstehung einer eigenständigen Fußballfankultur ist das vorübergehende außer Kraft setzen der gültigen gesellschaftlichen Normen und Konventionen sowie die Ablehnung externer Eingriffe in den »Freiraum« Fankurve. Eine vollständige Erlangung der Kontrolle über diesen Freiraum führt nahezu zwangsläufig zum Ende einer selbstorganisierten Fankultur, die nur in Freiräumen entstehen kann. Das ist ein gangbarer Weg, der dazu beiträgt, dem Fußball die gewünschte saubere Weste zu verschaffen, die bei der weiteren erfolgreichen Instrumentalisierung des Fußballs für Werbezwecke sicherlich hilfreich ist. Die gesellschaftlichen Probleme wie Rassismus, Diskriminierung von Minderheiten oder auch Gewaltneigungen bei Jugendlichen, die sich in den Freiräumen der Fankurven widerspiegeln, werden so jedoch nicht gelöst.

Zweifellos birgt die relative Regellosigkeit in der Fankurve gewisse Risiken. Hier kann sich unter Umständen eine Fankultur bewahren, die zahlreiche Andockpunkte für menschenfeindliche Ideologien bieten: Die Konstellation von zwei miteinander konkurrierenden Lagern von Anhängern, die starke stereotyp-männliche Prägung der Fankultur, ihre spezifische Beschimpfungs-«Kultur» und das verbreitete Freund-Feind-Schema.

Der Fußball als beliebteste Sportart bietet durch seine gesellschaftliche Heterogenität aber auch positive Potenziale bei der Integration von sozial Schwächeren und sozial Isolierten. Die Solidarität innerhalb einer Fanszene kann auch zum Abbau von Diskriminierung beitragen, wenn etwa Menschen jenseits der weißen, autochthonen, männlich-heterosexuellen Norm auf Grund ihres Engagements in der Fanszene akzeptiert und integriert werden. Die relativ offene Gestalt der Ultra-Gruppen und ihre Verschiebung des Fokus weg von einer traditionell männlich, weißen, autochthonen und heterosexuellen Norm hin zu einem Gebot des Engagements bieten hierfür Ansätze.

In welcher Richtung sich aber eine lokale Fußball-Fankultur entwickelt und welche Aspekte sie stärker betont, hängt letztlich von der Zusammensetzung des Publikums in der Fankurve, von den Einfluss- und Machtstrukturen innerhalb der Fanszene aber auch von der Aufmerksamkeit und dem Handeln der externen Akteure – Fanprojekte, Vereine, Verbände – ab. Von zentraler Bedeutung ist es dabei, sich von dem Dogma des »unpolitischen Fußballs« zu verabschieden, das ohnehin nur eine Konstruktion ist und nicht der Wahrheit entspricht. Es muss mit offenem Auge und scharfem Verstand analysiert werden, wer wie den Fußball für seine Zwecke instrumentalisiert, um dann bei problematischen Entwicklungen eine Öffentlichkeit herzustellen, die diese Versuche eindämmen oder entlarven kann. Auch wenn das bedeutet, sich einzugestehen: »Der Fußball kann nicht frei von Politik sein«. Damit wäre dann auch die Hoffnung begründet, dass erkannt wird, dass der Fußball demokratischer werden sollte.

Jonas Gabler

-
- 1 Vgl. dazu auch die Beiträge von Holger Raschke und Martin Endemann in diesem Heft.
 - 2 Gerade in Deutschland lässt sich heute noch weniger als in der Vergangenheit und ebenso weniger als in vielen anderen Ländern eine Zuordnung von Vereinen zu bestimmten sozialen Schichten oder politischen Bewegungen vornehmen.
 - 3 Vgl. Almut Sülzle, Fußball, Frauen, Männlichkeiten – Eine ethnographische Studie im Fanblock, Frankfurt am Main 2011, S. 93 ff.
 - 4 Einen hervorragenden Überblick über das Verhältnis zwischen Fußball und Politik weltweit auf Makro- und Mikroebene mit sowohl top-down- als auch grassroots-Beispielen gibt Gabriel Kuhn, Soccer vs. State – Tackling Football and Radical Politics, Oakland 2011.
 - 5 Dass Fußballvereine – und damit auch ihre Fans – untrennbar mit politischen Identitäten in Verbindung gebracht werden, ist heute in Deutschland anders als in anderen Ländern eher unüblich. Eine Ausnahme bilden hier Vereine wie der FC St. Pauli und einzelne Beispiele unterklassiger Vereine – und selbst bei diesen ist das politische Spektrum der Anhänger womöglich heterogener als es auf den ersten Blick erscheint.
 - 6 Vgl. hierzu die hervorragende Studie von Sülzle, Fußball, Frauen, Männlichkeiten, a. a. O.
 - 7 Besonderheiten wie Fanfreundschaften stellen hierbei die Ausnahme, die die Regel bestätigen.
 - 8 Zum Beispiel jüngere und sozial schwächere Menschen, die man für die Häufung solcher Verhaltensweisen verantwortlich macht.
 - 9 Von Gesetzeslosigkeit kann angesichts der Überwachung und Kontrolle der Stadien heute nicht mehr gesprochen werden, auch wenn diese Überwachung vor allem anderen Verstößen als rassistischen Äußerungen gilt.
 - 10 Beteiligung an körperlichen Auseinandersetzungen, physische Stärke, Mutproben, Initiationsriten.
 - 11 Vgl. den Beitrag von Jan Tölva in diesem Heft.
 - 12 Vgl. Andrej Reisin, Ultras: Wer mit dem Feuer spielt, publikative.org vom 11. März 2012, <http://www.publikative.org/2012/03/11/ultras-wer-mit-dem-feuer-spielt/> [02. Mai 2012]

Fußball, Konflikte und Krieg in Jugoslawien – Wie ist der Fußball in einem Land, das zerfällt?

Wie intensiv gesellschaftliche Konflikte in den Fußball hinein ragen, zeigt das Beispiel Jugoslawien eindrucksvoll. Als der jugoslawische Präsident Josip Broz »Tito« am 4. Mai 1980 starb, fand gerade das Spiel *Hajduk Split – Partizan Belgrad* statt. Das Spiel wurde in der 41. Minute abgebrochen, als der Stadionsprecher den Tod der charismatischen Integrationsfigur verkündete. Spieler brachen auf dem Platz vor Trauer zusammen und Zehntausende Zuschauer stimmten eine Lobeshymne auf ihren soeben verstorbenen Präsidenten an.

Mit dem schrittweisen Auseinanderdriften der jugoslawischen Republiken wurden die Spiele zwischen kroatischen und serbischen Fußballklubs zunehmend brisanter. Die schwere ökonomische, soziale, politische und gesellschaftliche Krise war ein idealer Nährboden für ein Wiederaufflammen des unter Tito klein gehaltenen und unterdrückten Nationalismus. Im Dienste der gemeinsamen Sache wurden intranationale Rivalitäten ausgesetzt um nationale Allianzen zu bilden. Spiele zwischen kroatischen und serbischen Fußballklubs glichen häufig einer politischen Demonstration und verdeutlichten den Riss in der jugoslawischen Gesellschaft Ende der 1980er Jahre. In den Fankurven konnte sich die Staatsgewalt nur bedingt durchsetzen, weshalb im Schutz der anonymen Menschenmasse relativ bedenkenlos opportune politische Meinungen artikuliert werden konnten, die andernorts verfolgt worden wären.

Die Masse an Fußballfans ließ sich auch für größere Aufgaben instrumentalisieren. Die *Bad Blue Boys*, Anhänger des kroatischen Hauptstadtclubs *Dinamo Zagreb*, leisteten neben anderen kroatischen Fans aktive Wahlkampfunterstützung für Franjo Tuđman und seine Partei HDZ.¹ Tatsächlich handelte es sich bei der Partei – die vom Westen als demokratisch eingestuft und unterstützt wurde – um eine nationalistische Partei, die aggressive Ethno-Politik betrieb. Etwa zur selben Zeit machte sich in Belgrad ein gewisser Željko Ražnatović – er sollte später als »Arkan« Berühmtheit erlangen – daran, die verschiedenen Fangruppen beim großen Regime-Club *Roter Stern Belgrad* zu den *Delije* (Helden) zu vereinen. »Arkan« arbeitete lange Zeit als Auftragskiller des jugoslawischen Geheimdienstes in verschiedenen Ländern, ehe er nach Belgrad zurückbeordert wurde und Sicherheitschef beim Roten Stern wurde. Die Vereinigung der unterschiedlichen Fangruppen begünstigte die Kontrolle der gesamten Fankurve, was »Arkan« wenig später zu nutzen wusste.

Ein Land und sein Fußball zerfällt

Der jugoslawische Zerfallsprozess lief bereits auf Hochtouren, als am 13. Mai 1990 die Partie zwischen *Dinamo Zagreb* und *Roter Stern Belgrad* angesetzt war. Schon lange vor Anpfiff erschütterten Ausschreitungen die Stadt, die sich schließlich ins Maksimir-Stadion von Zagreb verlagerten. Dort griffen die *Delije* kroatische Zuschauer an, sodass die *Bad Blue Boys* auf der Gegenseite das Spielfeld stürmten, um die Fans aus Belgrad anzugreifen. Mit dem Dinamo-Kapitän Zvonimir Boban war auch ein Spieler involviert, der mit seinem Karate-Kick gegen einen Polizisten zum kroatischen Nationalhelden avancierte. Das Spiel wurde niemals angepfiffen und ist trotzdem in die Geschichte eingegangen. Tagelang waren die Ereignisse das Thema in der Öffentlichkeit, der Politik und den Medien. Dort vollzog sich der Bruch Jugoslawiens symbolisch in der Presseberichterstattung. Serbische und kroatische Medien machten jeweils die andere Seite für die Eskalation verantwortlich.

Weitere Vorfälle mit Symbolkraft folgten: Etwa einen Monat nach den Ausschreitungen vom 13. Mai fand im Maksimir-Stadion in Zagreb ein WM-Vorbereitungsspiel zwischen der jugoslawischen und der niederländischen Nationalmannschaft statt. Die 20.000 Zuschauer piffen die »Heimelf« und die jugoslawische Nationalhymne gnadenlos aus und jubelten ausschließlich für die Niederländer. Als bei der Partie *Hajduk Split* gegen *Partizan Belgrad* die kroatischen Heimfans den Platz stürmten und vor laufenden Fernsehkameras eine Jugoslawien-Fahne verbrannten, wurde die Auflösung des föderalen Bundesstaates erneut symbolisch vollzogen. Mit der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens und deren zügiger Anerkennung durch die internationale Gemeinschaft² wurde eine unheilvolle Kettenreaktion ausgelöst. Das Auseinanderfallen der bis dato fünftbesten Fußballliga in Europa ist nur eine logische Konsequenz der Sezessionen.

Der Krieg schien nun unausweichlich, schließlich hatten sich alle Seiten in den vergangenen Monaten auf die Unabhängigkeit und auf militärische Auseinandersetzungen vorbereitet. Während der Konflikt in Slowenien relativ schnell beigelegt wurde, ging es in Kroatien und etwas später in Bosnien & Herzegowina erst richtig los.

Die Kriege und die Erinnerungen

Viele Fans zogen als Freiwillige in den Krieg, hatten sie sich doch schon in der Vergangenheit mit an die Spitze der nationalen Bewegungen gesetzt. Einige Fans bildeten eigene Einheiten, denn sie kannten sich von Auseinandersetzungen im Fußball-Kontext und konnten einander vertrauen. »Arkan« bildete mit der Serbischen Freiwilligen Garde (*Arkans Tiger*) eine gefürchtete, paramilitärische Einheit, die sich vor allem aus Anhängern des Hauptstadtclubs *Roter Stern Belgrad* rekrutierte. *Arkans Tiger* war eine von vielen Privatarmeen der Jugoslawienkriege, die zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen begangen, wie z. B. im kroatischen Vukovar. Der ostslawonische Ort wurde lange belagert und massiv beschossen, sodass der Name der Kleinstadt vielen Kroaten bis heute als Sinnbild für serbische Gräueltaten steht.

Zeitgleich zur Rückeroberung der Krajina durch die kroatische Armee spielte die kroatische Nationalmannschaft in der EM-Qualifikation für die Europameisterschaft in England 1996. Sowohl die Erfolge der »Operation Sturm« als auch die sportlichen Siege wurden von den kroatischen Medien als nationale Auferstehung zelebriert.

Die Jugoslawienkriege haben sich im kollektiven Gedächtnis der Menschen eingebrannt und viele Fans pflegen eine aktive und gruppenspezifische Gedenkkultur. Am Maksimir-Stadion befindet sich ein Denkmal für die im Krieg gefallenen Mitglieder der *Bad Blue Boys*. Die Inschrift der Gedenktafel stilisiert die Ereignisse rund um die folgenschwere Spielansetzung *Dinamo Zagreb* gegen *Roter Stern Belgrad* gar als den eigentlichen Kriegsbeginn: »Für alle Dinamo-Fans, für die der Krieg am 13. Mai 1990 mit der Schlacht im Stadion Maksimir begann und deren Leben auf dem Altar des Vaterlandes endete.« In Belgrad wird ebenfalls den Toten die Ehre erwiesen: »Ewiger Ruhm für die Opfer des NATO-Terrors« verkündete ein Transparent beim *Roten Stern Belgrad*.

Ein beliebtes Motiv und Thema bei den Fangruppen ist weiterhin die Verteidigung der eigenen Stadt und des eigenen Landes. In einer großen Choreografie stellten die Fans von *Hajduk Split (Torcida)* einst ein überdimensionales Emblem der Brigade Split dar, welche die Stadt und das Land im Krieg verteidigte. Die Gedenkfeiern im April 2012 zum 20. Jahrestag des Bosnienkrieges und der Belagerung Sarajevos nahmen die *Maniacs* von *Željezničar Sarajevo* zum Anlass, eine Choreografie unter dem Motto »Habe keine Angst, Stadt meiner Jugend, die Maniacs verteidigen dich« durchzuführen. Hingabe und Opferbereitschaft für die eigenen sozialen Zusammenhänge sind konstitutive Merkmale der Ultra-Fankultur, die im jugoslawischen Kontext eine unvergleichbar ausdrucksstarke Bedeutung bekommen. Den patriotischen Treueschwüren und Ehrerweisungen ist akteursübergreifend eine emotionale und pathetische Sprache immanent.

Rivalitäten zwischen Fanszenen eines Landes werden dann unbedeutend, wenn es die Verteidigung der eigenen Nation

und ihrer Integrität und Werte verlangt. Nachdem in Vukovar 2008 ein Wohnheim von mit *Roter Stern Belgrad*-Fans verummten Tätern überfallen wurden, vereinte sich ansonsten verfeindeten kroatischen Fanszenen für einen Protestmarsch durch diesen symbolträchtigen Ort. Diese nun alljährlich stattfindende Demonstration soll Ausdruck der kroatischen Stärke und Solidarität sein, sowie verdeutlichen, dass die Fans bereit sind, die Stadt gemeinsam gegen die Feinde des Landes zu verteidigen. Solche nationalen Pakte über Vereinsrivalitäten hinweg sind weder neu – denn es gab sie fortwährend im jugoslawischen Zerfallsprozess – noch ungewöhnlich und ein ausschließlich postjugoslawisches Phänomen.

Symbolträchtige Orte und Ereignisse des Krieges, die mit kollektiven Traumata-Erlebnissen verbunden sind, werden bisweilen auch gezielt zu Provokationszwecken eingesetzt. Bei den Qualifikationsspielen zur WM 2006 spielten Serbien/Montenegro und Bosnien&Herzegovina gemeinsam in der Gruppe Sieben. Während in Sarajevo einige bosnischen Serben ein »serbisches Sarajevo«-Transparent als Provokation enthüllten, präsentierten die bosnischen Fans in Anlehnung an eine der kursierenden Opferzahlen des Bosnienkrieges ein Transparent mit der Aufschrift: »Wir haben 250.000 Gründe euch zu hassen«³. Beim Rückspiel in Belgrad konterten serbische Fans mit dem Transparent: »Messer, Draht, Srebrenica«⁴, ein Spruch, der bis heute von serbischen Nationalisten verwendet wird und auf die brutale Tötungspraxis beim größten Massaker auf europäischen Boden nach dem Zweiten Weltkrieg anspielt. Das Negieren von Unrecht oder die Verhöhnung der Opfer des Krieges findet ihre Fortsetzung in der Glorifizierung von Kriegsverbrechern, die von allen Seiten gleichermaßen betrieben wird. In der Logik der Nationalisten sind die ehemaligen Generäle nationale Helden, die lediglich das jeweils beanspruchte Territorium gegen die Feinde des eigenen Volkes verteidigten. Als im Sommer 2011 der langjährig gesuchte General der bosnischen Serben Ratko Mladić verhaftet wurde, gab es von den meisten serbischen Fangruppen – aber auch international – zahlreiche Solidaritäts- und Treuebekundungen. Bei der kroatischen Erstligapartie *NK Šibenik* gegen *NK Zadar* trugen die Spieler beider Mannschaften T-Shirts mit dem Konterfei des Generals Ante Gotovina, um gegen das vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag verkündete Urteil von 24 Jahren Haft zu protestieren. Seit dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens hat in der gesamten Region eine Welle des Revisionismus eingesetzt, der nicht nur die aktuellen Kriegsverbrechen leugnet, sondern auch die des Zweiten Weltkrieges. Hierbei werden die Verbündeten Nazi-Deutschlands, wie die faschistischen kroatischen Ustaša und die serbisch-nationalistischen Tschetniks, rehabilitiert und zu nationalen Freiheitskämpfern stilisiert. Die Fans in den Stadien setzen bei der Verwendung von entsprechenden Symboliken lediglich die offiziellen, revisionistischen Staatspolitiken in die Praxis um.

Die Nationen und ihre Traditionen

Diskurse, Mythen und Symbole sind elementare und wahrnehmbare Bestandteile der kollektiven Identitäten, die durch diese permanent reproduziert werden. Der verlässliche Rückgriff auf eine kollektive Identität ist eine der Voraussetzungen, überhaupt einen Krieg führen zu können. Überall in Jugoslawien konnte eine Identitätspolitik beobachtet werden, die darauf abzielte, klar voneinander abgrenzbare, nationale Identitäten zu konstruieren.

Ein wesentlicher Schlüssel für die Produktion einer unverwechselbaren und eindeutig abgrenzbaren Identität ist eine nationale Sprach-Politik, denn die gemeinsame Sprache einte zumindest in Kroatien, Bosnien & Herzegowina sowie Serbien die Menschen über religiöse und nationale Grenzen hinweg. Während der Gründungsphase der meisten Fangruppierungen in den 1980er Jahren ließen sich viele Fans von der britischen Fankultur inspirieren und verwendeten häufig englische Namen. Beim *Roten Stern Belgrad* veranlasste »Arkan« die Umbenennung in *Delije* und führte gleichzeitig die kyrillischen Buchstaben als fortan dominierendes und identitätsstiftendes weil serbisches Alphabet ein. Auch andere Fanklubs übersetzten ihre englischen Namen in die jeweilige Landessprache, um dem allgemeinen Trend der Nationalisierung und Re-Traditionalisierung der Gesellschaft zu entsprechen. Die Sprache ist bei dieser Politik insofern von Bedeutung, als das sie als Trägerin der nationalen Kultur gilt, welche wiederum vor allem in der Institution Kirche konserviert wurde. Daher sind für viele Menschen der Glaube und die Kirche die beständige Instanz, in der die Nationalkultur auch in Zeiten der Fremdherrschaft überdauern konnte.

Schließlich ist die Region seit jeher im Einfluss- und Grenzbereich von externen Autoritäten mit unterschiedlichen Machtinteressen. Seit den Kriegen der 1990er Jahre gewinnt die Religion zunehmend an Einfluss und gilt vielen als Stabilitätsfaktor in der postmodernen Zeit. Begleitet wird diese Entwicklung von einer Renaissance von Ausdrücken, Symbolen und Schriftarten, die einen religiösen Ursprung haben und auch in den Fankurven der Stadien populärer werden.

In Serbien lässt sich beispielsweise die starke Re-Traditionalisierung deutlich beobachten, indem die orthodoxe Kirche weite Teile der Gesellschaft durchdringt. Seit einigen Jahren werden von den serbischen Fangruppen die Spiele an den Osterfeiertagen boykottiert und in die leeren Fankurven lediglich Transparente gehangen, die eine simple Botschaft verkünden: »Christus ist auferstanden«. Vor allem unter jungen Leuten haben sich religiös-fundamentalistische Einstellungen weiter ausgebreitet. Fundamentalistische Geistliche gehen mit der radikalisierten Jugend eine unheilvolle Verbindung ein und sind sich in der Ablehnung von als westlich und liberal geltenden Werten einig.

Eine solche Interessengemeinschaft formierte sich jüngst sowohl in Belgrad als auch in Split, als jeweils Tausende zu meist junger Männer die Homosexuellen-Paraden angriffen.

Das große und aggressive Potential für derartige Angriffe auf die Prides mobilisiert sich signifikant aus Fußballfans. Auch wenn derartige Vorfälle vor allem von pro-europäischen Politikern und Medien kritisiert werden, kann sich der Mob auf der Straße der stillschweigenden Solidarität weiterer Bevölkerungsteile sicher sein. Die junge Generation sieht sich, im Gegensatz zu den korrupten und nach Europa schielenden politischen Eliten, als die wahren Verteidiger und Vollstrecker des nationalen und traditionellen Wertekanons. In einer globalisierten und neoliberalen Welt gehören Unsicherheiten und Prekarisierung zu den alltäglichen Erfahrungen. Die Versuche, die Identitätskrisen durch Stärke und Härte zu überspielen führen dazu, dass außerhalb der dominierenden Wertvorstellungen stehende Personen als vermeintlich Schwache und Außenstehende identifiziert werden, auf die sich Ablehnung und Hass projizieren kann. Das klassische Freund-Feind-Schema hilft dabei, sich seiner eigenen und überlegenen Identität zu vergewissern. Diese Strategien nutzen rechte Gruppen aus, um ihren Einfluss auf die Fanszenen auszuweiten. In Serbien sind das vor allem klerikal-faschistische Gruppen wie *Obraz* oder *SNP Naschi 1389*, die die Fankurven als Rekrutierungsfeld nutzen. Auch wenn sich viele Fans häufig einer direkten Parteinahme verwehren, sind sie für die Mobilisierung zu Straßenprotesten unersetzlich.

Die Fanszenen leisten einen wichtigen Beitrag zur Nationbildung und der Erweckung nationaler Mythen. Ein wichtiges und zweckdienliches Element ist eine Geopolitik und das Aufrechterhalten von Territorialansprüchen. Das Zeigen der Flagge des faschistischen »Unabhängigen Staates Kroatien«⁵ ist nicht nur ein faschistisches Bekenntnis, sondern auch Ausdruck der kroatischen Großreich-Visionen. In eine ähnliche Richtung geht die Verwendung der Fahne der »Kroatischen Republik Hercegovina«, die 1993 im umkämpften Bosnien & Herzegowina von nationalistischen Kroaten ausgerufen wurde. Doch nicht nur Wappen und Flaggen werden in den Fankurven gezeigt, sondern auch Grenzverläufe, welche den Anspruch auf ein bestimmtes Territorium deklarieren. In Serbien ist das der Kosovo, der für die serbische Nationalkultur von großer Bedeutung ist. Die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Jahr 2008 wird von Serbien und vielen weiteren Staaten der Welt nicht anerkannt. Für serbische Nationalisten ist der Kosovo integraler Bestandteil Serbiens und seit der Niederlage gegen die Osmanen 1389 die Schicksalsregion des Serbentums. Nahezu jede Fangruppierung in Serbien verwendet die Kosovo-Thematik auf Fahnen, Transparenten und in Gesängen. Seit dem Wiederaufstieg von *FK Novi Pazar* in die serbische Superliga, ist die höchste Spielstaffel des Landes um etliche brisante Spielpaarungen reicher geworden. Novi Pazar ist eine Stadt aus der muslimisch dominierten Region Sandžak, weshalb sich die muslimischen Bewohner der Region und die Fans des Vereins als Bosniaken bezeichnen. Jedes Spiel mit der Beteiligung von Novi Pazar ist eine symbolträchtige Auseinandersetzung um Identitäts- und Raumkonstruktionen. Während serbische Nationalisten den aus dem Türkischen entlehnten Begriff

Sandžak durch die serbische Regionsbezeichnung Raška ersetzen, provozieren die Fans von Novi Pazar mit der Fahne der historischen Region Sandžak Novi Pazar um deutlich zu machen, dass dort nicht Serbien sei.

Fußball durchdringt wesentliche gesellschaftliche Teilbereiche, sodass gesellschaftliche Konflikte und Diskurse selbstverständlich ihren Widerhall im Fußball und den Arenen finden. Der häufig gebrauchte Vergleich, dass der Fußball und die Fankurven als Spiegel der Gesellschaft gedeutet werden könnten, hat aus dieser Perspektive gewissermaßen seine Berechtigung.

Im postjugoslawischen Raum kumulieren diese Interdependenzen mit der Intensität und Aktualität von Konflikten, die auf der Basis unterschiedlicher Identitätskonstruktionen geführt werden. Ungelöste gesellschaftliche Konflikte werden im Stadion weitergeführt, da diese Räume einige Kriterien erfüllen, die eine Instrumentalisierung begünstigen. Fußball ist ein gesellschaftliches Ereignis von großem öffentlichen Interesse, das – abgesehen von einer deutlichen Ungleichverteilung – nennenswerte Alters- und Sozialgruppen einer Gesellschaft inkorporiert.

Im postjugoslawischen Alltag haben sich vielfältige Abgrenzungs- und Abschottungstendenzen zwischen Bevölkerungsgruppen manifestieren können. Demgegenüber kann es bei bestimmten Spielpaarungen zu direkten Konfrontationen kommen. Durch das immense Medieninteresse haben besondere Vorfälle ein so breites Medienecho, dass sie eine beachtliche

Wirkung erreichen können. Eine Vielzahl der Fankurven im ehemaligen Jugoslawien reproduzieren die im gesellschaftlichen Mainstream verankerten reaktionären und rechten Einstellungen. Mehr noch, übernehmen sie dort und in vielen anderen Ländern auch die Rolle von Multiplikatoren für menschenverachtende Ideologien und Diskriminierungen. Durch die Verbreitung und Akzeptanz von rechten Einstellungen versorgen Fankurven extrem rechte Gruppen mit einem permanenten Nachschub an jungem, instrumentalisierbarem Nachwuchs. Bei der Entwicklung von Gegenstrategien zur Bekämpfung von Diskriminierungen und menschenfeindlichen Handlungen muss Fußball als bedeutender gesellschaftlicher Teilbereich mitgedacht werden.

Holger Raschke

- 1 Christian Buric, Nationalismus, ethnischer Konflikt und Parteidentität. Ein vergleichender und ideologiekritischer Beitrag zum Phänomen des nationalen in Kroatien, o. O. 2001, S. 399.
- 2 An dieser Stelle sei besonders auf die Rolle Deutschlands und Österreichs verwiesen, welche auf die schnelle Anerkennung der Unabhängigkeitserklärungen drängten und somit ihren Anteil an der Eskalation hatten.
- 3 International wird meist davon ausgegangen, dass insgesamt 150.000 Menschen in den Jugoslawienkriegen ums Leben gekommen sind, darunter 100.000 im Bosnienkrieg.
- 4 Bei dem Massaker im bosnischen Srebrenica sind rund 8.000 Muslime umgebracht worden.
- 5 Der von 1941 bis 1945 existierende Ustaša-Staat umfasste neben Kroatien u. a. die Gebiete von Bosnien & Herzegowina.



Mehr als nur ein Schimpfwort – Antiziganismus in Fußball und Gesellschaft

Der Fußball an sich ist nicht eben ein Ort für zart besaitete Gemüter. Egal ob auf dem Bolzplatz oder in der Champions League – überall wird gepöbelt, geschimpft und gemeckert, als gäbe es auch dafür irgendwelche Punkte. In einem gewissen Rahmen ist das sicherlich ein völlig legitimer Ausdruck innerer Aufgewühltheit der Menschen auf dem Rasen und auf den Rängen, doch hat bekanntlich alles seine Grenzen. Wenn Menschen persönlich beleidigt werden, ist diese Grenze ganz klar überschritten. Wenn diese Beleidigungen dann noch in irgendeiner Form diskriminierend sind, ist sie nicht nur überschritten, es wird auch spätestens dann allerhöchste Zeit, dass jemand eingreift und dagegen vorgeht, denn Diskriminierung hat weder auf noch neben dem Fußballplatz oder auch sonst irgendwo etwas zu suchen.

Es gibt nicht wenige, die behaupten, diskriminierende Beleidigungen habe es beim Fußball schon immer gegeben und sie gehören halt einfach dazu, doch, auch wenn das traurigerweise nicht ganz falsch ist, heißt das nicht, dass es auch so bleiben muss, denn der Fußball ist durchaus veränderbar. Zwar reden, wenn es um Fußball geht, viele gern von »Tradition«, doch war Tradition schon immer eher eine im Jetzt geschehende Interpretation des Vergangenen, die mehr über die gegenwärtigen Zustände aussagt als über die der Vergangenheit. Gerade der Profifußball unterlag in den letzten Jahren rasanten Veränderungen, und – auch wenn seine zunehmende Kommerzialisierung vor allem von Seiten der Ultras zurecht kritisiert wird – viele dieser Veränderungen sind durchaus solche hin zum Besseren.

Noch in den 1980er Jahren waren deutsche Fußballstadien gefährliche Orte. Hooligans prügeln sich miteinander und mit den Ordnungskräften oder schlugen auch einfach auf Unbeteiligte ein. Neonazis hatten die Fankurven als Rekrutierungsstelle für sich entdeckt und das Werfen mit Gegenständen Richtung Spielfeld war vollkommen normal. Bayern-Keeper Jean-Marie Pfaff wurde 1987 in Madrid sogar mit Messern beworfen. Dass sich bei derlei Rahmenbedingungen kaum jemand in die Stadien traute und die Ränge oft nur schlecht bis mäßig gefüllt waren, erscheint nur logisch. Dann aber kamen die 1990er und mit ihnen zum einen eine neue Fankultur, die sich aktiv gegen Rassismus und rechte Umtriebe einsetzte¹, und zum anderen eine zunehmende Kommerzialisierung des Spielbetriebs. Die Marke Profifußball wurde zunehmend als familienfreundlich vermarktet, und die gewalttätige Klientel wurde mit repressiven Maßnahmen zumindest teilweise aus den Stadien gedrängt.

Als mehr oder weniger direkte Folge beider Entwicklungen nahmen Diskriminierung und Gewalt in den Folgejahren spürbar ab. Vor allem Rassismus und Antisemitismus erfuhren in nahezu allen Stadien eine soziale Ächtung, die noch kurz zuvor unmöglich erschienen wäre. Mit ursächlich dafür sind sicher auch die schrecklichen Geschehnisse von Hoyerswerda, Mölln und anderswo, die große Teile der Gesellschaft nachhaltig für das Problem des Rassismus sensibilisierten – und sei es auch nur aus Angst um den guten Ruf des Standorts Deutschland. Dass zur gleichen Zeit zuerst die Teams der Bundesligavereine und später auch die Nationalteams des DFB zu immer größeren Teilen aus Menschen mit Migrationshintergrund bestanden, dürfte in diesem Kontext allerdings sicher auch eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben.

Doch auch wenn Rassismus und Antisemitismus zumindest in deutschen Stadien sichtlich zurückgegangen sind, so gibt es noch immer viel zu tun, denn andere Formen der Diskriminierung wie etwa Homophobie, Sexismus oder eben Antiziganismus sind weiter weit verbreitet und stoßen auf deutlich weniger Kritik und Gegenwind. Mit ein wenig Zynismus ließe sich dabei von so etwas wie einer Rangfolge der verschiedenen Diskriminierungen sprechen. Für viele scheinen Homophobie, Sexismus und Antiziganismus – ganz zu schweigen von der Abwertung von Wohnungslosen oder Menschen mit Behinderungen – einfach weniger verabscheuungswürdig oder bekämpfungswert zu sein als Rassismus oder Antisemitismus. Ein bekanntes Beispiel dafür liefert der Fall Roman Weidenfeller. Der Keeper von Borussia Dortmund hatte den damaligen Schalcker Gerald Asamoah während des Revierderbys 2007 beleidigt. Da er aber nur »schwules Schwein« gesagt haben soll und nicht, wie Asamoah es gehört haben will, »schwarzes Schwein«, wurde er von einem DFB-Gericht zu einer verhältnismäßig geringen Strafe von nur drei Spielen Sperre und 10.000,- Euro Geldstrafe verurteilt. Homophobie wurde in diesem Fall ganz offensichtlich als weniger bestrafenswert als Rassismus angesehen. Besonders fortschrittlich ist das nicht.

Wenn es jedoch um Antiziganismus geht, also um die Abwertung von als »Zigeuner« stigmatisierten Menschen, so ist das Problembewusstsein in der Fußballwelt sogar noch weniger stark ausgeprägt als bei Homophobie. Was beide Formen der Diskriminierung dabei jedoch verbindet, ist die Tatsache, dass sowohl homosexuelle Fußballer_innen als auch Fußballprofis, die einer kollektiv als »Zigeuner« diskriminierten Min-

derheit angehören, meist bemüht sind ihre Zugehörigkeit zu der jeweiligen Gruppe geheim zu halten und das aus gutem Grund. Offen schwule Profifußballer hat es in Europa mit Anton Hysén in Schweden und dem auf tragische Weise verstorbenen Justin Fashanu in England überhaupt erst zwei gegeben. Spieler_innen, von denen bekannt ist, dass sie aus Roma-, Sinti- oder Jenischenfamilien² stammen, gibt es zwar deutlich mehr, doch wirklich offen oder gar offensiv damit umgehen tut fast niemand von ihnen.

Eine Ausnahme ist der walisische Nationalspieler Freddy Eastwood, der früher bei West Ham United unter Vertrag stand und heute wieder bei Southend United spielt, wo er auch seine Karriere begann. In seinem Heimatort Basildon lebt Eastwood – übrigens im Gegensatz zur Mehrzahl der Roma in Europa – noch heute mit seiner Familie in einem Wohnwagen und spricht auch ganz offen darüber. Ein anderes Beispiel wäre István Pisont, der zwischen 1991 und 1999 31 Spiele für Ungarn bestritt und in dieser Zeit unter anderem auch für Eintracht Frankfurt spielte. Doch seine Geschichte ist nicht gerade eine Ermutigung für andere Roma: »Das war wirklich schwer für mich zu verstehen«, erinnert er sich in einem Interview für den Deutschlandfunk, »Als die Fans erfahren haben, dass ich Roma bin, haben sie mich nur noch als Zigeuner beschimpft. Zigeuner, Zigeuner, Zigeuner, immer wieder. Ich war jung, es hat mich sehr verletzt.«³

Da verwundert es wenig, dass Spieler wie José Antonio Reyes⁴ von Sevilla FC oder Rafael van der Vaart⁵ von Tottenham Hotspur mit ihrer Herkunft nicht eben hausieren gehen. Antiziganistische Beleidigungen von Spielern sind leider keinesfalls selten. Der letzte antiziganistische Vorfall, in den ein bekannter Profi involviert war, ereignete sich im Januar dieses Jahres und traf den schwedischen Nationalspieler Zlatan Ibrahimović vom AC Mailand. Im Derby gegen Inter zeigten gegnerische Fans ein Transparent, das ihn als »Zigeuner« beschimpfte. Ob Ibrahimović wirklich einer entsprechenden Minderheit angehört, ist dabei zweitrangig. Den rassistischen Fans aus Mailand reichte im Zweifelsfall auch die Tatsache, dass seine Eltern aus dem ehemaligen Jugoslawien stammen, um ihn als minderwertig anzusehen. Überhaupt trifft Antiziganismus im Fußball bei weitem nicht nur Angehörige bestimmter Minderheiten. Das Wort »Zigeuner« ist vielmehr ein weithin gängiges Schimpfwort, das oft und gerne auch auf andere angewendet wird.

So zeigten etwa Anhänger_innen des SV Wilhelmshaven 2007 im Spiel gegen den VfB Oldenburg ein Transparent mit der Aufschrift »Den Zigeuner aufs Maul«. 2009 wiederum rief ein Teil der Leverkusener Kurve »Wiese, du Zigeuner«, als der Bremer Torwart Tim Wiese mit einem Leverkusener Spieler aneinander geraten war. Ob sich die Rufenden dabei auf die Tatsache bezogen, dass Wiese früher selbst in Leverkusen gespielt hatte und nun »einem Zigeuner gleich« weiter gezogen war oder ob sie ihn einfach nur so beleidigen wollten, ist nicht bekannt.⁶ Fakt ist jedoch, dass »Zigeuner« in ihren Augen nichts Gutes bedeuten können. Das Gleiche lässt sich

wohl auch für die Herthaner_innen sagen, die 2008 bei Hansa Rostock »Rostock, ihr Zigeuner« sangen. Oder über die Fans des VfB Lübeck, die gegen Holstein Kiel im selben Jahr das selbe Lied nur mit anderem Adressaten intonierten.

Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Wahrscheinlich ließen sich – wenn denn nur alles dokumentiert werden würde – ganze Folianten füllen mit ähnlichen Vorkommnissen. Die entscheidende Frage ist jedoch, wieso das so ist, denn ganz offensichtlich erfüllt die Beleidigung anderer als »Zigeuner« für nicht wenige Menschen einen bestimmten Zweck und das wahrscheinlich auch aus einem bestimmten Grund heraus. Die Frage nach dem Zweck lässt sich dabei recht leicht klären. Ziel dieser Form der Beleidigung ist es, sich durch symbolisches Handeln über den_die Gegenüber zu erheben, indem diese_r abgewertet wird. Dass sich dieses Ziel durch die Verwendung des Wortes »Zigeuner« erreichen lässt, führt zu der Schlussfolgerung, dass dieser Begriff in den Augen derer, die ihn hier benutzen, für eine Gruppe von Menschen steht, die in der sozialen Hierarchie sehr weit unten angesiedelt sind. Genau das ist der springende Punkt.

Dass vornehmlich *weiße* Menschen eine Gruppe anderer vornehmlich *weißer* Menschen erfolgreich als »Zigeuner« beschimpfen können, kann nur funktionieren auf der Basis real existierender Diskriminierung derjenigen, die wirklich zu den als »Zigeuner« bezeichneten Minderheiten gehören. Roma und Sinti, aber auch Jenische, Travellers und andere, sind überall in Europa und darüber hinaus einer alltäglichen Diskriminierung ausgesetzt, die in dieser Form und in heutiger Zeit ihresgleichen sucht. Egal ob in Bulgarien, Ungarn, Italien oder Deutschland – überall belegen Statistiken die auch sonst schon augenfällige strukturelle Diskriminierung all jener, die in den Augen der Mehrheitsgesellschaft unter den Begriff »Zigeuner« fallen. Das gilt für den Arbeitsmarkt genauso wie für den Wohnungsmarkt und das Bildungswesen. In einigen Gegenden Osteuropas beträgt die Arbeitslosigkeit unter jungen Roma beinahe einhundert Prozent, ganz einfach weil niemand sie einstellen will und das wiederum aus nur einem einzigen Grund – weil sie Roma sind. Das heißt in den Augen eines Großteils der Mehrheitsgesellschaft sind sie nicht einmal Roma, sie sind »Zigeuner« und »Zigeuner« sind dreckig, faul, kriminell und in keinem Fall vertrauenswürdig.

Die Geschichte des Antiziganismus ist lang und von Kontinuität geprägt. Mochte die Welt sich auch noch so sehr ändern, der Hass der Mehrheitsbevölkerung auf Roma, Sinti oder ähnliche Gruppen blieb bestehen.⁷ Historisch gesehen bestand und besteht dabei eine starke Wechselwirkung zwischen Antiziganismus und Antisemitismus.⁸ »Zigeuner« wie »Juden« seien beide modellhaft fremd, meint der Freiburger Sportwissenschaftler Diethelm Blecking, »gleichzeitig verkörpern sie für den unglücklichen, entfremdeten Kleinbürger einen Teil seiner Sehnsucht, aufgehoben im erotischen Bild der »schönen Jüdin« und der »schönen Zigeunerin.« Beiden Gruppen wurde im Laufe der Geschichte immer wieder vorgeworfen, sie seien »vaterlandslos« und aufgrund ihrer Landesgrenzen

überschreitenden Verbindungen nicht recht vertrauenswürdig. Ebenso waren und sind beide Gruppen immer und immer wieder systematischen Ausgrenzungen und pogromartigen Ausschreitungen ausgesetzt, die ihren Gipfel in der Shoah bzw. dem Porajmos⁹ Mitte des 20. Jahrhunderts fanden.

Über 500.000 Roma und Sinti wurden von den Deutschen und ihren Verbündeten während der Zeit des Nationalsozialismus ermordet. Die dazu erstellten »Zigeunkarteien« wurden an vielen Orten auch nach Ende des Krieges als »Landfahrerkarteien« einfach weitergeführt und auch die rassistische Diskriminierung ging fast nahtlos weiter, schlicht und einfach weil die Mehrzahl der Bevölkerung noch immer antiziganistische Vorurteile pflegte und die betroffenen Gruppen als »asozial« ansah.¹⁰ Einen Bruch hat es nie gegeben. Noch heute sind rund zwei Drittel der Bundesbürger_innen Roma und Sinti gegenüber feindlich eingestellt.¹¹ Keine andere gesellschaftliche Gruppe verfügt über ein geringeres Ansehen als sie. Immer wieder manifestieren sich Hass und Ressentiment jedoch auch in viel direkterer Weise. Im November 2010 etwa wurden in Gelsenkirchen 19 Wohnwagen und Wohnmobile von Romafamilien angezündet, und im Juni 2011 wurde in Leverkusen ein Brandanschlag auf ein von Sinti und Roma bewohntes Haus verübt.¹² Dass in beiden Fällen kein Mensch ums Leben kam, grenzt an ein Wunder. Es sind Zahlen und Nachrichten wie diese, die der Beschimpfung anderer als »Zigeuner« eine enorme Wucht verleihen.

Dass gerade der Fußball zu einer bevorzugten Arena dererlei Beschimpfungen gehört, erscheint dabei nur folgerichtig, wie auch Diethelm Blecking meint: »Der Antiziganismus ist in der Pöbelkultur Fußball natürlich weit verbreitet, weil dort alles, was nicht verstanden wird und was fremd ist, niedergemacht wird.« Eine Ursache dafür sieht er in der »binären Codierung des Fußballs«. Fußball mit seinen Spielregeln, die auf dem sportlichen Wettkampf zweier Teams gegeneinander beruhen, produziert zwangsläufig einen Gegensatz zwischen Eigen- und Fremdgruppe, zwischen Team A und Team B, zwischen »wir« und »die Anderen«. Es lässt sich darüber streiten, ob das alleine bereits ausreichen würde, um abwertendes Verhalten gegenüber den jeweils als »Anderen« Wahrgenommenen zu produzieren. Fakt jedoch ist, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der die Abwertung von als »anders« Wahrgenommenen weit verbreitet ist. Zu erwarten, dass gerade der Fußball da eine Ausnahme bilden sollte, wäre unrealistisch. Es gibt jedoch verschiedene Arten andere abzuwerten. Es macht durchaus einen Unterschied, ob ich jemanden als »doofen Schalker« beschimpfe oder ihn mit irgendeinem Wort aus dem reichhaltigen Repertoire an antisemitischen, antiziganistischen oder rassistischen Schimpfwörtern, das die deutsche Sprache zu bieten hat, belege; ganz einfach weil Schalker_innen außerhalb des Fußballkontextes keinerlei Probleme oder Diskriminierung erfahren auf Basis ihres Fanseins, während Antiziganismus, Antisemitismus und Rassismus bereits vielen Millionen Menschen das Leben gekostet haben und bis heute kosten. Außerdem ist das Fansein

von einem bestimmten Verein eine freiwillig gewählte und in den meisten Fällen auch problemlos wieder ablegbare Identität, während Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus den von ihnen Betroffenen Namen, Identitäten und Charaktermerkmale zwangsweise, von außen und im Regelfall ohne jegliche Verbindung zur Realität aufdrücken.

Dass gerade antiziganistische Beschimpfungen sich einer besonders großen Beliebtheit bei Fußballfans zu erfreuen scheinen, erklärt sich dabei ziemlich simpel aus der Tatsache, dass zwei Drittel der Menschen in diesem Land antiziganistisch eingestellt sind. Einer Umfrage des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma zufolge, haben nur 13,2 Prozent der hier lebenden Roma und Sinti ihrer eigenen Aussage nach bislang noch keinerlei Diskriminierung erfahren. Demgegenüber gaben 76 Prozent der Befragten an, sie seien schon »häufiger diskriminiert« worden.¹³ Es scheint unrealistisch, dass bei einem solchen gesellschaftlichen Klima der Fußball bzw. seine Institutionen allein mit dem Problem fertig werden könnten.

Das Problem des Antiziganismus kann nur auf gesamtgesellschaftlicher Ebene gelöst werden. Folglich steht auch die Gesellschaft als Ganzes, staatliche Institutionen genauso wie Zivilgesellschaft und jede_r Einzelne in der Pflicht, sich mit Nachdruck dafür zu engagieren, dass der Antiziganismus – wie jede andere Form der Diskriminierung auch – auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen wird. Wenig hilfreich ist es dabei, gängige Klischees über »Zigeuner« zu reproduzieren und sie – so gut es auch gemeint sein mag – weiter als »anders« oder »fremd« zu typisieren. Roma, Sinti, Jenische und all die anderen sind ebenso wenig homogene Gruppen wie jede andere kulturelle oder ethnische Gruppe von Menschen auch. Wenn das Problem des Antiziganismus gelöst werden soll, so muss auf drei Ebenen agiert werden. Zum einen muss die reale gesellschaftliche und ökonomische Diskriminierung der Roma und Sinti bekämpft und schließlich überwunden werden. Zum anderen muss den rassistischen und antiziganistischen Vorurteilen in den Köpfen der Menschen entgegen getreten werden. Hierzu kann auch der Fußball sein Scherflein beitragen. Da Fußball für sehr, sehr viele Menschen in Deutschland und Europa eine wichtige Rolle spielt und ihm generell mehr öffentliche Aufmerksamkeit zuteil wird als jeder zivilgesellschaftlichen Initiative gegen Diskriminierung, die von Gruppen und Vereinen an der Basis getragen wird. Genau aus diesen Gründen eignet er sich im besonderen Maße als Verstärker und als Katalysator für breiter angelegte Kampagnen im Bereich Antidiskriminierung. Schließlich und endlich jedoch muss mit der Logik der kapitalistischen Leistungsgesellschaft gebrochen werden. Solange Leistung und Arbeit als inhärent gut gelten, wird es auch das Stigma der Faulheit und das der »Arbeitsscheue« geben und der Antiziganismus wird zumindest in struktureller Form weiter existieren.¹⁴

Was das Engagement in der gesellschaftlichen Arena Fußball angeht, so muss der Fußball bzw. müssen seine Fans wohl jedoch auf lange Sicht auch mit der lieb gewonnenen Tradition des herabwürdigenden Beschimpfens derer auf der ande-

ren Seite brechen. Solange so etwas in den Kurven und auf den Plätzen als legitim gilt, wird sich dort auch jede Form der Diskriminierung finden, die die Gesamtgesellschaft zu bieten hat. Je akzeptierter eine Form der Diskriminierung dabei in der Gesamtgesellschaft ist, desto öfter wird sie auch in den Kurven und auf den Plätzen zu hören sein.

Im Endeffekt ist das Ziel erst erreicht, wenn Menschen in der Gesellschaft wie im Stadion »ohne Angst anders sein« können, wie Theodor W. Adorno es einst so schön auf den Punkt brachte. Sich mit weniger zufrieden zugeben, kann und darf keine Option sein.

Jan Tölva

- 1 Symbolhaft kann hierfür die Gründung des Bündnis Aktiver Fußballfans bzw. damals noch Bündnis Antifaschistischer Fußballfans (BAFF) im Jahre 1993 gelten.
- 2 Wie so oft bei Fremdzuschreibungen ist es ausgesprochen schwierig ein diskriminierungsfreies Wort zu finden, das alle Gruppen, die von Antiziganismus betroffen sind, umfasst, da es doch recht viele verschiedene Gruppen und Subgruppen gibt. Schon der Ausdruck »Roma und Sinti« ist irreführend, da die Sinti eigentlich eine Untergruppe der Roma sind. Ich werde diesen Ausdruck dennoch häufiger verwenden, wenn ich vom deutschen Kontext schreibe, weil das Verschweigen der Sinti deren jahrhundertelange Präsenz als eigenständige

Gruppe in Mitteleuropa ignorieren würde, während ich in osteuropäischen Kontexten nur von Roma schreiben werde, da es dort nahezu keine Sinti gibt. Andere Gruppen wie Jenische, Travellers und ähnliche sind aber immer ausdrücklich auch mitgemeint, sofern in dem jeweiligen Kontext auch sie betroffen sind.

- 3 Abseits im eigenen Land. Die Minderheiten Sinti und Roma im europäischen Fußball; <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/nachspiel/1590702/> [30. April 2012]
- 4 Reyes gehört der vor allem in Spanien beheimateten Roma-Untergruppe der Kale an.
- 5 Van der Vaart ist in den Niederlanden auf einem Jenischen-Wagenplatz aufgewachsen.
- 6 Eine weitere Interpretationsmöglichkeit wäre, dass Wiese mit seiner Solari-umsbräune und seinen halblangen, dunklen und gegelten Haaren in ihren Augen dem rassistischen Stereotyp eines »Zigeuners« entsprach.
- 7 Antiziganistische Diskriminierung lässt sich bis mindestens ins 15. Jahrhundert zurückverfolgen.
- 8 Vgl. Roswitha Scholz, Antiziganismus und Ausnahmezustand. Der »Zigeuner« in der Arbeitsgesellschaft, in: Markus End et al. (Hrsg.), Antiziganistische Zustände, Münster 2009, S. 28 f.
- 9 Das Romanes-Wort Porajmos bedeutet auf deutsch etwa »das Verschlingen« und bezeichnet den Völkermord an den europäischen Roma in der Zeit des Nationalsozialismus.
- 10 Vgl. Scholz: Antiziganismus und Ausnahmezustand, S. 32 f.
- 11 Vgl. Wolfgang Wippermann, Wie die Zigeuner. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich, Berlin 1997, S. 15.
- 12 Vgl. für diese und zahlreiche weitere Fälle: »Antiziganismus Watchblog«: <http://antizig.blogspot.de/antiziganismus-chronik-inland>
- 13 Vgl. Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (Hrsg.), Ergebnisse der Repräsentativumfrage des Zentralrats zum Rassismus gegenüber Sinti und Roma in Deutschland, Heidelberg 2006.
- 14 Vgl. Scholz, Antiziganismus und Ausnahmezustand, S. 37 f.



Der zwölfte Mann: Geschlecht in Fußballfankulturen

Die Auseinandersetzung mit Geschlecht in Fußballfankulturen¹ lenkt den Blick zunächst unausweichlich auf die in wenigen anderen sozialen Feldern so offene und körperliche Inszenierung traditioneller Männlichkeit. Das Fußballstadion gilt bis heute als eine der letzten männlichen Bastionen – als ein Ort, an dem Männer unter sich sind. Die assoziative Verbindung von Fußball und Männlichkeit ist tief im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert. Eine verschiedentlich konstatierte Zunahme von Frauen auf den Rängen ändert daran (bislang) wenig, evoziert jedoch in Medien und Wissenschaft ein steigendes Interesse am Thema sowie die Suche nach Erklärungsansätzen.

Frauen als das Andere

Die Männlichkeit der Fankultur(en) basiert dabei zunächst auf dem Ausschluss klassischer Weiblichkeit (und männlicher Homosexualität). Das heißt nicht, dass Frauen per se der Zugang zum Stadion verstellt ist. Die Anerkennung als »echter Fan« setzt für Frauen jedoch zunächst die Abgrenzung von allem »typisch Weiblichen« voraus. Indessen sind Wege von Frauen und Mädchen ins Stadion sowie ihr Engagement in Fußballfankulturen vielfältig.² Allen gemein ist die Erfahrung, einen Umgang mit männlichen Normen und Zuschreibungen finden zu müssen. Das nach wie vor wirkmächtige Klischee der weiblichen Stadionbesucherin als Begleiterin eines männlichen Fans dient den meisten Frauen im Stadion dabei als Folie der Projektion und zugleich der Abgrenzung.

Der offensichtlichen Anwesenheit von Frauen im Stadion widerspricht das weitläufige Bild *des* Fußballfans. Fußballfankulturen sind durch traditionell-männliche Ideale der (körperlichen) Stärke, der Standhaftigkeit und der Durchsetzungskraft im Wettbewerb geprägt; ritterliche Ideale von Kampf, bedingungslosem Einsatz, Treue, Kameradschaft und Aufopferung finden sich im Bild des »echten Fans« wieder. Frauen und Mädchen werden in der Beschreibung der Stadionkultur entweder gar nicht erwähnt oder genau als jenes Andere markiert und damit als Abweichung von der impliziten Norm hervorgehoben. In diesem Widerspruch befinden sich auch wissenschaftliche und journalistische Arbeiten zum Thema: mit dem Ziel, Frauen als festen Teil von Fußballfankulturen sichtbar zu machen, begibt sich die Autorin zugleich in die Gefahr, Frauen lediglich als Abweichung von

der (männlichen) Norm zu untersuchen. Immer wieder führt die Untersuchung der in sich heterogenen Gruppe weiblicher Fußballfans zu dem Ergebnis, ihnen spezifische Rollen, Verhaltensweisen und Eigenschaften zuzuschreiben. Dies jedoch wird der Vielfalt und selbstverständlichen Anwesenheit von Mädchen und Frauen auf den Rängen nicht gerecht. »Es gibt kein »weibliches« Verhalten von Frauen im Fußball, keine »geschlechtsspezifischen« Eigenschaften weiblicher Fans, die sich beobachten, feststellen und festschreiben lassen.«³, schreibt die Kulturwissenschaftlerin Almut Sülzle und formuliert damit eine Kritik am Mainstream der Fußballfanforschung, welche Fußball als männlich beschreibt, ohne Geschlecht und hier insbesondere Männlichkeit zugleich analytisch in ihre Untersuchungen miteinzubeziehen. In der Konsequenz wird damit der assoziative Zusammenhang von Männlichkeit und Fußball nur verstärkt an Stelle ihn konsequenterweise in Frage zu stellen.

Männliche »Normalbiografien« von Fans

Das Bild des männlichen Fußballfans hält sich beharrlich und wird im öffentlichen Diskurs rund um Fußballfankultur kontinuierlich aufrecht erhalten. Zum Ausdruck kommt dies unter anderem in der Fremd- und Selbstdarstellung von Fans in eigenen Veröffentlichungen. Aktuell erzählt eine Sonderausgabe des Fußballfanmagazins *11 Freunde* die »Geschichte des Fußballfans«.⁴ Enthalten sind neben historischen Abrissen zur Entwicklung des Verhältnisses von Fußballsport und -fankultur eine Vielzahl an Fanbiografien: Fans erzählen von ihren eigenen (Lebens-)Wegen ins Stadion, wie sie ihre Liebe zum jeweiligen Verein entdeckten und wie sich ihr jeweiliges Fansein in den unterschiedlichen Lebensphasen gestaltet. Die Auswahl der Biografien bildet eine Vielzahl an Generationen von Fans und ihre jeweils spezifischen Hintergründe ab. Im gesamten Heft taucht dabei allerdings nicht eine einzige weibliche Fanbiografie auf und so zeichnet das Sonderheft das Bild eines per se männlichen Fußballfans, der seinem Verein lebenslange Treue schwört.

Ergänzt wird dies durch die in zeichnerischer Form festgehaltenen »gängigsten Fangesten und ihre wahre Bedeutung«⁵: Die Zeichnungen bilden u. a. Fußballfans in schreiender, trauernder oder beglückter Pose ab. Dabei ist die jeweilige Figur immer allein abgebildet; in teilweise oberkörperfreier Haltung und ausladenden Gesten ist sie eindeutig als männlicher Fan

zu erkennen. In nur einer Zeichnung erscheint eine weiblich-gezeichnete Figur: als Begleiterin des (männlichen) »echten Fans« schmiegt sie sich eng an ihn. Gezeichnete Mimik und Gestik sagt dabei viel über beide Figuren aus: Sie schmiegt sich verträumt an ihn, er hält sie mit einer Hand fest und zeigt mit dem anderen Arm vermutlich in Richtung Kamera. Er ist nicht halb entkleidet oder von Regungen ergriffen wie in den vorhergehenden Zeichnungen, sondern »Herr seiner selbst« und Beschützer seiner Begleiterin. All seine Aufmerksamkeit gilt in diesem Moment nicht wie zuvor dem Spiel, sondern der Frau sowie den Fernsehkameras. Aus der Haltung der beiden sowie dem Ausspruch »Wir sind im Fernsehen!« spricht all jenes, was ein Fan idealerweise nicht zu sein hat: Zunächst einmal ist er nicht weiblich. Zudem nimmt der »echte Fan« seine weibliche Begleitung bezeichnenderweise nicht wie in dem Bild gezeichnet mit ins Stadion. Im selben Zuge, wie ihr die Unkenntnis und das Desinteresse an Fußball unterstellt wird, ist sie für ihn lediglich Ballast, der ihn vom Verfolgen des Spiels und dem gesamten Drumherum abhält. Sie steht mit ihrer Anwesenheit letztlich symbolisch für die (TV-)Kommerzialisierung des Fußballs.

An anderer Stelle im Heft beschreiben im gleichen Stil gehaltene Zeichnungen die Entwicklung unterschiedlicher Fußballfankulturen über den Verlauf der Jahrzehnte; auch hier erscheint keine einzige Frau unter den durchgängig männlichen Fans, für die Fußball ihr Leben bestimmt.

Die umfangreichen Fotos im gesamten Heft, auf denen Szenen rund um den Fußball und das Leben von Fans aus allen Jahrzehnten zu sehen sind, stehen zunächst im Widerspruch zum Bild der rein männlichen Fanszene, wie es die Texte und Zeichnungen im Heft nahelegen: zu sehen sind auf den Fotos Fans unterschiedlichen Alters, Geschlechts und vermutlich sozialer Herkunft aus verschiedenen zeitlichen Abschnitten des 20. und 21. Jahrhunderts. Frauen erscheinen als eben jener normale Teil der Fankultur, der ihnen im diskursiv erzeugten Bild des Fußballfans bzw. der Fankulturen nicht zugestanden wird. Erst ein genauerer Blick auf die Orte, an denen die Fotos jeweils entstanden, offenbart: handelt es sich um Fanszenen während eines Fußballspiels bzw. in direkter zeitlicher wie räumlicher Nähe davon, sind eine Vielzahl an Frauen auf den Fotos abgebildet. Umso weiter weg vom eigentlichen Fußballspiel die jeweiligen Fans begleitet werden, desto weniger Frauen sind auf den Fotos abgebildet. Dies lässt ein ungleichgewichtiges Bild entstehen: Frauen unterstützen ihre jeweiligen Clubs demnach als aktive Fans auf den Rängen ähnlich wie die männlichen Fans es tun. Nur das gesamte Drumherum, welches das Leben eines Fans bestimmt, scheint Frauen systematisch auszugrenzen.

Und doch: Vielfalt auf den Rängen

Frauen und Mädchen waren demnach zu allen Zeiten als aktive Fans am Rande der Bolzplätze und in den Fußballarenen

anwesend – wenn sie auch heute verschiedentlich eine stärkere Aufmerksamkeit erfahren. Dies ist u. a. dem Umstand geschuldet, dass Geschlecht nicht mehr unhinterfragt als Platzanweiser in der Gesamtgesellschaft wie im Mikrokosmos Stadion fungiert und mehr und mehr weibliche Fans die »männliche Grammatik des Fußballs« in Frage stellen.⁶ Denn so unterschiedlich wie sich die Biografien weiblicher Fans und ihre jeweilige Eingebundenheit in die Fanszene gestalten, gemein ist ihnen die Notwendigkeit, eine Antwort auf den teils offenen Sexismus im Fanblock und einen Umgang mit männlichen Normen und ungeschriebenen Regeln zu finden, die Frauen systematisch ausgrenzen.

Der weitgehend größte Teil weiblicher Fans in den Kurven der Stadien fordert für sich eine selbstverständliche Teilhabe an der nach wie vor männlich dominierten Fankultur ein, ohne sich selbst als Frau – und damit als das *Besondere* in der männlich-dominierten Kurve – herausheben zu wollen. Die gleichberechtigte Teilhabe an der Fangemeinde geht hier ein Stück weit mit einem Prozess der Unsichtbarmachung im übertragenen Sinne einher. Angesichts der gesellschaftlich tief verwurzelten Zweigeschlechtlichkeit, welche sich auch fest im Fußball eingeschrieben findet, zeigt sich hier die widersprüchliche Anforderung, zum einen als Frau erkennbar zu bleiben: nicht eindeutig als Mann oder Frau wahrgenommen zu werden zeitigt nicht den Effekt der Bedeutungsschmälerung von Geschlecht im Sinne eines »undoing gender« sondern sorgt viel mehr für ungleich größere Irritationen. Zugleich ist es an den weiblichen Fans, sich nicht qua Geschlecht auf die Rolle der fußballdesinteressierten Begleiterin beschränken zu lassen und sich und ihre Fußballleidenschaft stets auf ein Neues unter Beweis zu stellen. Zu kurz gegriffen wäre jedoch der Schluss, Frauen befänden sich in der Folge in einem steten Widerspruch zwischen ihrem Frau-sein und der »Leidenschaft Fußball«; im Gegenteil: für sie bedeutet der Stadionbesuch an der Stelle ebenso viel wie jedem anderen. Indem sie sich als »normaler Teil« dessen begreifen, konterkarieren sie zwar gelegentlich das Bild der rein männlich beschriebenen Fankurve, tragen jedoch bewusst oder unbewusst frauenverachtende und -ausgrenzende Normen und implizite Regeln mit. Sie schaffen sich in affirmativer, teils widerständiger Weise einen eigenen Sinnhorizont, der ihnen einen Zugang zum Fußball und seinen teils offen sexistischen Fanstrukturen ermöglicht.

Dem entgegen steht ein offen konfrontativer Umgang vor allem junger Frauen (und profeministischer Männer), die Fußball als Raum für alle begreifen und auf diskriminierende Strukturen, Grenzen der Teilhabe und implizite (männliche) Normen hinweisen. Sie gründen hierfür eigene (Frauen-)Fanklubs, performen antisexistische Choreografien im Stadion und bringen den *Malestream* auf den Rängen auf andere Weise zum Wackeln. Durch die Sichtbarmachung selbstverständlicher, zuvor unausgesprochener Regeln und Normen werden diese erst verhandelbar. Dass dies von Teilen der Fanszene als unwillkommene Politisierung der Fankurve aufgenom-

men und kritisiert wird, liegt nahe. Fußball und Politik – ein Begriffspaar das vom Gros der Fans kritisch bis ablehnend beäugt wird. Doch Fußball findet nicht abseits von Gesellschaft statt und ist als gesellschaftlicher Raum somit per se als politisch zu begreifen. Er lässt sich noch weitergehend als Mikrokosmos gesamtgesellschaftlicher Machtverhältnisse beschreiben. In diesem Sinne können Phänomene wie Sexismus oder Homophobie in Fußballfankulturen letztlich als stilisierte Varianten eines gesamtgesellschaftlich vorhandenen Sexismus beschrieben werden.⁷

All jenes bezeugt zum Einen, dass diskriminierende Strukturen dem Fußball nicht immanent und somit veränderbar sind. Es widerspricht zugleich einem exotisierenden Blick auf Fußballstadien und –fans als unzivilisierte Ansammlung von Hypermaskulinität und Frauenverachtung, derer sich die Gesamtgesellschaft entledigt hätte. Dem entgegen braucht es eine macht- und hegemoniekritische Perspektive, die den Mythos von Fußball als isoliertem Raum, in dem ein gesamtgesellschaftlich überwunden geglaubtes Modell traditioneller

Männlichkeit ungebrochen Wirkung entfaltet, überwindet. Nur so wird es möglich, nach Wechselwirkungen zwischen Fußball und anderen sozialen Feldern in der Gesellschaft zu fragen und Räume für die Auseinandersetzung mit Strukturen des Ein- und Ausschlusses zu eröffnen.

Juliane Lang

- 1 Ich beziehe meine Überlegungen auf Fußballfankulturen im deutschen Männerfußball.
- 2 Vgl. Antje Hagel, Nicole Selmer, Almut Sülzle, *gender kicks: Texte zu Fussball und Geschlecht*, Frankfurt am Main 2005.
- 3 Sülzle, Almut, *Fußball, Frauen, Männlichkeiten: Eine ethnographische Studie im Fanblock*, Frankfurt am Main/New York 2011, S. 308
- 4 Vgl. *Die Geschichte des Fußballfans*, 11Freunde Sonderausgabe, 1/2012.
- 5 Ebda., S. 28
- 6 Sülzle, *Fußball, Frauen, Männlichkeiten*.
- 7 Und zugleich wird der Fanblock von nicht wenigen Frauen als ein Raum beschrieben, in welchem sie abseits gängiger Geschlechternormen »einfach sie selbst« sein können.



Fans gegen Rassismus

Über Chancen und Grenzen antirassistischen Fanengagements

Fußballfans gehörten zu den Ersten, die Anfang der 1990er Jahre nicht mehr gewillt waren, die regelmäßig vorkommenden neonazistischen Parolen sowie den oftmals in deutschen Stadien herrschenden rassistischen Normalzustand hinzunehmen. In dieser Zeit entstanden die ersten Gegenbewegungen, die Debatten wurden dabei oftmals von kritischen Fanzines initiiert, die damals in vielen Städten entstanden waren. Fanszenen von Düsseldorf, St. Pauli oder Schalke 04, um nur einige zu nennen, gehörten zu den Vorreitern einer Fanbewegung, die sich für eine bunte Kurve, für eine positive, anti-diskriminierende Fankultur einsetzte, die Zustände in den jeweils eigenen Vereinen kritisierte und Druck auf die Vereine ausübte, diesen etwas entgegenzusetzen.

Diese Initiativen stießen in den ersten Jahren ihres Bestehens jedoch größtenteils auf Desinteresse seitens der Öffentlichkeit, der Vereine und Verbände. Antirassistisches Engagement, damals wie heute ein als etwas »unsexy« empfundenes Thema, ließ (und lässt bis heute) viele Vereine oftmals fürchten, dadurch ein wie auch immer geartetes Problem im eigenen Verein zugeben zu müssen. Stetiges Lobbying gegenüber den eigenen Vereinen, sowie eine breite Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit, unter anderem durch das 1993 gegründete »Bündnis Aktiver Fußball Fans« (BAFF), führten in den Folgejahren jedoch zu einer breiteren Sensibilisierung für das Problem der Diskriminierung im Fußball.¹ Die diversen Faninitiativen, ein allgemeiner Wandel in der Zuschauerstruktur, die Arbeit der Fanprojekte² sowie Maßnahmen von Vereinen und Verbänden hatten über die Jahre dazu geführt, dass sich die Situation in vielen Stadien, wenn schon nicht zum Guten, dann doch zumindest zum Besseren gewandelt hat: Offen rassistische Sprechchöre oder Transparente sind äußerst selten geworden, Fußballstadien inzwischen keine No-go Areas mehr für Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, politischen oder sexuellen Orientierung noch Anfang der 1990er Jahre vielerorts um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten mussten. In vielen Vereinen existieren inzwischen Fangruppen, die sich offen gegen Rassismus und Diskriminierung aussprechen und auch praktisch versuchen gegen rechte Tendenzen, nicht unbedingt nur in der eigenen Szene, vorzugehen. Viele dieser Gruppen sind untereinander vernetzt, tauschen sich aus, unterstützen sich und arbeiten punktuell zusammen. Dies geschieht in Fanbündnissen wie BAFF, dem Netzwerk Frauen im Fußball (F_In) oder dem Alerta-

Netzwerk, im Zuge von Fanfreundschaften aufgrund gemeinsamer politischer Ansichten oder auf rein informeller Ebene. Auf europäischer Ebene ging auch die Gründung des Netzwerkes »Football against Racism in Europe« (FARE) in Wien auf die Initiative von Fans zurück. Seit der Gründung des Netzwerkes im Jahr 1999 haben europaweit hunderte Fangruppen an FARE-Aktionen teilgenommen, besonders im Zuge der jährlichen FARE-Aktionswoche oder der antirassistischen Weltmeisterschaft, der Mondiali Antirazzisti in Italien. Inzwischen werden auch andere Diskriminierungsformen wie Homophobie und Sexismus von vielen Fans als Problem erkannt, benannt und bekämpft. Bei etlichen Proficlubs existieren schwul-lesbische Fanclubs, die offen im Stadion auftreten und sich 2006 im Netzwerk QFF (Queer Football Fanclubs) zusammen taten. Auch die Aktion »Fußballfans gegen Homophobie«³, eine gemeinsam von Fans der »Abteilung Aktive Fans« des Berlinligisten Tennis Borussia und dem LSVD Berlin-Brandenburg gegründete Initiative, wird von vielen Fangruppen sehr positiv aufgenommen und unterstützt.

Grenzen antirassistischer Einflussnahme

Also alles gut könnte man meinen? Beileibe nicht. Zwar haben es Fans in einigen Vereinen geschafft, in ihrer Fanszene/ihrer Stadion einen anti-diskriminierenden Grundkonsens zu etablieren und haben sich in den letzten Jahren mehr und mehr Fanszenen und Ultragruppen gegen Diskriminierung positioniert, die bis dato auch antirassistisches Engagement als unerwünschte »Politik im Stadion« abgelehnt hatten. Doch gibt es nach wie vor Vereine, in denen es keine nennenswerten Gegenbewegungen gegen Nazis in den eigenen Reihen gibt. Es existieren des Weiteren in einigen Vereinen Mischszenen, in denen es personelle und inhaltliche Überschneidungen von Fangruppen (meist Hooligan-, aber vereinzelt auch Ultragruppen) mit neonazistischen Partei- und Kameradschaftsstrukturen sowie den sogenannten Autonomen Nationalisten gibt. Und man muss auch klar konstatieren, dass antirassistischem Engagement Grenzen gesetzt sind, wenn die »Machtverhältnisse« im eigenen Stadion ein solches eben (noch) nicht zulassen. So versuchten Ultrafans in einigen Vereinen (zumeist in traditionell schwierigen Fanszenen), den herrschenden unpolitischen bis rechts-offenen Konsens zu brechen und sich

in neuen Gruppen klar antirassistisch zu positionieren. Sie verließen ihre Gruppen, um sich (unter anderem) offensiver gegen Diskriminierungstendenzen in der jeweiligen Fanszene zu positionieren als die in ihrer alten Gruppe möglich gewesen wäre. Bisher muss man die meisten dieser Versuche Alternativen aufzuzeigen jedoch als gescheitert betrachten. So löste sich die Hansa Rostock-Ultragruppe »Unique Rebels«, eine Abspaltung der »Suptras«, bereits wenige Monate nach ihrer Gründung auf, nachdem diverse ihrer Mitglieder von anderen Rostocker Fans angegriffen worden waren. Zusammenfassend schrieben sie: »Der vorrangige Grund dafür ist mit Sicherheit das vorherrschende Klima in der Rostocker Fanszene, welches uns in den letzten Wochen und Monaten entgegenschlug. Es war von vornherein klar, dass unsere Herangehensweisen und Ansichten nicht auf grenzenlose Gegenliebe stoßen. Jedoch sind wir nach wie vor darüber erschrocken, mit welcher Vehemenz sich der Hass uns gegenüber aufgebaut hat und wie vorherige Ansagen/Drohungen dann in die Tat umgesetzt wurden. Dabei sind unserem Erachten nach klare Grenzen überschritten worden.« In ganz ähnlichen Worten berichten »Solo Ultra«, eine Gruppe ehemaliger Mitglieder der »Ultras Dynamo«, über einen Angriff gegen ihre Gruppe bei einem Heimspiel: »Aus unserer Sicht ein neuer Höhepunkt nach zahlreichen vorangegangenen Aktionen und eine völlig neue Form von Hass, Gewalt und Einschüchterungsmaßnahmen gegen unsere Gruppe, unser Umfeld aber auch gegen völlig unbeteiligte Dynamofans bei der eindeutig Grenzen überschritten wurden.«⁴ De facto wurde die Gruppe damals aus dem Stadion vertrieben beziehungsweise kann sie dort nicht mehr offen auftreten und besucht nun lediglich Spiele von Dynamos Jugendmannschaften. Viele dieser Attacken, Einschüchterungsversuche und Bedrohungen spielen sich außerhalb der Stadien ab und sind nicht einsehbar für Personen, die nicht unmittelbar der engeren Fanszene angehören. Für die Öffentlichkeit sichtbar werden solche (politischen) Konflikte innerhalb der Kurven erst dann, wenn sie eskalieren und nicht mehr zu übersehen sind. So etwa die Ereignisse in Aachen, die hier beispielhaft für die Auswirkungen und Reaktionen solcher Szenarien stehen soll. Bei der Alemannia hatten Mitglieder der »Aachen Ultras« (ACU) die Gruppe verlassen und eine neue Gruppe gegründet, die »Karlsbande«. Ein Grund der Spaltung waren unterschiedliche politische Einstellungen. w *So ist es für uns nicht akzeptabel, dass Politik ins Stadion getragen wird, so war es bei ACU die alternative Schiene, die wir klar verurteilt haben*«, so Mitglieder der »Karlsbande« im Szenemagazin Blickfang Ultra.⁵ Der über lange Zeit zunächst nur schwelende Konflikt eskalierte in einem tätlichen Angriff während eines Heimspiels im Dezember 2011, an dem neben Mitgliedern der »Karlsbande« auch neonazistische Hooligans der »Alemannia Supporters« beteiligt und antisemitische und homophobe Parolen zu hören waren.

Vereine in der Pflicht

Der »Fall« Aachen ist auch ein gutes Beispiel dafür, wie sich Vereine in schwierigen Situationen (nicht) verhalten. Die Reaktionen vieler Vereine mit entsprechenden Problematiken zeigen nämlich, dass die Verantwortlichen die Ereignisse nicht als das begreifen oder nicht begreifen wollen, was sie sind: Eine reale Gefahr für die körperliche Unversehrtheit von Fans durch Neonazis, ihre Sympathisanten und diejenigen, die diese im Stadion dulden. Vereine, die natürlich keinerlei Interesse an einer offenen (und öffentlichen) Auseinandersetzung im Stadion haben, tendieren oftmals dazu, die politische Komponente abzustreiten und Bedrohungsszenarien als »Konflikte« zu verharmlosen, die lösbar seien, wenn man sich nur auf das »große Ganze«, nämlich die Unterstützung des eigenen Vereins, konzentrierte. Vor diesem Hintergrund ist auch der erste »Lösungsansatz« erklärbar, den Alemannia einige Tage nach dem Angriff auf der Vereinshomepage veröffentlichte: »Alemannia Aachen ruft all seine Fanclubs, insbesondere aber die Alemannia Supporters und die Aachen Ultras dazu auf, an der Lösung ihrer Konflikte aktiv zu arbeiten und zur Überwindung des tiefen Risses beizutragen, der die Aachener Fanszene durchzieht.«⁶

Die (inzwischen aufgelöste) Bremer Ultragruppe »Racaille Verte«, die im Januar 2007 selbst Opfer eines Überfalles durch rechte Hooligans des eigenen Vereines wurde und in der Folgezeit in Kooperation mit Fanprojekt und Verein eine »Antidiskriminierungs-AG« installierte, fand in einem offenen Brief an den Verein die passenden Worte für diesen Vorschlag: »Wir wollen Ihnen im Detail darlegen, warum wir Ihre Wortwahl und die dahinter stehenden Vorstellungen für völlig abwegig und gefährlich halten. Dadurch wird eine völlig unangebrachte Äquidistanz zu Opfern und Tätern geschaffen. Es hat hier einen Angriff gegeben, der ganz klar von einem rechtsgerichteten Haufen ausging. Als Verein sind Sie in der Verantwortung, sich hinter diejenigen zu stellen, die sich gegen Diskriminierung und für eine bunte Fankurve einsetzen, und diejenigen zu verurteilen und auszuschließen (nicht nur aus dem Stadion, sondern aus dem gesamten Diskurs), die sich Hass und die gewaltsame Verdrängung andersdenkender Menschen auf die Fahnen geschrieben haben.«⁷

Eine weitere bei vielen Vereinen zu beobachtende Reaktion ist, die Zuständigkeit des eigenen Vereines zu negieren, indem man Neonazis als nicht der Fanszene zugehörig bezeichnet. »Das sind in unseren Augen keine Fans«, sagte etwa der Vorstandsvorsitzende des 1.FC Kaiserslautern Stefan Kuntz dem SWR-Fernsehen, nachdem rechte Hooligans im Februar 2012 beim Training den israelischen FCK-Profi Itay Shechter vor laufender Kamera antisemitisch beleidigt hatten.⁸ Doch das Problem ist eben: Sie *sind* Fans und sind oftmals völlig akzeptierter Teil einer Fanszene. So sagte etwa Aachens Fanprojektleiterin Kristina Walther über den Neonazi Sascha Wagner, einen Funktionär der NPD und der



Jungen Nationaldemokraten (JN): »Der hat bei vielen Fans allein deshalb ein Standing, weil er seit gefühlten 100 Jahren Alemannia-Fan ist.«⁹ Wiese wird also von vielen Fans als echter Alemanne gesehen, während die »Aachen Ultras« die Störenfriede sind, die sich nicht an den »unpolitischen« Konsens halten, die Fanszene spalten und ihr somit Schaden zufügen. Diese in einigen Vereinen vorhandene Wagenburgmentalität ist das eigentliche Problem und macht es vielen antirassistischen Fans so schwer im Stadion zu agieren. Genau an diesem Punkt sind die Vereine gefragt: Sie müssen deutlich zeigen, auf welcher Seite sie stehen, und was für

eine Art von Fankultur sie unterstützen wollen. Wagner selbst versandte kurz nach dem Angriff über sein Facebook-Profil und per Mail einen Brief an die Geschäftsführung der Alemannia, in dem er sich als völlig unpolitisch darstellte und alle Schuld auf die antirassistischen Fans schob. Die Journalistin Nicole Selmer beschrieb Wagners Intention auf dem Blog *publikative.org* wie folgt: »Er stellt – ebenso wie die Angreifer im Fanblock – eine Machtfrage. Die Verantwortlichen der Alemannia müssen sich daher schon gut überlegen, mit wem sie ihren »Dialog« führen wollen. Von den Opfern des Angriffs zu verlangen, sie sollten sich mit den teilweise nach wie vor gewaltbereiten Tätern an einen Tisch setzen, ist dabei der falsche Weg, genau wie ein »Dialog« mit einem ideologisch gefestigten, jahrelangen NPD-Kader. Ihnen muss der Verein viel mehr entschieden entgegen treten, um mit dem Rest der Fanszene darüber zu sprechen, dass Rassismus und Nazi-Klamotten eben nicht ins Stadion gehören – so viel Politik muss sein.«¹⁰

Meist bedarf es jedoch erst eines Vorfalls oder eines kritischen Medienberichtes, bevor sich ein Verein zu seiner Verantwortung bekennt, die Probleme benennt und gemeinsam mit engagierten Fans Lösungen sucht. Werder Bremen etwa hatte trotz diverser Hinweise jahrelang die neonazistische Hooliganszene ignoriert; inzwischen arbeitet der Verein zum Thema Diskriminierung eng mit den Fans zusammen. Auch bei 1860 München gibt es inzwischen einen offenen Umgang mit dem Problem einer vermehrt auftretenden neonazistischen Fanklientel und der Verein ar-

beitet eng mit Gruppen wie den »Löwenfans gegen Rechts« zusammen. Nicht nur reaktiv zu agieren, sondern von Anfang an offen mit sich anbahnenden Problemen umzugehen und antirassistische Kräfte innerhalb einer Fanszene zu stärken, ist eine Hauptforderung aktiver Fans gegenüber den Vereinen. So schrieb BAFF zu den Vorfällen u. a. in Aachen: *»Fanszenen, die sich gegen Diskriminierung positionieren und dazu arbeiten, werden vereinsintern häufig als lästig empfunden oder sogar von anderen Gruppen des gleichen Vereins angegriffen. Statt verbaler Aufrüstung und Talkrunden, die außer Lippenbekenntnissen keine Resultate bringen, fordern*

wir also von DFB und DFL sowie von den Vereinen Ernsthaftigkeit und Nachhaltigkeit. Gut ausgestattete und langfristig gesicherte Fanprojekte und die Stärkung von Fangruppen mit antidiskriminierendem Selbstverständnis sind für den Kampf gegen »Fußballgewalt« auf lange Sicht erfolgreicher als Zäune, Pfefferspray und Security.«¹¹

In eine ähnliche Kerbe schlägt der Journalist Andrej Reisin, der eine weitere Überlegung in die Debatte einbringt. Er fürchtet, dass die mediale Fokussierung auf Themen wie Gewalt oder Pyrotechnik eher den Nazis in die Hände spielt: »Mit dem harten Vorgehen und dem flankierenden medialen Dauerfeuer gegen Ultras und Pyrotechnik sind daher Risiken verbunden, die bislang von den meisten Medien, Sicherheitsorganen und Funktionären schlichtweg ignoriert werden. Kurz gesagt: Die Vereine laufen Gefahr, dass ihnen Hools und Nazis im Stadion, die sich dort aber unauffällig verhalten, weniger ins Auge fallen, als aufmüpfige, antiautoritäre Ultras, die durch Provokation, politische Forderungen, Einflussnahme auf die Vereinspolitik und permanentes Zündeln nerven. Ohne jeden Zweifel hat das Aufkommen der Ultra-Bewegung ab Ende der Neunziger entscheidend dazu beigetragen, rechten Hools und Nazi-Schlägern die Dominanz in den Kurven zu nehmen, die sie bis dahin ebenso zweifellos hatten. Dass Fankultur heute weitgehend bunt statt braun ist, ist auch das Verdienst vieler, vieler Ultragruppen, die sich ausgehend vom Grundgedanken, dass der Support für den Verein im Mittelpunkt steht, nach und nach von Rassismus und Diskriminierung abgegrenzt haben. [...] Wer die Repressionschraube gegen die Ultras immer weiter zuzieht, läuft daher massiv Gefahr, ungewollt ganz anderen Kandidaten neue Spielfelder zu eröffnen, deren Zeit in der Kurve schon vorbei zu sein schien. Wer Gespräche abbricht und behauptet, diese hätten nie stattgefunden, verschafft denjenigen Stumpfs in den Stadien neues Gehör, die eh schon immer wussten, dass man Probleme nur mit dicken Armen, Alkohol und einer ordentlichen Portion Hass lösen kann. Wer immer mehr und immer öfter Pfefferspray einsetzt, wird die Anzahl der dumpfen »ACAB«-Gröler nicht verkleinern. Und wer ganze Gruppen mit Stadionverboten und ähnlichen Maßnahmen belegt, eröffnet die Räume, in denen rechte Gewaltgangs neue Spielfelder finden.«¹²

Ein kurzer Schwenk nach Europa

Dass repressive Maßnahmen und Kollektivstrafen auch in anderen Ländern progressive Stadionbesucher, die eher Teil der Lösung denn Teil des Problems sein könnten, verdrängt haben, beschreibt der Italien-Experte Kai Tippmann in Hinblick auf den sogenannten Fanausweis, die Tesser del Tifosi: »Leider ist aber auch beobachtbar, dass der Zuschauerrückgang eben in der Tat nicht statistisch undifferenziert durch alle Fraktionen gilt: übrig bleiben unter den Schlägen der Repression »der harte Kern«, diejenigen, die

sich durch Kriminalisierung, Stadionverbote und Strafzahlungen nicht aufhalten lassen. Weg bleiben Jugendliche, die an der Ultra-Idee den Support schätzten, die gern lautstark und farbenfroh ihr Team anfeuerten, die aber nicht gewillt sind, für ihre Passion jedes denkbare Risiko einzugehen.«¹³ Tippmann stellt weiterhin die These auf, »dass Repression, Polizeigewalt, Stadionverbote und mediale Verfehlung nicht etwa dazu führen, dass bestimmte Problematiken wie Gewalt aus dem öffentlichen Raum verschwinden. Was aus den Stadionkurven verschwindet ist der Anteil an »gemäßigten« Kurvengängern. Diejenigen, für die Fußball zwar wichtige Leidenschaft ist, aber nicht »alles im Leben«. Diejenigen, die versuchen, über Dialog und Diskussion ihre Meinungen in den Diskurs einzubringen. Diejenigen, die schließlich in der Masse dafür sorgen, dass blinde Gewalttäter und ideologisch Verblendete in einer Kurve zumindest nicht die Mehrheit stellen. Diejenigen, die dafür sorgen, dass radikalisierte Strömungen sich nicht ungefiltert ausbreiten können.«

Doch scheint für die Verantwortlichen auch in vielen weiteren europäischen Ländern die einfachste Lösung erst einmal Kollektivstrafen auszusprechen, anstatt mit progressiven Fans innerhalb des eigenen Vereines in den Dialog zu treten. Dies scheint besonders dann zu gelten, wenn sie selbst nicht gänzlich unschuldig daran waren, eine Eskalation erst heraufzubeschwören. So zerschlug der Verein Paris St. Germain vor zwei Jahren de facto die komplette Fanszene, indem er einem Großteil der Fanclubs die Dauerkarten entzog. Über Jahrzehnte hatte der Verein nahezu tatenlos zugesehen, wie sich auf der einen Seite des Stadions der »Tribune Boulogne« eine »weiße« Kurve etablierte, die von Rassisten und Neonazis dominiert wurde, während auf der gegenüberliegenden Tribune Auteuil antirassistisch positionierte Gruppen standen. Die immer wiederholten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Kurven gipfelten im März 2010 in einer Massenschlägerei, bei der ein Fan zu Tode kam.

Eine völlig falsche Anwendung von Maßnahmen, die eigentlich rassistische Manifestationen bestrafen sollten, führte auch in einer anderen französischen Stadt dazu, dass sich Fans, die sich seit Jahren antirassistisch positionierten, plötzlich auf der Anklagebank wiederfanden. Im Oktober 2010 wurden vier Fans der »Horda Frenetik« nach einem Spiel ihres FC Metz in Gewahrsam genommen da sie ein Banner gezeigt hätten, welches nach dem entsprechenden Paragraphen im französischen Gesetz »ein Symbol bei einer Sportveranstaltung darstellen würde, das eine rassistische oder fremdenfeindliche Ideologie wiedergibt«. Die Rede war von einem »Gegen Nazis«-Banner mit zerschlagenem Hakenkreuz. Es kam tatsächlich zu einem Gerichtsverfahren, bei dem alle vier Fans freigesprochen wurden.¹⁴ Noch um einiges schwieriger ist antirassistisches Engagement in vielen Stadien Osteuropas. Dort existieren viele nationalistisch bis extrem rechts geprägte Fanszenen, rechte und neonazistische Symbolik ist in vielen Stadien allgegen-

wärtig. Ein Problem mit Diskriminierung wird von vielen Vereins- und auch Verbandsfunktionären geleugnet, antirassistische Fans sehen sich Bedrohungen nahezu aller anderen Fangruppen ausgesetzt und ihr Engagement wird kaum öffentlich gewürdigt.

Aber selbst unter derart schlechten Voraussetzungen gibt es einige Vereine, in denen in den letzten Jahren eine alternative Fanszene entstanden ist, so etwa in Weißrussland bei MTZ Ripo (seit 2009 Partizan) Minsk oder beim FK Arsenal Kiev in der Ukraine.¹⁵ Auch in Polen gibt es Ansätze, dass sich Fans gegen die Vereinnahmung ihrer Klubs durch Neonazis wehren. So distanzierte sich das Fanprojekt von Slask Wroclaw, *Kibice Razem Wroclaw*, öffentlich von einem Plakat der Organisatoren des »Marsches der Patrioten« (ein regelmäßig am Unabhängigkeitstag stattfindender Marsch, der von rechtsextremen Organisationen veranstaltet wird), auf dem stand, dass die Partei und der Marsch von den Anhängern Slasks unterstützt werde. Das Fanprojekt rief die Fans des Vereins auf, nicht an dem Marsch teilzunehmen.¹⁶ Solche zaghaften Distanzierungen sind in einem Setting, in dem rechte Fans und Hooligans vielerorts die Stadien dominieren und das Problembewusstsein und die Unterstützung antirassistischer Initiativen durch Vereine und Verbände oftmals kaum vorhanden ist, natürlich einiges gefährlicher als in anderen Teilen Europas. Ein weiteres Beispiel für mangelnde Unterstützung progressiver Kräfte kommt aus Kroatien. Dort wollten die »White Angels« (Bijeli Andeli), eine kleine Fangruppe des Erstligisten NK Zagreb, im Rahmen des »Internationalen Tages gegen Homophobie« bei einem Heimspiel im Februar 2010 ein Banner mit der Aufschrift »With Football Against Homophobia« sowie eines mit der Aufschrift »Croatia without fascism« zeigen. Obwohl sie im Vorfeld ihren Verein informiert und um Unterstützung gebeten hatten, wurde ihnen selbige verwehrt. Im Gegenteil, der Verein bezeichnete im Nachgang auf seiner Homepage die Aktion gar als »erfolglosen Versuch bestimmter Organisationen«, Dinge in das Stadion zu tragen, die mit Fußball nichts zu tun hätten.¹⁷ Das mangelnde Problembewusstsein vieler Offizieller lässt sich mit einem Zitat des Präsidenten des kroatischen Fußballverbands Vlatko Markovic illustrieren. »Solange ich Präsident bin, werden sicher keine Homosexuellen im Nationalteam spielen!«, sagte er in einem Interview für die Zeitung *Vecernji List* im gleichen Jahr. Markovic wurde des weiteren gefragt, ob er je einem schwulen Fußballer begegnet sei, seine Antwort: »Nein, glücklicherweise, Fußball spielen nur normale Menschen«¹⁸. Solche Zitate eines hohen Verbandsfunktionärs lassen leider nicht hoffen, dass von offizieller Seite in absehbarer Zeit viele Initiativen gegen Diskriminierung im Stadion ausgehen werden. Umso wichtiger ist es, dass man diejenigen Fans unterstützt, die genau den Job machen, der eigentlich die Aufgabe der ganzen »Fussballfamilie« sein sollte.

Martin Endemann

Football Supporters Europe (FSE)

Das Netzwerk Football Supporters Europe (FSE) ist ein 2009 gegründetes, unabhängiges, repräsentatives und demokratisch organisiertes, basisorientiertes Netzwerk von Fußballfans in Europa mit Mitgliedern in derzeit 38 Ländern. FSE repräsentiert mehr als 3 Millionen Fans und ist offizieller Gesprächspartner der UEFA in Punkto Fanbelange. Das FSE-Komitee besteht aus jährlich beim Europäischen Fußball Fan Kongress gewählten Mitgliedern plus Vertreterinnen aus dem in Hamburg verorteten Koordinationsbüro sowie von den FSE »Fachbereichen«, halb-autonomen themenbezogenen Fachbereichen, die die Verantwortung für bestimmte Arbeitsbereiche von FSE übernehmen, zusätzlich zu den normalen Arbeitsgruppen. Diese Fachbereiche sind derzeit der Fachbereich für die Rechte behinderter Fans, sowie der Fachbereich Fanbotschaften. Um Mitglied in FSE zu werden, ist eine Zustimmung zu den Grundprinzipien des Netzwerkes erforderlich, die eine strikte Ablehnung von Diskriminierung und Gewalt beinhalten.

- 1 Siehe etwa die 2001 zum ersten Mal gezeigte Ausstellung »Tatort Stadion – Rassismus und Diskriminierung im Fußball« des BAFF, die inklusive ihrer Neuauflage im Jahr 2010 inzwischen an über 100 Orten gezeigt wurde.
- 2 Eine 2012 aktualisierte Version der Broschüre *Die Arbeit der Fanprojekte gegen Rassismus* kann unter dieser Adresse heruntergeladen werden: http://www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de/wp-content/uploads/12_03_06_BHP_Fanprojekte.pdf
- 3 Mehr Informationen zu der Kampagne: <http://fussballfansgegenhomophobie.blogspot.de/>
- 4 <http://soloultrasgd.blogspot.de/2011/08/14/sg-dynamo-union-berlin/>
- 5 Blickfang Ultra, Jahresrückblick 2010/11
- 6 <http://www.alemannia-aachen.de/aktuelles/nachrichten/details/Auf-Gewalt-verzichtet-man-aber-erklaert-sie-nicht-21441n/>
- 7 <http://racaille.de/?p=252>
- 8 <http://www.11freunde.de/bundesligen/149855>
- 9 <http://www.spiegel.de/sport/fussball/0,1518,811049,00.html>
- 10 <http://www.publikative.org/2011/12/19/das-unpolitische-wir-der-fanszene/>
- 11 http://aktive-fans.de/index.php?option=com_content&view=article&id=98:uebergriffe-in-aachen-anmerkungen-von-baff&catid=1:aktuelle-nachrichten&Itemid=50
- 12 <http://www.publikative.org/2012/03/11/ultras-wer-mit-dem-feuer-spielt/>
- 13 <http://www.altravita.com/risiken-und-nebenwirkungen-der-hool-von-nebenan.php>
- 14 <http://www.fanseurope.org/de/news/25-4-metz-fans-cleared-of-charges.html>
- 15 Mehr Informationen zu MTZ/Partizan: <http://savemtz.blogspot.eu/>
- 16 Die Stellungnahme unter http://slaskwroclaw.kibice-razem.pl/index.php?option=com_content&task=view&id=108&Itemid=25
- 17 Die ganze Geschichte auf: <http://farenet.org/default.asp?intPagelD=7&intArticleID=2122>
- 18 <http://www.vidc.org/nc/aktuell/vidc-aktuelles/article/erneut-schwulen-feindliche-entgleisungen-beim-kroatischen-fussballverband/?cHash=f2837d0b33dd03cb8850ba97e29c7ae1&print=1>

Steilpässe gegen Homophobie

Türkiyemspor verstrickt in ambivalente Debatten

Trotz einer wachsenden Anzahl homophobiekritischer Aktionen bundesdeutscher Fanclubs und Fußballvereine stellt Homosexualität noch immer das große Tabu des Massensports am Ball dar¹. Denn bekannterweise bilden die drei Bundesligen bis dato einen offiziell homosexuellenfreien Raum und homophobe Sprüche gehören zum Alltag auf den Rängen wie auf dem Platz. Es scheint, »als hätten Schwule, Lesben und Trans* im Profi-Fußball keinen Platz«².

Einig sind sich viele Autor/innen, die zum Thema arbeiten, in der Einschätzung, dass im Fußball Eigenschaften tradierter Maskulinität wie Stolz, Härte und Standfestigkeit zelebriert werden.³ Die Selbstdarstellung vieler Fußballfangruppen und Teams als patriarchale und männerbündische Gemeinschaften unter Ausschluss von Frauen und anderen als nicht-männlich deklarierten Personen basiert auf Eigenzuschreibungen von Heterosexualität unter dem Anspruch männlicher Herrschaft. Somit fundiert die »männliche Grammatik der Fußballfankultur«⁴ sowie des Fußballs auf homophoben Ausschlüssen und Abwertungen marginalisierter Männlichkeiten von nicht-heterosexuellen Männern. Doch ist dies kein fußballspezifisches Phänomen. So sieht die Männlichkeitsforscherin Raewyn Connell homosexuelle Männer in ihrem Konzept Hegemonialer Männlichkeit am untersten Ende der Hierarchie verschiedener Männlichkeiten: »Alles, was die patriarchale Ideologie aus der hegemonialen Männlichkeit ausschließt, wird dem Schwulsein zugeordnet (und) Schwulsein leicht mit Weiblichkeit gleichgesetzt.«⁵

Wie bereits erwähnt, fanden in den vergangenen Jahren diverse Projekte zur Bekämpfung von Homophobie im Fußball statt. Benannt seien an dieser Stelle der Kürze halber zwei: Bereits 2005 entwickelte das Bündnis »Football against Racism in Europe« (FARE) einen 5-Punkte-Plan⁶ zur Bekämpfung von Homophobie.⁷ Des Weiteren tourt die Kampagne »Fußballfans gegen Homophobie«⁸ des Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD)

seit 2011 mit einem großen Transparent durch die Fankurven der bundesdeutschen Stadien, um lokale Ansätze und Projekte überregional unter einem Logo zu vernetzen.

Doch genauso, wie dies leider noch nicht die Mehrheit der bundesdeutschen Fanclubs zu erreichen vermag, stellt sich die Situation auf der Klubebene sowie beim DFB dar. In den meisten Stadionordnungen wird Homophobie entweder nicht thematisiert oder grob unter »diskriminierendes Verhalten« subsummiert, was letztlich in seiner Bestimmung schwammig bleibt. Nur drei Erstligavereine, der VfL Wolfsburg, der

1. FSV Mainz sowie der FC St. Pauli, benennen diskriminierendes Verhalten aufgrund der »sexuellen Identität« bzw. »sexuellen Orientierung«⁹ als zu ahnden. Auch der DFB führt keine explizit »antisexistische Formulierung in den Anti-Diskriminierungs-Paragrafen«¹⁰.

Homophobie im Fußball bleibt ein Themenfeld, in dem es viel zu tun gibt. Wir wollen mit diesem Text einen praxisorientierten Beitrag leisten, und nicht allein Homophobie im Fußball beschreiben, sondern unsere äußerst ambivalenten Erfahrungen im sozialen Engagement gegen Homophobie erläutern, um sie weiterzugeben und andere zu schwierigen Schritten zu ermutigen. Denn wie so oft ist die Praxis um ein Vielfaches widersprüchlicher, als es Kampagnen in Papierform darzustellen vermögen. So werden wir uns mit der Geschichte des Engagements gegen Homophobie bei Türkiyemspor Berlin beschäftigen, welches sich im Spannungsfeld zwischen menschenrechtsorientierten Ansätzen, vereinsinternen Kämpfen, externer Kritik und versuchten Instrumentalisierungen von Seiten der extremen Rechten verorten lässt. Hinzu kommen Aspekte von mehrheitsdeutschem Rassismus und medialen Missverständnissen bis hin zu dem Status Quo, in dem Aktivitäten eines Migrantenvereins gegen Homophobie weiterhin einen identitätspolitischen Tabubruch darstellen.

Mehr als 90 Minuten

Türkiyemspor Berlin hat sich den vergangenen Jahren über das fußballerische Kerngeschäft hinaus zu einer Vielzahl von gesellschaftspolitischen Themen positioniert. Die jeweiligen Stellungnahmen im migrationsgeprägten Berliner Stadtteil Kreuzberg vollzogen sich durch die sozialen Diskriminierungserfahrungen im Alltag der einzelnen Mitglieder, u. a. im sportlichen Bereich. Vor allem der Förderverein Türkiyemspor vertritt hierbei eine übergreifende Perspektive, um verschiedene Diskriminierungen zusammenhängend erfassen sowie gegen sie angehen zu können. So erläuterte Cetin Özyaydin, Vorsitzender des Fördervereins Türkiyemspor, dem Tagesspiegel: »Das Thema Ausgrenzung eint uns. (...) Die Mechanismen sind doch die gleichen, ob es jetzt um Türken, Schwule, Juden oder politisch Andersdenkende geht.«¹¹ Gerade die Verbreiterung des Fokus auf unterschiedliche Diskriminierungen brachte Türkiyemspor eine über den Sport

hinausgehende sozial relevante Stellung ein: »Durch seine Wahrnehmung als – mittlerweile ehemaliger – Migrantenverein und die öffentliche und offensive Auseinandersetzung und Positionierung zu verschiedensten gesellschaftlichen Diskriminierungsebenen nimmt der Verein auch die Position eines »Themenanwalts« ein.«¹², beschreibt Karsten Holler den Ist-Zustand des Vereins.

Dennoch muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass ein Fußballverein wie Türkiyemspor keine Partei oder explizit politische Organisation darstellt, in der gesellschaftliche Prozesse diskutiert werden, um Standpunkte zu erarbeiten. In einem Fußballverein schließen sich Menschen zusammen, um Fußball zu spielen. Doch wie jeder Verein, der Menschen aus punktuellen Gründen zusammenführt, fließen auch gesellschaftliche Diskussionen in den Verein als Abbild seines Umfeldes ein – Themen, die weit über das eigentliche Geschäftsfeld des Vereines hinausgehen. So haben einzelne Verantwortliche von Türkiyemspor auch ohne interne Standpunktdiskussionen oder Formulierung von Leitsätzen über politische Unterschiede hinweg einen Umgang mit sozial-politischen Themen entwickelt, der den Verein bis heute begleitet. Diese sozial-politischen Positionierungen des Vereins nach außen haben jedoch auch intern zu Diskussionen geführt, nicht nur in puncto Homophobie. Manchen Mitgliedern ging z. B. auch die klare Positionierung gegen Rassismus zu weit über das eigentliche Geschäftsfeld hinaus. Trotzdem ist dieses Engagement von nun mehr als acht amtierenden Vorständen des Vereins mit wechselnden Vorsitzenden seit 2000 fortgeführt worden. Verstärkt seit dem Jahr 2000 an sozialen und gesellschaftspolitischen Kampagnen beteiligt (z. B. »Schluss mit der Gewalt in der Familie«, FARE gegen Rassismus, »Stopp Tokat!«), ergibt sich ein reicher Erfahrungsschatz sowie eine Palette an Aktivitäten, die angenommen und medial wahrgenommen werden. Keine der Aktionen löste jedoch so unterschiedliche gesellschaftliche Diskurse aus wie die Arbeit von Türkiyemspor gegen Homophobie.

Aller Anfang scheint schwer

Der Beginn des Engagements gegen Homophobie gestaltete sich relativ leise. So nahmen Teams von Türkiyemspor am »Come together Cup« 2005 und später an den Respect Gaymes teil ohne größere mediale Aufmerksamkeit teil. Doch vereinsintern machte man sich Sorgen. Problematisiert wurde die Thematisierung von Sexualität an sich. Viele Mitglieder des Vereins kommen aus einem familiären Umfeld, in dem Sexualität als Thema ausgespart wird. So herrschte u. a. eine gewisse Unsicherheit in der Vereinsführung, wie die Jugendabteilung auf die ersten Schritte im Themenfeld reagieren würde. Stets existierte die Angst, dass Eltern ihre Kinder abmelden würden oder nicht mehr zu dem Verein kämen. Diese Befürchtungen sollten sich nur teilweise bewahrheiten. Denn

explizite Abmeldungen aufgrund des Engagements liegen dem Verein zwar nicht vor, jedoch gibt es bis heute besorgte Nachfragen von Eltern.

Das Engagement gegen Homophobie wurde erstmals außerhalb des Klubs 2007 durch eine Podiumsdiskussion im Vereinsheim von Türkiyemspor unter dem Titel »Kick it like Murat«¹³ wahrgenommen. Auf dem Podium im Kreuzberger Vereinsheim war Türkiyemspor durch Pressesprecher Bilinc Isparta und den damaligen Kapitän des Herrenteams Fatih Aslan gleich doppelt vertreten. Im Laufe der Veranstaltung stellte Letzterer klar, dass jede Form von Diskriminierung abzulehnen sei. Dies verdeutlichte er mit einem selbstgemalten Plakat »Alle anders, alle gleich«. Auf der Veranstaltung vor knapp 70 Interessierten nahmen auch Vorstandsmitglieder und ehemalige Funktionäre des Vereins teil. Der Ort der Veranstaltung, das türkisch geprägte Vereinsheim in der Kreuzberger Admiralstrasse, bot den vereinsfremden Gästen eine authentische Kulisse, in der Diskussionen dieser Art zumindest nicht offen erwartet werden.

Doch schon im Vorfeld mussten die Veranstalter Kritik von unerwarteter Seite einstecken. Die Webpage »Gay West« fragte nach: »Türkiyemspor? Gleich die Fanclub-Homepage angeklickt: Der Vereinsname auf einem Transparent, eingrahmt von dem Konterfei des Schwulenhassers Che Guevara, daneben ein Antifa-Symbol.«¹⁴ Zudem wirft Gay West Türkiyemspor vor, »auf der Türkiyemspor-Fanclub-Homepage findet sich ebenso wenig ein prominenter Hinweis auf die mit dem LSVD geplante Veranstaltung wie auf der offiziellen Vereinsseite. Man will ja schließlich niemand in Panik versetzen.« Der Verein hatte zu diesem Zeitpunkt keine eigene Webseite und auf der Fanseite wurde die Veranstaltung unter der Rubrik Termine wie alle anderen Veranstaltungen auch beworben. Doch dem weiteren Tenor des Textes zufolge hielten der LSVD sowie der als Podiumsgast eingeladene Journalist Hakan Tas die Thematisierung migrantischer Gewalt gegen Schwule für Rassismus. Dies gipfelte in der rhetorischen Frage an Tas: »Wie sonst kommt man auf die Idee, dass Schwule, die sich auch beschweren, wenn sie von Migranten verprügelt werden, auf dem Weg ins 4. Reich sind?«

Die Wahrnehmung der eigentlichen Veranstaltung im Vereinsheim war dennoch zu großen Teilen positiv. Die taz berichtete unter dem Titel: »Kicken für mehr Akzeptanz«. Autor Tim Westerholt schließt seinen Bericht mit einem Zitat des LSVD-Geschäftsführers Alexander Zinn, der sich zufrieden mit dem Ergebnis der Podiumsdiskussion zeigte und betonte, dass Türkiyemspor auf diesem Gebiet Pionierarbeit leiste.¹⁵

Dennoch beendet Westerholt seinen Artikel mit der Bemerkung, dass die kartenspielende Stammkundschaft des Vereinsheim die Diskussion nicht interessiert hätte: »Sie haben weitergezockt – und das äußerst laut.« Leider hat der Autor den Ansatz der Veranstaltung nicht verstanden. Denn genau dies war vorher unter den Kooperationspartnern thematisiert worden. So sah es das Konzept vor, gesellschaftliche Themen auch in Räumlichkeiten zu bringen, in denen nicht unbedingt

eine Aufmerksamkeit wie in einem gängigen Ort der politischen Auseinandersetzung von vornherein gegeben ist. Der Reiz für die Beteiligten speiste sich nicht zuletzt daraus, den gewohnten Pfad von Podiumsdiskussionen im intellektuellen Raum zu verlassen.

Die Aktivitäten weiten sich aus

2007 folgte ein Fotoshooting für das schwule Männermagazin Männer¹⁶. Sechs Spieler wurden gesucht, die sich halbnackt in aufreizender Pose in einer Fabrikhalle in Szene setzten. Die anfängliche Sorge, kein Spieler des Vereins würde sich bereit erklären, wich der Überraschung, dass nicht nur großes Interesse an dem Shooting, sondern ebenso Gespräche über Homosexualität entstanden. Thema waren Berührungspunkte der Spieler mit Schwulen im Sport und es erwies sich ein überaus reflektierter Umgang der Kreuzberger Fußballer. Die Fotos waren danach nicht nur in der Schwulenszene beliebt. Darüber hinaus entstand im Zuge der Respect-Gaymes die Idee, dass Türkiyemspor in Person des jungen Spielers Erkut Ergilgür die Schirmherrschaft der Veranstaltung übernehmen könnte. Die bis dato größtenteils positiven Reaktionen unseres Engagements ließen den Verein jedoch zu sorglos vorgehen. Denn eine Plakat-Kampagne in der gesamten Stadt, personalisiert durch einen halbnackten Fußballer, erweist sich zumindest aus heutiger Sicht als grenzwertig. Denn nicht nur das Engagement gegen Homophobie sorgte für Spott und Hohn im weiteren Umfeld des Spielers, auch die Allgegenwärtigkeit als halbnackte Person sorgte für Aufruhr bis ins Team hinein. Sehr differenziert berichtete dazu das Neue Deutschland: »Ercut Ergilgür sei seit der Plakatkampagne nicht mehr normal von seinem Freundeskreis behandelt worden, beschreibt Türkiyemspors Vorstandsmitglied und Pressesprecherin Susam Dündar-Isik das Martyrium. »Er wurde beschimpft und immer wieder gefragt, ob er schwul sei.«¹⁷ Die Plakate waren vielerorts auffindbar und sorgten für eine konstante Thematisierung. Hinzu kam ein Interview einer TV-Reporterin mit Erkut kurz vor dem Event, in dem er die mehrfach eindringlich gestellte Frage, ob er sich schwule Fußballer in der Bundesliga vorstellen könnte, vorsichtig verneinte. Das politische Hintergrundwissen für Diskurse dieser Art war bei dem jungen Fußballer nicht vorhanden. Die Telefone bei beiden Vereinen, dem LSVD sowie Türkiyemspor, liefen anschließend heiß. Hierbei zeigte sich erstmals wie emotional aufgeladen das Thema ist. Weiteren Gegenwind bekam das Engagement Türkiyemspors im darauffolgenden Jahr. Erneut wurden Plakate mit Erkut in der Stadt verklebt und Journalisten wendeten sich abermals an den Schirmherren der Respect-Gaymes. Doch Erkut zeigte sich überrascht. Ihm war nicht klar, dass der Vertrag für zwei Jahre galt. Während sich Teile der medialen Öffentlichkeit dem sich abzeichnenden Skandal zuwandten¹⁸, blieb die Fortsetzung hingegen unerwähnt. Türkiyemspor war bei der offiziellen Fahnenhissung zum CSD 2009 wieder vor dem Roten

Rathaus vertreten und Erkut Ergilgür eröffnete, trotz der zwischenzeitlichen Verwirrung, mit dem Satiriker Kurt Krömer offiziell die CSD-Woche. In einer kurzen Rede brachte Türkiyemspor-Präsident Celal Bingöl die Schwierigkeiten im Vorfeld betont lässig auf den Punkt: »Und wenn dann mein Spieler zu mir kommt und sagt, die Leute beschimpfen mich, andere fragen mich ob ich schwul bin. Da rat ich ihm, du sagst am besten: »Ja, mein Präsident ist auch schwul, Na und?««

Darüber hinaus blieb die Zusammenarbeit Türkiyemspors mit Organisationen der LGBT-Bewegung nicht auf Homophobie begrenzt. So organisierte der Verein im Vorfeld der vom DFB als »Sicherheitsspiel« eingestuften Partie beim Chemnitzer FC (CFC) eine Beobachterkommission, die diskriminierende bis rechtsextreme Vorfälle und Äußerungen im Stadion dokumentieren sollte. Während die Teilnahme des Berliner Integrationsbeauftragten kaum Widerhall fand, sorgte die Beteiligung von LSVD-Vertreter/innen für großen Aufruhr.¹⁹ Der Bericht hatte indes viel zu dokumentieren: »Nach dem ersten Tor von Türkiyemspor erfolgte ein deutlicher Umschwung und die Atmosphäre wurde aggressiv und fast bedrohlich.« So wurde u. a. gesungen: »Wir kommen euch besuchen bald ... im KZ von Buchenwald!« oder auch »Türkiyemspor sind Juden in Berlin, Juden in Berlin, Juden in Berlin!«

Im Fanforum des Chemnitzer Fußballclubs übten sich viele Beteiligte in heftigen Abwehrreaktionen. Den Bericht des LSVD kommentierte der User und aktive Fan des CFC »L.I.C.H.T.-Gestalt« im Posting wie folgt: »Angst in der Pause? Solche Muschis ... Bedrohliche Atmosphäre – können sich alle sexuell anders Orientierten bei ihrem Rosenstolz-Kumpel bedanken, dass sie als Weicheier angesehen werden (...) Die sollen sich in die Wattebällchen-Bundesliga scheren und dort die Flugbahnen beurteilen – aber kein kerniges Fussballspiel (sic!).«²⁰ Die Reaktionen im CFC-Fanforum erstreckten sich unter verschiedenen Titeln auf mehreren Seiten und sind gespickt mit homophoben und rassistischen Ressentimenttiraden.

Preise, Konflikte und Spaltungsversuche von rechts

2009 wurde Türkiyemspor erstmals für sein Engagement gegen Homophobie geehrt. »Mit großem Aufgebot war schließlich auch der Fußballverein Türkiyemspor Berlin e.V. vertreten, der mit Vorstandsmitgliedern, Cheftrainern und einem ganzen Fußballteam eingetroffen war«²¹, hieß es auf der offiziellen Seite von Maneo.

2010 kam die »Berliner Tulpe«, der Preis für deutsch-türkischen Gemeinsinn hinzu. Doch eröffnete dieser Gewinn zugleich einen medial ausgetragenen Konflikt, welcher mit der strukturellen Schwäche Türkiyemspors zu tun hat. Der Verein nahm die Nachricht der Preisverleihung mit Freude auf, jedoch konnte die Frage, welche Vereinsgliederung sich auf den Preis beworben hatte aufgrund der fehlenden Infrastruktur des Klubs nicht schnell beantwortet werden. Da die Frauenabteilung in den vorangegangenen Jahren Bewerbungen ein-

gereicht hatte, lag der Schluss nahe, dass der Preis für die nachhaltige Entwicklung des Frauen- und Mädchenfußballs verliehen wird, woraufhin der Verein eine entsprechende Pressemitteilung veröffentlichte.

Als der Fehler berichtet wurde, war es bereits zu spät. Es stellte sich heraus, dass die zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr für den Verein tätige ehemalige Pressesprecherin Susam Dünder-Isik den Antrag eingereicht hatte. Die islamophobe Website pi-news.net titelte hämisch »Falsche Tulpen«. Im Spot heißt es reißerisch: »Das sollte eine Story so recht nach dem Geschmack einäugiger Xenophiler werden: Ein türkischer Fußballclub in Berlin erhält einen Preis für sein Engagement gegen Schwulenhass, der doch bei muslimischen Mitbürgern in besonders beängstigender Weise verbreitet ist. Die einzigen, denen die Ehrung nicht gefällt, sind die Türken. Vor Scham erfinden sie gar einen anderen Grund für den Erhalt der 5.000 Euro.«²² Noch deutlicher werden die User im rechtsextremen Forum thiazi.net: »Ja, Wahnsinn, fast alle Symptome einer kranken Zeit auf einen Fleck! Türken in Berlin (Überfremdung) Schwule (Perversion) Diskriminierung (gewollte Gleichschaltung (sic!) und Förderung der Perversion) Politiker (Wowerheit (Korruption und Dekadenz))«²³ kommentiert User »gemeinsam stark« die Preisverleihung. Die Junge Freiheit stimmte mit ein und behauptete im Artikel »Peinliche Prämierung«: »Den türkischen Fußballern scheint dieser Preis jedoch peinlich zu sein.«²⁴ Dabei überschlugen sich Vereinnahmungen, undifferenzierte Homogenisierungen und Ausgrenzungsmechanismen in ihrer Verwobenheit geradezu. Denn während rechts-extreme Forumsuser Migranten und Homosexuelle zu einer bedrohlichen Melange der völkischen Scholle vermischen, versucht die Junge Freiheit beide Gruppen gegeneinander auszuspielen und nimmt dabei implizit die Position des Homophobiekritikers ein, was in Anbetracht der publizistischen Leitlinie gegen »die Macht der Homo-Lobby« (Titel der Ausgabe vom 14. Januar 2011) geradezu grotesk wirkt.

Dennoch widmeten sich auch nicht-rechtsextreme Publikationen dem Thema auf ähnliche Weise. Die Zeit komplettierte die unheilige Allianz aus Junge Freiheit und pi-news am 19. März 2010 mit dem Artikel »Die Frau stört«²⁵. Dort stellt die Autorin Özlem Topcu die These auf, dass die ehemalige Pressesprecherin des Vereins Susam Dünder-Isik aufgrund ihres Engagements gegen Homophobie ihres Postens enthoben wurde. Entsprechende Versuche zur Richtigstellung bei der Autorin Özlem Topcu blieben mangels Gesprächsbereitschaft erfolglos. So ist schon im Spot klar wohin der Text gehen wird. »Eine Türkin setzt sich im Berliner Fußballverein Türkiye Spor für Homosexuelle ein. Das konnte nicht gut gehen.« Nur am Rande erwähnt wird dabei, dass das Engagement lange vor der Tätigkeit von Dünder-Isik begann und auch nach ihrem Amtsende kontinuierlich fortgesetzt wurde. In der gesamten medialen Öffentlichkeit wurde nirgends beleuchtet, wie sich Türkiye Spor als symbolträchtige Organisation der deutsch-türkischen Community und zugleich einem der erfolgreichsten Fußballvereine Berlins, entschie-

den hat, mit dem Thema Homophobie auseinanderzusetzen, geschweige denn, welche Problemlagen dabei auftraten. Stattdessen erlag die schreibende Zunft einer Skandal heischenden Berichterstattung, die keineswegs fähig war, ambivalente Prozesse in diesem gesellschaftlich heiklen Themenfeld nachzuvollziehen. Wichtige Details und Differenzierungen fielen gängigen Pauschalisierungen zum Opfer, die dem Ziel einer offenen Debatte zum Zwecke einer diskriminierungsfreieren Gesellschaft nicht zuträglich waren.

Zudem haben die beschriebenen Pauschalisierungen nachhaltige Wirkungen gezeitigt und das Thema Homophobie beschäftigt den Verein weiterhin. Dies zeigte sich zuletzt an der Wahl Jörg Steinerts, Geschäftsführer des LSVD, in den Aufsichtsrat des Vereins im April 2012. Obwohl noch fünf weitere Personen in das Gremium gewählt wurden, erregte nur seine Wahl größere Reaktionen. So berichtete queer.de unter dem Titel »Schwuler will Türkiye Spor retten«. Einer der Kommentare darunter hebt hervor: »kann mich irren aber als Erkut Ergilgür einen Preis für sein Engagement erhalten sollte hat wollte der verein ihn doch nicht haben. von wegen die Menschen sollen nicht denken wir unterstützen homos oder so ähnlich. ich glaube auch ihr habt darüber berichtet. warum wird das alles also jetzt unter den tisch gekehrt?«²⁶ artikuliert User »enddarm« seinen Eindruck der Geschehnisse.

Ganz anders kommt die Kritik auf dem türkisch-sprachigen Nachrichtenportal ha-ber.com²⁷ im Kommentarbereich daher, wo ausführlicher diskutiert wird weshalb der LSVD bei Türkiye Spor vertreten sein muss. Es wird gefragt wie der Vorstand des Vereines seinen Mitgliedern dies vermitteln will, wobei sich diese wie die türkische Gesellschaft aus mehrheitlichen »70 Prozent« Konservativen zusammensetzten.²⁸ Der User »Hasan Akbulut« kritisiert: »Jetzt sollen die Homosexuellen retten. Türkiye Spor hat die türkische Gemeinschaft nicht mehr nötig, wollten sie sowieso nicht. Dann sollen sie auch den Namen ändern.« Auch in diesen Gedanken scheint die Existenz homosexueller Türken bzw. Mitglieder der »türkischen Gemeinschaft« undenkbar und das Engagement gegen Homophobie wird mit dem Verrat der eigenen Vereinsgeschichte gleichgesetzt.

Letztlich verdeutlicht das Konglomerat der z. T. ressentimentgeladenen Diskurse in verschiedenen und teilweise konträr zueinanderstehenden gesellschaftlichen Spektren, dass das Engagement eines fußballerischen Migrantenvereins gegen Homophobie für viele einen nicht zu akzeptierenden bzw. verwirrenden Tabubruch darstellt. Die unvorhergesehene Wucht der aus verschiedenen gesellschaftlichen Lagern kommenden Gegenwehr hat den Verein zudem an seine Grenzen getrieben und stellt sowohl eine intellektuelle als auch strukturelle Herausforderung dar. Denn letztendlich ist Türkiye Spor auch nur ein Fußballverein, dessen lebendiges und alltagsbasiertes Vereinsleben ihn tiefgründig prägt. Die Diskussionen werden also weitergehen. Wir werden schauen, wo es hingeht.

Robert Claus und Harald Aumeier

- 1 Frauen sind aus dem Spektakel männlicher Nabelschau zwar nicht ausgeschlossen, jedoch werden sie zumeist marginalisiert (Vgl. Juliane Lang in diesem Rundbrief). Ähnlich verhält es sich mit weiblicher Homosexualität. Diese unterliegt zwar ähnlichen Barrieren wie das männliche Pendant (Vgl. Walther-Ahrens, Tanja, Seitenwechsel, Gütersloh 2011), erhält jedoch bei weitem nicht so viel öffentliche Aufmerksamkeit, bedingt durch die generell geringere gesellschaftliche Beachtung des Frauenfußballs. Antilesbische Homophobie soll an dieser Stelle dennoch benannt werden, wenn wir uns im weiteren Verlauf des Textes auch auf den Männersport beziehen.
- 2 Walther-Ahrens, Tanja, Seitenwechsel, Gütersloh 2011.
- 3 Vgl. Dembowski, Gerd, »Ich hab' ja nichts gegen Schwule, aber ...« – Stichworte zur Modernisierung von hegemonialen Männlichkeiten im deutschen Fußball, in: Faninitiative Innsbruck (Hrsg.), Fußball ohne Vorurteile. Begleitband zur Ausstellung Tatort Stadion, Innsbruck 2011.
- 4 Sülzle, Almut, Fußball, Frauen, Männlichkeiten: Eine ethnographische Studie im Fanblock, Frankfurt am Main/New York 2011.
- 5 Connell, Robert/Raewyn, Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten, Opladen 2000.
- 6 Dieser umfasst die Punkte: 1) Homophobie thematisieren, 2) die Verantwortung gemeinsam übernehmen, 3) gezielt vorgehen, 4) mit gutem Beispiel vorangehen, 5) das Thema Homophobie öffentlich machen.
- 7 Vereint gegen Rassismus, Bekämpfung von Rassismus im Klubfußball. Ein Handbuch für Vereine, 2006, Download: http://de.uefa.com/multimedia-files/download/uefa/keytopics/476248_download.pdf
- 8 www.fussballfansgegenhomophobie.blogspot.de
- 9 De Hek, Alexandra Martine, Homophobie im Fußballsport, Freiburg 2011.
- 10 Ebda.
- 11 www.tagesspiegel.de/sport/wider-das-klischee/867086.html
- 12 Holler, Karsten, Türkiyemspor e.V. von 1978: »Ethische Infrastruktur« mit türkischem Migrationshintergrund oder interkulturelle Kreuzberger »Kiez-Kicker«?, in: Ders., Pribbenow, Thomas; Wessel, Stefan (Hrsg.), Zivilgesellschaft und Integration, Reihe Opuscula, Maecenata Institut, Humboldt Universität zu Berlin 2012.
- 13 Veranstaltung »Kick it like Murat« am 31. Januar 2007, Ankündigung abrufbar unter www.radar.squat.net/index.php?mode=details&what=0&profile=radar&timerange=&where=4&event_id=52805

- 14 www.gaywest.wordpress.com/2007/01/28/entspannung-hilft-nicht-immer
- 15 Westerholt, Tim, Kicken für mehr Akzeptanz, die tageszeitung vom 02. Februar 2007, www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2007/02/02/a0271 [07. Mai 2012]
- 16 www.m-maenner.de
- 17 Händler, Oliver, Sport gegen Schwulenhass, Neues Deutschland vom 06. September 2009, www.neues-deutschland.de/artikel/150025.sport-gegen-denschwulenhass.html [07. Mai 2012]
- 18 Kopp, Johannes, Homophobie in der Sportszene, die tageszeitung vom 06. Juni 2009, www.taz.de/!35687 [07. Mai 2012] sowie Antiteilchen, Trugbild an der Litfaßsäule, www.antiteilchen.com/2009/06/06/trugbild-auf-dem-plakat [07. Mai 2012]
- 19 Thomas Weisbach z.B. hebt im Titel seines Textes auf groups.google.com die Beteiligung von »Schwulen- und Lesben auf der Tribüne« (Thomas Weisbach am 02. August 2008, www.groups.google.com/group/de.rec.sport.fussball/browse_thread/thread/4858e903c1e5847f/3b94656cc51e32c?pli=1 [07. Mai 2012]) zu Ungunsten des eigentlichen Fokus auf rechtsextreme Äußerungen von Fußballfans hervor.
- 20 www.cfc-fanpage.de/forum/read.php?1,189860,189861#msg-189861
- 21 www.maneo-toleranzkampagne.de/?cat=2&sub=48
- 22 www.pi-news.net/2010/03/falsche-tulpen
- 23 www.forum.thiazi.net/showthread.php?t=171075
- 24 Bäckermann, Matthias, Peinliche Prämierung, Junge Freiheit vom 24. März 2012, www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M5fcbc15e2a6.0.html?&tx_ttnews%5Bsword%5D=türkiyemspor [07. Mai 2012]
- 25 Topcu, Özlem, Die Frau stört. Die Zeit vom 19. März 2010, www.zeit.de/2010/12/Fussball-Homosexuelle/seite-2 [07. Mai 2012]
- 26 www.queer.de/detail.php?article_id=16363&utm_source=twitterfeed&utm_medium=twitter&utm_campaign=extern
- 27 www.ha-ber.net/index.php?option=com_content&task=view&id=17825&Itemid=0
- 28 Im Originalextext auf türkisch: »Ben dogrusu cok merak ediyorum, Türk Toplumunun % 70 nin muhafazakar oldugunu göz önünde bulundurursaniz bence bir faydasi olmayacaktır.«



Auf den Rängen gibt's kein Abseits!

Eine Veranstaltungsreihe des 1. FC Union Berlin zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus

Irgendwann standen ein paar Fußballfans zusammen, hatten eine Idee, einige Erfahrungen, kannten ihren Verein und die Fanszene. Sie diskutierten und änderten die ersten Ideen, entwickelten sie zu einem Konzept weiter, suchten weitere Leute zum Mitmachen, Förderer und Mäzene. Bis eine Veranstaltungsreihe stand, sie mit dem Verein und für die Fanszene beworben und mit großem Erfolg durchgeführt werden konnte. So kurz etwa lässt sich die in diesem Jahr erstmals stattgefundene Veranstaltungsreihe »Auf den Rängen gibt's kein Abseits« zu den »Internationalen Wochen gegen Rassismus« beim 1. FC Union Berlin zusammenfassen.

Über Themen, Gäste, Teilnehmer der Reihe informiert kurz die am Schluss des Textes abgedruckte Pressemitteilung des Vereins. Weitergehende Reflexionen soziologischer und politischer Natur wurden in die Anmerkungen verlegt. Hier soll über die Entstehung der ganzen Reihe, die Konzepte der Durchführung und die mehr und auch die weniger erfolgversprechenden Erfahrungen berichtet werden. Dazu gehört eine knappe Darstellung des Vereins, seiner Strukturen und der Kultur der Fans, soweit dies zum Verständnis erforderlich ist, nicht ohne anzumerken, dass dem Autor als einer der Initiatoren der Veranstaltungsreihe und seinem Verein verfallenen Fan schlichtweg die Distanz fehlt, um wertfrei zu berichten.

Die Wochen gegen Rassismus und die Idee

Seit 2001 werden die »Internationalen Wochen gegen Rassismus« in der Bundesrepublik offiziell mit Veranstaltungen begleitet. Organisatoren sind der »Interkulturelle Rat in Deutschland« und die Aktion »Gesicht zeigen«. Nachdem 2002 in der Bundesrepublik ca. 20 Veranstaltungen stattfanden, waren es in diesem Jahr über 1.200 Veranstaltungen von Theateraufführungen, Vorlesungen über Seminare und Diskussionsrunden. Von Anfang an waren Fußballvereine neben den verschiedensten anderen Organisationen mit dabei. Der DFB unterstützt die Gedenkwochen mit Stadionansagen in diesem Zeitraum.

Beim 1. FC Union entstand Ende letzten Jahres die Idee, über die offizielle Unterstützung des DFB hinaus eine eigenständige Veranstaltungsreihe zu organisieren, die dem generellen Anliegen dieser Gedenkwochen folgt, aber auf den eigenen Verein und die eigene Fanszene zugeschnitten ist und weitere potentielle Interessenten anspricht. Die Initiatoren konnten sich aus dem Freundeskreis »Schöner Eisern ohne Nazis!«

(s.e.o.n.), einem im Unterschied zu tradierten Fanclubs, Ultra-gruppierungen oder Sponsorenverbunden eher losen Zusammenschluss von Fans, Vereinsmitgliedern, Jahreskarteninhabern und Stadionbauern des 1. FC Union, die sich sonst in der verschiedenster Art und Weise für ihren Verein engagieren.

Von Unionern für Unioner

Konstituierend war von Anfang an die Vorstellung, dass die Veranstaltungsreihe thematisch vom allgemeinen Anliegen ausgehen sollte, die Solidarität mit den Gegnern und Opfern von Rassismus zu stärken. Die Veranstaltungsreihe sollte aber auch den Interessen der Fans und der Situation beim Verein entsprechen und weitestgehend mit den eigenen Ressourcen des Initiatorenkreises realisierbar sein. Bestimmte Themen oder Veranstaltungsformen wurden daher schon in den ersten Debatten verworfen, weil sie entweder dem Anliegen der Reihe, den Interessen oder der Situation beim Verein fern oder schwerlich zu realisieren waren.

Interessen I: Kommerzialisierung des Fußballs

Die Interessen der meisten Fußballfans bewegen sich im Wesentlichen im Umfeld der Themenkreise Kommerzialisierung, Gewalt und Repression sowie der Kultur des Fußballs im Stadion.

Zum Themenkomplex Kommerzialisierung gehören die Fragen nach der Gestaltung der Eintrittspreise und Anstoßzeiten, der Existenz von Stehplätzen sowie der eigenen Artikulation im und die Mitsprache bei der Namensgebung des Stadions. Ein großer Teil dieser Fragen sind für die Fans des 1. FC Union von untergeordneter Bedeutung. Das Stadion »An der Alten Försterei« hat den höchsten Anteil an Stehplätzen und dadurch die durchschnittlich niedrigsten Eintrittspreise in der Bundesliga bei über 16.000 Zuschauern pro Spiel. Über 10.000 Fans sind Mitglieder und haben als Unioner dementsprechende Mitwirkungsmöglichkeiten im Verein; über 4.000 Unioner sind darüber hinaus Miteigentümer des Stadions, womit sie ein direktes Mitspracherecht bei allen Stadionfragen haben. Die Fan- und Mitgliederabteilung FuMa bietet weitere Mitwirkungsmöglichkeiten an und koordiniert sie im Verein.



Ein Angebot zu den genannten Themen musste also gar nicht erst in Betracht gezogen werden, da sie im Verein bereits fest institutionalisiert und von der Diskussion bis zur Entscheidung in den Händen der Vereinsmitglieder und Stadionbesitzer liegen.

Interessen II: Gewalt und Repression

Der zweite Themenkomplex Gewalt und Repression im Fußball hingegen spielt auch bei den Fans des 1. FC Union eine größere Rolle, weil diese Fragen trotz ihrer außerordentlich gravierenden Folgen zu einem Großteil außerhalb der Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Fußballfans liegen. Kollektivstrafen, Sippenhaft für Fangruppen, die Praxis von Stadionverboten, Pass- und Ausreisebeschränkungen auf der Grundlage der »Zentralen Informationsdatei Sporttäter«, Verbote hinsichtlich der Artikulation im Stadion mit Bannern, Choreografien, Bengalfeuern und Sprechchören sind rechtlich umstritten bzw. rechtswidrig.¹

Interessen III: Diskriminierung

Inhaltlich wurde in den Debatten auch recht schnell klar, dass bestimmte Formen der Diskriminierung wie sie etwa im Ansatz der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« disku-

tiert werden, bei Union keine Rolle spielen. Eine Diskriminierung auf Grund des schwächeren sozialen Status etwa gibt es nicht nur nicht. Der generellen Politik einer Verteuerung der Eintrittskarten über eine Versitzplatzung der Stadien und der damit erwünschten Verdrängung sozial Schwächerer aus Fußballstadien wird mit der erwähnten Eintrittspreispolitik und weiteren Aktionen der AG Soziales in der FuMa wie etwa Freikarten für Berlin-Pass-Inhaber entgegengewirkt. Veranstaltungsangebote zu Formen von Antisemitismus, Antiziganismus oder die bundesweit zunehmende Islamophobie wurden in den Debatten über die Entscheidung für drei Themen schnell verworfen, da diese Diskriminierungsformen für den Verein verhältnismäßig irrelevant sind.

Der eigene Platz in der Union-Kultur

Die Fanszene beim 1. FC Union ist außerordentlich vielfältig. Neben den bei allen größeren Vereinen existierenden Ultragruppierungen und Fanclubs gibt es beim 1. FC Union eine hohe Anzahl von Fans, die Mitte der 1970er bzw. Mitte der 1980er zum Verein gefunden haben, die mit ihren Biografien die Geschichte des renitenten Vereins, seine kulturelle Offenheit und politische Widerspenstigkeit während der DDR präsent halten. Diese über das reine Interesse am Besuch eines Fußballspiels hinausgehenden Hal-

tungen und Einstellungen sind die Grundlage der Kultur bei Union. Sie äußert sich in regelmäßigen und bereits institutionalisierten Faninitiativen, z. B. das Union-Skatturnier, das Drachenbootrennen, die Union-Liga und – im engeren Sinne kulturell – das Weihnachtssingen im Stadion am Vorweihnachtsabend mit zuletzt 18.000 Sängern oder die seit Jahren gespielte Theaterinszenierung »Und niemals vergessen – Eisern Union. Das Stück zum Spiel«. Die dabei engagierten Fans, Sponsoren und Repräsentanten bis in die höchsten Vereinsgremien bilden mit Ihrer Offenheit und ihrem Gemeinschaftssinn den Kern der im Verein gern beschworenen »Union-Familie«.

Die angedachte Veranstaltungsreihe konnte also an etliche Erfahrungen und Faninitiativen anknüpfen und musste ihren Platz zwischen ihnen bestimmen. Weiter mussten Veranstaltungsformen entwickelt werden, die einen den Erfahrungen und Kenntnissen nach sehr heterogenen Interessentenkreis ansprechen können.

Mehrere Themen setzen

Konzipiert wurde schließlich nicht eine Veranstaltung mit einem herausragenden Thema, sondern eine Veranstaltungsreihe mit verschiedenen Themen für verschiedene Interessenten. Damit konnte sowohl der heterogenen Fanszene bei Union entsprochen werden, wie sich auch der Ansatz der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« bewährte. Die Konzeption einer mehrteiligen Veranstaltungsreihe erhöhte den Arbeitsaufwand erheblich, hatte aber weitere Vorzüge. Durch die Zusammenstellung der separaten Veranstaltungen zu Homophobie, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltspiralen sowie Neonazismus in eine Reihe, konnte leicht deutlich gemacht werden, dass diese Themen zwar nicht gleichwertig sind, aber allesamt verschiedene Formen von Diskriminierung bzw. »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« sind.² Jede einzelne der drei Veranstaltungen profitierte zudem von den Debatten im Vorfeld um alle drei Veranstaltungen. Und mit dem Gesamtkonzept konnten mehr Interessenten für die Vorbereitung und Mitarbeit sowie erfolgreich Mäzene geworben werden, mit deren Unterstützung Honorare, Druckkosten etc. bezahlt werden konnten.

Im Unterschied zu anderen Veranstaltungen im Rahmen der »Internationalen Wochen gegen Rassismus« etwa in Kultur, Wissenschaft oder Bildung schieden als Organisationsformen pure Vorträge oder Seminare aus. Stattdessen wurden renommiert besetzte Podiumsdiskussionen organisiert. Diese Podiumsdiskussionen wurden mit einem Film oder einem Bericht unter Verwendung von Fotos eröffnet. Darauf folgten Beiträge der Referenten zum Thema bis gegen Ende jeder Veranstaltung die Diskussion für Fragen und Statements der Teilnehmer geöffnet wurde. Die Initiatoren von s.e.o.n. traten dabei lediglich mit einer kurzen Begrüßung der Gäste und Besucher und einem abschließenden Dank auf.

No Fans! – Ultras!

Die Bestimmung des Verhältnisses zu den Ultras im Verein war dabei von besonderer Bedeutung, weil diese im Vergleich mit den anderen Fankulturen relativ neu und kreativ sind, stetig wachsen und sich – mit offenen Enden – weiter entwickeln. Auch wenn die Fanszene jedes Vereins ihre eigene besondere Geschichte hat, gilt doch generell, dass sich die Ultragruppierungen zu »regulierten Institutionen der Sozialisierung entwickelt« haben, und, »dass die Ultras als erste zahlenmäßig relevante Fankultur eine Art der Interessenvertretung der Fans gegenüber den Vereinen, Verbänden und Medien etabliert haben«.³

Ins Zentrum der Veranstaltungsreihe wurde deshalb ein Angebot an die Ultras und ihre Debatten um Artikulationsformen, Gewalt und Repression in den Stadien gestellt. Die beiden weiteren Veranstaltungen thematisierten weitere Diskriminierungsfelder, die sonst nicht unmittelbar im Fokus des Interesses stehen, aber im Südosten von Berlin und Brandenburg und im Fußballumfeld generell sehr relevant sind: Homophobie auf dem Platz und auf den Rängen sowie die Rekrutierungsversuche von Neonazis in Fußballstadien mit einem Neonazi-Aussteiger.

Werbung und Medien

Die Werbung für die Veranstaltungsreihe folgte den inhaltlichen Kriterien, stellte die Fans in den Mittelpunkt und begann deshalb mit der Erstinformation über die Veranstaltungsreihe im Stadion zum letzten Heimspiel vor Beginn der Veranstaltungsreihe. Ein Editorial des Fan-Beauftragten des polnischen Organisationskomitees zur Fußball-EM 2012 und ein Interview mit einem der Initiatoren lud im Stadionheft mit einer Auflage von 4.500 Exemplaren zu den Veranstaltungen ein. Eingelegt war ein Flyer, der die Veranstaltungsreihe mit Gästen und Terminen vorstellte. Darüber hinaus wurden 350 Plakate und weitere 5.500 Flyer im Stadion plakatiert bzw. an Interessenten und fußballaffine Nichtregierungsorganisationen verteilt bzw. versandt. Der 1. FC Union warb für die Reihe mit dem Stadionsprecher beim Spiel und einer separaten Pressemitteilung. Der Fokus auf die Fans im Stadion machte deutlich, von und für wen die Veranstaltungen sind. Für die Medien war die gesamte Veranstaltungsreihe offenbar von sehr geringem Interesse; sie berichtete nicht. Möglicherweise lag der bewusste Verzicht der Initiatoren auf eine Personalisierung und Skandalisierung sowie auf eine exklusive Bevorzugung der Presse gegenüber den Fans bei der Information und Werbung für die Veranstaltungsreihe schräg zur Medienlogik. Allerdings sind die Erfahrungen mit einer kulturell oder politisch interessierten Berichterstattung der Medien im Fußball ohnehin unbefriedigend. Wo selbst offensichtliche Tabubrüche von Managern und Trainern der ersten Bundesliga nicht sanktioniert werden, hat es eine nichtskandalisierende politische Veranstaltungsreihe bei einem Zweitligisten nicht leichter, Aufmerksamkeit zu finden.⁴

Erfolgreiche Konzepte und Erfahrungen

Die erstmalige Durchführung einer derartig ambitionierten Veranstaltungsreihe bei einem Fußballverein in Berlin und Brandenburg weckte bei den Unionern und weiteren Fußballfans Neugierde und führte zu den durchaus beabsichtigten Debatten, was die verschiedenen Themen miteinander und alle mit Rassismus zu tun haben. Die sehr renommierten und teils international anerkannten Gäste hatten die erwünschte Zugkraft und beförderten die Diskussionen im Umfeld des Vereins weit über die eigentlichen Besucher der Veranstaltungsreihe hinaus. Die vielfältige Unterstützung des Vereins, wie z.B. die Bereitstellung der »Eisern Lounge«, der attraktiven Sponsoren-Location im Stadion, für die Veranstaltungen machte einen Besuch für die »normalen« Fans noch attraktiver. Die Debatten wurden durch die Veranstaltungsstruktur beginnend mit dem Angebot einer gemeinsamen Diskussionsbasis für das jeweilige Thema sehr konzentriert und durch die Einbeziehung der Teilnehmer gegen Ende kurzweilig und ein Gewinn für die Selbstverständigung der Fanszene. Besonders bewährt hat es sich, dass den heterogenen Erfahrungen und Kenntnissen der Teilnehmer Rechnung tragend, durch visualisierte Geschichten eine gemeinsame Diskussionsbasis angeboten wurde.

Weniger erfolgreich war dagegen die Ansprache von Interessenten aus den thematisierten aber nicht fußballaffinen Spektren. Im Vergleich mit den erfolgreicher angesprochenen Szenen kann dies daran gelegen haben, dass die Initiatoren sowohl in der schwul-lesbischen als auch in der polnischen Szene in Berlin personell nicht selbst vernetzt sind. Dennoch nahmen an den Veranstaltungen insgesamt über 300 Besucher teil, was zusammen mit den wohlwollenden Debatten um die Themen der Veranstaltungsreihe als großer Erfolg gewertet wird.

Helge Meves

Internetressourcen:

www.fc-union-berlin.de
www.schoener-eisern-ohne-nazis.de
www.keinabseits.de
<http://www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de>

- 1 Bannern, Choreografien, Bengalfeuier, Sprechchöre u. v. m. sind seit dem Beginn der Ultra-Bewegung aus dem Geist und der Praxis der 68er-Demonstrationen konstituierende und tradierte Artikulations- und Ausdrucksformen der Bewegung, vergleichbar den Ausdrucksformen beim Karneval oder Silvesterfeiern. Es ist schlichtweg ein Skandal, dass diese Ausdrucksformen in sehr vielen Fußballstadien genehmigungspflichtig sind oder gar verboten werden und man stelle sich die medialen Reaktionen vor, wenn vergleichbare Formen bei vergleichbaren Veranstaltungen im öffentlichen Raum auch nur ansatzweise reglementiert würden.
- 2 Vom Ansatz der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« wurde bei der Veranstaltung mit dem Neonazi-Aussteiger abgerückt, weil der für den Ansatz mitkonstituierende Verzicht auf eine explizit ideologische Auseinandersetzung den Verzicht auf das Politische neonazistischer Rekrutierungspraxis in Fußballstadien bedeutet hätte. Vgl. zu ähnlichen Erfahrungen und Einschätzungen Anetta Kahane, Das Konzept Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Praxis. Segen und Fluch der Komplexität, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 10, Frankfurt am Main 2012, S. 298 ff.
- 3 »Mit den Ultras hat sich in den vergangenen 15 Jahren – und bereits lange davor in Italien – eine jugendliche Subkultur entwickelt, von der wir, wenn wir es nicht besser wüßten, denken könnten, sie wäre von Vertretern der emanzipatorischen Jugendbildung am Reißbrett entworfen worden. Und das Erstaunlichste dabei ist: Während sich Generationen politischer Jugendforscher und Sozialarbeiter den Kopf darüber zerbrachen, wie sie Jugendliche aus bildungsfernen Schichten für ihre Angebote begeistern und Jugendliche verschiedener sozialen Herkunft zusammenbringen können, haben das jugendliche Ultras in Selbstorganisation einfach gemacht.« (Jonas Gabler, Die Ultras. Fußballfans und Fußballkulturen in Deutschland, Köln 2010, S. 183 ff.)
- 4 Diskriminierende und homophobe Äußerungen bis zur Strafrechtsrelevanz sind zusammengestellt bei Ronny Blaschke, Vom Rassismus zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Entwicklungen der Debatte, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 10, Frankfurt am Main 2012, S. 279 ff. Generell zur Berichterstattung: »Die einflußreichen Medienformate Sportschau, Sportstudio, Bild oder kicker reduzieren den Fußball auf den kommerzialisierten Zirkus, der Spieler zu Helden stilisiert und Tage später zu Versagern degradiert. Kein anderes Milliardenbusiness wird von der publizistischen Öffentlichkeit so zaghaft reflektiert und widerwillig kontrolliert wie der Fußball. ... Die Politik selbst, die Wirtschaft und Kultur beaufsichtigt, hält sich mit der Bewertung des Fußballs weitgehend zurück – obwohl der Staat die Sportstätten und den Sicherheitsapparat des Fußballs mit Milliarden alimentiert. Der Fußball ist ein Staat im Staate, mit eigenen Regeln, mit eigener Gerichtsbarkeit. Der Versuch des Feuilletons, dieses System zu demokratisieren und den Fußball als gesellschaftliche Projektionsfläche abzustecken, kommt gegen diesen Tunnelblick des Trivialen nicht an.« (Ebda., S. 279)

Everyday racism
Berlin, Afro-Deutschland
 Eine Schwarze britische Mutter, eine Trennung, einige unvorhergesehene Konsequenzen. Eine Novella.

a novella by
 SHARON DODUA OTOO

**the things
 i am thinking
 while smiling
 politely...**



Sharon Dodua Otoo
**the things i am thinking while
 smiling politely**
 Novella in englischer Sprache
 Taschenbuch, 104 Seiten, 12.80 Euro
 ISBN 978-3-942885-22-5

Nach jahrelanger aktivistischer Tätigkeit in der Schwarzen deutschen Community setzt Sharon Dodua Otoo auch auf dem literarischen Feld weiterhin auf Empowerment.

info@edition-assemblage.de
 Postfach 27 46 | D-48014 Münster

**edition
 assemblage**



INHALTLICHE AUSEINANDERSETZUNG STATT REINER SYMBOLIK: „AUF DEN RÄNGEN GIBT'S KEIN ABSEITS!“

Auch bei der letzten Diskussionsrunde, diesmal mit einem Neonazi-Aussteiger, war das Sponsorenzelt hinter der Haupttribüne wieder gut gefüllt. Insgesamt etwa 300 Besucher kamen zu den drei Veranstaltungen der Themen-Reihe zu den „Internationalen Wochen gegen Rassismus“.

Der Auftakt wurde am 18. März mit der Veranstaltung „Queerpass – Schwule und Lesben auf dem Platz und den Rängen“ gemacht. Zwei ehemalige Bundesligaspieler diskutierten mit dem Kulturwissenschaftler Daniel Küchenmeister und dem Integrationsbeauftragten des Stadtbezirks Treptow-Köpenick Sven Schmohl über sexuelle Diskriminierung im Fußball. Nicht ohne Humor, wie der Fußballspieler Marcus Urban etwa: „Als ich bemerkte, dass ich schwul war, hatte ich immer Angst, dass das meine Mitspieler bemerken. Also gab ich mich hart und kühl, selbst wenn wir ein Tor geschossen hatten.“ Ein paar schwule Unioner im Publikum quittierten das mit der Bemerkung: „Da warst Du eben beim falschen Verein: bei Union wird sich nach jedem Tor geherzt und geküsst.“ Tanja Walther-Ahrens wischte die Frage nach dem Outing locker weg: „Da ich Fußball gespielt habe, dachten sowieso alle ich sei lesbisch und Heterosexuelle dagegen machen rhythmische Sportgymnastik.“

Die zweite Runde einen Sonntag später war ganz der polnischen Fanszene gewidmet. Zum Auftakt beschrieb der Fan-Beauftragte des polnischen EM-Komitees Dariusz Lapinski die Klischee-Vorstellung vom typischen polnischen Fan wie folgt: „Er ist um die 50, hat einen dicken Bauch, einen Schnauzer und ungefähr zwei Promille Alkohol im Blut“. Das Letzteres schon vor dem Spiel der Fall ist, sei dem Alkoholverbot in polnischen Stadien geschuldet, ergänzte Jan Krapf, Herausgeber des deutschsprachigen Fanzines zur polnischen Fußballszenen „Grenzgänger“. In die bisher nur spärlich betriebene Fanarbeit in Polen kommt jedoch allmählich Bewegung. So arbeiten die Danziger Ultras derzeit mit der Kunstakademie Danzig an einem gemeinsamen Projekt und ein anderes Fan-Projekt veranstaltete eine landesweit viel beachtete Konferenz zum Einsatz von Pyro-Technik. Fan-Projekte, so fassten es sowohl Lapinski als auch Dr. Gregor Rosenthal, Sicherheitsbeauftragter der WM 2006, in ihren Abschlussstatements zusammen, sind wichtige zivilgesellschaftliche Akteure im Sport. Sie greifen Konflikte, Probleme und drängende Themen innerhalb und zum Teil auch außerhalb der Fan-Szene auf und können diese durch Gespräche, Veranstaltungen und nicht zuletzt kreative Aktionen wie Choreographien angehen und gewaltsame Auseinandersetzungen vermeiden. „Dieses Modell der Gewalt einiger rivalisierender Fan-Szenen schreckt alles ab, was Hirn hat“, so Lapinski.





Gestern wurde die Reihe mit einem Gespräch zwischen Thommy Thiele, Streetworker vom Kreisjugendring Königs Wusterhausen, und einem Neonazi-Aussteiger abgeschlossen. Der Aussteiger berichtete von ersten Berührungen mit der nationalsozialistischen Ideologie in seiner Kindheit über den Großvater, über rechtsextremistisch unterwanderte Subkultur und die ersten Kontakte zur organisierten Szene beim Fußball im damaligen Fanblock in Charlottenburg.

Vom Mitläufer wurde er zum Mitgründer der Berliner Alternativen Süd-Ost (BASO), die im Netz der Freien Kameradschaften agierte und 2005 aufgrund ihrer „Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus und einer aggressiv-kämpferischen Haltung“ verboten wurde.

Er wurde in die Verantwortung genommen, als Täter aber auch als Anstifter der immer mehr eskalierenden Gewalt. Die Losungen der Neonazis, wie Freiheit, Treue und Ehre durchschaute er nach und nach als Phrasen. Sich allmählich einstellende Unzufriedenheit ließ sein Weltbild nach und nach zerbröckeln. Mit den gewalttätigen Auseinandersetzungen und seinem eigenen Wunsch nach Freiheit fand er sich nicht mehr in der rechtsextremistischen Szene wieder, was nach 15 Jahren seinen Weg zum Ausstieg ebnete. Heute bei „Exit Deutschland“ tätig schätzt er ein, dass die Rechtsextremen in den Fankurven nicht mehr eine derartige Macht wie Anfang der 90er haben. Obgleich sie nicht von der Erde verschwunden sind, wird ihnen das Leben deutlich schwerer gemacht: „Bei Union gibt es im Vergleich mit anderen Vereinen in Deutschland richtig gute Ansätze.“ Auf die Frage eines Besuchers nach dem Umgang mit rechten Äußerungen gab er abschließend den Tipp: „Sprecht Leute einfach direkt an, egal in welchem Stadion sie solch einen Scheiß rufen.“

Die Veranstaltungsreihe in der „Eisern Lounge“ war ein voller Erfolg. Am Schluss dankte Helge Meves im Namen der Organisatoren von der Faninitiative S.E.O.N. und der Fan- und Mitgliederabteilung (FuMA) allen Unionern, die teilgenommen und aktiv mitgeholfen haben, dem Stadtbezirk Treptow-Köpenick und dem Bündnis für Demokratie und Toleranz, die sie durch ihre Unterstützung so möglich machten und natürlich dem 1. FC Union Berlin, der mehr als ein sehr guter Gastgeber war: „Diese für Berlin und Brandenburg komplett neuartige Veranstaltungsreihe gegen Diskriminierung jeglicher Art im Fußball war so nur bei unserm Verein möglich. Darauf können wir alle zu Recht sehr stolz sein.“



Die Rede von der gesunden deutschen Nation. Eine kritische, diskursanalytische Skizze zu einer Rede von Joachim Gauck¹

*»Man vergisst nicht, wenn man vergessen will ...«
(Friedrich Nietzsche)*

Diese kritische, diskursanalytische² Skizze entsteht im Februar 2012, in einer Situation, in der klar wird, dass es einen Kandidaten der politischen Mehrheit für das Amt des deutschen Bundespräsidenten geben wird – den ehemaligen DDR-Bürgerrechtler Joachim Gauck, der bereits zur Wahl angetreten, aber damals gegen den späteren Bundespräsidenten Wulff unterlegen war. Eigentlich ein Ereignis, das auf eine zwischenzeitliche Verschiebung der innenpolitischen Kräfteverhältnisse in Deutschland hindeuten scheint, und das bedeuten kann, dass die regierende politische Konstellation die Führung verloren haben könnte.

Unerwartet und spontan war diese gemeinsame Nominierung des eigentlichen (SPD und Grünen-) Oppositionskandidaten, und zwar deshalb, weil sie nur möglich würde, wenn der regierende Block auseinander bricht und der von ihr gewählte Bundespräsident an seinen Ungeschicklichkeiten scheitern würde.

Machtpolitisch sieht es daher wie ein Sieg der Opposition aus, und auch die medial erzeugte Zustimmung zu dem Kandidaten (den die Kanzlerin Angela Merkel zuerst nicht gewollt hatte) scheint anzuzeigen, dass hier etwas im politischen Gefüge passiert ist, von dem die zu wählende Person nur ein Symptom darstellt.

Nur ein Symptom? Vielleicht. Aber auch dieses Symptom zu verstehen, scheint nicht so leicht zu sein. Ist ein neuer politischer Krisen-Block aus CDU+CSU+SPD+Grüne+FDP entstanden, der in Zukunft »harte Entscheidungen«, die in Zeiten der Krise notwendig gemacht werden, gemeinsam abstimmt und der sich den Kandidaten Gauck als »Mittler« gesucht hat? Die Aufregung über dessen Nominierung in den Medien und im Internet könnte aber auch bedeuten, dass sich hier eine hegemoniale Verschiebung ereignet hat, die nachhaltig wirken und den politischen Diskurs formen wird. Immerhin wird dies ein Präsident einer deutlichen Mehrheit der Bundesversammlung sein, und man erwartet, dass »er« »etwas mit Substanz« zu sagen habe.

Deshalb scheint es lohnend, den Diskurs dieses Präsidenten der parlamentarischen Mehrheit zu analysieren, und zwar anhand einer Rede, die einen Kern des Selbstverständnisses Deutschlands betrifft: den Umgang mit der Vergangenheit.

Der Bezug ist eine gut dokumentierte Rede, die Joachim Gauck 2006 bei der Robert Bosch Stiftung gehalten hat. Sie trägt den Titel »Welche Erinnerungen braucht Europa?«³

Wer spricht?

Ein Text programmiert seine wesentlichen Elemente immer zu Beginn. So definiert er seine/n ideale Leserin/Leser bzw. die entsprechenden Zuhörer/innen. Und auch autorisiert sich die Sprecherin/der Sprecher. Wie »inauguriert« sich Joachim Gauck?

»Bevor ich aber vor Sie trete wie einst der Prophet im Alten Testament vor Gott mit der Frage: »Warum ich?«, sage ich einfach gleich, dass ich die wissenschaftliche Publizistik zum Thema nicht referieren werde.«

Zwei Dinge sind bei diesem Einstieg auffällig. Zum einen der Verweis auf das Alte Testament, und auf die in dieser Textsammlung häufig gestellte Frage, warum ich? So fragte etwa Hiob, der von Gott zahlreichen Prüfungen unterzogen worden war, obwohl er ein äußerst Gesetzestreuer war. Diese Anspielung leitet den brüskten Hinweis ein, dass die »wissenschaftliche Publizistik« im folgenden nicht referiert werden würde. Eine Bemerkung, die deshalb irritiert, weil sie die Frage verschärft, wer spricht dann? Als was für einen Text – wenn nicht als ein wissenschaftlicher – möchte er seine Rede dann verstanden wissen?

»Es ist die Erfahrungslast eines 66-jährigen Europäers, der 50 Jahre seines Lebens nicht dazu gehören durfte und der schließlich – seit seinem 50. Lebensjahr – nicht nur leidend, sondern gestaltend daran mitwirken durfte, dass sich das ändern sollte.« Die Anspielung auf die Prüfungen Hiobs erweist sich also als durchaus sinnstiftend, weil hier jemand spricht, der 50 Jahre seines Lebens gelitten hat (»die Erfahrungslast«), und also seit 16 Jahren daran arbeitet, dass dieses Leiden aufhört. An die Stelle dessen ist nun die subjektive Möglichkeit getreten, dabei zu sein, wenn Europa sich neu ordnet und definiert. Die Zeitangaben beziehen sich offenbar auf 1989, dem für den Sprecher entscheidenden Einschnitt in seinem Leben – und für die kollektiven Erfahrungen. Denn: »Jetzt gehöre ich zu denen, die mit Freuden und gelegentlich Sorgen dabei sind, wenn Europa sich neu ordnet und womöglich auch neu definiert. Die Erfahrungen, die ich zur Sprache bringen

will, sind gleichwohl nicht nur individuelle, sondern es sind auch solche, die Teil einer kollektiven Identität einer Großgruppe sind.«

Hier spricht also jemand, der »jetzt« die Identität einer »Großgruppe« formulieren darf, trotz oder aufgrund der persönlichen Erfahrung, 50 Jahre lang nicht dazu gehört zu haben – und nunmehr dazugehören zu dürfen. Sehr schnell stellt sich die Frage, »wozu« er eigentlich nicht gehört habe. Der ungenannte Bezug ist eine signifikante Leerstelle. Hat er nicht zu Europa gehört? Befand sich die DDR, in der er gelebt hat, außerhalb Europas? Oder gehörte er nicht zu der Großgruppe, an dessen kollektiver Identität er jetzt arbeitet? Wo war er denn? Auf der einen Seite einer politisch bewirkten Teilung Europas, aber virtuell doch zur Gemeinschaft gehörend?

Der Sprecher aktiviert hier ein unklares Vorwissen über seine Person und den historischen Zusammenhang, die als früher nicht-zugehörig und jetzt dazu gehörend präsentiert wird. Die Zeit des Kalten Krieges, der Kommunismus ..., was auch immer, hatte ihn auf eine andere Seite verschlagen. Nunmehr ist er dabei.

Wer erinnert?

»Die thematische Fragestellung »Welche Erinnerung braucht Europa« setzt die Notwendigkeit des Erinnerns voraus. Wir wollen wenigstens einen Moment daran erinnern, dass das nicht selbstverständlich ist. Wir kennen aus Vergangenheit und Gegenwart Schweigestrategien und -gebote.«

Wir. Plötzlich hat der Sprecher die Pronomina geändert. »Wir kennen ...« Schweigestrategien und -gebote. Bezieht sich das Pronomen auf »Ich+die Zuhörer« im Raum, oder auf eine gemeinsame, gleiche Erfahrung der genannten »Großgruppe«, der er jetzt angehört? Dann liest sich der Satz wie: Ich kenne und ihr kennt diese Strategien, und weil ich nunmehr dazu gehöre, sind es gleich setzbare Erfahrungen mit dem Schweigen. Das Schweigen auf der einen Seite (über die Verbrechen des Nationalsozialismus und darüber, wie das alles möglich gewesen sei) ist das gleiche Schweigen wie das auf der anderen Seite (über die Verbrechen des Stalinismus und die Diktatur in der DDR). Da dieses Schweigen nunmehr überwunden sei, geht es, so die durchgehende Themenstellung der Rede, um das Herstellen von Gemeinschaft durch Erinnern.

Gauck denkt dabei in Gegnerschaften, und dieses Denken ist wiederum kennzeichnend für einen politischen Einsatz. So können wir die Hypothese formulieren, dass es sich bei dem Text um eine politische Intervention handelt, insofern würde der Hinweis, die wissenschaftliche Literatur nicht referieren zu wollen, durchaus Sinn ergeben. Und direkt folgend wird eine politische Haltung gebrandmarkt: »Nach dieser Anmerkung fragen wir zunächst danach, welche Haltungen Menschen und Gesellschaften brauchen, die Erinnerung und Ge-

denken akzeptieren und in die Diskurs ebene integrieren. Da mich in der jüngeren Vergangenheit im Osten Deutschlands (aber auch in Mitteleuropa) Schübe von aufwallender Nostalgie behelligten, ich deren selektive, weil schmerzfreie Erinnerung aber bestenfalls als Erinnerungssurrogat sehen kann, wünsche ich mir als erste Voraussetzung für Erinnerung in Europa Respekt vor den Fakten.«

Auch hier verstört das Changieren der Pronomina. »Wir fragen ...«, »ich wünsche mir ...« den Respekt vor den Fakten. Explizit zielt dieser Wunsch auf eine festgestellte »jüngste Nostalgie« im Osten Deutschlands, vermutlich meint er dabei nicht eine Stimmung, sondern – ein politischer Text! – die politische Konjunktur der Zustimmung zu einer bestimmten Partei, die der Linken. Kann diese tatsächlich durch Unkenntnis der Fakten erklärt werden, und wenn ja, welcher eigentlich? Wieder eine Leerstelle.

Gesundung einer Nation

Erinnerung geht in verschiedener Intensität vonstatten. Es beginnt mit einer schonenden Form, und weil die zu erinnernden Ereignisse schockierend sind, gehen mit dem umfassenden Erinnern Leiden, Abwehr und Schmerzen einher. Seltsam – besonders im Kontext der oben behaupteten Faktenlage – ist aber, dass es, um Fakten zur Kenntnis zu nehmen, gar keines Erinnerns bedarf. Erinnern ist, psychologisch gesehen, das individuelle (meinetwegen auch kollektive) Re- (und damit Neu-) Konstruieren von Wirklichkeit. Erinnern ist kreativ und erschöpft sich eben nicht im passiven Annehmen von Fakten. Die müssen nicht *erinnert*, sondern nur *anerkannt* werden, was ein ganz anderer Vorgang ist. In der Rede Gaucks sieht das allerdings etwas anders aus.

»Allem Anschein nach gewinnen erst Gesellschaften, die sich als Zivilgesellschaften etabliert haben, schrittweise (gelegentlich auch in »Schüben«) die Fähigkeit, selektives, schonendes Erinnern einzutauschen gegen umfassendes Erinnern. In dieser Form wird nicht nur den Fakten ihr Recht wieder eingeräumt, vielmehr gerät eine »Aufarbeitung« der Vergangenheit auch zu einer Wiedergewinnung geistiger Werte, ja im Zulassen von Schmerz, Scham und Trauer auch zur Wiedergewinnung einst »verlorener« Gefühle und damit zur Wiedererlangung einer emotionalen Kompetenz, die die Autonomie der Person wiederherstellt. Und da wir Phänomene kollektiver Verdrängung kennen, glauben wir ebenso, dass der beschriebene *Gesundungsprozess* nicht nur Individuen, sondern auch Gruppen und Großgruppen widerfahren kann.« (Hervorhebung durch den Autor)

Denn Erinnern kann Gauck zufolge einen Gesundungsprozess in Gang setzen, in dem die Fakten zu ihrem Recht kämen, und verdrängte Gefühle erlebbar würden. Doch handelt es sich bei der angestrebten (verordneten?) Heilung offenbar um eine rhetorische Konstruktion, hergestellt, um eine erkrankte Großgruppe von einer unbenannten Krank-

heit zu »heilen«. Überhaupt ist die Diagnose, dass es eine Krankheit gebe, eine weitere unausgesagte Voraussetzung des Textes. Aus seinem Kontext kann lediglich vermutet werden, dass diese Gruppe die »deutsche Nation« sein könnte, und dass die Erinnerung sie zur wieder gesunden Nation machen könnte.

Eine bereits gesundene Nation?

Im weiteren Verlauf der Rede sammeln sich die gleitenden Signifikate tatsächlich unter dem Begriff der Nation, eine Sammlung im Angesicht universeller Schuld. »Uneingeständene und unbesprochene Schuld bindet Individuen wie Gruppen an die alte Zeit, macht befangen, mutlos und erpressbar. Wahrheit befreit« und vergemeinschaftet neu.

Ich möchte in einem Vorgriff auf die weitere Argumentation Gaucks an dieser Stelle die Frage aufwerfen, ob hier einer für alle gültige Allgemein- (Kollektiv-) Schuld das Wort geredet wird? Wenn nicht, dann verstört, warum der Redner keine Differenzierungen vornimmt, in denen Gruppen (Opfer, Täter, Mitläufer, Unterstützer, Gegner) innerhalb der Großgruppe benannt werden? Denn in den Konzentrationslagern der Nazis wie auch in den Straflagern und Gefängnissen in der DDR saßen Angehörige derselben Großgruppe und wurden gefoltert, hingerichtet, zur Arbeit gezwungen und ihrer Würde beraubt. *Wer genau sich nun mit welcher Schuld auseinanderzusetzen habe, bleibt in dem Text unklar.* Er differenziert genau an der Stelle nicht, wo doch Klarheit dringend nötig wäre, um der Wahrheit willen. Man kann wiederum nur vermuten – aber wenn es um Schuld geht, sollte die Argumentation dann nicht präziser werden?

»Es liegt auf der Hand, dass eine Nation, die ein Übermaß an Schuld auf sich geladen hat, letztlich nicht ohne die Bearbeitung der »dunklen« Erinnerung gesunden kann. Wie aber sind die Erinnerungswege jener Nationen, die nicht als Täter, Helfer der Unterdrücker, sondern eben als deren Opfer gelten müssen? Zunächst: Krieg, Okkupationen, Massenmord zerteilen die Erinnerungslandschaft Europas, wie sie die politische Landschaft einst in Aggressoren, deren Helfer und die Opfer teilten. Manche Politiker neigen heute dazu, eine »europäische Erinnerung« zu fordern. Aber wie sollte das funktionieren?»

Also geht es gar nicht um Schuld, auch scheint es so, dass das Leiden genannt, aber nicht bedacht wird (zumindest nicht im vorliegenden Text), denn im Mittelpunkt steht, wiederum, ausdrücklich die *Gesundung* einer Großgruppe. Doch drängen sich Fragen auf: Bis wann war also die alte BRD eine kranke Nation? Bis zu dem Zeitpunkt, an dem die umfassende Erinnerung an den Holocaust einsetzte, die jetzt abgeschlossen wäre? Ist die deutsche Nation zum Zeitpunkt der Rede (2006) weiterhin krank, aber noch in dem Prozess der Gesundung begriffen? Ist das, was zu erinnern ist, jemals abzuschließen, so dass eine gesunde, selbst bewusste Zukunft entworfen werden kann? Nur, wenn ein solcher Horizont aufgeworfen wird, kann eine

»europäische Erinnerung« so schroff abgewiesen werden, wie Gauck das tut. Denn in Europa würde eine Therapie durch kollektives Erinnern tatsächlich nicht funktionieren, weil ..., ja, weil sinnvollerweise Europa nur als ein heterogenes Ganzes vorgestellt werden kann, das sich niemals zu einer Volks-Gemeinschaft durch Erinnerung versammeln ließe, während das Erinnern, das Gauck vorschlägt, eine virtuell vorhandene Volks-Gemeinschaft wiederherstellt. Das Noch-Nicht-Gemeinschaft-*Sein*-Können, darin scheint seiner Meinung nach die Krankheit der deutschen Seele zu liegen, das niemals Gemeinschaft-*Werden*-Können, darin scheint das Charakteristikum Europas zu liegen, weshalb es eine europäische Erinnerung nicht geben könne.

Entweltlichung des Holocaust

»Unübersehbar gibt es eine Tendenz der Entweltlichung des Holocaust.« Ein zentraler Topos taucht in der Rede immer wieder auf, die Erinnerung an den Holocaust, oder, wie er sich ausdrückt, an den »Judenmord«. Der Redner stellt sich einer Erinnerung an die Leiden der Opfer der Konzentrationslager und an die Maschinerie, mit der die Vernichtung organisiert worden war. Doch beginnt auch hier die Erinnerung mit einer Absetzung, einer Ent-Gegensetzung. Sein Erinnern (oder das nationale Erinnern?) ist von dem Erinnern zu unterscheiden, dass den Holocaust »entweltlicht« – um einen Arbeitsbegriff für diesen Ausdruck zu gewinnen, verstehe ich darunter ein Erinnern, das den Holocaust aus einem menschlich organisierten Zusammenhang in ein über-menschliches Geschehen entrückt:

»Das geschieht dann, wenn das Geschehen des deutschen Judenmordes in eine Einzigartigkeit überhöht wird, die letztlich dem Verstehen und der Analyse entzogen ist.«

Unklar ist wiederum der Bezugsrahmen dieser sehr deutlichen Aussagen. Geht es dabei um die »bekannte« Diskussion, nach der der Holocaust und die stalinistischen Lager zwei Seiten eines totalitären Zusammenhangs seien, der in der Dynamik der Moderne dieser selber entwachsen sei. Gaucks Rezeption der Texte von Zygmunt Bauman (ein »jüdisch-polnischer Soziologe«) und sein Verweis auf Hannah Arendt legen ein solches Verständnis nahe, unabhängig davon, dass beide wiederum unterschiedliche Positionen dazu beziehen.

Wieder ist es das Nicht-Gesagte, das eine signifikante Leerstelle hervorbringt. Exkludiert werden dabei jedenfalls Texte und Forschungen in der Tradition der kritischen Theorie, die ebenfalls auf der Singularität der Konzentrationslager bestand, im Sinne der Dialektik der Aufklärung, die die nationalsozialistische Tötungs- und Propagandamaschinerie nicht als vom Kapitalismus getrennt analysierbar gesehen hat.

»Offensichtlich suchen bestimmte Milieus postreligiöser Gesellschaften nach der Dimension der Absolutheit, nach dem Element des Erschauerns vor dem Unsagbaren. Da dem Nicht-

religiösen das *summum bonum* – Gott – fehlt, tritt an dessen Stelle das absolute Böse, das den Betrachter erschauern lässt.« Die politische Gegnerschaft, die Gauck erklärt, nimmt an dieser Stelle konkretere Gestalt an: »Milieus postreligiöser Gesellschaften«, »Nichtreligiöse«. Sie würden, weil ihnen der Gottesbezug fehle, den Holocaust als absolut Böses an dessen Stelle setzen. »Das ist paradoxerweise ein psychischer Gewinn, der zudem noch einen weiteren Vorteil hat: Wer das Koordinatensystem religiöser Sinngebung verloren hat und unter einer gewissen Orientierungslosigkeit der Moderne litt, der gewann mit der Orientierung auf den Holocaust so etwas wie einen negativen Tiefpunkt, auf dem – so die unbewusste Hoffnung – so etwas wie ein Koordinatensystem errichtet werden konnte. Das aber wirkt »tröstlich« angesichts einer verstörend ungeordneten Moderne.«

Es offenbart sich in dieser »Randbemerkung«, wie Gauck sie bezeichnet, ein geschlossener, neo-konservativer Diskurs: die Annahme, dass die Moderne als verstörend und ungeordnet erlebt werde, da es die Menschen überfordere, sich als Meisterinnen ihres Schicksals zu sehen, die sich ohne Referenz auf eine Autorität intersubjektiv auf Regeln und Richtlinien verständigen, ist der Ausgangspunkt für einen solchen Diskurs. Ihm folgt die Klage über den Gottes- und damit einhergehenden Sinn- und Werteverlust, das Aufspüren von Ersatzreligionen, von Surrogaten, die es den Menschen, die wesensgemäß an irgendetwas glauben müssten, durch die Hintertür erlauben würde, doch zu glauben. Ein solcher Diskurs schließt mit der politischen Konsequenz, dass den Menschen diese »Entscheidungs-Last« abzunehmen sei, indem man einen starken Staat installiert, der mit starken Institutionen und klaren Vorgaben die Freiheit des Volkes zugleich schützt und reguliert.⁴

Das Bestehen auf der Singularität des Holocaust könne, so Gaucks These, als Ersatzreligion fungieren: »Würde der Holocaust aber in einer unheiligen Sakralität auf eine quasi-religiöse Ebene entschwinden, wäre er vom Betrachter nur noch zu verdammern und zu verfluchen, nicht aber zu analysieren, zu erkennen und zu beschreiben.«

Eine solche Kritik, darauf kommt es mir an dieser Stelle an, macht nur Sinn, wenn der von mir hier nur in den politischen Schlussfolgerungen »ergänzte«, aber voraussetzende neo-konservative, nationale Diskurs mitgedacht wird. Denn die von Gauck genannten Autoren Raul Hilsberg oder Zygmunt Bauman haben wesentlich zur Analyse und Erkenntnis beigetragen, obwohl sie von der Singularität des Ereignisses ausgegangen sind. Sie können nicht gemeint sein. Gegen wen wendet sich also der Diskurs? Es scheint, als ob Nichtreligiöse und Postreligiöse das »richtige« Erinnern der Nation, und damit ihre Gesundung, stören würden, und deshalb müsse dieses falsche Erinnern beendet werden – damit die Nation weiter heilen kann. Unklar ist ebenso, auf welche Weise sich das falsche Erinnern beenden lässt. Verschwindet es mit der Zeit von alleine, oder braucht es dafür etwa eine Bekehrungsinitiative?

Postdiktatorische Gesellschaften

Es liegt in Gaucks Zugang, dass die Bemerkungen zum Leben und Erinnern *nach* dem Ende der Diktatur auf beide Formen zu münzen sind: Faschismus und Stalinismus. »Auffallend ist, dass eine postdiktatorische Gesellschaft, die erst am Anfang eines geistig-politischen Transformationsprozesses ist, häufig den erstgenannten Speicher meidet. Die allgemeine Verunsicherung schreit nach der tröstenden Versicherung, es sei doch alles nicht so schlimm gewesen (»Es war ja auch nicht alles schlecht beim Führer ...«), es habe Werte und Menschlichkeit gegeben und so fort. Selektives und nostalgisches Erinnern prägt derartige Transformationsgesellschaften. Ältere Deutsche können zum zweiten Mal Erinnerungssurrogate, Schlussstrichneigung, Nostalgie und Schmerzvermeidung beobachten: in Ostdeutschland nach dem Ende der kommunistischen Diktatur.«

Der Diskurs der Uniformität totalitärer Erfahrung schlägt an dieser Stelle um in eine Diffamierung der Menschen, die in einer Diktatur gelebt haben, und die offenbar »verunsichert«, wie sie zu sein scheinen, dem wahren Geschehen und seinem Anerkennen ausweichen würden, die also nicht selber in der Lage zu sein scheinen, zwischen richtig und falsch zu unterscheiden. Das ist wiederum eine überraschende Wendung, wird doch an dieser Stelle der Besitz der Wahrheit monopolisiert und für die Seite des Sprechers beansprucht. Und zwar ausnahmslos. Die Subjektposition Gaucks ist problematisch, entstammt er doch ebenso dem hier genannten Verdrängungs-Zusammenhang (wie er eingangs betont hat) und müsste also angeben können, was ihn davor bewahrt habe, so wie die hier genannten Anderen zu sein. Das tut das Subjekt, welches diesen Diskurs führt, aber konsequent nicht bzw. lediglich mit Verweis auf seinen privilegierten Zugang zur Wahrheit. So entsteht der Eindruck, dass er, der nunmehr »auf der richtigen Seite«, nämlich im zivilisierten Europa, sich befindet, allein aus diesem Grund über die richtigen Erinnerungsweisen verfügen kann. Das Subjekt dieser Rede erinnert sich jedenfalls nicht, sondern schreibt eine *richtige Erinnerungsform* vor – und auch das zu erreichende Ziel:

»Ich habe diesen Verwandlungsprozess einmal bewusst machen wollen, um Verständnis für die große Langsamkeit eines wirklichen Mentalitätswandels zu wecken. Würde sich – zumal in Übergangssituationen mit ökonomischer Not bzw. Unsicherheit und einer gewissen Unbehautheit in der neuen demokratischen Kultur – die Bevölkerung der früheren Diktatur insgesamt und schlagartig ihrer jahrzehntelangen Beraubung, Gängelung, Entrechtung, ihrer Unterwerfung, ihrer Angst, Feigheit und oft auch ihrer Mittäterschaft in vollem Umfang bewusst, wären die psychischen Folgen erheblich. Die Menschen fürchten aber normalerweise Trauer, Traurigkeit, auch den möglichen Hass, der in ihnen aufbrechen könnte, die Depression, die sie erfassen würde, würden die Spiegel nicht verhängt bleiben, die Archive der Erinnerung nicht verschlossen.«

In der gegenständlichen Rede Gaucks wird zum wiederholten Male kollektiviert, wenn auch an dieser Stelle mit dem Ziel, Verständnis zu wecken für diejenigen, die *noch nicht so weit* sind, die noch nicht dort angekommen sind, wo er, der spricht, bereits wartet und wo er, der weiß, sie erwartet. Wiederum wird dieser Ort, oder dieser mentale Zustand, nicht klar benannt. Das Leben in Wahrheit? Gibt es denn, gerade in der fragmentierenden Moderne, den *einen* Ort, die *eine* Wahrheit? Oder etwa den ideologischen Ort, an dem sich der Sprecher befindet, im sicheren konservativen Wertehaus, geschützt durch das summum bonum? Oder etwa das vorbehaltlose Ankommen im »neuen Haus« der Demokratie, wo man sich nicht mehr fremd fühlen muss, und das wiederum die geläuterte deutsche Nation zu sein hat. Die Deutschen haben »spät und mit Mühe, aber dann doch wirklich gelernt, dass eine Leugnung von Fakten und Schuld an das alte System bindet. Auch im Raum des Politischen gilt: Die Wahrheit kann uns frei machen. Deshalb ist es ein Gewinn, wenn uns aus anderen Teilen Europas je eigene Erinnerungslasten zugemutet werden.« Wir, die hier vorgestellte deutsche Nation, kann sich also auch für andere Nationen erinnern, etwas von ihnen übernehmen.

Politik

Da es sich bei dieser Rede um einen politischen Text handelt, können auch politische Forderungen erwartet werden. Diese erhebt der Redner gegen Ende seiner Ausführungen. »In den letzten Jahren ist in Deutschland ein lange vernachlässigtes Erinnerungsgut wieder aufgetaucht: Deutsche als Opfer. Nach jahrzehntelanger Bearbeitung der deutschen Schuld in vielen Facetten tauchten Bombenkriegsopfer, Flüchtlinge und Vertriebene wieder auf.«

Der Gesundungsprozess hat zu einer sich selbst bewussten deutschen Nation geführt. Als solche kann sie nicht nur »Lasten« anderer übernehmen, sondern sich auch ihrer »eigenen« Opfer bewusst werden. Natürlich, denn, so könnte man meinen, es saßen ja Deutsche in den Konzentrationslagern, deutsche Juden, Christen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Homosexuelle, Sinti und Roma – zudem wurden auch »deutsche« als unwert erklärte Menschen gefoltert und getötet. Es würde jedenfalls Sinn machen, innerhalb der Logik des Diskurses daran zu erinnern. Aber im Rahmen des Gauckschen Diskurses waren die Menschen, die in den Lagern starben und litten, offenbar durchwegs »Fremde«, deretwegen »die Nation als Ganzes« schuldig sei.

Es geht ihm in dieser Passage allerdings mehr um die Opfer des vom Deutschen Reich begonnenen Angriffskrieges. Den Einwand vorwegnehmend argumentiert Gauck nun so:

»Reflexartig wurde auch bei dieser Entwicklung die Warnung vor einer Relativierung der deutschen Schuld vorgebracht, für mich eine überflüssige Sorge. Sehen wir einmal von den Mitgliedern der rechtsextremen Szene ab, so war nicht zu erken-

nen, dass die »neuen« Themen eine Relativierung der deutschen Schuld bewirken sollten (wie einst in der Nachkriegszeit).

Vielmehr dürfen wir es als ein Zeichen geistiger *Gesundung* sehen, dass wieder Unterscheidungen, Differenzierungen im öffentlichen Bewusstsein möglich werden, die dem einst erlebten Leben und dem Leiden von einst gerecht werden.« (Hervorhebung durch den Autor)

Eine als uniform gedachte Schuld, die ganz offensichtlich nicht differenziert, führt, im Diskurs »plötzlich« bei den Opfern des begonnenen Angriffskrieges auf deutscher Seite zur Notwendigkeit zu differenzieren. Das gehe jetzt, im Zustand der *Gesundung* und der Läuterung. »Aus Angst oder Sorge missverstanden zu werden, waren diese Themen, seitdem die selbstkritischen Debatten dominierten, weitgehend gemieden worden. Wir können eigentlich erfreut feststellen: Deutschland glaubt an seine eigene Läuterung; nachdem es vor der eigenen Schuld nicht mehr geflohen ist, braucht es auch die eigenen Traumata nicht mehr zu verstecken oder einzuhegen.«

Einzuhengen. Ein interessanter Begriff in diesem Zusammenhang. Traumata einhegen ist jedenfalls kein psychologischer Ausdruck; eingehegt wird bei Carl Schmitt, es ist der zentrale Begriff seiner Staatstheorie, gemeint ist etwas einzugrenzen, einzufrieden, zu begrenzen und zu befrieden – ein Charakteristikum des Politischen.⁵

Die rhetorische Maschine Gaucks arbeitet sich nun auch sprachlich zum politischen Höhepunkt der Rede weiter, denn in die geläuterte und gesundete Nation gehören die postreligiösen Milieus nicht, die Nicht-Religiösen ebenfalls nicht, die Nostalgiker der Vergangenheit auch nicht, aber die Vertriebenenverbände dürften, nunmehr, so Gauck, dazugehören. »Als die Vertriebenen nicht aufhörten, »Schlesien ist unser« zu behaupten, hätte man den Plan, in Berlin ein »Zentrum gegen Vertreibungen« zu errichten, nur bekämpfen müssen. Inzwischen aber haben die Vertriebenen, hat die Nation eine menschliche und kulturelle Leistung erbracht, hat den Verzicht erlernt. (...) Auch hier wird nicht relativiert werden, was an Schuld ewig an unserer Nation hängt. Aber an Verlust und Leiden darf erinnert werden – wem das erlaubt wird, der wird eher Empathie für das Leid anderer Völker und Gruppen aufbringen.«

Ein national-konservativer Ideologe

In dieser Rede präsentiert sich ein rechter, national-konservativer, aufgeklärter Ideologe, ein Sprecher mit einem durchwegs autoritären Gestus, der eine deutsche Nation durch Erinnerung zu konstruieren gedenkt. Das Subjekt der Rede tut dies in durchweg politischen Kategorien, die es jedoch in einer psychologischen Sprache verkleidet.

Er präsentiert weitgehend kollektive Begrifflichkeiten, übergeht sowohl politische als auch soziale Spaltungen, Verwerfungen und Gegnerschaften. »Die« deutsche Nation habe

endlich zu sich selbst gefunden, indem sie sich ihrer Schuld bewusst geworden sei und die Sperrigkeit des Holocausts durch ein richtiges Erinnern an diese Opfer *und* die der Diktatur in der DDR integriert hat. Zudem sei die geläuterte Nation nunmehr auch in der Lage, korrekt an die eigenen (indirekten) Opfer des Krieges zu gedenken, die Vertriebenen. *In diesem Sinne wird der Holocaust relativiert.*

Seine Rede ist getrieben von dem persönlichen Dazugehören-Wollen, das ihn zu autorisieren scheint, darüber entscheiden zu dürfen, wer zur geläuterten deutschen Nation dazugehört und wer nicht. Linke tun das nicht, ein ausgeprägter, offenbar christlich motivierter Antikommunismus durchzieht die Rede, auch die bereits erwähnten Nicht-Religiösen und Nostalgiker sind folglich außen vor. Die Vertriebenenverbände hingegen haben sein Placet bekommen.

Abschließend möchte ich noch auf den Begriff des Leidens eingehen, der, neben dem Erinnern, diesen Text prägt. Er fungiert als »unifying principle«, das die je spezifischen schmerzhaften Erlebnisse von Individuen zu kollektiven Erfahrungen zusammenfasst, miteinander in Bezug setzt und verbindet. Man könnte von einer Art negativen Totalitarismustheorie sprechen, die hier am Werk ist, bei der also nicht auf die Eigenarten der jeweiligen politischen Strukturen und Mechanismen abgehoben wird, sondern auf die gleichförmigen Effekte. Nur um die Tragweite dieser rhetorischen Figur deutlich zu machen, möchte ich anmerken, dass man beispielsweise nicht umhin kann, zwischen der stalinistischen Ära der 1920er und 30er Jahre und ihren Säuberungen und dem DDR-Regime der 1970er Jahre grundlegende Unterschiede festzumachen, was die Mechanismen von Herrschaft betrifft. Dies tun im übrigen die als Gewährsleute angegebenen Autoren Zygmunt Bauman und Hannah Arendt durchaus.

Mit dem Negativ-Schlüsselwort des Leidens sind die unterschiedlichen Herrschaftsformen in diesem Text allerdings rhetorisch in eins gesetzt. Es taucht auf als das Leiden des Sprechers, nicht dazugehört zu haben, als Aufforderung des Respekts vor dem Leiden all derjenigen, »denen die Teilnahme an den Grundrechten und ein Leben nach den Werten Europas nicht vergönnt war«, es wird dann weiter kollektiviert als das »Leiden Osteuropas« und es steht für die Opfer des Kommunismus. »Neue Leidenskapitel« sind aufzuschlagen, wenn es darum geht, auch das deutsche Leid anzuerkennen, nur eine dafür notwendige Differenzierung im öffentlichen Bewusstsein werde dem Leid gerecht, und schließlich dürfe an Verlust und Leid der Vertriebenen erinnert werden.

Im Kontext der Behandlung des Holocaust und des »Judenmords« wird durchwegs das Thema der Schuld Deutschlands angesprochen, allerdings im Kontext des Gesundungsprozesses der Nation. Das Leiden der Opfer ist in diesem Zusammenhang nicht genannt worden, ihrer auch nicht gedacht, ebenso wenig wie es eine Ausführung darüber gibt, wie die Krankheit der deutschen Nation denn hieße, die durch Schuldbewältigung geheilt worden wäre. So stellt sich die Frage, ob das rhetorische Verschwinden der Schmerzen und

des Leidens der Opfer des Holocausts mit dem ebenfalls hier rhetorisch gesetzten Abschluss des nationalen Gesundungsprozesses einhergeht.

Sebastian Reinfeldt

- 1 Zuerst erschienen am 27. Februar 2012 auf www.forum-ds.de (http://www.forum-ds.de/article/2143.die_rede_von_der_gesunden_deutschen_nation.html)
- 2 Zur kritischen Diskursanalyse siehe: Siegfried Jäger, Kritische Diskursanalyse. Duisburg/Münster 2004; Jürgen Link, Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, Göttingen 2006; Sebastian Reinfeldt, Nicht-Wir und Die-da, Wien 2000.
- 3 Das Manuskript ist im Internet erhältlich unter: https://docs.google.com/viewer?a=v&q=cache:7Y90TM3yLb4J:www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Stiftungsvortrag_Gauck.pdf+&hl=de&pid=bl&srcid=ADGEE5i0BCV-F3g4hXbTsul_tjSoPGAilwDgveFoKj-1AM3G0FQ5Vdz50ngz6R11J6qg-jQz6bgW4PmpKe8CL61c_M8ucB1QaUmZqwaHFoe38mb3PNozwxymlW7Y-inhRx_Moo0v53z7tU&sig=AHIEtbT_O9qBd7hVtSDmaXgmbLJY8kMR9A. Es wird aus dieser Vorlage zitiert.
- 4 Ein neo-konservativer Diskurs im Sinne des völkischen Nationalismus rund um die Zeitschrift »Junge Freiheit«, siehe dazu: Helmut Kellershohn (Hrsg.), Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg 2004
- 5 Vgl. Carl Schmitt, der Begriff des Politischen, Berlin 1996 (Neuaufgabe); zur Bedeutung von Schmitt im neo-rechten Diskurs siehe den Sammelband von Kellershohn, Das Plagiat, a. a. O.

"Mit der pädagogischen Handreichung tragen Kreutzmüller und Werner dazu bei, eine Lücke im historischen Lernen über den Holocaust zu füllen." Yad Vashem



Christoph Kreutzmüller, Julia Werner
Fixiert. Fotografische Quellen zur Verfolgung und Ermordung der Juden in Europa
 Eine pädagogische Handreichung
 62 Seiten, Broschur, 39 Abbildungen
 ISBN: 978-3-942271-60-8
 14,90 €

HENTRICH & HENTRICH
www.hentrichhentrich.de

Nach den Morden des NSU. Sieben Maßnahmen gegen Rechts¹

1. Opferperspektive einnehmen

Zu lange wurden die Angehörigen der Opfer des Nazi-Terrors mit ihrer Trauer, Verzweiflung, Wut und Furcht vor weiteren Anschlägen allein gelassen. Neben ihrer öffentlich geäußerten Angst forderte die türkisch-kurdische Gemeinschaft in Deutschland vergeblich vorurteilsfreie Ermittlungen im Fall der rassistischen Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und einen effektiven Schutz des Staates für alle BürgerInnen – ohne Ansehen ihrer Hautfarbe und Herkunft. »Wir wollen kein 10. Opfer!«, »Die Serienmorde müssen ein Ende finden!« und »Wo ist die Polizei?«, stand auf den Transparenten einer Trauerveranstaltung 2006 in Kassel. BürgerInnen, Gesellschaft und Staat sind gefordert, den Ängsten von Menschen, Opfer einer rechten und rassistischen Gewalt- oder Mordtat zu werden, ernsthaft und effektiv zu begegnen. Aber es stellen sich auch berechnete Fragen nach dem Versagen der Zivilgesellschaft. Zu sehr hat sich eine liberale, linke, kritische Öffentlichkeit mit der Distanz zu MigrantInnen und einer rassistischen Verrohung in den Massenmedien abgefunden. Die staatliche Schuld an der fatalen, aber politisch gewollten Fehleinschätzung der Gefahren durch den Neonazismus und an dem Versagen der Sicherheitsbehörden ist die eine Seite. Die andere Seite ist, dass auch viele, die sich antifaschistisch und antirassistisch engagiert haben, mit Scham eingestehen müssen, dass es uns an Verständnis und Solidarität gemangelt hat.

2. Ideologischen Nährboden austrocknen

Rassistische Einstellungen und die so genannte Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit haben sich im Osten wie Westen Deutschlands zu einer Konstante entwickelt. Theorien der Ungleichheit der Menschen wie Sozialdarwinismus, Biologismus und Rassismus sind alltags und medientauglich. Dabei sind die Äußerungen eines Thilo Sarrazin oder die Ausfälle der BILD nur die krassesten Beispiele. Es geht aber nicht nur um eine wirksame Auseinandersetzung mit rechten und rassistischen Einstellungen und Ideologien. Gleichzeitig bedarf es neuer Bündnisse und parlamentarischer Mehrheiten, um staatliche Ungleichbehandlung durch rassistische Sondergesetze zu beenden. Wer von Staats wegen Menschen in verschiedene Kategorien unterteilt, ihnen je nach Herkunft Bürger- und Menschenrechte beschneidet oder vorenthält – zum Beispiel durch

die Residenzpflicht, durch das Asylbewerberleistungsgesetz oder durch ungleiche Bildungs- und Arbeitsmarktchancen –, der verschafft den Hetzern hoheitliche Legitimation.

3. Keine Verharmlosung des Neonazismus

Viel zu häufig gab es das Kleinreden neonazistischer Gefahren. Und dabei geht es nicht allein darum, dass die Sicherheitsbehörden den Aufbau und die Existenz von terroristischen Nazi-Strukturen verneinten. Die braune Szene wurde nie als politische, neonazistische Bewegung gesehen, sondern deren Gruppen getrennt voneinander betrachtet und eine falsche Unterteilung in Parteien, Organisationen und die so genannte Skinheadszenen vorgenommen. Eine dramatische Fehleinschätzung mit verheerenden Folgen für die Ermittlungen rund um den NSU-Terror. In den Folgejahren blieb der Geheimdienst als ideologischer Leitwolf einer falschen behördlichen Betrachtung des Neonazismus bei seinen Beschwichtigungen. Mit der Verharmlosung durch die Sicherheitsbehörden ging die Behandlung des Problems vorrangig als Gewaltphänomen einher. Daraus abgeleitet orientierten Staat und Gesellschaft auf Jugend- und Sozialarbeit. Die politische wie behördliche Fehljustierung in der Auseinandersetzung mit dem Neonazismus resultierte aus ihrem ideologischen Überbau, der »Extremismustheorie«. Zwanghaft wurde jedem Versuch von Bürgerbündnissen, Gewerkschaften, Linken, AntifaschistInnen oder investigativen JournalistInnen, die Spezifik der neonazistischen Gefahr herauszuarbeiten, eine ebenso große Gefahr durch einen vermeintlichen »Linksextremismus« entgegengehalten. Daher ist es nun Aufgabe, nicht nur eine sachgerechte, fachliche, und regional differenzierte Analyse des Neonazismus vorzunehmen. Es bedarf auch einer Eindeutigkeit in den Begriffen sowie einer Gesamtschau von Einstellungen, Äußerungen und Handlungen der extremen Rechten. Dem subkulturellen Neonazismus darf nicht länger der ideologische Hintergrund und organisatorische Bezug abgesprochen werden.

4. Schluss mit der staatlichen Unterstützung für Neonazis

Jegliche Form von staatlichen Subventionen und finanziellen Zuwendungen muss beendet werden. Darunter fallen Gelder für staatliche Spitzel in der Neonaziszene, Fördermittel beispiels-

weise aus Denkmalschutz- oder Dorferneuerungsprogrammen für von Neonazis erworbene Immobilien; ebenso Existenzgründerdarlehen und Fördermaßnahmen für Gewerbe und Firmen von Neonazis. Auch die steuerlichen Vorteile für scheinbar gemeinnützige neonazistische Vereine müssen auf den Prüfstand.

5. Entwaffnung von Neonazis und Verbot militanter Strukturen

Auch den Sicherheitsbehörden war das Interesse von Neonazis an Waffen und Sprengstoff nicht entgangen. Man erklärte, Neonazis seien Waffennarren und planlose Einzeltäter ohne Organisation im Hintergrund. Intensive Recherchen und Dokumentationen zu Waffenbesitz, Sprengstoffwerb, Anlegen von Depots und Schießübungen durch Neonazis haben nichts an dieser Einschätzung ändern können. Nun muss den Hinweisen aus den letzten Jahren auf paramilitärische Übungen, Waffen- und Sprengstoffbesitz entschieden nachgegangen werden. Waffenlager müssen ermittelt und geräumt werden, kurz: die Naziszene entwaffnet werden. Dies betrifft nicht nur illegal erworbene Waffen, sondern auch Waffen im legalen Besitz. Zu prüfen ist, ob bei extrem rechten und neonazistischen Aktivisten und Funktionären die Voraussetzung der Zuverlässigkeit nach dem Waffengesetz vorliegt; auch der legale Erwerb und Handel mit Waffen und Militaria im Rahmen einer Gewerbeanmeldung ist zu prüfen. Daneben gilt es, militante und gewalttätige Neonazi-Strukturen mit staatlichen Sanktionen zu belegen.

6. Rehabilitierung des Antifaschismus – gesellschaftliche Auseinandersetzung stärken

Nach einer Reihe antisemitischer Anschläge wurde 2001 das Bundesprogramm Civitas ins Leben gerufen. Daraus entstanden institutionelle Strukturen der Opferberatung und der Beratung gegen Rechts. Unter dem Druck von CDU/CSU und FDP wurde das Programm zu einem Instrument transformiert, das unter der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) in das Fahrwasser der inhaltlichen wie methodischen Gleichsetzung von Links und Rechts geriet. Gleichzeitig wurden dem Inlandsgeheimdienst zunehmend Aufgaben der pädagogischen Präventionsarbeit übertragen und Förderempfänger des Bundesprogramms durch den Zwang zur Unterzeichnung einer »Extremismusklausel« einem Gesinnungsscheck unterzogen. Während staatlich finanzierte Projekte zunehmend gegängelt wurden, begann eine intensive Phase der Diskreditierung zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Engagements. So konnte beispielsweise die antifaschistische Zeitschrift »Lotta« aus

Nordrhein-Westfalen ihre Nennung im Verfassungsschutzbericht erst in einem Rechtsstreit unterbinden, in Bündnissen versuchten CDU und CSU, »Unvereinbarkeitsbeschlüsse« durchzusetzen, und die Verfolgung von BlockiererInnen gegen die Naziaufmärsche in Dresden im Februar 2010 und 2011 dauert bis heute an. Eine mutige Forderung muss die politische wie rechtliche Rehabilitierung antifaschistischen Engagements sein. Gestärkt würde die Abwehr von Neonazismus auch durch eine antifaschistische Klausel im Grundgesetz und in den Landesverfassungen, die der besonderen Verpflichtung des Staates gerecht würde, endlich das Fortwirken nazistischer Ideologie, Personen und Strukturen nach 1945 zu benennen, aufzuarbeiten und zu unterbinden.

7. Verfassungsschutz abschaffen – Demokratiezentren schaffen

Der Verfassungsschutz ist Teil des Problems und muss abgeschafft werden. Der Geheimdienst untergräbt mit seinen grundrechtsgefährdenden und unkontrollierbaren Instrumentarien die Demokratie. Er hat als Frühwarnsystem kläglich versagt, er hat den Neonazismus kleingeredet, er hat die Naziszene insbesondere in Thüringen erst mit zu dem gemacht, woraus der NSU erwachsen ist. Das Versagen der Behörden resultiert nicht aus zu wenig Überwachung, Informanten, Befugnissen und Dateien, sondern aus einem strukturellen Unvermögen, das ideologische, personelle und organisatorische Potenzial des Neonazismus richtig einzuordnen. Alte und neue Nazis wollen eine autoritäre, völkisch orientierte Diktatur errichten. Sie propagieren nicht nur »Rassenkrieg« und singen nicht nur von »Mord und Terror«, sondern sie handeln entsprechend und gehen mit Gewalt gegen alles vermeintlich »Undeutsche« vor. Diese Gefahr zu benennen und Handlungskonzepte zu entwickeln, muss Aufgabe eines transparenten und unabhängigen Demokratiezentums sein, das als Informations- und Dokumentationsstelle an der Schnittstelle von Wissenschaft und kommunaler Praxis agiert, mit Expertise und enger Verzahnung zu zivilgesellschaftlichen Akteuren und als Partner staatlicher Stellen. Ein Demokratiezentrum darf nicht instrumentalisiert und daran gehindert werden, Rassismus und menschenverachtende Ideologie auch dort ohne Scheu zu benennen, wo sie sich im bürgerlichen Gewand zeigen.

Martina Renner

¹ Der Beitrag ist ein gekürzter Vorabdruck eines Beitrages in dem Sammelband *Made in Thüringen? Naziterror und Verfassungsschutzskandal* (Hamburg 2012, hrsg. von Bodo Ramelow).

1930 BIS 1933: DEUTSCHLAND AUF DEM WEG IN DEN FASCHISMUS

Nazifizierte Justiz und antisemitische Gewalt in Schlesien 1930/1931

Dass der Antisemitismus zu den konstitutiven Bestandteilen der Ideologie und Politik der politischen Rechten in der Weimarer Republik gehörte, ist weitgehend bekannt.¹ Auch in Schlesien, wo die Breslauer jüdische Gemeinde zu den größten in Deutschland zählte, waren Juden und ihre Einrichtungen häufig Zielscheibe antisemitischer Propaganda sowie gewalttätiger Aktionen.²

Mit der Entwicklung der NSDAP zur wählerstärksten Partei in den Jahren der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise erhielten diese Aktivitäten eine neue Qualität. Sie wurden nicht nur zahlreicher, sondern ihr Schwerpunkt verlagerte sich immer mehr zur Anwendung physischer Gewalt, verbunden mit Drohungen, Juden im angestrebten »Dritten Reich« der Faschisten ihrer Menschen- und Bürgerrechte zu berauben, ja sie als »Freiwild« zu behandeln.

In diesem Zusammenhang gilt es zu beachten, dass die Rechtsprechung auch in Schlesien die teilweise schwer wiegenden, antisemitisch motivierten Straftaten der Nazis mit größtmöglichem Verständnis und äußerster Milde begleitete. Die Nazifizierung der Justiz war offenkundig in den Jahren unmittelbar vor 1933 in hohem Maße vorangeschritten.³

Ein Nazi sucht sich seine Richter aus

Diese Entwicklungen verdeutlicht der Fall des faschistischen Funktionärs Fritz Waldmann. Was war geschehen?

Im Zeitraum von August bis Dezember 1929 kursierte in schlesischen Ortschaften, besonders in den Kreisen Oels, Trebnitz und Guhrau, ein von der NSDAP vertriebenes antisemitisches Flugblatt. Verfasser dieses massenhaft vertriebenen Pamphletes war der Organisations- und Propagandaleiter des Bezirks Ostgrenze-Mitte der Nazipartei, Fritz Waldmann. Die vom Oberstaatsanwalt in Breslau inkriminierten Passagen des Flugblattes lauteten wie folgt:

»Der Jude ist auch ein Mensch, so salbadert der rote Bonze, wenn er gezwungenermaßen einmal über die Judenfrage sprechen muss, über die er sonst gerne herumgeht, wie die Katze um den heißen Brei. Wer hat das angezweifelt? Der Floh ist auch ein Tier! aber gewiss kein angenehmes, eben so wenig, wie der Jude ein angenehmer Mensch ist. Und eben so wenig, wie man den Floh hütet und beschützt, weil er uns beißt und zwickt, und uns das Blut aussaugt, eben so wenig hüten und beschützen wir den Juden, denn er beißt und zwickt uns und saugt wie ein Vampir den letzten Blutstropfen aus unseren Adern.«⁴

Gegen diese antisemitische Hetze primitivster Art erstattete der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) Strafanzeige. Am 5. April 1930 fertigte die Staatsanwaltschaft in Breslau die Anklageschrift aus, in der es unter anderem hieß, die zitierten Formulierungen seien »geeignet, Stimmung dafür zu machen, den Juden ebenso wie den Floh zu behandeln, d. h. mit Gewalttätigkeit gegen ihn vorzugehen«⁵. In seiner Stellungnahme zu diesem Vorwurf gab Waldmann zu Protokoll, »er habe lediglich mit dem Flugblatt den in letzter Zeit eingewanderten jüdischen Ostgalizier treffen wollen, den er, wie den Floh, als Schädling betrachte«⁶.

Das anstehende Gerichtsverfahren erhielt dadurch größere Aufmerksamkeit, weil der Angeschuldigte den Vorsitzenden des mit der Verhandlung betrauten Schöffengerichtes, Dr. Grünbaum, wegen dessen Mitgliedschaft im CV für »befangen« erklärte. Dessen ungeachtet leitete Grünbaum die Verhandlung, in deren Ergebnis Waldmann am 30. August 1930 zu einer Geldstrafe in Höhe von 300 Reichsmark, ersatzweise einem Monat Gefängnis, verurteilt wurde. Waldmann trat in arroganter Weise vor dem Gericht auf. Auf die Frage, womit er seinen Lebensunterhalt verdiene, antwortete er: »Mit Reden!« Nach dem Urteilsspruch verkündete Waldmann: »Es ist mir eine Ehre, von diesem Gericht verurteilt zu werden«⁷, wofür er eine Ordnungsstrafe von einem Tag Haft erhielt. Das vergleichsweise milde Urteil begründete das Gericht damit, dass der Angeklagte mit 25 Jahren noch relativ jung und das Flugblatt »in einer politisch sehr erregten Zeit« verteilt worden sei. In weiten Teilen müsse man es zudem als Plagiat ansehen, da es mit einem antisemitischen Pamphlet, das 1927 in Finsterwalde (Lausitz) vertrieben worden war, identisch sei.⁸

Ungeachtet des milden Urteils beantragte Waldmann die Berufung, die am 12. Februar 1931 vor einer Strafkammer des Landgerichts Breslau stattfand. Berücksichtigt werden sollte, dass zwischen den Verhandlungen der ersten und zweiten Instanz der sensationelle Wahlerfolg der faschistischen Partei am 14. September 1930 lag, bei dem die NSDAP zur zweitstärksten Fraktion im Reichstag avanciert war.⁹ Offensichtlich blieb dies nicht ohne Eindruck auf die Richter in Breslau, einer der Hochburgen der Nazipartei¹⁰, wo jeder vierte Wähler zugunsten der Faschisten votiert hatte.

Mit der neuerlichen Verhandlung betraut wurde die V. Strafkammer des Landgerichts Breslau. Auch dieses Mal stellte Waldmann einen Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden Richter, Landgerichtsdirektor Steinfeld, und den Beisitzer Dr. Stanner. Beide seien Juden, Stanner darüber hinaus

organisierter Zionist, so dass eine unparteiliche Beurteilung seiner Berufung nicht zu erwarten sei. Im Gegensatz zur ersten Instanz, als der Befangenheitsantrag Waldmanns gegen den Richter jüdischen Glaubens abgelehnt worden war, geschah jetzt Skandalöses: Am 17. Januar 1931 billigte das Landgericht mit den Unterschriften dreier mit dem Vorgang befasster Richter den Antrag Waldmanns, wobei die Begründung Wasser auf die Mühlen der Faschisten leitete und bereits den Geist des kommenden »Dritten Reiches« ahnen ließ. Es hieß hier unter anderem:

»Zwar vermag grundsätzlich die Zugehörigkeit eines Richters zu einem bestimmten Glaubensbekenntnis oder seine Abstammung die Besorgnis der Befangenheit nicht zu rechtfertigen. Es ist auch nicht anzunehmen, dass die abgelehnten Richter nicht unparteilich entscheiden würden. Vom Standpunkt des Angeklagten jedoch erscheinen die besonderen Umstände des Falles geeignet, in ihm die ernstliche Besorgnis zu begründen, dass die Art seiner Angriffe gegen einzelne Juden als solchen die Unparteilichkeit der abgelehnten Richter ihm gegenüber nachhaltig beeinflussen könnte.«¹¹

Dass der ursprünglich als Beisitzer vorgesehene Gerichtsassessor Dr. Stanner erklärte, er sei kein Zionist und deshalb auch nicht Mitglied einer zionistischen Organisation¹², konnte das Votum der den Antrag Waldmanns befürwortenden Richter nicht korrigieren. Anscheinend waren bereits zwei Jahre vor der Machtübernahme der Nazis in den Augen des Breslauer Landgerichts jüdische Kollegen in Prozessen, bei denen Mitglieder der NDSAP unter Anklage standen, untragbar geworden. Völlig zutreffend titelte die sozialdemokratische Tageszeitung »Vorwärts«: »Justizskandal in Breslau – Ein angeklagter Hakenkreuzler darf sich passende Richter aussuchen!«¹³

Das Urteil des Berufungsverfahrens, das am 12. Februar 1931 verkündet wurde, lautete erwartungsgemäß »Freispruch«. Es lohnt sich, die Urteilsbegründung einer näheren Betrachtung zu unterziehen, da sie gleichsam das Dokument einer klammerheimlichen Solidarität der Richter mit dem Straftäter Waldmann darstellte. Zwar wurde konzidiert:

»Es wird dem Leser der Gedanke aufgezwungen, der Jude sei wie ein Floh, man könne ihn daher auch so behandeln, wie man einen stechenden Floh behandelt, d. h. ihn gewaltsam entfernen. [...] Durch den Vergleich des Blutsaugers wird auch der Eindruck erweckt, dass augenblickliche wirtschaftliche Notlage von den Juden herrührt.« Allerdings sei keine konkrete jüdische Person genannt worden, sondern »das Flugblatt richtet sich seinem klaren Wortlaute nach gegen die Juden als Allgemeinheit, als Bevölkerungsklasse, ohne jede Einschränkung.«¹⁴

Nach diesen durchaus zutreffenden Interpretationen des von Waldmann vertriebenen Flugblattes formulierte das Gericht jedoch anschließend drei entlastende Sachverhalte, die einen Freispruch des Angeklagten nach sich ziehen müssten. Erstens wolle der Nazi-Funktionär keine Gewalttätigkeiten gegen Juden, sondern beabsichtige, gegen sie mit rechtlichen

Maßnahmen vorzugehen, wie zum Beispiel dem Verbot des Geldhandels. Zweitens hätte Adolf Hitler als »Führer« der NSDAP Gewalttätigkeiten gegen Juden verboten, und da in seiner Partei »strenge Zucht« herrsche, sei davon auszugehen, dass sich auch der Angeklagte daran halten werde. Das Gericht spielt hier offenbar auf Erklärungen Hitlers gegenüber der US-amerikanischen Presse-Agentur »International News Service« vom Oktober 1930 an, in denen er äußerte, dass die NDSAP einen Antisemitismus verwerfe, »der sich in Form von Pogromen äußert; unser Antisemitismus ist eine Frage der Weltanschauung [...] Wir verwerfen jede Gewaltandrohung.«¹⁵ Drittens sei Waldmann »politisch nicht so reif, dass er die Tragweite seines Handelns voll erkannt hat«¹⁶. Folglich, so die Strafkammer des Landgerichts, müsse der Angeklagte frei gesprochen werden.

Die Staatsanwaltschaft legte ihrerseits gegen dieses Urteil Revision beim Reichsgericht in Leipzig ein. Doch am 29. Juni 1931 wurde die Revision durch den damals höchsten deutschen Gerichtshof verworfen und das Landgerichts-Urteil damit rechtskräftig. Die Anklage der Staatsanwaltschaft, Waldmann habe »in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegeneinander öffentlich aufgehetzt«, wurde vom Reichsgericht nicht für rechtens erkannt, da bei den zu beurteilenden Handlungen des Nazi-Funktionärs der »Vorsatz verneint« werden müsse.¹⁷ Unter vielerlei Gesichtspunkten können die zitierten Urteilsbegründungen als ganz und gar unverständlich, wenn nicht als Heuchelei bezeichnet werden. Besonders die Bezugnahme auf die Aussagen Adolf Hitlers, der angeblich Gewalttätigkeiten gegen Juden verboten hätte, ist nicht nachzuvollziehen. Am 14. Oktober 1930, dem Tag der Konstituierung des Reichstages, hatten Angehörige der NSDAP und der SA stundenlang in der östlichen Berliner Innenstadt anti-jüdische Krawalle inszeniert, wobei auch physische Gewalt gegen Juden angewandt worden sowie unter anderem die Schaufensterscheiben des damals größten Kaufhauses der Stadt, des »Wertheim« am Leipziger Platz, und einer Filiale der Darmstädter Bank zertrümmert worden waren. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die ausführliche, sich über mehrere Tage hinziehende Berichterstattung über diese antisemitischen Krawalle in der überregionalen Presse von den Richtern in Breslau und Leipzig nicht zur Kenntnis genommen wurde.¹⁸

Dieser Teil der Urteilsbegründung ist aber vor allem deshalb heuchlerisch, weil in Schlesien und Breslau selbst bereits seit Jahren immer wieder antisemitische Gewalttaten von Mitgliedern der faschistischen Partei Gegenstand von Gerichtsverfahren waren. Die Diskrepanz zwischen den Worten Hitlers und seines Adepten Waldmann einerseits und die tatsächlich angewandte Praxis der Nazis und anderer Antisemiten gegenüber den Juden andererseits konnte den Richtern in Breslau nicht verborgen geblieben sein.

Hierzu gehörten Schändungen des jüdischen Friedhofs in Breslau¹⁹ ebenso wie publizistische Pöbeleien in Gazetten wie

zum Beispiel der »Schlesischen Volksstimme«²⁰, aber nicht zuletzt antisemitische Hetzreden nationalsozialistischer Agitatoren auf öffentlichen Versammlungen. Auch Störungen von Veranstaltungen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens waren nicht selten.

Pogromartige Krawalle in Breslau

Drei Monate vor den antisemitischen Krawallen in der östlichen Berliner Innenstadt gab es ähnliche Ereignisse in Breslau, die über die Grenzen Schlesiens hinaus für Aufsehen sorgten. In der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1930 veranstalteten bis zu 2.000 Nazis, aber auch Mitglieder anderer rechtsextremer Organisationen, ab circa 22 Uhr in der Innenstadt eine nicht angemeldete Demonstration, in deren Verlauf es zu antisemitischen Exzessen kam. Vorausgegangen waren Feierlichkeiten aus Anlass des Abzuges alliierter Truppen aus dem besetzten Rheinland, der überall in Deutschland, vornehmlich von der politischen Rechten, als »Tag der Befreiung« (Hindenburg) begangen wurde.²¹ Auch in Breslau waren auf dem zentralen »Platz der Republik« Tausende Einwohner zusammen geströmt, wobei die von Reichswehr-Kapellen gespielte Marschmusik und die zahlreich gehissten schwarz-weiß-roten Flaggen der Reichswehr die Stimmung anheizten: »Es war, als seien die Zeiten Wilhelms II. zurück gekehrt.«²² Nach Beendigung der offiziellen Veranstaltungen wurden die zahlreichen Nazis unter den Feiernden aktiv. Sie begannen zu skandieren: »Deutschland erwache, Juda verrecke!« Juden oder für Juden angesehene Passanten wurden beleidigt, angepöbelt und verprügelt, wobei auch Frauen tätlich angegriffen wurden. Die Breslauer Innenstadt wurde zum Ort regelrechter Menschenjagden und Massenschlägereien. Auch ein geschlossener Demonstrationszug von etwa 600 Faschisten formierte sich und zog längere Zeit durch die Straßen.

Als aus der Menge ein Schuss gefallen war, setzte die Polizei, die von den »Demonstranten« zeitweilig in die Flucht geschlagen werden konnte, berittene Einheiten und den Gummiknüppel ein und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Unter den Festgenommenen befanden sich interessanterweise auch zwei Gerichtsreferendare, die allerdings wie die meisten anderen Verhafteten auch, nach wenigen Stunden wieder auf freiem Fuß gesetzt wurden.²³ Die Polizisten wurden vom braunen Mob mit den Rufen »Judenknechte!« und »Judenthiere!« empfangen.²⁴ Erst um 4 Uhr in der Frühe hatte sich die Lage einigermaßen beruhigt, nachdem immer wieder vagabundierende Trupps von Nazis Zusammenstöße auf den Straßen provozierten.

Die Justiz ging – wie gewohnt – sehr milde mit den Tumultuanten um: Von den 41 eingeleiteten Ermittlungsverfahren wurden 26 eingestellt, lediglich sechs Angeklagte wurden wegen Beleidigung von Polizeibeamten, Widerstandes gegen die Staatsgewalt bzw. groben Unfugs zu geringen Geldstrafen zwischen 25 und 100 Mark verurteilt.²⁵

Justiz und Antisemitismus in der Weimarer Republik

Was auch immer die Anlässe waren, um als Angeklagte vor Gericht gestellt zu werden: In der Regel wurden Nazis und andere Antisemiten von der schlesischen Justiz wegen ihrer anti-jüdischer Gewalttaten oder publizistischen Pöbeleien mit Freisprüchen oder lächerlich geringen Strafen, meist Geldbußen, sehr milde behandelt. Die Annahme, dass nicht wenige Richter und Staatsanwälte für die Denkmalsart und die Handlungen dieser Personen Sympathien empfanden oder inzwischen selbst Nazis geworden waren, ist naheliegend. Sie plädierten und urteilten in einer Art und Weise, wie man sie von einem engagierten Strafverteidiger erwartete, der mit allen denkbaren Argumenten, auch solchen absurdesten Art, ein mildes Urteil bzw. einen Freispruch für seinen Mandanten erreichen wollte. Sicherlich darf bei der Suche nach den Ursachen für derartige Handlungen nicht außer Acht gelassen werden, dass die Universitäten in Deutschland seit langem eine Brutstätte des Antisemitismus waren.²⁶ Akademiker waren nur allzu oft während ihres Studiums durch Hochschullehrer und vor allem die »Burschenschaften« systematisch mit antijüdischem Gedankengut und gegen ihre jüdischen Kommilitonen gerichteten Verhaltensweisen infiziert worden. Mehr noch: die Entstehung und Ausbreitung des »modernen«, rassistisch definierten Antisemitismus wäre ohne die akademischen Ausbildungsstätten nicht denkbar gewesen. Dies alles galt nicht zuletzt für die Juristischen Fakultäten. Die jüdenfeindliche Ideologie und Politik der Nazis war deshalb für viele Akademiker grundsätzlich nicht kritikwürdig, sondern bot ihnen problemlos Anschlussmöglichkeiten. Es ist somit folgerichtig, dass antijüdische Hetze und gegen Juden gerichtete Gewaltaktionen auch von den Richtern und Staatsanwälten der schlesischen Justiz nach anderen als den sonst geltenden Maßstäben von Recht und Gesetz beurteilt wurden. Die genannten Beispiele verdeutlichen vor allem einen Sachverhalt: Dem 30. Januar 1933 war auch in der Justiz vorgearbeitet worden. Die »Machtergreifung vor der Machtergreifung« hatte sich unter anderem in relevanten Teilen der protestantischen Kirchen, bei Pfarrern wie Gemeindekirchenräten, in der Studenten- und Hochschullehrerschaft, in den so genannten Kriegervereinen, bei wichtigen Exponenten des Großkapitals, in den staatlichen Behörden, im Offizierskorps der Reichswehr, in den Redaktionen zahlreicher Gazetten, in der Polizei, aber nicht zuletzt bei Richtern und Staatsanwälten vollzogen.

Die genannten Fälle einer geradezu unfassbar milden Aburteilung von antisemitisch motivierten Gewalttätern und jüdenfeindlichen Agitatoren verdeutlichen, dass die »Gleichschaltung« der Justiz im Jahre 1933 durch die »Selbstgleichschaltung« in den Jahren zuvor keiner besonderen Anstrengungen der Faschisten bedurfte. Sie sind ein weiterer Beleg dafür, wie zutreffend die Aussage Hans Mommsens ist: »Die politische Verantwortung für die nationalsozialistische Machtergreifung liegt primär bei den traditionellen Eliten ...«²⁷

Reiner Zilkenat

- 1 Siehe Walter Mohrmann, Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin-DDR 1972, S. 88 ff.; Werner Jochmann, Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945, 2. Aufl., Hamburg 1991, S. 99 ff. u. 171 ff.; Dirk Walter, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999; Cornelia Hecht, Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik, Bonn 2003; Frank Bajohr, »Unser Hotel ist judenfrei«. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 2003, S. 53 ff.; Michael Wildt, Volksgemeinschaft und Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007.
- 2 In den Akten des Bestandes »Justizministerium« im ehemaligen Geheimen Preußischen Staatsarchiv finden sich hierzu zahllose gerichtsnotorische Vorgänge.
- 3 Ausführlicher hierzu: Reiner Zilkenat, Ein Hort der Konterrevolution? Bemerkungen zur politischen Szenerie in Schlesien in der Zeit der Weimarer Republik, in: Cornelia Domaschke, Daniele Fuchs-Frotscher u. Günter Wehner (Hrsg.), Widerstand und Heimatverlust. Deutsche Antifaschisten in Schlesien, Berlin 2012 (im Erscheinen).
- 4 Ehemaliges Geheimen Preußisches Staatsarchiv – Stiftung Preußischer Kulturbesitz (im Folgenden: GStPK), I. HA, Rep. 84a, Nr. 54721, Bl. 3 f.
- 5 Ebda., Bl. 4.
- 6 Ebda.
- 7 Vossische Zeitung, Nr. 410, 31. August 1930.
- 8 Siehe Schlesische Volkszeitung, Nr. 412, 4. September 1930. Exemplar in: GStPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 54721.
- 9 Siehe Reiner Zilkenat, »Ein schwarzer Tag für Deutschland!« Die NSDAP und die Reichstagswahlen vom 14. September 1930, in: Rundbrief, Heft 3–4/2010, S. 60 ff.; Dirk Walter, Antisemitische Kriminalität und Gewalt, S. 196.
- 10 Im Wahlkreis Breslau erreichte die faschistische Partei mit 24,2 Prozent eines ihrer besten Wahlergebnisse. Siehe Jürgen Falter, Thomas Lindenberger u. Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933, München 1987, S. 72.
- 11 GStPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 54721, Bl. 26.
- 12 Siehe ebda., Bl. 33.
- 13 »Abend« – Spätausgabe des »Vorwärts«, Nr. 92, 24. Februar 1931.
- 14 GStPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 54721, Bl. 56 f.
- 15 Bundesarchiv Berlin, R 8034 II/4377, Bl. 78.
- 16 GStPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 54721, Bl. 57 f.
- 17 Ebda., Bl. 65.
- 18 Siehe Walter, Antisemitische Kriminalität und Gewalt, S. 209 ff.; Cornelia Hecht, Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik, Bonn 2003, S. 221 f.
- 19 Siehe GStPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 55784: Schändung eines alten jüdischen Friedhofs in Breslau im Dezember 1926.
- 20 Siehe ebda., Nr. 54585, 54586, 54727, 55213, 55769 u. 55798.
- 21 Siehe Hans Mommsen: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918–1933, 2. Aufl., München 2001, S. 362 f.; siehe auch Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, (West-) Berlin u. Bonn 1987, S. 167 f.
- 22 Hans Mommsen, Aufstieg und Untergang der Weimarer Republik, Berlin 1998, S. 362.
- 23 Siehe GStPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 53538, Bl. 9.
- 24 Siehe ebda., Bl. 3.
- 25 Siehe ebda., Bl. 10, 16 u. 18.
- 26 Siehe Anselm Faust, Der Nationalsozialistische Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973, 2 Bde.; Michael H. Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975; Norbert Kampe, Studenten und »Judenfrage« im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus, Göttingen 1988; Helma Brunck, Die Deutsche Burschenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, München 1999.
- 27 Hans Mommsen, Von Weimar nach Auschwitz. Zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche, München 2001, S. 164.



Sebastian Friedrich (Hg.)
Rassismus in der Leistungsgesellschaft
Analysen und kritische Perspektiven zur „Sarrazindebatte“

264 Seiten, 19,80 Euro | ISBN 978-3-942885-01-0

Bernhard Schmid
Distanzieren, leugnen, drohen
Die europäische extreme Rechte nach Oslo

TB, 120 Seiten, 12,80 Euro | ISBN 978-3-942885-09-6

Moritz Altenried
Aufstände, Rassismus und die Krise des Kapitalismus
England im Ausnahmezustand

demnächst, ca. 96 Seiten, 9,80 Euro | ISBN 978-3-942885-10-2

edition-assemblage.de

Zur Antwort der deutschen Widerstandsbe- wegung auf den 22. Juni 1941. Ein Überblick¹

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 veränderte sich objektiv sowie in der subjektiven Wahrnehmung der betroffenen Menschen endgültig der Charakter des Krieges, der jetzt unwiderruflich als Weltkrieg wahrgenommen werden musste.

Für die deutsche Widerstandsbewegung, insbesondere für die deutschen Kommunisten, war der Überfall eine schwere Niederlage, aber gleichzeitig ein Befreiungsschlag in Bezug auf den Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion.² Die deutsche Widerstandsbewegung stand vor der Aufgabe, ihr Ringen gegen das NS-Regime unter verschärften Überwachungsmethoden der NS-Repressionsorgane zu verstärken und mit allen erdenklichen Mitteln, die vom faschistischen Deutschland überfallenen und unterjochten Völker zu unterstützen. Im Kampf gegen den Hauptfeind im eigenen Land war die Sowjetunion ihr unmittelbarer Verbündeter. Bereits wenige Tage nach dem heimtückischen Einfall in die UdSSR erschienen in Berlin, Braunschweig, Dresden, Halle, Hamburg, Kassel, Kattowitz, Kiel, Koblenz, Magdeburg, München, Münster, Nürnberg, Potsdam Regensburg, Stuttgart und Weimar Losungen an öffentlichen Gebäuden, Plakatsäulen Reklameschildern, Bekanntmachungstafeln sowie Hauseingängen, die zum Widerstand gegen den Krieg aufriefen.

Vor allem in den Rüstungsbetrieben brachten kleine illegale Widerstandszellen ihre Solidarität mit der Sowjetunion zum Ausdruck. Im Leunawerk in Halle schrieben sie Handzettel »Nieder mit den Nazischweinen! Es lebe die Sowjetunion!« In Berlin und in den Randgebieten der faschistischen Reichshauptstadt bewiesen mutige Frauen, Männer und Jugendliche, dass es Widerstand gegen die Nazibarbarei gab. Allein im Monat Juli 1941 musste die Gestapo das Erscheinen von 30 verschiedenen illegalen Flugschriftentiteln und Klebezetteln in ihren Lageberichten eingestehen, die im großen Umfang verbreitet wurden.³ In den Schriften wurde aufgerufen, den Kampf der Sowjetunion gegen die Aggressoren zu unterstützen. Handgeschriebene Flugblätter, die im Raum Hennigsdorf verbreitet wurden, forderten die Arbeiter und Angestellten der dortigen Rüstungsbetriebe auf, keine Überstunden zu leisten. In Potsdam fand man in einer Kaserne die Losung »Werdet Jungkommunisten – Heil Moskau – bildet Zellen«. In einem Potsdamer Flugzeugwerk bemalten Antifaschisten ein Flugzeug mit dem Staatsblem der Sowjetunion. Die Widerstehenden hörten aufmerksamer denn je die Sendungen des Moskauer Rundfunks und nutzten die abgehörten Informa-

tionen für ihre illegale Propagandaarbeit. Erfolgreich wandten die Illegalen die Methode der »langsamen Arbeit« an, um die erwarteten Präzisionsergebnisse bei der Produktion von Rüstungsgütern zu verhindern. Ferner wurden durch Überlastung von Werkzeugmaschinen und Schneidwerkzeugen sowie durch unsachgemäßes Handhaben der Messwerkzeuge kaum erkennbare Ungenauigkeiten verursacht, die eine Nacharbeit und damit eine Verzögerung des Produktionsablaufes bewirkten. Mehrmals gelang es Antifaschisten im Stahl- und Walzwerk in Hennigsdorf, dadurch den Arbeitsfluss der Bomben- und Granatenherstellung zu behindern. Es kam ab Juni/Juli 1941 häufiger als sonst zu Qualitätsbeanstandungen.

Auf Streuzetteln, die mit einem Kinderdruckkasten angefertigt waren, hieß es: »Bomben! Hunger! Massenmord! Das ist Hitlers Krieg in Wirklichkeit. Fort mit Hitler! Jeder anständige Mensch ist gegen den Krieg! Langsamer arbeiten, keine Überstunden. Hitlers Krieg ist nicht Euer Krieg. Hitlers Niederlage ist Euer Sieg! Trotz Hitlers Terror die KPD lebt!«

Die Gestapo registrierte in ihren monatlichen Lageberichten 1940 1266 verschiedene Flugschriften, die im Land kursierten. Ab Juni 1941 erschienen 2166 unterschiedliche Flugblatttitel und 2396 Klebezettel.⁴ Das waren nur die illegalen Materialien, die von der Gestapo erfasst wurden. Noch mehr fürchtete das Terrorregime die mündliche Propaganda. In einem Gestapo-Bericht hieß es dazu: »Gefährlicher, weil ausgedehnter, als die Mundpropaganda im Familien- oder Bekanntenkreis, ist die bewusste Erzeugung einer staatsfeindlichen Stimmung unter den Arbeitern an den Arbeitsstätten. Es ist klar, dass das Zusammentreffen von vielen, zum Teil von Tausenden von Arbeitern, in ein und demselben Betrieb diesen zum Objekt eines ausgedehnten agitatorischen Nachrichtenaustausches machen kann.«⁵

Die Widerstehenden um Robert Uhrig, Harro Schulze-Boysen und Dr. Arvid Harnack sowie Herbert Baum nutzten nach besten Kräften die Schwachstellen des faschistischen Regimes aus. Im zweiten Halbjahr 1941 konnten die Berliner Antifaschisten ihre Kontakte zu zahlreichen Betrieben ausbauen. Ihr Verbindungsnetz umfasste rund 90 Betriebe. So bestanden zum Beispiel in fast allen AEG-Betrieben in Berlin und in Hennigsdorf kleine illegale Zellen, die konspirativ abgesichert waren. Auch in den unterschiedlichen Firmen des Siemens-Konzerns, der Askaniawerke AG in Berlin-Marienfelde, bei den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken AG Berlin-Wittenau, den Osram GmbH Werken in Berlin-Moabit und Berlin-Friedrichshain sowie dem Heinkel-Werk in Berlin-Johannisthal

bildeten sich zu diesem Zeitpunkt illegale Betriebszellen. Neben der politischen Aufklärung zu den Ursachen und zum Charakter des Aggressionskrieges gegen die UdSSR spielten Rüstungssabotage und die Solidarität mit den ausländischen Zwangsarbeitern eine große Rolle in der Tätigkeit der illegalen Betriebszellen.

In einer Reihe von Berliner Rüstungsbetrieben waren Mitglieder der von Herbert Baum geleiteten Widerstandsgruppe als Juden zur Zwangsarbeit verpflichtet. Sie nutzten jede Möglichkeit der Sabotage in der Produktion. In der Spezialfirma des Dr. Klaus Gettwart in Berlin-Köpenick war Robert Uhrig als Werkzeugmacher tätig. Er konnte in Zusammenarbeit mit dem Meister Hermann Braun und dem Getriebefachmann Erwin Pawlowski sowie weiteren antifaschistisch gesinnten Arbeitern die Weiterentwicklung eines Maschinengewehrs und die Aufnahme der Produktion von Hubschraubern, die für den Einsatz gegen die Sowjetunion vorgesehen waren, verhindern. Beim Probeflugversuch brachen die Hohlwellen. Die Hubschrauberkonstruktion wurde von der Luftwaffeninspektion für »unbrauchbar« erklärt.

Im Feinmechanik-Betrieb W. Feiler, der Wettersonden für U-Boote und Flugzeuge produzierte, mussten zahlreiche Sonden wegen Qualitätsmängeln zurückgewiesen werden. Diese mutigen Taten zeugen von dem hohen Verantwortungsbewusstsein und dem Heldenmut nicht weniger Antifaschisten, die trotz der sich ständig verschärfenden Repressionen des NS-Regimes keine Schwierigkeiten scheuten, um den Kampf der Sowjetunion gegen die faschistischen Eindringlinge zu unterstützen. Ihre Aktivitäten blieben aber Einzelaktionen und entwickelten sich nicht zu einer Massenbewegung.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion kam es zu einem Anwachsen der Widerstandsaktivitäten in Berlin, Hamburg und den Industriegebieten des Landes. So organisierten Franz Jacob und Bernhard Bästlein seit dem Sommer 1941 in Zusammenarbeit mit Robert Abshagen in über 30 Hamburger Betrieben und Werften illegale Betriebszellen bzw. verknüpften die bereits vorhandenen illegalen Zellen zu einem weit gefächerten Netz mit engem Kontakt zu den Berliner Antifaschisten Wilhelm Guddorf, einem Mitstreiter von Harro Schulze-Boysen und Dr. Arvid Harnack, den leitenden Persönlichkeiten der Widerstandsgruppe »Rote Kapelle« in Berlin. Die Hamburger Antifaschisten gaben in Zusammenarbeit mit Wilhelm Guddorf, John Sieg und Martin Weise den mehrsprachigen Informationsdienst »Die innere Front« heraus, der in Hamburg und in Berlin verbreitet wurde. Diese Schrift gelang auch in die Hände der ausländischen Zwangsarbeiter und wurde den französischen Kriegsgefangenen zugänglich gemacht, die auf den Werften arbeiten mussten. Über Wilhelm Guddorf bestand auch Kontakt zu der Widerstandsgruppe um Robert Uhrig, so dass von einer koordinierten illegalen Tätigkeit gesprochen werden kann.

Neben der antifaschistischen Aufklärungsarbeit bemühten sich die Widerstehenden in den Betrieben die Rüstungsproduktion zu sabotieren. In den Holsalia-Werften in Hamburg-

Altona führten Arbeiterinnen gegen die 53-Stunden-Woche einen Kurzstreik durch, der den Betrieb zeitweilig lahmlegte. Bei der Howaldtswerke AG in Kiel gab es fünf illegale Betriebsgruppen, die einen Streik gegen die Überstunden organisierten. Sie konnten ferner 50 Sauerstoff-Flaschen in die Elbe werfen und mehrere Elektroschweißmaschinen durch Einwurf von Sand außer Betrieb setzen sowie 40.000 Elektro-Schweißstäbe vernichten.

Im Sinne des Einheitsfrontgedankens waren die Angehörigen der Hamburger Bästlein-Gruppe bemüht, ihre Kontakte zu sozialdemokratischen Antifaschisten zu erweitern, um vor allem Solidaritätsaktionen für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zu organisieren.

Die Antifaschisten um Robert Abshagen, Bernhard Bästlein und Franz Jacob hatten nachweislich zu vier weiteren Hamburger Widerstandsgruppen Kontakte, so zum Beispiel zu der Gruppe der »Weißen Rose«, den Sportgruppen »Armin« und »Ring« und der KdF (»Kraft durch Freude«)-Gruppe um Heinrich Schröder.

Um die Wirksamkeit des illegalen Ringens zu erhöhen bzw. zu verbreitern, waren die Hamburger Antifaschisten bemüht, Verbindungen zu Gleichgesinnten in anderen Städten in Norddeutschland herzustellen sowie Kontakte zu bestehenden Widerstandsnetzen im Land aufzunehmen. Es gelang ihnen, mit Antifaschisten in Kiel, Lübeck, Flensburg, Bremen sowie in Rostock, Stralsund, Dortmund und Magdeburg Kontakte herzustellen. Diese Verbindungen liefen über Robert Abshagen, Bernhard Bästlein, Elisabeth und Gustav Bruhn sowie über Franz Jacob und Charlotte Gross. Der wichtigste Kontakt der Hamburger Antifaschisten bestand zu Wilhelm Guddorf, John Sieg und Martin Weise in Berlin. Gemeinsam gaben sie illegale Flugschriften heraus.⁶

Neben den vorgestellten Widerstandsgruppen gab es in Berlin eine politisch breit gefächerte Gruppe junger Antifaschisten unter Leitung von Herbert Baum. Sie bestand überwiegend aus jungen Menschen, die als Juden von den Nazis verfolgt wurden. Die Gruppe erarbeitete und verbreitete zahlreiche Antikriegsflugblätter. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion verstärkten sie das systematische Abhören des sowjetischen und englischen Rundfunks und bemühten sich, die Wahrheit über den Charakter des verbrecherischen Krieges zu verbreiten.

Am 8. Mai 1942 hatte das NS-Regime im Berliner Lustgarten mit einer Großausstellung eine Lügen- und Hetzkampagne gegen die Sowjetunion gestartet. Das Ziel der Propagandaschau war, den Antisowjetismus im deutschen Volk weiter hoch zu peitschen, um besonders von den militärischen Niederlagen an der Ostfront, die seit der Schlacht um Moskau im Dezember 1941 sichtbar wurden, abzulenken. Die Widerständler in Berlin unternahmen vielfältige Versuche, die Lügen des NS-Regimes zu entlarven. Mitstreiter um Harro Schulze-Boysen verbreiteten Klebezettel mit der Losung »Ständige Ausstellung das Nazi – Paradies – Krieg – Hunger – Lüge – Gestapo – Wie lange noch?«

Joachim Franke, Werner Steinbrink und Arthur Ilgen, Angehörige der Herbert-Baum-Gruppe, malten in einer Nachtaktion an die Außenwand der Kabel- und Akkumulatorenfabrik der AEG in Berlin-Oberschöneweide die Losung »Hitler abtreten« in großen roten Buchstaben.

In der Zwangsarbeiterabteilung für Juden im Elmo Werk, in dem Herbert Baum und Ilse Haak Fronarbeit leisten mussten, organisierten sie kleine Sabotageakte, um die Rüstungsproduktion zu stören. Die Antifaschisten um Herbert Baum bemühten sich insbesondere, um die Entlarvung der NS-Hetzausstellung im Berliner Lustgarten. Nach langer und heftiger Diskussionen entschlossen sie sich die Ausstellung in Brand zu setzen, um ein sichtbares Zeichen des Widerstandes gegen die in dieser Schau gezeigte antisowjetische Hetze der primitivsten Art zu setzen. In kurzer Zeit gelang es Werner Steinbrink, der als Chemotechniker im Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin tätig war und dort dank seiner außerordentlichen Fähigkeiten Ansehen und Vertrauen genoss, Chemikalien für die Anfertigung von Sprengsätzen zu besorgen. Er war es auch, der die Herstellung der Sprengladungen, die klein und dennoch wirksam sein sollten, übernahm. Ihm halfen Erika und Joachim Franke, Hilde Jadamowitz und Walter Bernecker. Am Abend des 18. Mai 1942 führten zwölf Angehörige der Widerstandsgruppe die Aktion aus. Zu ihnen gehörten Marianne und Herbert Baum, Heinz Birnbaum, Sala Kochmann, Gerhard Meyer, Werner Steinbrink, Irene Walther und Suzanne Wesse. Es gelang ihnen, die Hetzausstellung in Brand zu setzen und beachtliche Schäden zu verursachen. Elf Besucher erlitten leichte Verletzungen.⁷

Obwohl die zuständigen Berliner NS-Dienststellen ein strenges Verbot jeglicher Berichterstattung über den erfolgten Anschlag untersagten, verbreitete sich das Ereignis schnell unter den Berlinern und erregte erhebliches Aufsehen. Die Berliner Behörden veranlassten noch in der gleichen Nacht die Beseitigung aller Schäden, so dass am 19. Mai 1942 die Ausstellung aussah als hätte es den Brandanschlag nicht gegeben. Vier Tage nach dem Brandanschlag spürte eine unverzüglich gebildete Sonderkommission der Gestapo Marianne und Herbert Baum an ihrem Arbeitsplatz auf und verhaftete sie. In den Tagen vom 1. Juni bis 15. Juli 1942 gerieten weitere elf Angehörige der Widerstandsgruppe in die Fänge der Gestapo. Herbert Baum kam bei einem »verschärften Verhör«, die Umschreibung der Gestapo für Verhöre unter der Folter, ums Leben. Am 18. August des Jahres wurden zehn Mitstreiter im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee hingerichtet.

In den Monaten vom Sommer 1941 bis zum Sommer 1942 wuchs durch vielfältige Anstrengungen der Widerstand gegen das NS-Regime an. Abzulesen ist das unter anderem an Hand der monatlichen Lageberichte der Gestapo über antifaschistische Aktivitäten und Fahndungsmaßnahmen. So wurden für den Monat Juni 1941 377 illegale Schriften gemeldet bzw. erfasst. Im Monat Oktober 1941 wurden 10.227 unterschiedliche Schriftentitel im Inland gemeldet. Fieberhaft suchten die Einsatzkräfte der Gestapo nach den mutigen Widerste-

henden im Land. Nach langwierigen Beobachtungen und Suchaktionen und durch die Einschleusung von zwei Spitzeln gelang es den Häschern am 4. Februar 1942, Robert Uhrig, Franz Mett, Leo Tomschik und weitere leitende Mitstreiter der Gruppe zu verhaften.

Die Verhaftungswelle erstreckte sich bis zum Juli 1942. In Berlin wurden etwa 150, in München über 60 und in Tirol 50 Antifaschisten, die mit Robert Uhrig gegen die NS-Diktatur gewirkt hatten, festgenommen. In 21 Prozessen gegen 105 Angeklagte vor dem Volksgerichtshof, darunter 15 Frauen, wurden 40 Todesurteile gefällt. Vier Antifaschisten erhielten lebenslängliche Zuchthausstrafen. Insgesamt wurden Freiheitsstrafen in Höhe von 220 Jahren ausgesprochen.⁸ Trotz dieser Verhaftungswelle kam der Widerstand im Land nicht zum Erliegen. So bemühten sich die Mitstreiter um Dr. Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen ihre illegale Agitationstätigkeit fortzusetzen und kriegswichtige Fakten der NS-Kriegswirtschaft sowie militärische Planungen der Wehrmacht zu sammeln und an die Sowjetunion zu übermitteln. So übernahm Ina Lautenschläger den Auftrag, als »Vorfürdame« im Modsalon Heise bei einer Modenschau in Brüssel militärisches Faktenmaterial an dortige Widerständler zu übergeben, die von ihnen nach Moskau weitergeleitet wurden.

Bedingt durch konspiratives Fehlverhalten sowjetischer Kundschafter und die verstärkte Ermittlungstätigkeit der Gestapo erfolgten vom 30. August 1942 bis zum Jahresanfang 1943 zahlreiche Verhaftungen der Mitstreiter der »Roten Kapelle«. In mehreren Prozessen vor dem Reichsgericht wurden 52 Todesurteile gefällt, darunter befanden sich 18 Frauen. Hitler und Göring nahmen persönlichen Einfluss auf die Untersuchungen und die Urteile. Auf Weisung Hitlers wurde das Urteil auf sechs Jahre Zuchthaus gegen Dr. Mildred Harnack nicht bestätigt, sondern es wurde im erneuten Prozess das gewünschte Todesurteil ausgesprochen und am 13. Januar 1943 vollstreckt.

Die Terrorwelle des NS-Regimes gegen die Antifaschisten führte nicht zu dem gewünschten Ziel, den Widerstand zu brechen. In einem zusammenfassenden Gestapo-Lagebericht heißt es: »Dass der Beginn der Kampfhandlungen im Osten in kommunistischen Kreisen eine starke Reaktion auslösen würde, war zu erwarten; handelt es sich doch um den Endkampf zweier diametraler Weltanschauungen, der nur mit dem Untergang der einen enden kann. ...«⁹ In dem Bericht wird hervorgehoben, dass vorwiegend durch Mundpropaganda aufklärend über den Krieg und dessen Folgen agitiert wurde. Ferner konzentrierte sich laut Gestapo-Aussage die gesamte illegale Breitenarbeit auf die Groß- und Rüstungsbetriebe, weil in ihnen ein großer Menschenkreis unbemerkt erfasst und antifaschistisch beeinflusst werden konnte. Der Lagebericht enthält Hinweise auf erhebliche Sabotageakte. So wurden in Frankfurt am Main am 29. November 1942 zehn Diversionsversuche an den städtischen Straßenbahnlinien genannt. In Eckernförde kam es zu erheblichen Produktionsausfällen, weil

200 Torpedos fehlerhaft waren. Im Dezember des gleichen Jahres wurde gemeldet, dass in den Schweriner Heinkel-Werken mehrere Maschinen unbrauchbar waren. Die Ursache bildeten schadhafte Brennstoff- und Sauerstoffzuleitungen. Im Hennigsdorfer Stahlwerk verursachte der Schmelzmeister Robert Becker durch Verlassen seines Arbeitsplatzes an einem Siemens-Martin-Ofen einen beträchtlichen Produktionsausfall. Für den gleichen Zeitraum gibt es eine Meldung, dass der Bergmann Karl Reinhard zusammen mit einem Lehrling durch einen bewusst angelegten Grubenbrand einen siebenwöchigen Produktionsausfall von 3.200 Tonnen Kalisalzen organisierte. Bei den Siemens-Plania Werken in Berlin-Lichtenberg gelang es, 70.000 Infanteriegeschosse durch Übersäuerung unbrauchbar zu machen. Die genannten Beispiele zeugen davon, dass es in den unterschiedlichsten Orten zu erheblichen antifaschistischen Aktionen kam.

Die barbarische und zugleich abenteuerliche Kriegsführung des NS-Regimes sowie der verschärfte Terror gegen jede Form von Widerstand trugen wesentlich dazu bei, dass evangelische und katholische Christen sowie politisch und weltanschaulich nicht gebundene Menschen immer stärker in Widerspruch zur Nazi Herrschaft gerieten. Sie wirkten, auf sich allein gestellt, gegen das NS-Regime oder schlossen sich zu kleinen Gruppen zusammen. Ihr Widerstehen erfolgte in den unterschiedlichsten Formen und war davon bestimmt, gegen die Verbrechen der Faschisten aktiv zu werden, auch wenn das eigene Leben dadurch bedroht war. Mehr als 1.000 Exemplare kirchlicher Streitschriften kursierten in Deutschland, darunter die Predigten des Bischofs von Münster sowie eine Rede des Erzbischofs von Freiburg, in der er gegen das Euthanasiegesetz protestierte. Walter Klingenberg, gelernter Schaltmechaniker, scharrte eine Gruppe katholischer Jugendlichen in München um sich, die Nachrichten ausländischer Sender abhörten und mit schwarzer Ölfarbe das »V« an Häuserwände und Bürgersteige schrieb. Die Jugendlichen bauten einen Kurzwellensender, mit dem sie ihre Aufklärungsarbeit verstärken wollten. In der Stadt wirkten auch die Medizinstudenten Hans Scholl und Alexander Schmorell gegen das Regime. Sie entschlossen sich zum Widerstand, geprägt durch ihre Kriegserlebnisse an der Ostfront. Im Sommer 1942 erschienen ihre ersten Flugschriften mit der Überschrift »Flugblätter der Weißen Rose«. Sie fanden Mitstreiter, die in Wien, Frankfurt am Main, Salzburg, Freiburg, Hamburg und im Ruhrgebiet die Antikriegsflugblätter verbreiteten.

Die politischen und militärischen Ereignisse der Jahre 1941, 1942 und 1943 führten auch dazu, dass die Oppositionsgruppen, bestehend aus höheren Beamten, Geistlichen beider Kirchen, patriotisch gesinnten Offizieren und Sozialdemokraten um Helmut James Graf von Moltke, sich häufig im Schloss Kreisau in Schlesien, seinem Wohnsitz, trafen. Sie berieten, wie nach dem vorauszu sehenden Zusammenbruch der NS-Diktatur ein demokratisches Deutschland zu gestalten sei. Trotz der Verhaftungswelle der Gestapo versuchte Anton Saefkow mit Franz Jacob, unterstützt durch Judith Auer, Erich

Fähling, Fritz Goltz, Wilhelm Moll, Max Sauer, Grete Schöneck, Gustav Wegener und Julius Wordelmann und gestützt auf vorhandene Kontakte von Paul Hinze, einem engen Vertrauten von Robert Uhrig, der nicht in die Hände der Häscher geriet, erneut illegale Betriebszellen in Berlin zu organisieren. Es gelang vom Herbst 1942 bis zu Frähsommer 1943, erneut in über 70 Berliner Betrieben antifaschistische Zellen zu bilden. Durch Bernhard Bästleins Flucht aus dem Strafgefängnis Berlin-Plötzensee bei einem Luftangriff alliierter Bomber erhielt die Widerstandsgruppe bedeutsame Verstärkung. Der erfahrene Antifaschist übernahm umgehend mit Anton Saefkow und Franz Jacob die Leitung der Gruppe. Im Mittelpunkt der illegalen Tätigkeit stand wiederum die politische Aufklärungsarbeit unter den Arbeitskollegen in den Betrieben sowie die Behinderung der Rüstungsproduktion und – wenn möglich – des Transports von Rüstungsgütern. Besonderes Aufsehen erregten heftige Explosionen, die sich Ende April 1943 in der Nähe von Erkner ereigneten. Angehörigen der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe gelang es, in wochenlanger Beobachtung die Fahrzeit der Munitionstransporte zu erkunden, die durch den Berliner Vorort regelmäßig an die Ostfront rollten. Sorgfältig prüften und berieten die Leitungsmglieder der Gruppe, wie der Nachschub auf dieser Strecke behindert werden könne. Die Aktion sollte nicht nur Schaden anrichten, sondern auch den Anwohnern zeigen, dass es Widerstand gab, dass Kräfte vorhanden waren, die alles daransetzten, dem Völkermorden ein Ende zu bereiten. Willi Krüger übernahm den Auftrag, mit den sowjetischen Zwangsarbeitern Andrej Tschernjajew und Michail Kunitzki die Sprengung des Schienenweges zu organisieren. Sie hatten Erfolg. Ein Munitionstransport explodierte.

Vom Januar 1943 bis Juni 1944 verfassten und verbreiteten die Angehörigen der illegalen Gruppe 34 verschiedene Flugschriften, die in zahlreichen Exemplaren die NS-Lügenpropaganda entlarvten und die Berliner zum Widerstand aufriefen. Ab Frähsjahr 1943 gelang es, die bestehenden illegalen Gruppen in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zu vernetzen. Anton Saefkow und Franz Jacob trafen sich mehrmals mit Dr. Theodor Neubauer aus Thüringen in Berlin. Feste Kontakte bestanden zu Georg Schumann in Leipzig und zu Martin Schwantes in Magdeburg, die dort die illegale Arbeit organisierten. Maßgeblich beeinflusst wurde der Widerstand im Land durch die Erfolge der Roten Armee in der Schlacht im Kursker Bogen im Juli/August 1943, die mit einer Niederlage der faschistischen Aggressoren endete, die von nun an außerstande waren, gegenüber der Roten Armee strategisch initiativ zu werden. Anfang Juli 1943 erhielten die Berliner Antifaschisten erste Informationen über die Bildung des Nationalkomitees »Freies Deutschland« (NKFD). Um den Berliner Illegalen eine einheitliche politische Orientierung im Sinne des NKFD zu geben, arbeiteten Franz Jacob und Anton Saefkow Informationsmaterialien aus. In dem Schulungsmaterial vom Sommer 1943 betonten sie: Wir Kommunisten sind bereit im Sinne des NKFD mit allen politischen, religiösen und militärischen Gruppen sowie den beruf-

lichen Interessenvertretern des Mittelstandes und der werktätigen Landbevölkerung zusammenzuarbeiten, soweit sie für die Beseitigung des Hitlerregimes eintreten. Die Beendigung des Krieges und der Abschluss eines Friedens, der die politische und wirtschaftliche Selbstständigkeit Deutschlands garantiert, ist neben der restlosen Beseitigung aller faschistischen Staats- und Polizeieinrichtungen das Ziel dieser Zusammenarbeit.

Das NS-Regime versuchte, durch gesteigerte Repressalien den wachsenden Widerstand einzudämmen. Von Juli bis September 1943 wurden im Land circa 146.000 deutsche und ausländische Antifaschisten verhaftet. Trotzdem gelang es der Berliner Widerstandsgruppe um Anton Saefkow, ihren illegalen Einfluss auszudehnen. Da die Zahl der illegal in Berlin lebenden Widerständler wuchs, wurden Mitstreiter speziell für die Beschaffung von Ausweisen, Lebensmittelkarten und Quartieren eingesetzt. Unter ihnen waren viele Frauen im Einsatz. Bei dem sich erweiternden Netz illegaler Verbindungen war es erforderlich, erfahrene Widerständler zu gewinnen. Durch eine kühne Aktion gelang es, Elisabeth Walter Fritz Reuter und Herbert Tschäpe die Flucht aus dem KZ-Außenlager Berlin-Lichtenrade zu ermöglichen.

Ein wesentlicher Bereich des illegalen Wirkens der Widerstandsgruppe war die Arbeit unter den Wehrmachtsangehörigen. Cäsar Horn, Feldwebel einer in Spandau stationierten Einheit, übernahm mit Gerhard Kaun und Helmut Wagener, die desertiert waren, unterstützt durch Erwin Reisler, diese gefährvolle Aufgabe.¹⁰ Im Frühjahr begannen einzelne Zellen der Gruppe sich intensiv auf bewaffnete Aktionen vorzubereiten. In einem illegalen Quartier in Berlin-Niederschönhausen wurden ausgewählte Widerständler im Gebrauch von Schusswaffen und Handgranaten unterwiesen. Die Waffen beschaffte der Sanitätsoberfeldwebel Fritz Oberdoerster aus einem Lazarett in Frankfurt an der Oder.

Um eine politisch breit ausgerichtete antifaschistische Bewegung zu schaffen, trafen sich am 22. Juni 1944 mit Wissen des Grafen von Stauffenberg die Sozialdemokraten Julius Leber, Wilhelm Leuschner und Adolf Reichwein zu einer Aussprache mit Anton Saefkow und Franz Jacob in der Arztpraxis des Dr. Schmidt in der Köpenicker Str. 76 in Berlin. Die Gesprächspartner einigten sich darauf, eine antifaschistische Einheitsfront zu bilden. Am 4. Juli 1944 sollten die Gespräche fortgesetzt werden. Als Treffpunkt war die Wohnung von Lena Pechel in Berlin-Charlottenburg vorgesehen. Die Gestapo war allerdings durch den Spitzel Rambow über das Treffen informiert worden und verhaftete unmittelbar nach der Zusammenkunft Anton Saefkow und Franz Jacob. Seit Dezember 1943 fahndete die Gestapo mit der gebildeten »Sonderkommission Nationalkomitee Freies Deutschland« fieberhaft nach den Widerständlern in Berlin. Trotz umfassender Suchaktionen gelang es ihr erst durch den Spitzel Rambow, in das Netz der Berliner Widerstandsgruppe einzudringen. Vom Juli 1944 bis Anfang 1945 dauerte die Verfolgungsjagd. Über 300 Frauen und Männer wurden festgenommen und zwar in Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hannover, an der Ost- und Westfront, in

Thüringen und in Sachsen. In mehr als 76 Prozessen vor dem Volksgericht wurden 200 Angeklagte verurteilt. 62 von ihnen erhielten die Todesstrafe und wurden hingerichtet.¹¹

Über 100 Frauen und Männern der Widerstandsgruppe gelang es, sich der Festnahme zu entziehen. Die steckbrieflich Gesuchten mussten in tiefster Illegalität bis zur Befreiung am 8. Mai 1945 leben. Andere die nicht erkannt und verhaftet wurden, nutzten vorhandene Möglichkeiten den Widerstand fortzusetzen.

Durch Erich Fähling erhielt Hugo Pfeiffer in Greifswald den lakonischen Bescheid »nicht schreiben alles geplatzt«. Hugo Pfeiffer hatte nicht nur illegal unter den Angehörigen der Luftwaffe in Ladebow bei Greifswald gewirkt, sondern auch mit seiner Frau Paula mit größeren Geldzuwendungen und dem Beschaffen von Lebensmittelmarken wertvolle Hilfe geleistet. Auf sich gestellt, schuf er mit dem evangelischen Pastor Holz in Wieck und dem Amtsgerichtsrat Lachmund aus Greifswald ab Juli 1944 eine NKFD-Gruppe. Sie organisierten am 26. April 1945, unabhängig von der Absicht des Kampfkommandanten Rudolf Petershagen, die Stadt kampfflos an die Rote Armee zu übergeben, die Aktion »Weiße Fahnen hissen«. Ganz Greifswald und der Ortsteil Wieck war beim Einmarsch der sowjetischen Truppen weiß beflaggt. Hugo Pfeiffer wurde am 8. Mai 1945 für seinen Einsatz zum Bürgermeister der Stadt Greifswald ernannt.¹²

So war der 21. Juni 1941 zugleich eine Niederlage für alle antifaschistischen Kräfte, die es nicht vermocht hatten, die Aggression gegen die UdSSR zu verhindern. Dazu reichten ihre Möglichkeiten nicht aus. Zugleich stellte er jedoch den Ausgangspunkt für neue Aktionen und für die Bildung neuer antifaschistischer Gruppen und Strukturen überall in Deutschland dar.

Günter Wehner

1 Es handelt sich um die leicht erweiterte und überarbeitete Fassung eines Textes, der zuerst abgedruckt wurde, in: Vor 70 Jahren: Der Überfall Hitlers auf die Sowjetunion – Beginn des Großen Vaterländischen Krieges. Sachverhalte-Ereignisse-Wertungen, Berlin 2011, S. 80 ff.

2 Siehe Gerhart Hass, 23. August 1939: Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation, Berlin 1990; Olaf Groehler, Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941, Berlin 1992; Stefan Doernberg, Zur historischen Wertung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages von 1939, in: Geschichtskorrespondenz, 15. Jg., Nr. 4, Oktober 2009, S. 8 ff.

3 Siehe Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde R 358/St 3/101 ohne Blattsignatur.

4 Siehe Günther Weisenborn, Der lautlose Aufstand, Frankfurt am Main 1974, S. 306.

5 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R358/St 3/105 ohne Blattsignatur.

6 Siehe Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945. Bibliothek des Widerstandes, Frankfurt am Main 1969, S. 341 ff.

7 Siehe Margot Pikarski, Jugend im Berliner Widerstand, Berlin 1978, S. 120 ff. und Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, NJ 1633 NJ 1642 ohne Blattsignatur.

8 Siehe Luise Kraushaar, Berliner Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus 1936 bis 1942, Berlin 1981, S. 261 ff.

9 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 358/PST 3/155 ohne Blattsignatur.

10 Siehe Ebenda NJ 1556 Bd. 1, 2, 3 und 4 ohne Blattsignatur.

11 Siehe Karen Holtmann, Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe vor dem Volksgerichtshof, Paderborn 2010, S. 124 ff.

12 Siehe Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01 Aktennummer 20288, ohne Blattsignatur.

60 Jahre Wirken der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)

Internationalismus im Widerstand

Die sechzigjährige Geschichte der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) ist untrennbar verbunden mit dem Internationalismus im antifaschistischen Kampf der Völker. Internationalismus war und ist die Antwort auf die nationalistische und chauvinistische Ideologie der jeweiligen faschistischen Herrschaft, ob in Deutschland, Italien, Spanien, Bulgarien oder in anderen Ländern. Faschistische Ideologie und Politik war und ist eine direkte Bedrohung für alle Völker, sie war und bleibt verbunden mit imperialistischen Expansions- und Herrschaftsplänen. Sie können nur im gemeinsamen Kampf aller von diesen Regimes bedrohten Länder und Völker bekämpft werden.

Dieser antifaschistische Kampf war ein Bündnis der Völker, das sich in praktischer Solidarität mit den Verfolgten und im Widerstand zeigte. Dazu gehörte die Rettung von Verfolgten und die Unterstützung von Widerstandsgruppen bei der grenzüberschreitenden antifaschistischen Arbeit. Auch in den Ländern des Exils war dieser Internationalismus lebendig. Er schuf die Rahmenbedingungen, dass in Prag der Exilvorstand der SoPaDe arbeiten konnte, in Moskau das Zentralkomitee der KPD, in London der »Deutsche Kulturbund« und in anderen Ländern deutsche Antifaschisten die Komitees »Freies Deutschland« und andere politische Strukturen des antifaschistischen Handelns aufbauen konnten.

Antifaschismus als Internationalismus zeigte sich besonders deutlich im Kampf für die Verteidigung der Spanischen Republik. Hier formte sich der Internationalismus in den Internationalen Brigaden, die – gegen die angebliche Nichteinmischungshaltung der Westmächte – praktische Solidarität mit der bedrohten Republik übten. Die Kraft der internationalen Solidarität vermochte es, den faschistischen Vormarsch mehrere Monate erfolgreich aufzuhalten. Viele Antifaschisten zogen mit dem Bewusstsein nach Spanien, dort nicht nur Franco zu stoppen, sondern damit indirekt auch der faschistischen Bedrohung in ihrem eigenen Land entgegenzutreten. Und nicht nur in Spanien lebte der Internationalismus. Die Teilnahme ausländischer Antifaschisten in den Reihen der Armeen der Anti-Hitler-Koalition und im bewaffneten Widerstand der Völker war ein sichtbares Zeichen für diese Gemeinsamkeit der antifaschistischen Idee über Grenzen, Nationen und Völker hinweg. Internationalismus findet sich auch in den Konzentrationslagern. Durch die vertrauensvolle illegale Zusammenarbeit von deutschen und ausländischen Häftlingen wurde das gemein-

same Überleben gesichert. In fast allen größeren Lagern bildeten sich konspirativ internationale Häftlingskomitees. Im KZ Buchenwald gelang es, sogar eine illegale Internationale Militärorganisation aufzubauen, die die Basis für die Selbstbefreiung der Häftlinge am 11. April 1945 bildete. Und es war nur konsequent, dass die befreiten Häftlinge des Lagers am 19. April 1945 einen gemeinsamen Schwur sprachen, der bis heute das Vermächtnis aller Überlebenden des KZ Buchenwald ist, aus welchem Land auch immer sie kommen.

Die Gründung der Internationalen Föderation ehemaliger politischer Gefangener (FIAPP)

Die Widerstandskämpfer und Verfolgten des Naziregimes wollten mit politischer Stimme den Prozess der demokratischen Neugestaltung unterstützen. Zu diesem Zweck fanden sich schon 1945 Vertreter von Organisationen der politischen Häftlinge und Widerstandskämpfer aus 17 europäischen Ländern zusammen, um im Februar 1946 in Warschau die FIAPP (Fédération Internationale des Anciens Prisonniers Politiques, Internationale Föderation ehemaliger politischer Gefangener) zu gründen. Die Ziele der FIAPP wurden im Statut folgendermaßen formuliert:

»Tatkräftig zu kämpfen für die totale Unterdrückung des Faschismus in allen seinen Formen und überall, wo er zutage tritt, und für die Ausmerzung der faschistischen Ideologie; mit allen Mitteln jede sichtbare und unsichtbare Tätigkeit zugunsten einer Wiedergeburt des Faschismus zu bekämpfen. [...] eine Tätigkeit zu entwickeln, die darauf abzielt, die internationale Solidarität für die enge Zusammenarbeit der Völker auf den verschiedenen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu stärken, damit ein dauerhafter Weltfrieden gesichert und ein neuer Krieg verhindert wird. [...] die Interessen der ehemaligen politischen Gefangenen bei den Regierungen und anderen nationalen und internationalen Dienststellen zu vertreten [...] zu kämpfen für die demokratische Erziehung der Völker; den Opfern der faschistischen Barbarei Denkmäler zu errichten und die Gedenksteine der Märtyrer zu pflegen; internationale Archive bezüglich der faschistischen Gefängnisse und Lager einzurichten.« Diese Ziele sind selbst 60 Jahre danach unverändert aktuell. Mitglied in der FIAPP waren über Länder- und Parteigrenzen hinweg jene Verbände, »die sich in Treue zu den Idealen der Freiheit in brüderlicher Verbundenheit gegen die fa-

schistische Unterdrückung auflehnten. Die Überlebenden der ruhmreichen Partisanenverbände, die an der Seite der Alliierten Armeen den Sieg über Hitlerdeutschland erkämpften, die Überlebenden der Internationalen Brigaden aus dem Freiheitskampf des spanischen Volkes, die große Zahl der illegalen Kämpfer gegen den Nazismus und schließlich alle aus religiösen und nationalen Gründen Verfolgten, die der Hölle der faschistischen Konzentrationslager und Kerker entkamen.« (Unser Appell, 1. Juli 1948)

Der Kalte Krieg ging auch an der FIAPP nicht spurlos vorbei. Dabei führten die Konflikte innerhalb der sozialistischen Staaten (Auseinandersetzung zwischen der UdSSR und Jugoslawien) zu einer ungerechtfertigten Ausgrenzung des jugoslawischen Partisanenverbandes SUBNOR. Die Ost-West-Konfrontation sorgte dafür, dass sich in Westeuropa, besonders in Frankreich und Italien, neben den FIAPP-Mitgliedsverbänden weitere Organisationen der Partisanen, Deportierten und Opfer des Faschismus bildeten. Statt die Einheit der Widerstandskämpfer zu fördern, drohte ein Auseinanderdriften der politischen Kräfte des Antifaschismus.

Ein neuer Anfang – die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) entsteht

Daher wurde Anfang der 1950er Jahre der Versuch unternommen, die unterschiedlichen Positionen und Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer und Deportierter im Interesse der politischen Wirksamkeit der Stimme der Widerstandskämpfer in ganz Europa zusammenzuführen, denn die Aufbruchseuphorie des antifaschistischen Neubeginns war durch die Realität der zunehmenden Restauration und Remilitarisierung, der Ost-West-Spannung und zunehmenden Kriegsgefahr verfliegen.

So war 1951, das Gründungsjahr der Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (Fédération Internationale des Résistants, FIR), »gekennzeichnet durch ein zunehmendes Aufflammen faschistischer und Nazi-Propaganda. Durch den Bruch des Bündnisses, das zwischen den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition bestanden hatte, begünstigt, boten sich alte Nazis und Neofaschisten in Ländern Westeuropas, die inzwischen in die atlantische Allianz eingegliedert waren, als antisowjetisches Bollwerk an.

In dieser prekären Situation erkannten die Menschen, die im antifaschistischen Widerstands- und nationalen Befreiungskampf gegen die nazistischen und faschistischen Aggressoren und Okkupanten aktiv teilgenommen und Leid und Verfolgung auf sich genommen hatten, dass der Zusammenschluss der europäischen Widerstandskämpfer ein Gebot der Stunde war, um der Wiedergeburt des Nazifaschismus entgegenzutreten, über die wiedererrungenen demokratischen Freiheiten zu wachen, die Werte der Widerstandsbewegung zu verteidigen und jene Prinzipien zu stärken, die die Basis der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen war. Dies war der Geist, aus dem die FIR geboren wurde und dem sie bis heute

ihre unverbrüchliche Treue bewahrt hat.« (Oskar Wiesflecker) Mit der Gründung der Organisation im Sommer 1951 in Wien übernahm die FIR die Aufgabe, die politischen Vorstellungen und Visionen der Widerstandskämpfer »Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!« zu vertreten. Sie vertrat die Opfer des Faschismus in ihren sozialen und medizinischen Ansprüchen und sie arbeitete für das Gedenken der Widerstandskämpfer und der illegalen Widerstandsgruppen in vielen Ländern. In den folgenden Jahrzehnten organisierte die FIR Kongresse über medizinische, politische und geschichtliche Themen. Schon in den 1950er Jahren wurde die Notwendigkeit sichtbar, gegen alle Formen gesellschaftlichen Vergessens die Erinnerung an die Leistungen und Verdienste des Widerstandskampfes zu bewahren. Dabei ging es auch um den Nachweis, dass die Zerschlagung des deutschen Faschismus nicht nur das Werk von Armeeverbänden war, sondern dass die Rolle der Partisanen und Widerstandskämpfer angemessen berücksichtigt wurde. Um die Erinnerung für die nachgeborenen Generationen zu bewahren, setzte die FIR eine historische Kommission ein, die in insgesamt zehn »Internationalen Heften der Widerstandsbewegung« Studien über den antifaschistischen Widerstand in verschiedenen europäischen Ländern veröffentlichte, darunter eindrucksvolle Berichte über die Aufstände in Paris, Prag und Norditalien. Auch der Widerstandskampf in den Konzentrations- und Vernichtungslagern und die internationale Beteiligung am nationalen Befreiungskampf in verschiedenen europäischen Ländern wurden dokumentiert, wobei dem jüdischen Widerstandskampf, der bis zum heutigen Tag noch große Forschungsdefizite aufweist, große Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Ziel dieser Erinnerung war besonders, beizutragen zu einer demokratischen Erziehung der jungen Generationen, denen ein antifaschistisches Geschichtsbild vermittelt werden sollte.

Auch die medizinischen und sozialen Konferenzen der FIR waren von hoher fachlicher Qualität. Es ging um die gesundheitlichen Folgen der Verfolgung in den faschistischen Haftstätten und die medizinischen Konsequenzen für Angehörige sowie um die Durchsetzung einer angemessenen Entschädigung. Immer wieder gab es mit Versorgungsstellen Streit darum, wie gesundheitliche Spätschäden der Haftzeit zu bewerten seien. Angesehene Mediziner setzten sich für die Belange der ehemaligen Verfolgten ein und trugen dazu bei, dass ihnen eine angemessene Versorgung und eine finanzielle Entschädigung zuteil wurden.

In der Zeit des Kalten Krieges war die Arbeit der FIR eng verbunden mit den Fragen von Frieden, Abrüstung, Verständigung und Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher politischer Systeme. Die FIR gab den ehemaligen Widerstandskämpfern eine Stimme gegen die Politik militärischer Konfrontation und die real drohende Kriegsgefahr. Mitgliedsverbände in West und Ost unternahmen zahlreiche Initiativen zur Überwindung der Politik der Blockkonfrontation.

Hervorzuheben ist die politische Solidarität der FIR für die deutsche Mitgliedsorganisation VVN. Als die westdeutsche

Regierung Ende der 1950er Jahre versuchte, die Organisation der Verfolgten als »Nachfolgeorganisation der verbotenen KPD« zu verbieten, organisierte die FIR eine internationale Solidaritätsbewegung zu Gunsten der VVN. Proteste aus fast allen europäischen Ländern führten schließlich zu einem Scheitern des Verbotsprozesses.

Eine zentrale Aufgabe war der Kampf gegen das Wiederaufleben neofaschistischer Organisationen und die politische Restauration besonders in der Bundesrepublik Deutschland. Immer wieder dokumentierte sie die Realität der faschistischen Verbrechen, um aufzuzeigen, worin die menschenverachtenden Resultate einer solchen Politik bestanden.

Sie beließ es aber nicht bei Aufklärungsarbeit. Als in der BRD Nazischmierereien immer unverschämter wurden und im Dezember 1959 mit der Schändung der Kölner Synagoge ein verabscheuungswürdiges Zeichen setzten, schlug die FIR vor, eine »Internationale Konferenz gegen das Wiederaufleben des Nazismus und Antisemitismus« einzuberufen. Gemeinsam mit der Internationalen Liga für Menschenrechte, der Union der israelischen Kultusgemeinden Italiens, der ANPPIA und der ANED initiierte sie diese Konferenz, an der Anfang März 1960 in Florenz 130 Delegierte aus 13 Ländern teilnahmen.

Eine weitere Etappe im Kampf gegen die Kräfte der Vergangenheit waren die konsequenten Aktivitäten gegen die Umtriebe ehemaliger SS-Leute, die sich in der BRD in dem SS-Traditionsverband HIAG (»Hilfsgemeinschaft ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS«) organisatorisch zusammengeschlossen hatten und immer provokanter in der Öffentlichkeit auftraten. Höhepunkt dieser Kampagne war das von der FIR angeregte »Internationale Treffen gegen das Wiedererstehen des Nazismus und Faschismus« im Oktober 1963 in Florenz. Unter dem Druck der von der FIR initiierten internationalen Protestkampagne mussten die SS-Leute den Rückzug antreten und ihr geplantes »Europa-Treffen« abblasen.

Die FIR in der Phase der Entspannungspolitik

Die FIR unterstützt die Schaffung eines Systems der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Zusammen mit anderen Veteranenorganisationen, insbesondere dem Weltfrontkämpferverband (FMAC), bereitete die FIR ein »Welttreffen ehemaliger Kriegsteilnehmer für Abrüstung« 1979 in Rom vor. Aufgrund vielfältiger Aktivitäten und Initiativen für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit ernannten die Vereinten Nationen die FIR zum »Botschafter des Friedens«.

Die anhaltenden neonazistischen und rechtsextremistischen Umtriebe in mehreren Ländern Europas veranlassten die FIR, 1973 ein »Europäisches Treffen gegen Neonazismus und Neofaschismus« nach Brüssel einzuberufen, an dem 150 Delegierte aus 17 europäischen Ländern teilnahmen. Dieses Treffen und andere Aktionen trugen dazu bei, ein europäisches Neofaschisten-Treffen in Antwerpen zu verhindern. Als Folge dieser Aktivitäten sahen sich ein Jahr später selbst die

spanischen Behörden genötigt, eine Veranstaltung der neofaschistischen Internationale in Barcelona zu untersagen.

Gegen die offenen Vertreter faschistischer Traditionspflege und Geschichtsrevision wie HIAG oder neofaschistische Gruppen organisierte die FIR in Straßburg und Köln Massendemonstrationen und andere Aktivitäten. Mehrere zehntausend Menschen demonstrierten gegen die SS-Verbände und gegen eine Verjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen. Während die westdeutsche Regierung schon zu Adenauers Zeiten versucht hatte, einen juristischen Schlussstrich unter die Verfolgung der faschistischen Verbrechen zu ziehen, gelang es der internationalen Bewegung der Widerstandskämpfer, die juristische Verjährung von Naziverbrechen in Deutschland zu verhindern. Das war ein politisches und juristisches Signal, dass die Prinzipien der Völkergemeinschaft für das in Nürnberg formulierte internationale Recht dauerhafte Gültigkeit haben sollten.

Die FIR in der Gegenwart

Wie andere Organisationen auch, musste die FIR in den 1990er Jahren auf die Veränderungen der politischen Verhältnisse in der Welt reagieren. Die sozialen und politischen Probleme ehemaliger Partisanen und Widerstandskämpfer in den früheren sozialistischen Ländern nahmen enorm zu, die finanziellen Ressourcen der politischen Arbeit wurden kleiner. Gleichzeitig stieg das Durchschnittsalter der ehemaligen Widerstandskämpfer und Verfolgten des Naziregimes. Daher wurde es unabdingbar, die politischen Strukturen der FIR und ihrer Mitgliedsverbände für heutige Generationen zu öffnen. Dieser Prozess wurde auf dem XIII. ordentlichen Kongress in Berlin 2004 abgeschlossen, als die FIR ein neues Statut annahm, das die Einbindung jüngerer Antifaschisten ermöglichte. Seit diesem Zeitpunkt trägt die Organisation den Namen »Internationale Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten« (FIR). Die Kongresse 2007 in Athen und 2010 in Berlin bestätigten diesen politischen Kurs.

Heute hat die FIR Mitgliedsorganisationen in mehr als 25 europäischen Ländern und in Israel. Die politischen Umstände haben sich verändert, aber die hauptsächliche Aufgabe ist in der Losung »Nie wieder!« fixiert. Das bedeutet die historische Wahrheit zu bewahren über den Widerstandskampf, über die Realität des Faschismus und die Rolle der Antihitlerkoalition, der alliierten Streitkräfte – unter ihnen die sowjetischen Soldaten, die die Hauptlast des Krieges trugen – bei der Zerschlagung der faschistischen Barbarei.

Basierend auf der Gemeinsamkeit des Kampfes gegen den Faschismus treten die Verbände der FIR heute ein für Frieden, politische und soziale Menschenrechte und Demokratie. Gemeinsam mit den Angehörigen der heutigen Generationen handelt die FIR gegen Neofaschismus, Antisemitismus, Rassismus und Terrorismus und deren soziale Wurzeln.

Ulrich Schneider

Das »Bündnis gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit« Salzgitter

Das Bündnis gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit Salzgitter ist ein Zusammenschluss verschiedener Organisationen und Einzelpersonen. In unserem Bündnis arbeiten Vertreter der Gewerkschaften, Kirchengemeinden, Parteien, Schulen und gesellschaftlicher Verbände sowie Einzelpersonen der Wirtschaft, der SPD, der Grünen, der LINKEN und CDU zusammen.

Wir über uns:

Wir sind besorgt über das eskalierende gesellschaftliche Klima der Entsolidarisierung und Fremdenfeindlichkeit. Wir sehen mit Sorge, wie Kampagnen zu »Asyl- und Sozialmissbrauch« oder »Ausländerkriminalität« maßgeblich dazu beitragen, eine Atmosphäre der Feindseligkeit zu schaffen. Wir beobachten sorgenvoll, wie das Recht auf Asyl weitgehend abgeschafft und Flüchtlingen und Migrant*innen mehr und mehr die elementaren Bürgerrechte verwehrt werden. Wir sind beunruhigt darüber, wie diese Politik Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit begünstigt, wie Straf- und Gewalttaten aus rassistischen und antisemitischen Motiven zunehmen. Wir fühlen uns einer Migrations- und Asylpolitik verpflichtet, die – in Übereinstimmung mit der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen – Demokratie, Humanität und Menschenrechte achtet. Wir organisieren Veranstaltungen und Aktivitäten, die zum Widerstand gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit sowie zum friedlichen Miteinander von Menschen mit verschiedenen Kulturen beitragen. Wir mischen uns aktiv ein, wenn Menschen in unserer Stadt wegen ihrer Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder Behinderung in Not und Bedrängnis geraten. Zum Schutz vor Anschlägen auf Asylbewerber-Unterkünfte und zur Abwehr rechtsextremistischer und rassistischer Übergriffe und Gewaltakte sowie neofaschistischer Aktionen reagieren wir schnell und diskret mit Hilfe unserer Telefonkette.

Wir bemühen uns um ein friedliches Zusammenleben deutscher und nichtdeutscher Menschen in unserer Stadt und organisieren kulturelle und politische Veranstaltungen oder Zusammenkünfte von Menschen unterschiedlicher Kulturen. Wir beklagen, dass die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern bisher weniger oder keine Voraussetzungen für die Integration von Menschen anderer Herkunft geschaffen haben. Wir fordern ein Gesamtkonzept, das alle wichtigen gesellschaftlichen Bereiche wie Bildung, Arbeitsplätze, Kultur, soziale, rechtliche und politische Partizipationen umfasst,

das vor allem eine dauerhafte zukunftsweisende und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen anderer Herkunft am gesellschaftlichen Leben fördert.

Was wir brauchen, sind bessere staatlich unterstützte zivilgesellschaftliche Projekte, die statt Appelle zur Zivilcourage wahre Demokratie vorleben. Aktuell hat unser Bündnis in Zusammenarbeit mit der IG Metall den betrieblichen Einrichtungen und Interessenvertretungen sowie örtlichen parlamentarischen Vertretern gegen den Mordterror der NSU mobilisiert.

Eine Region macht mobil: Appell der VW-Azubis: »Allianz gegen Rechts bilden«

Seit mehr als einem halben Jahr weiß die Welt, dass ein neonazistisches Mordkommando ein Jahrzehnt lang durch die Republik ziehen konnte. Zehn Morde – regelrechte Hinrichtungen – sind bisher nachgewiesen. Eine Bankrotterklärung für den demokratischen Rechtsstaat. Die »Sicherheitslücken« wurden nach und nach offensichtlicher. Was aber geschieht? Öffentliches Bedauern, Gedenkminuten und zweifelhafte »Wiedergutmachung« genügen nicht. Die demokratische Öffentlichkeit muss an der Arbeit der Untersuchungsausschüsse beteiligt, die V-Leute »abgeschafft« und die NPD verboten werden. Hier hilft nur »Druck von unten«, helfen nur mehr vielfältige aktive demokratische Bündnisse.

Das wurde in Salzgitter vom »Bündnis gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit« in bemerkenswerter Weise initiiert. Geplant hatte das Bündnis in Salzgitter eigentlich »nur« die Präsentation einer Ausstellung im Atrium des Rathauses über die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung durch den faschistischen Staatsterror 1933. Vor etwa 200 Zuhörern – der Oberbürgermeister hatte die Schirmherrschaft übernommen – referierte als Zeitzeuge der Stuttgarter Prof. Theodor Bergmann. Wenige Tage später erfährt die Öffentlichkeit von den ungeheuerlichen menschenverachtenden Verbrechen des faschistischen Mordkommandos. Die Frage für die Veranstalter war nun: Wie müssen wir damit umgehen?

Die Sprecher des Bündnisses verabredeten mit Management und Betriebsräten der »SZ-Hütte« und der VW-AG, die Ausstellung ad hoc »aus gegebenem Anlass« anschließend auch in den Ausbildungsabteilungen ihrer Betriebe zu präsentieren und mit den Azubis zu thematisieren. Nach der Jugendversammlung bei VW, an der alle drei Ausbildungsjahrgänge –

d. h. rund 380 Azubis – sowie der Werkleiter, der Personalleiter, der Betriebsratsvorsitzende, Mitglieder der VKL-Leitung, des Betriebsrates und der JAV teilnahmen, konzipierten Coaching-Leitung und JAV den organisatorischen Ablauf des jeweils zweiwöchigen »Staatsbürgerlichen Unterrichts«. Danach nahmen rund 310 Auszubildende in zwölf Gruppen an der Präsentation der Ausstellung, einem adäquaten Film und anschließender Diskussion teil.

Mit einem Appell zur Bildung einer »Allianz gegen Rechts« wenden sich die Teilnehmer der VW-Jugendversammlung an die Jugendlichen und Auszubildenden in den örtlichen Fabriken, Werkstätten und Verwaltungen sowie an die Schülerinnen und Schüler der Stadt mit der Aufforderung zum Schulterschluss.

Anschließend wurden die Exponate auch im Ausbildungszentrum der Hütte aufgebaut. Wie bei Volkswagen, so waren auch hier die Ausbildungsleiter, Betriebsrat, VK-Leiter und JAV aktiv dabei. Gruppenweise nahmen 210 Azubis an dem zweistündigen »Politikunterricht« teil. Hauptdiskussionspunkte waren – hier wie da – folgende Fragen: »Kann sich Faschismus so wiederholen?« »NPD-Verbot – ja oder nein?«, aber auch das Versagen der Politik, des Verfassungsschutzes und der zweifelhaften Rolle der so genannten V-Leute. Für alle Beteiligten war dieses durchaus problematische Unterfangen lehrreich. Besonders die Erkenntnis, dass alle –

Manager und abhängig Beschäftigte – gleichermaßen in der Pflicht sind, sich jeglichen neonazistischen Tendenzen zu widersetzen.

Spontan – unter dem Eindruck des Mordterrors – haben das Bündnis und die örtliche IG-Metall zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung eingeladen. Thema: »NPD und Bomben – was tun gegen Neonazis?«

Als Referent konnte der Rechtsextremismus-Experte Prof. Hajo Funke aus Berlin gewonnen werden. Nach der Begrüßung der rund 200 Teilnehmer sprach für die Stadt Salzgitter der 1. Bürgermeister Stefan Klein und für die IG Metall Salzgitter-Peine der 1. Bevollmächtigte Wolfgang Räsche. Hajo Funke unterstrich in seinem Vortrag, dass »die Verharmlosung rechter Gewalt endgültig vorbei« sei. Jetzt müsse »gehandelt werden«. Für ihn haben »Politik und Verfassungsschutz kläglich versagt«. Das NPD-Verbot »zum Zentrum der Debatte zu machen«, hält er jedoch für »Ablenkungsmanöver«.

Das Anliegen des Bündnisses: möglichst breite Kreise zum »Widerstand gegen Rechts« zu sensibilisieren, erfüllte sich mit einem – gleichfalls von den Veranstaltern initiierten – und ganzseitig wiedergegebenem Pressegespräch, das Hajo Funke mit der »Braunschweiger Zeitung« führte.

Gerd Graw

antifa

Die »antifa« wird herausgegeben von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - und der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. und erscheint zweimonatlich. Mit Berichten und Beiträgen zur ■ Geschichts- und Gedenkstättenarbeit ■ Tatsachen und Hintergründe des Neofaschismus ■ Theoretischen Auseinandersetzungen ■ Kulturteil mit Rezensionen von Büchern, Filmen und Ausstellungen.

☐ Bitte schicken sie mir ein kostenloses Probeexemplar der »antifa«

antifa.vvn-bda.de

Ich aboniere die »antifa« ☐ Normal Abo* (15,- Euro) ☐ Vorzugsabo* (7,50 Euro) ☐ Förderabo* (30,- Euro)

Name/Vorname: _____ Straße, Nr.: _____

PLZ, Wohnort: _____ Datum, Unterschrift: _____

Coupon einsenden an Redaktion »antifa«, Franz Mehring Platz 1, 10243 Berlin

*»antifa« erscheint als: Abo für 15,- Euro jährlich (für Mitglieder der VVN-BdA im Beitrag enthalten) + Vorzugsabo für 7,50 Euro (für Schüler, Studierende und Azubis gegen Vorlage eines Nachweises) + Förderabo für 30,- jährlich. Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.



Zwischenaufenthalt in Berlin.

Eine Ausstellung über jüdische Migranten aus Osteuropa in den 1920er Jahren

Transit Berlin – der Haupttitel einer Sonderausstellung im Jüdischen Museum Berlin, die noch bis 15. Juli 2012 zu sehen ist, führt eigentlich etwas in die Irre. Die aus dem Osten Europas nach dem Ersten Weltkrieg in die deutsche Hauptstadt kommenden Juden waren zumeist auf der Durchreise, wollten nicht an diesem Ort bleiben. Deutschland galt in der Weimarer Republik für Ostjuden zumeist als Durchreiseland, als Drehscheibe von Immigration und Emigration.

Ab 1933 veränderte sich die Lage der Juden in Deutschland, der deutschen wie der aus dem Ausland gekommenen schlagartig. Wer irgend konnte flüchtete, für die meisten anderen endete das Leben in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern – wieder im Osten Europas.

Zur Eröffnung der Exposition kamen sehr viele Menschen; die Ausstellung erfreut sich seither täglich eines großen Interesses. Die so unterschiedlichen Exponate (und ihre stimmige Präsentation) zeugen von der Souveränität der Ausstellungsgestaltung, die auf exklusive Gegenstände und instruktive Dokumente baut: Gemälde und private Haushaltsgegenstände, historische Fotos und solche aus Familienbesitz sowie informative Texte bieten für Auge und Verstand so noch nicht Gesehenes und regen zum Nachdenken an.

Letzteres unterstützt auch das Begleitbuch zur Ausstellung, das mehr ist als ein Verzeichnis aller gezeigten Exponate – was dieses Buch natürlich auch im Anhang enthält. Die Ausstellung und diese Schrift sind ein wichtiges Ergebnis des Forschungsprojekts »Charlottengrad und Scheunenviertel. Osteuropäisch-jüdische Migranten im Berlin der 1920/30er Jahre« eines Teams des Osteuropa-Instituts der FU Berlin.

In ihrer Einführung skizzieren Verena Dohrn, Gertrud Pickhan und Anne-Christin Saß für das genannte Forschungsprojekt Grundzüge ihres Konzepts und bilanzieren den vorgefundenen Befund zum Thema. Sie bekräftigen die »allmählich wachsende Einsicht, dass auch Deutschland ein Einwanderungsland ist«. Sie kommen zu dem Schluss: »Trotz dieser inzwischen schon banal anmutenden Feststellung erscheint vielen der Ansatz, die Menschheitsgeschichte als Geschichte von Migrationsbewegungen zu begreifen, immer noch ungewohnt.« (S. 13). Für Deutschland wird betont, dass die osteuropäisch-jüdische Migration der 1920/30er Jahre der Kulminationspunkt der jüdischen Zuwanderung aus dem Osten gewesen ist. Kritisch wird vermerkt, dass der osteuropäisch-jüdischen Migration als Teil der Geschichte des Weimarer Berlins zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wie Ausstellung und Begleitbuch korrigieren wollen, gilt es ost-

europäisch-jüdische Migration als Teil des kulturellen Gedächtnisses der Stadt anzusehen und so auch sichtbar zu machen (S. 14). Ein weiterer Aspekt wird hervorgehoben. Obwohl diese Migrantengruppe Berlin nur als Zwischenstation ihrer Wanderungen ansah, entfaltete sie in dieser Zeit ein reiches Vereinsleben, das zur Festigung der Gemeinschaft und zum Erhalt osteuropäisch-jüdischer Identität beigetragen hat. Zu den bisherigen Forschungsleistungen gehört auch, und das wird in der Ausstellung deutlich belegt, dass es gelungen ist, verstreute Archivalien aufzufinden und zusammenzuführen.

Das Begleitbuch ist in 6 Abschnitte untergliedert (NACH BERLIN; SCHEUNENVIERTEL; BABYLON; CHARLOTTENGRAD; MIGRANTENSTIMMEN; BLICKWECHSEL). In ihnen werden verschiedene konzeptionelle Grundzüge der Präsentation aufgegriffen und kontinuierlich verfolgt. Sie können hier nur angedeutet werden: Etappen der osteuropäisch-jüdischen Migration vom Ankommen in Berlin bis zum Holocaust. Familiengeschichten, die als typisch hervorgehoben werden. Die Entfaltung einer reichen Kultur (hier werden besonders Bildende Kunst und Musik, Literatur und Verlagswesen hervorgehoben). Eine subtile Analyse historischer Fotos aus Privatbesitz wie einschlägigen Bildarchiven wird vorgenommen. Man beachte auch die Mühe für das Detail. Wenigstens zwei Formulierungen aus Überschriften von Texten sollen nur zustimmend für beschriebene Situationen genannt werden: Prekäre Duldung und aktive Intoleranz (Kapitel 1), Russische Juden im russischen Berlin. Eine Diaspora in der Diaspora (Kapitel 4).

Das Begleitbuch ist reich und zum gossen Teil farbig illustriert. Wer in dem Buch blättert, sollte sich ermuntert fühlen, selbst vor Ort zu schauen.

Die Ausstellung ist bis 15. Juli 2012 im Jüdischen Museum Berlin zu sehen.

Begleitband:

Berlin Transit. Jüdische Migranten aus Osteuropa in den 1920er Jahren, Hrsg. von der Stiftung Jüdisches Museum Berlin in Zusammenarbeit mit dem Forschungsprojekt »Charlottengrad und Scheunenviertel. Osteuropäisch-jüdische Migranten im Berlin der 1920/30er Jahre, Osteuropa-Institut, Freie Universität Berlin. Wallstein Verlag 2012.

Horst Helas

Jüdische Miniaturen Bd. 116



Ita Heinze-Greenberg
Erich Mendelsohn
„Bauen ist Glückseligkeit“
88 Seiten, Broschur, 21 Abb.
ISBN: 978-3-942271-34-9
8,90 €

Jüdische Miniaturen Bd. 123



Elke-Vera Kotowski
Valeska Gert
Ein Leben in Tanz, Film und Kabarett
64 Seiten, Broschur, 10 Abb.
ISBN: 978-3-942271-53-0
6,90 €

Jüdische Miniaturen Bd. 70



Hermann Simon, Deborah Simon
Jüdische Familienrezepte
Ein Kochbuch
56 Seiten, Broschur, 0 Abb.
ISBN: 978-3-942271-16-5
5,90 €

Jüdische Miniaturen Bd. 94



Klaus Völker
Peter Zadek
Mit dem „Fertigen“ gab er sich nicht
zufrieden
72 Seiten, Broschur, 12 Abb.
ISBN: 978-3-941450-18-9
6,90 €

Jüdische Miniaturen Bd. 44



Daniela Gauding, Hermann Simon
Die Neue Synagoge Berlin
„... zum Ruhme Gottes und zur
Zierde der Stadt“
120 Seiten, Broschur, 23 Abb.
ISBN: 978-3-942271-25-7
9,90 €

Jüdische Miniaturen Bd. 108



König, Prauss, Tobies
Margarete Kahn, Klara Löbenstein
Mathematikerinnen – Studienrätin-
nen – Freundinnen
80 Seiten, Broschur, 24 Abb.
ISBN: 978-3-942271-23-3
8,90 €

**HENTRICH
& HENTRICH**

Hentrich & Hentrich Verlag Berlin | Wilhelmstraße 118 | D-10963 Berlin
info@hentrichhentrich.de | www.hentrichhentrich.de

Lesenswertes zur Aktualität der faschistischen Gefahr¹

Christian Dietrich, Michael Schüßler (Hg.), *Jenseits der Epoche. Zur Aktualität faschistischer Bewegungen in Europa*, Münster 2011, 104 Seiten.

Den Anfang des Bandes macht der Beitrag *Was ist Faschismus?* von Wolfgang Wippermann, der seit Jahrzehnten zur Faschismustheorie arbeitet. Wippermann weist die bei Linken gängigen Globaltheorien – Faschismus als Diktatur im Interesse des Kapitals, als Kleinbürgerbewegung, als Ausdruck massenhaft vorhandener psychischer Probleme – zurück. Alle diese Ansätze könnten die tatsächlichen Aktionen faschistischer Bewegungen und Regime nicht befriedigend erklären. Dies leistet allerdings auch der von Wippermann präsentierte, am Italofaschismus orientierte »Realtypus« nicht, der die gemeinsamen Merkmale der historischen Faschismen lediglich beschreibt und ihre Machtergreifung auf eine Pattsituation zwischen den politischen Lagern bzw. Klassen einer Gesellschaft zurückführt. Hier bleibt Wippermann sehr nah an der marxistischen sogenannten »Bonapartismustheorie« der Faschismen. Wippermann unterscheidet eine »klassische«, eine »bonapartistische« (»Faschismus von oben«) und eine fundamentalistische, das heißt religiös geprägte Form des Faschismus. Das Problem an Wippermanns Typologie ist, dass in ihr faschistische und konservativ-autoritäre Formationen auf problematische Weise vermengt werden. Eine der Besonderheiten des Faschismus ist jedoch, dass er als revolutionäre, rebellische, antikapitalistisch gefärbte Bewegung auftritt. Genau dieses Moment haben Vertreter der Neuen Faschismustheorie wie Zeev Sternhell und Roger Griffin herausgearbeitet.²

In *Avantgarde und Faschismus* widmet sich Thomas Hecken der widerspruchsvollen Beziehung zwischen einigen italienischen Futuristen und dem Mussolini-Faschismus, deren wichtigste Gemeinsamkeit die antibürgerliche Haltung war. Beide, Faschisten und Futuristen, konnten sich auf ein militaristisches, nationalistisches Ideal einigen. Dennoch blieb der Flirt zwischen Faschismus und Futurismus ohne tiefergehende Folgen, da den Repräsentationsbedürfnissen der faschistischen Diktatur langfristig mit traditionellen Kunst- und Kulturkonzeptionen besser gedient war als mit den Experimenten der Avantgarde.

Carsta Langner fragt sich: Ist *Ungarn auf dem Weg zum Faschismus?* Sie zeichnet nach, wie das Land in den letzten Jahren immer weiter nach rechts gedriftet ist. Eine faschistische Machtübernahme hält die Autorin kurzfristig für un-

wahrscheinlich. Trotzdem: Während eine Gegenmacht zum nationalistischen Mainstream weitgehend fehlt, steht Ungarn eine große wirtschaftliche und finanzielle Krise bevor. Diese wird vermutlich eine weitere Verstärkung des Nationalismus und der antisemitischen, rassistischen Hetze bringen. Über die Ursachen dieser Entwicklung sagt der Text leider nicht sehr viel. Langner deutet die Besonderheiten des Wandlungsprozesses nach 1989 nur an. Außerdem verweist sie auf das Ergebnis des Ersten Weltkriegs, in dem Ungarn, bis dahin ein großes Reich im Rahmen der Habsburgermonarchie, den Großteil seines Territoriums verlor.

Thomas Schmidinger geht in seinem Text über *Rechtsextremismus und autoritären Etatismus* der Frage nach, »warum der neue Rechtsextremismus keine faschistische Herrschaft hervorbringt und trotzdem die Demokratie aushöhlt«. Ausgangspunkt ist die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ). Was Schmidinger für die FPÖ feststellt, gilt für viele extrem rechte Parteien in Europa. Im Zuge einer ideologischen Modernisierung werden traditionelle faschistische und nationalistische Konzepte zunehmend durch regionale und europäische Bezüge und Identitäten sowie einen kulturalistischen Rassismus ersetzt, der sich in erster Linie gegen den Islam und die Muslime richtet. Der wichtigste Teil der Analyse Schmidingers besteht in der Beschreibung einer gesamteuropäischen Entwicklungstendenz: Im Unterschied zum klassischen Faschismus akzeptieren viele extrem rechte Parteien den Parlamentarismus. Häufig fordern sie eine größere Rolle plebiszitärer Elemente. Ihnen geht es um die Mobilisierung der Nation gegen innere Feinde, also vermeintlich unproduktive und schädliche Teile der Gesellschaft wie Migrant/innen und Arme, und äußere Feinde wie die EU oder »die Spekulanten«. Die oft von charismatischen Personen (Wilders, Bossi, Haider, Le Pen) geführten extrem rechten Parteien streben danach, unter Beibehaltung eines Großteils der parlamentarisch-demokratischen Institutionen eine autoritäre, plebiszitär gestützte Herrschaft zu errichten. Dabei wird die Demokratie auch von den Führungen der etablierten Parteien und den Spitzen der Staatsapparate selbst unterhöhlt. »Autoritären Etatismus« nennt der marxistische Theoretiker Nicos Poulantzas diese Tendenz: Die Führung der regierenden demokratischen Parteien verschmilzt mit der Hochbürokratie zu einem herrschenden Block. Die Parteien verkommen zu reinen Mehrheitsbeschaffern für die Regierungen, die ihre technokratischen Agenden verfolgen. Dies geht mit dem Rückzug des Staates aus vielen Bereichen

und der Privatisierung vieler seiner Aufgaben einher. In der aktuellen Krise werden weitreichende Entscheidungen in kleinstem Kreis getroffen. Schmidinger arbeitet gut heraus, dass sich die Regierungstechnik zunehmend darin erschöpft, Zustimmung zu den als unvermeidlich geltenden Krisenmaßnahmen zu erzeugen. Ihm zufolge werden Rassismus, Sexismus, Homophobie, Nationalismus und Sozialdarwinismus diejenigen ideologischen Ressourcen sein, die bei den bevorstehenden, krisenbedingten Verteilungskämpfen ins Spiel kommen. Denn es gibt keine linke Bewegung in Europa, die stark genug wäre, um die Frage der Verteilung des Reichtums als Frage politischer Macht und Klassenherrschaft stellen zu können. Wegen der Schwäche der Linken sei eine faschistische Herrschaft nicht notwendig, so Schmidinger. Eine Kombination aus »autoritärem Etatismus« und modernisiertem Rechtspopulismus reiche zur Sicherung der kapitalistischen Integration aus. Trotzdem könnte sich die von Schmidinger beschriebene autoritäre Formierung nach Meinung des Rezensenten genau als das Vorspiel zu einem neuen Aufschwung des originären Faschismus herausstellen.

Der Beitrag *Pathologische Tendenzen im russischen Neofaschismus* von Andreas Umland behandelt die »Bedeutung des Aufstiegs Aleksandr Dugins für die westliche Russlandinterpretation«. Anhand älterer Zitate weist Umland nach, dass es sich bei Dugin um einen lupenreinen Faschisten handelt. Umso besorgniserregender, dass er besten Zugang zum russischen Establishment hat. Allzu oft wird der Faschismus als bloße Demagogie oder geistige Verirrung abgetan. Dies verleitet auch im Fall Dugins dazu, seine Dynamik und Gefährlichkeit zu verkennen, wovon Umland warnt. Wie in Ungarn herrscht auch in Russland ein völkisch-nationalistischer Mainstream, während emanzipatorische Gegenkräfte an den Rand gedrängt sind. Wie die ungarischen über das Ergebnis beider Weltkriege, sind auch die russischen Nationalist/-innen zutiefst betrübt über den machtpolitischen Abstieg ihres Staates seit dem Ende des Sowjetimperiums. Eine faschistische Mobilisierung zur Wiedererlangung nationaler Größe hätte wohl in Rußland wie in Ungarn besonders gute Chancen. Wie wenig im Westen die Gefahr einer Faschisierung Russlands erkannt wird, zeigt die Wahrnehmung der jüngsten Protestbewegung gegen die gefälschten Parlamentswahlen, in der extrem rechte Kräfte sehr stark vertreten sind. Dazu kommt noch, dass Russland im Gegensatz zum kleinen Ungarn wirklich eine imperiale Rolle spielen kann. Genau das spiegelt sich in der Eurasien-Konzeption russischer Faschisten wider.

Christian Dietrich zeichnet in seinem Beitrag *Zwischen Nation und Europa. Internationale Projekte und (Neo)faschistische Netzwerke in Europa*. faktenreich die vielfältigen Kooperationsversuche extrem rechter Gruppierungen im Rahmen von Demonstrationen, Konferenzen und organisatorischen Verknüpfungen nach. Derartige Vereinigungsbestrebungen gehen ebenso wie der mittlerweile zum Gemeingut der extre-

men Rechten gewordene Europa-Mythos auf die Epoche der historischen Faschismen in Italien und Deutschland zurück. Deutlich wird aber, dass die angestrebte »Internationale der Nationalisten« bislang an überkommenen Rivalitäten und Empfindlichkeiten scheitert.

Matthew Feldman's Text *Hate globally, act locally. A case study of Universal Nazism online*. Bezieht sich auf die britische Neonazi-Gruppierung »Aryan Strike Force« (»Arische Einsatztruppe«), deren Führungspersonen 2009 und 2010 zu Haftstrafen verurteilt wurden. »Universellen Nazismus« nennt Feldman eine global vernetzte, besonders in Nordamerika und Europa vorhandene Szene fanatischer, terroristisch orientierter Neonazis, deren organisatorische Wurzeln bis in die 1960er Jahre zurück reichen. Seit Mitte der 1990er Jahre präsentieren sich solche Gruppierungen zunehmend im Internet. In Anlehnung an Roger Griffin beschreibt Feldman das Strukturprinzip dieser Strömung als »groupuscule«. Es handelt sich um zahlenmäßig schwache Gruppierungen, die häufig wenig organisatorische Kontinuität besitzen. Diese »groupuscules« verzichten von vornherein auf den Versuch parlamentarischer Einflussnahme und setzen stattdessen auf die dezentrale Bildung paramilitärischer Zellen. Von den meisten extrem rechten Parteien unterscheidet sie, dass ihre zentrale Bezugsgröße kein Nationalstaat, sondern die angebliche »arische« oder »weiße« »Rasse« ist. Im Hinblick auf Morde und Anschläge geht von solchen Strukturen die größte aktuelle Gefahr aus. Was das Heimatschutz-Ministerium der USA 2009 verlauten ließ, dass nämlich »lone wolves and terrorist cells embracing violent rightwing extremist ideology are the most dangerous domestic terrorism threat in the United States« (S. 100), gilt auch für Deutschland und andere europäische Länder. Die Ende 2011 entdeckten Thüringer Nazi-Mörder des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) kamen aus dem Dunstkreis von »Blood & Honour«, einem der bedeutendsten Netzwerke des »Universellen Nazismus«.

»Jenseits der Epoche« ist ein schmaler Band, der gleichwohl eine thematische Bandbreite absteckt. Ob zu den »Theoretischen Umrissen« der Faschismusforschung, den aktuellen »Politischen Entwicklungen« oder den »Transnationalen Kooperationen« faschistischer Bewegungen – alle drei thematischen Abteilungen des Büchleins enthalten informative und brandaktuelle Beiträge.

Mathias Wörsching

1 Die Rezension ist eine gekürzte und leicht bearbeitete Fassung und erschien zuerst bei faschismustheorie.de (http://faschismustheorie.de/wp-content/uploads/2011/02/12-02-11-Kurzrezension_Jenseits-der-Epoche.pdf).

2 Das Problem an Wippermanns Faschismusbegriff sind wohl die zentralen Schwächen des Bonapartismus-Konzepts selbst. Siehe meinen Beitrag »Leistungen und Fehlleistungen marxistischer Faschismustheorien«, S. 5–7 (http://faschismustheorie.de/wp-content/uploads/2011/08/marxistische_faschismustheorien.pdf).

Der Deutschen neues Sorgenkind¹

Harald Bergsdorf, Rudolf van Hüllen, Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr? Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat, Schöningh Verlag, Paderborn 2011, 200 Seiten.

Was den Anspruch einer »demokratiefördernden« Aufklärungsschrift für junge Menschen, Eltern, Pädagog_innen und Multiplikator_innen erhebt, ist ein neokonservatives Pamphlet zur Verunglimpfung politisch unliebsamer Gesellschaftskritik, antifaschistischen Engagements und der Partei DIE LINKE.

Der gemeine autonome »Linksextremist« zeigt eine Vorliebe für schwarze Kapuzenpullis, Sonnenbrillen und »Hassmasken«. Er informiert sich in vom Verfassungsschutz indizierten »Szeneblättern« über den Bau von Sprengsätzen und ist in klandestinen Zellen organisiert, von denen meist nachts durchgeführte Sachbeschädigungen ausgehen. Dem »Schweinesystem« entzieht er sich beständig. Er ist drogenabhängig, lebt lediglich von Kleinkriminalität und versucht den »öffentlichen Raum durch Vandalismus, Graffiti-Schmierereien und Scratching für *Normalos* so unerträglich wie nur möglich zu machen« (S. 47). Der autonome »Linksextremist« findet parlamentarische Unterstützer_innen in Form von »linksextremistischen« Parteifunktionär_innen, die als »gute Nachbarn, sozial engagierte Pädagogen, besorgte Bürger und umtriebige Mitglieder in Mieter-, Umwelt- oder sonstigen altruistischen Initiativen« (S. 44) ihr Unwesen treiben und aufrechte Demokrat_innen hinterrücks für ihre revolutionären Zwecke instrumentalisieren wollen. Unter keinen Umständen würden beide – unbelehrbar, wie sie sind – ihren Glauben an den an sich guten Menschen und an eine von diesem vernünftig eingerichtete herrschaftsfreiere Gesellschaft aufgeben!

Diese beiden Figuren sind übertrieben gezeichnete Abziehbilder von etwas, das die Autoren des Buchs *Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr? Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat* unter »Linksextremismus« kolportieren. Mit diesem Begriff sollen seit dem schwarz-gelben Regierungsantritt in verstärktem Maße auf Regierungs- (»Linksextremismusprävention«, Demokratieerklärung), behördlicher (Verfassungsschutz), wissenschaftlicher (Extremismusforschung) und schließlich auch alltäglicher Ebene (Medienberichterstattung) all jene kriminalisiert werden, die Lehren aus dem historischen Faschismus ziehen möchten und sich gegen die Ausbreitung menschenverachtender Ideologien engagieren.

Mitnichten haben die beiden Extremismusforscher Dr. Harald Bergsdorf und Dr. Rudolf van Hüllen in ihrem Sach-

buch ein intellektuelles Feuerwerk gezündet. Der eine CDU-Mitglied, der andere ehemaliger Referatsleiter beim Verfassungsschutz, stützen sie sich auf den Extremismusansatz. Dieser imaginiert eine von »Linksextremisten« und »Rechtsextremisten« bedrohte demokratische Mitte – die sogenannte Zivilgesellschaft –, in der es trotz anderslautender empirischer Untersuchungen keine rassistischen, antisemitischen, antiziganistischen oder nationalistischen Tendenzen gebe. Dem Extremismusbegriff liegt keine wissenschaftlich-historische Analyse zugrunde. Er ist ein juristisch unbestimmtes und politisch motiviertes Konstrukt. Durch sein selektives, auf den Status quo ausgerichtetes Demokratieverständnis erteilt er radikaleren Demokratieentwürfen eine grundsätzliche Absage, kann historische Phänomene wie den Nationalsozialismus nicht erklären und »läuft so im Kern auf nichts anderes hinaus als auf die Rehabilitation eines undemokratisch verselbständigten Staates, dem praktisch jedes Mittel recht ist und der jenseits der selbst definierten »politischen Mitte« niemanden duldet«, wie bereits vor einem Jahrzehnt Christoph Kopke und Lars Rensmann darlegen.² Dass die Vertreter dieses Ansatzes, wie zum Beispiel der am Dresdener Hannah Arendt Institut für Totalitarismusforschung angestellte Eckhard Jesse, selbst Kontakte zur *Neuen Rechten* und bekennenden Nazis pflegen, und dass die Theorie, auf sich selbst angewendet, alle NS-Oppositionellen als Extremisten deklarierte, sollte weniger überraschen denn beunruhigen.

Unter »Linksextremismus« fassen die Autoren neben gewalttätigen auch gewaltlose Formen des Extremismus – eine Art Gedankenextremismus, der sich in der Äußerung antidemokratischer Ziele manifestiert. Demnach kann das Spektrum der betreffenden Personen von Steine werfenden Autonomen über marxistische Theorie lehrende Professor_innen bis hin zu orthodoxen, trotzkistischen und maoistischen Parteienvertreter_innen, traditionsreichen Vereinen wie dem VVN-BdA und der Partei DIE LINKE reichen. »Linksextremismusprävention« habe, so die Autoren, schon bei potentiell empfänglichen Jugendgruppen anzusetzen. Die Autoren beanspruchen für sich in das »geschlossene Weltbild« derer zu treten, die sie links der Sozialdemokratie verorten, um deren antidemokratische Motive bekämpfen und mit »gelassener Entschlossenheit« Demokratie leben zu können (S. 7). Sie referieren hierfür plumpe Allgemeinplätze, hetzen in Kalter Kriegs-Manier antikommunistisch, kehren historische Fakten um und diffamieren jene populistisch, die deutschen Kriegsbeteiligungen, rassistische Abschiebep Praxis und Asylpolitik sowie die ungerechte Verteilung des gesellschaftlich erar-

beiteten Reichtums skandalisieren. Behilflich sind ihnen dabei ein martialischer Buchdeckel und eine emotionalisierte Sprachverwendung, die eine Faktenargumente ersetzende Atmosphäre zu erzeugen vermögen. Auch der suggestiv fragende Buchtitel antizipiert seine Antwort bereits in der Unterzeile: Man soll sie nach der Buchlektüre alle denunzieren wollen – die sozialschmarotzenden Kapuzenpulliträger_innen nicht weniger als die Parteikommunist_innen aller Couleur. An einer sachlichen Darstellung, wie sie sie für sich reklamieren, sind die Herren Extremismusforscher nicht interessiert und können es aufgrund der analytischen Schwäche der Theorie auch gar nicht sein.

Am stärksten geifern Bergsdorf und van Hüllen gegen die These, wonach in kapitalistischen Gesellschaften auf Faschismus als möglichen Katalysator für wirtschaftliche Krisen zurückgegriffen werden kann. Dies würde eine Selbstkritik des Demokratieweltmeisters und eine Anerkennung der These der strukturellen Gewalt bedeuten, die den von Grund auf repressiven Charakter gesellschaftlicher Einrichtungen hervorheben würde: Eine Demokratisierung der bestehenden Institutionen wäre folglich möglich und nötig. Statt Selbstkritik aber Geschichtsfälschung und NS-relativierende Aussagen, wie zum Beispiel, dass zuallererst die KPD in Weimarer Zeit Gewalt gegen NSDAP und demokratische Parteien ausgeführt hätte und Grund für den Nationalsozialismus Bandenkriege von »Linksextremisten« und »Rechtsextremisten« gewesen wären. Mithilfe der Diktaturvergleiche werden schließlich in bester totalitarismustheoretischer Manier NS und DDR gegeneinander ausgespielt, der NS relativiert und der Status quo verlängert: So wiegen einerseits 12 Jahre Naziherrschaft in Anbetracht der 40-jährigen SED-Diktatur weniger tragisch und habe Deutschland, nachdem zwei Diktaturen scheinbar »schicksalhaft« über es hineingebrochen sind, nun die historische Aufgabe dafür zu sorgen, dass dergleichen nicht mehr passiere. So notwendig auch linke emanzipatorische Kritik an den realexistierenden Sozialismen ist, dient die hiesige Kritik lediglich der Diskreditierung des politischen Gegners: Wenn auf die rassistischen Zustände in der DDR fokussiert wird, so nicht, um sich gegen Rassismus auszusprechen, sondern diesen in der BRD zu verschweigen oder zu verharmlosen. Oder wenn ehemalige Nazis in der DDR als viel schlimmer dargestellt werden sollen als in der BRD, da letztere sich als Demokraten – und nicht als »Linksextremisten« – zu bewähren gehabt hätten: »Tatsächlich versuchten sie in der Regel, sogar 150 Prozent Demokraten zu sein« (S. 193). Gesonderte Aufmerksamkeit wird in Anbetracht ihrer steigenden Popularität der zwischen »Linksextremismus« und Demokratie oszillierenden »Neo-SED« (S. 135), der Partei DIE LINKE, zuteil. Ziel der penetrant-moralischen Parteischelte – denn nicht weniger skandalisierungswürdig wäre eine Analyse des konservativen Parteienflügels zu Verstrickungen ins rechtsradikale Lager – liegt im Nachweis, dass es der Partei nicht um Antifaschismus, Antikriegspolitik und soziale Gerechtigkeit, sondern le-

diglich um die Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ginge.

Wie die Mordserie der Zwickauer Terrorzelle »Nationalsozialistischer Untergrund« und die Verstrickungen der staatlichen Sicherheitsbehörden darin, allen voran der Ämter für Verfassungsschutz, tragischer- und erschreckenderweise tagesaktuell bestätigen, geht die »unterschätzte Gefahr« wesentlich von Nazis und der sie deckenden bundesrepublikanischen Normalität aus. Extremismustheorie, Verfassungsschutz, »Linksextremismusprävention«, Demokratieerklärung – sie alle behindern durch einseitige öffentliche Diffamierung engagierte Antifaschist_innen bei dringend notwendiger Antinazipolitik. Wenn daher in schnöder Verfassungsschutzprosa menschenverachtende rechte Gewalt gegen Antifaschist_innen unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit als »Engagement gegen Linksextremisten« (S. 189) hochgeadelt wird, demonstrieren die Autoren im schlechtesten Sinne, wes Geistes Kind sie sind und welche gefährlichen politischen Auswirkungen die defizitäre Extremismustheorie zu zeitigen im Stande ist.

Martin Brandt

- 1 Die Rezension erschien zuerst bei kritisch-lesen.de (<http://www.kritisch-lesen.de/2012/03/der-deutschen-neues-sorgenkind/>).
- 2 Christoph Kopke, Lars Rensmann, Die Extremismusformel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2000, S. 1455



Antifaschistisches Info Blatt

Nr. 94 | Frühjahr 2012

Verfassungsschutz und Rechtsterrorismus
Protokolle des Versagens, Verharmlosens, Verschleierns

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Fußball und Ausgrenzung

Alexandra Martine De Hek, Christine Kampmann, Marianne Kosmann, Harald Rüßler (Hrsg.), Fußball und der die das Andere, Freiburg 2011, 165 Seiten.

In den vergangenen Jahren erfuhr Rassismus im Fußball erhöhte Aufmerksamkeit, um diesem z.B. von Seiten des DFB entgegen zu treten. Doch wie sieht es an der Basis in den Vereinen aus? Wie steht es um die Bemühungen auch Sexismus und Homophobie zu verringern? Ein Lehrforschungsprojekt der Fachhochschule Dortmund hat sich mit diesen Themen unter der Frage »wer zum Fußball gehört« und wer »über Zugehörigkeiten entscheidet« (S. 7) anhand lokaler Vereine beschäftigt und nun seine Ergebnisse in dem Band *Fußball und der die das Andere* veröffentlicht.

Der Sammelband besteht aus drei Beiträgen, wovon sich die ersten beiden einem genderfokussierten Thema widmen. Christine Kampmann beschäftigt sich mit Frauenfußball und setzt sich detailliert mit dessen kampfvoller Geschichte im Streben nach gesellschaftlicher Anerkennung auseinander. Anschließend interviewt sie Fußballerinnen verschiedener Generationen zu den Widerständen, die ihnen im »Männersport Fußball« als auch dem eigenen sozialen Umfeld entgegenschlugen. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich Fußball immer noch als Männerdomäne auszeichnet, zugleich aber den Frauen Räume zum Erlernen neuer, nicht-traditioneller Geschlechterrollen und »männlich konnotierter Eigenschaften« (S. 60) ermöglicht. Alexandra Martine de Hek fokussiert die im Fußball noch immer dominante Homophobie. Dabei definiert sie schwule Männer als den Antitypen des sich hart gebenden Fußballers, der dementsprechenden Ausgrenzungen bzw. Abwertungen unterliegt und symbolisch marginalisiert wird (S. 72). Ein weiterer Fokus liegt dabei auf den Statuten und Satzungen der Vereine und Verbände, die sie nach Antidiskriminierungsparagraphen und deren Progressivität bzw. Genauigkeit befragt. Es ergibt sich eine Bandbreite zwischen expliziter Verurteilung homophoben Verhaltens bis hin zum Verschweigen des Problems. Generell scheint für Homophobie weitaus weniger Problembewusstsein als für Rassismus zu herrschen, so ihr Resümee (S. 97). Abschließend wirbt sie anhand mehrerer Gegenstrategien für eine tolerantere und menschenrechtsorientierte Perspektive, um homophobe Diskriminierungen im Fußball auf mehreren Ebenen abzubauen.

Den Abschluss des Buches bildet ein Beitrag der beiden Autorinnen zusammen mit ihren Dozent_innen Marianne Kosmann und Harald Rüßler. Sie gehen der Frage nach, wie im Fußball Diskriminierungen und Ausgrenzungen hergestellt werden. Dies zeigen sie u. a. anhand zahlreicher Interviews im Bereich

Migration und Rassismus auf. Im Ergebnis sind viele Vorurteile, Diskriminierungen und Stereotypen weiterhin dominant, so dass nicht erst organisierter Rechtsextremismus ein Problem auf dem Rasen darstellt, sondern die vielen kleinen Gesten, Sprüche und Haltungen, die den ganz alltäglichen Spielbetrieb begleiten. Vorstellungen einer »homogen erwünschten Gesellschaft« prägten Ansätze, die zwar als »Integration« firmieren, jedoch deutlich »Assimilation« (S. 156) meinen.

Verstörend bleiben allerdings einige Begriffe, die in der Studie unkritisch verwendet werden. So wird, recht pauschal, von »ausländischen Mannschaften« (S. 135) einerseits und »Einheimischen« (S. 137) andererseits geschrieben, wobei sich die Begriffe gefährlich nah an den herangezogenen Textpassagen der analysierten Interviews bewegen. Hier hätte dem Projekt ein differenzierterer Blick gut getan, um die vielen verschiedenen sowie grenzüberschreitenden Identitäten multikultureller Gesellschaften zu berücksichtigen.¹ Denn mit dem Begriff des »Ausländervereins« geht eine Reihe von homogenisierten Fremdzuschreibungen einher, die der eigentlichen Intention des Diskriminierungsabbaus wenig förderlich sind. Zum einen betont er die Nichtzugehörigkeit zur bundesdeutschen Gesellschaft und macht dies zugleich allein am Pass fest. Welche Staatsangehörigkeiten die Spieler jeweils besitzen bleibt indessen unklar und es besteht der Verdacht, dass alle Vereine, die sich im Rahmen internationaler Migration gegründet haben, schlicht unter dem Begriff subsumiert werden. Zum anderen erfährt der Begriff nirgends eine Definition und Fragen, wie ein »ausländischer Verein« beim DFB, dem Deutschen Fußballbund, registriert sein und seine Steuern an den deutschen Fiskus zahlen kann, bleiben ausgespart. Gängige Trennlinien und ausgrenzende Kategorien laufen somit Gefahr ihrer Reproduktion, wobei genau diese einer kritischen Auseinandersetzung bedürfen. Dennoch lohnt sich die Lektüre für alle, die an einem kritischen Blick auf die Basis des Fußballs sowie einem Sport ohne Diskriminierungen interessiert sind. Gerade die Materialfülle und deren Einbettung in lokalen Vereinsstrukturen machen das Buch zu einer basisnahen Studie, die es vermag verschiedene Formen und Details unterschiedlicher Diskriminierungsarten anschaulich und zugleich alltagsnah herauszuarbeiten. Sowohl das Thema als auch die Spannweite der in diesem *Rundbrief* vertretenen Beiträge zeigen den Bedarf weiterer Projekte dieser Art auf.

Robert Claus

¹ Vgl. Mark Terkessidis, *Interkultur*. Berlin 2010.

Antikommunistische Gespenster

**Wolfgang Wippermann, Heilige Hetzjagd.
Eine Ideologiegeschichte des Antikommunismus,
Rotbuch Verlag, Berlin 2012, 160 Seiten.**

Wolfgang Wippermann versucht, was die Geschichtswissenschaft bisher versäumte: eine Ideologiegeschichte des Antikommunismus. Eine Geschichte, so alt wie die Idee des Kommunismus selbst. In seinem vierten Essayband beim Rotbuch Verlag – erschienen sind bereits *Autobahn zum Mutterkreuz. Historikerstreit der schweigenden Mehrheit* (2008), *Dämonisierung durch Vergleich. DDR und Drittes Reich* (2009) und *Denken statt Denkmäler. Gegen den Denkmälwahn der Deutschen* (2010) – macht der emeritierte Professor somit eine weitere Facette deutschen Wahns auf.

Angefangen mit dem Prozess gegen zwölf Kommunisten von 1852 zeichnet Wippermann verschiedene angebliche kommunistische Verschwörungen nach, die mehr über das bürgerliche Verständnis kommunistischer Revolutionen aussagt (die in diesem Denken immer »von oben« kommen, statt in einem revolutionären Prozess »von unten« zu keimen), als über die Idee des Kommunismus selbst. Nur wenige Jahre später verband der selbsternannte Arbeiterprediger Adolf Stöcker den Antikommunismus mit antisemitischer Phraseologie und kreierte damit eine Chiffre, die noch viele Nachahmer (»Protokolle der Weisen von Zion« etc.) und im Nationalsozialismus ihren Höhepunkt fand. Die Oktoberrevolution in Russland ließ schließlich auch das Gespenst einer »Bolschewisierung Deutschlands« aufleben.

Auch nach der Niederschlagung des NS-Regimes, an der die Rote Armee maßgeblichen Anteil hatte, suchte der Antikommunismus seine Jünger. Nunmehr ohne einen offenen Antisemitismus wurde der Antikommunismus – noch immer mit einem rassistisch motivierten Antislawismus vermengt – quasi Staatsdoktrin der jungen Bundesrepublik und kam als gegen den vergangenen Nationalsozialismus sowie den damals gegenwärtigen Kommunismus gerichteter Antitotalitarismus daher: »Die immer wieder beschworene Totalitarismustheorie diene nur als Camouflage des scheinbar erneuerten und angeblich demokratisierten Antikommunismus.« (S. 29) Dabei bediente man sich im Westen oft genug der alten Nazis und ihrer Methoden: Kommunistinnen und Kommunisten, die gerade aus den nationalsozialistischen Zuchthäusern kamen, wurden in der demokratischen Bundesrepublik schon wieder verfolgt, mit Berufsverboten belegt, die KPD 1956 verboten. Im Kalten Krieg diente der Antikommunismus nicht nur der ideologischen Selbstvergewisserung, sondern zeitigte auch

ganz praktische Konsequenzen in der Bildungs- und Sozialpolitik. Wer sich beispielsweise für Arbeitnehmerrechte einsetzte, machte sich der Nähe zur kommunistischen Idee verdächtig.

Auf den antikommunistischen Gehalt der gegenwärtigen Extremismus-Debatte, die von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder durch das Aufzwingen einer als »Demokratie-Erklärung« deklarierten Klausel, die alle Projekte zu unterzeichnen haben, die Gelder aus dem Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus beantragen wollen, geht Wippermann leider nur am Rande ein. Er konzentriert sich auf die historische Genese des Antikommunismus.

Der Untergang des Realsozialismus in Osteuropa bedeutete noch lange nicht das Ende des Antikommunismus. Vielmehr erlebte dieser eine regelrechte Renaissance im Vergleich der DDR mit dem NS-Regime, denn »wenn die »realsozialistische« Diktatur wirklich so schlimm wie die faschistische gewesen ist, dann konnte das Dritte Reich in der Tat nicht so schlimm gewesen sein.« (S. 37f.) Auf diese »Dämonisierung durch Vergleich« hatte Wippermann bereits an anderer Stelle hingewiesen (s. o.). Seit 1990 tobt also ein intellektueller Kampf um Deutungshoheit, in dem die antikommunistischen Wortführer die Totalitarismustheorie als »den »Lackmus-Test« einer wirklichen demokratischen Linken« (S. 40) in Position zu bringen versuchen.

Dass der Antikommunismus keine auf Deutschland beschränkte »Sammel-Ideologie« (S. 105) ist, zeigt der Autor anhand einiger Länderbeispiele: In den USA wurde bereits nach dem Ersten Weltkrieg das Stigma »unamerikanisch« zu sein zum Synonym für die halluzinierte »rote Gefahr«. Man brachte J. Edgar Hoovers FBI in Stellung und mit Beginn des Kalten Krieges setzte eine regelrechte Hexenjagd ein, der nicht nur Ethel und Julius Rosenberg zum Opfer fielen. Mit dem Antikommunismus rechtfertigten die US-Regierungen all ihre militärischen Einmischungen und unterstützten Diktatoren in der ganzen Welt. Umso verwunderlicher ist es, dass der Autor über den Antikommunismus gegen das kleine Kuba, das die USA als ihren »Hinterhof« ansahen, kaum ein Wort verliert. Heute, so Wippermann, habe der Antislawismus den Antikommunismus abgelöst. Der Muslim sei zum neuen »enemy within« avanciert.

In einem dritten Kapitel widmet sich der Autor dem Antikommunismus in europäischen Ländern wie Frankreich, Italien, Polen und Spanien. Während der Antikommunismus vornehmlich in den Reihen der zunächst mehrheitlich prokommunistischen und antifaschistischen französischen Intellektuellen keimte, speiste er sich im faschistischen Italien

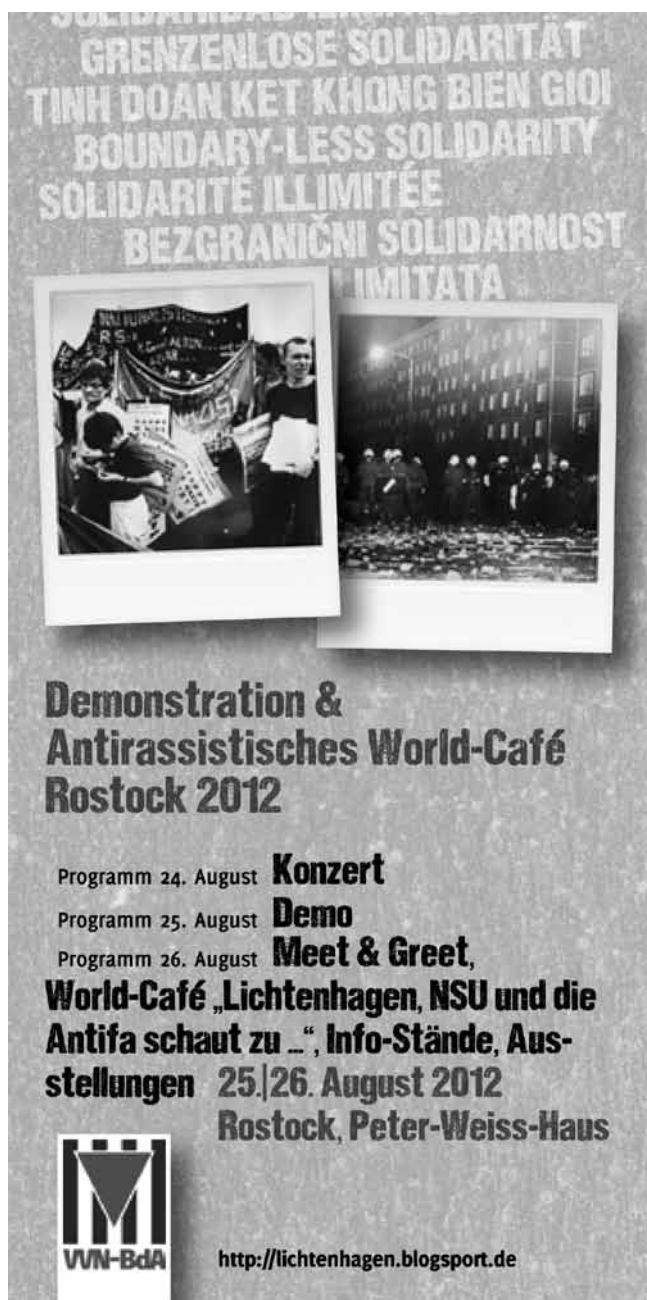
Mussolinis aus einer Melange von Antislawismus und pseudo-sozialistischem Gestus. Und auch später war »[d]ie Dämonisierung des Kommunismus [...] mit einer Relativierung des Faschismus verbunden.« (S. 81) Verband sich der polnische Antikommunismus – zwischen den Weltkriegen getragen von den Nationalisten, später teilweise von Solidarnosc, immer schon von der katholischen Kirche – stets mit dem Antisemitismus, spielte dieser im Antikommunismus des franco-faschistischen Spanien nie diese Rolle. Der Antikommunismus Francos half Spanien jedoch im Kalten Krieg, Bündnisse mit den USA und anderen westlichen Mächten zu schmieden. Die eminente Bedeutung der katholischen Kirche – antisemitische wie antikommunistische Kräfte wie der Opus die sind hier bis heute am Werk – wird von Wippermann jedoch nur kurz angerissen.

Auch der Ausflug des Autors zu den Antikommunisten in einigen nichteuropäischen Ländern, die von Wippermann unpräzise unter »Dritte Welt« subsumiert, bleibt oberflächlich. So erklären Wippermanns Ausführungen kaum den Antikommunismus des Pinochet-Regimes in Chile. Wie sehr vor allem die alten Kolonialmächte das Spiel des Antikommunismus vorantrieben, wird an den weiteren Länder-Beispielen aufgezeigt: Indonesien, Iran und Südafrika. Ebenso machen die Beispiele deutlich, wie schnell die Symbiose aus Nationalismus, religiösem Fanatismus, Rassismus und Antikommunismus auflöst, wenn sich Feindbildkonstruktionen verschieben. So waren die Stunden des südafrikanischen Apartheid-Regimes gezählt, sobald es nicht mehr als Bollwerk gegen die kommunistenfreundlichen Befreiungsbewegungen in Mozambique, Angola und Namibia gebraucht wurde.

So schließt der Historiker seinen verständlich geschriebenen und eingängigen Einführungsband zur Ideologiegeschichte des Antikommunismus. Nicht jedoch, ohne uns eines mit auf den Weg zu geben: Denn eine Geschichte des Antikommunismus kann nicht schreiben, wer sich den Verbrechen des Stalinismus nicht stellt. Auch für eine neue, postrealsozialistische Linke sollte dies selbstverständlich sein. So muss kein Apologet des Kommunismus sein, wer die antikommunistischen Geister vertreiben will. Mit Slavoj Žižek gesagt: »Habt keine Angst, kommt zurück und macht bei uns mit. Ihr habt euren antikommunistischen Spaß gehabt und er sei euch verziehen – aber jetzt ist es an der Zeit, wieder ernsthaft zu werden!«¹

Yves Müller

¹ Žižek, Slavoj, Die bösen Geister des himmlischen Bereichs. Der linke Kampf um das 21. Jahrhundert, Verlag S. Fischer, Frankfurt am Main 2011, S. 335



GRENZENLOSE SOLIDARITÄT
TINH DOAN KET KHONG BIEN GIOI
BOUNDARY-LESS SOLIDARITY
SOLIDARITÉ ILLIMITÉE
BEZGRANIČNI SOLIDARNOST
IMITATA

Demonstration & Antirassistisches World-Café Rostock 2012

Programm 24. August **Konzert**
 Programm 25. August **Demo**
 Programm 26. August **Meet & Greet,**
World-Café „Lichtenhagen, NSU und die Antifa schaut zu ...“, Info-Stände, Ausstellungen **25./26. August 2012**
Rostock, Peter-Weiss-Haus

VVN-BdA

<http://lichtenhagen.blogspot.de>

»Für den Sozialismus! Für die Weltrevolution! Gegen Stalin!«

Herbert Meißner, Trotzki und der Trotzkismus gestern und heute. Eine marxistische Analyse, Verlag Wiljo Heinen, Berlin 2011, 192 Seiten.

Neben Stalin gilt Trotzki als einer der herausragenden Revolutionäre und Mitstreiter Lenins. Er prägte nicht nur die Geschichte der Sowjetunion, sondern auch die der kommunistischen Weltbewegung, insbesondere Deutschlands. Während es in den Tagen des Oktobers noch unter dem Banner Lenins und Trotzkis revolutionäre Einheit verhielt, ist Trotzki seit seiner Auseinandersetzung mit Stalin eher ein Synonym für Spaltung und Verrat.¹ Noch in den letzten Tagen der Sowjetunion, unter »Glasnost und Perestroika«, wurde nicht Trotzki von Gorbatschow rehabilitiert, sondern Bucharin und andere Bolschewiki, die die »Säuberungen« der 1930er Jahre nicht überlebten. Auch in der heutigen Linken in der BRD ist Trotzki bzw. der »Trotzkismus« eher ein Reizwort, denkt man nur an den problematischen Vereinigungsprozess der Berliner WASG mit der Linkspartei, der nicht zuletzt durch die führende Beteiligung der »bekennenden Trotzkinin« Lucy Redler großen medialen Widerhall in der bürgerlichen Presse fand.

Nun hat sich ein Mitglied der Partei DIE LINKE und Sprecher der KPF Brandenburg, Herbert Meißner, an eine marxistische Analyse von Trotzki und Trotzkismus gewagt. Das Buch soll keine erschöpfende Antwort auf die Geschichte Trotzkis und des »Trotzkismus« geben. Es soll ein Handbuch sein, das von einer marxistischen Position aus die grundlegende Problematik seiner Person und seines Wirkens anreißt und eine entsprechende Orientierung in der massenhaft vorhandenen Literatur über Trotzki bieten soll. Da nach Meißner der »Trotzkismus« nach wie vor »ein Bestandteil der internationalen Arbeiterbewegung« ist, lohnt eine kritische, aber nicht denunziatorische Auseinandersetzung mit ihm allemal.

Meißner kritisiert einleitend das »fest umrissene Bild« Trotzkis, dass es seit dem »Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPDSU (Bolschewiki)« in der kommunistischen Weltbewegung bis heute gibt. Trotzki stand demnach »an der Spitze der parteifeindlichen Elemente«. Im Vorwort der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion von 1971, heißt es, dass »ein langwieriger und erbitterter Kampf gegen die Trotzkiisten [...] der politische Sieg über alle feindlichen Parteien und antileninistischen Gruppierungen [...] die notwendige Voraussetzung für den [...] Aufbau des Sozialismus in der UdSSR« gewesen sei.²

Zunächst beschreibt der Autor den politischen Weg Trotzkis zum Revolutionär, der ihn schon früh in einen Konflikt mit Lenin geraten ließ. »Verallgemeinernd« betrachtet Meißner die Zeit zwischen 1904 bis 1917 als eine »Periode der Irrungen und Wirrungen«, die dann jedoch »endgültig vorbei« gewesen sein soll. Im Oktober 1917 ist es dann aber vor allem Trotzki, der neben Lenin der Revolution seine Prägung gibt. Er wird Vorsitzender des Petrograder Sowjets, leitet das Revolutionäre Militärkomitee, und hat somit entscheidenden Einfluss auf den bewaffneten Aufstand.

Der nächste Konflikt innerhalb der Bolschewiki brach 1918 um den Friedensvertrag von Brest-Litowsk aus. Während eine Gruppe um Bucharin auf die Fortsetzung des revolutionären Krieges beharrte, focht Lenin um den Friedensvertrag, der den Kommunisten die notwendige Ruhepause gab, ihre Reihen zu ordnen und aufzufüllen. Trotzkis »zentristische« Rolle in dieser Auseinandersetzung führte laut Meißner zu einer »Verzögerung«, die dem revolutionären Russland einen nicht notwendigen, ungeheuerlichen Verlust an Ressourcen einbrachte. Trotzki sah seinen Fehler auf der ZK-Sitzung am 3. Oktober 1918 ein. Meißner kann nachweisen, dass dieses Verhalten Trotzkis in der »trotzkistischen« Literatur bis heute verschwiegen oder gekittet wird.³

Meißner widmet sich im Folgenden kurz und prägnant Trotzkis Leistungen als »Gründer der Roten Armee und Heerführer«. Es ist ein Kuriosum in der sowjetischen Geschichtsschreibung, dass seit den 1930er Jahren Trotzkis führende Rolle als Militär faktisch negiert wurde. Zumal wie Lenin sagte, es eine Armee war, die zum »ersten Mal in der Geschichte des weltumspannenden Kampfes [...] sich von der Idee des Kampfes für die Befreiung der Ausgebeuteten leiten« ließ. Werde sie entsprechend organisiert und ausgebildet, wobei Trotzki als Volkskommissar für militärische Angelegenheiten und Vorsitzender des Obersten Kriegsrates, die Verantwortung trug, »wird die Russische Sowjetrepublik unbesiegbar sein.«⁴ In diesem Zusammenhang lässt Meißner Trotzkis Vorgehen gegen die Ereignisse in Kronstadt 1921 unerwähnt, die Lenin als »kleinbürgerliche Konterrevolution« charakterisierte. Noch 1938 verurteilte Trotzki das »Zetergeschrei um Kronstadt« in den bürgerlichen Kreisen, dass dazu da sei, »die einzige echte revolutionäre Bewegung zu kompromittieren, eine Bewegung, die niemals widerrufen, sich nie mit ihren Feinden arrangiert hat, und die allein die Zukunft repräsentiert«⁵.

Ausführlich beschäftigt sich Meißner mit den theoretischen Arbeiten Trotzkis und ihrer Wirkung in der Arbeiterbewegung

als »Trotzkismus«. Meißner zeichnet zunächst die Entwicklung des »Trotzkismus« in »zwei Etappen« anhand der politischen Kämpfe in der Führung der Bolschewiki in den ersten Jahren der Sowjetunion nach. Die personelle Komponente dieses Konfliktes war die Rivalität »zweier hervorragender Führer« des damaligen ZK, Trotzki und Stalin.⁶ Er zog sich hin über den Bürgerkrieg, die Gewerkschaftsfrage, die Einführung der NÖP und den Versuch der »Durchbrechung des Außenhandelsmonopols«. Meißner schildert, wie Lenin dieses personelle Problem, dass die Potenz der Spaltung der Partei inne hatte, erkannte und letztendlich versuchte, es durch eine Ablösung Stalins als Generalsekretär zu lösen. Das sollte ihm aber nicht mehr gelingen, und so brach kurz nach seinem Tod der Konflikt zwischen Stalin und Trotzki offen aus. In der KPR sowie in der Kommunistischen Internationale war Trotzki schnell isoliert und sah sich einer von Stalin geführten Kampagne gegenüber, die unter folgender Parole verlief: »Leninismus oder Trotzkismus«.

Trotzki lies diese Angriffe gegen sich nicht nur relativ unbeantwortet und verhielt sich defensiv bis passiv, was ihm Meißner als »selbstzerstörerisch« ankreidet. Er erarbeitete zudem mit Stalin und Kamenew im Kontext der »Erklärung der 46 Oppositionellen« eine Resolution aus, die die Einheit der Partei festigen sollte. Ein Grund für dieses Verhalten sieht Meißner in dem Verständnis Trotzki von »Parteidisziplin«. Trotzki hatte aber in dieser Frage, betrachtet man sein ganzes politisches Leben, erhebliche Standpunktverschiebungen. 1910 kritisierte ihn Lenin im innerparteilichen Kampf, dass er »nichts« repräsentiere, »lediglich seine persönlichen Schwankungen«.⁷ Später in der Frage der »Arbeiteropposition« hatte Trotzki sich nach einem Streit mit Lenin vereint und geäußert, dass, »wer nicht versteht, dass man sich vereinigen muss, der wendet sich gegen die Partei; natürlich werden wir uns vereinigen, weil wir der Partei ergeben sind.« Nach seiner Ausweisung aus der Sowjetunion gründete er dagegen die spalterische IV. Internationale, die er als »Krönung seines Lebenswerkes« betrachtete.⁸

Denkt man an Trotzki's Theorie, so erinnert man sich vor allem seiner Arbeiten über die »permanente Revolution«, verbunden mit der grundlegenden Kritik an dem »Aufbau des Sozialismus in einem Lande«. Diese beiden Annahmen Trotzki's blieben nicht nur eine Konstante in seinen Ansichten bis zu seinem Tod, sondern bilden bis heute die Grundpfeiler »trotzkistischer« Kritik am Marxismus. Die Theorie der »permanenten Revolution« zerlegt Meißner in drei Aspekte, dem »Übergang von der bürgerlich-demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution«, der Möglichkeit »des Sozialismus in einem Lande« und »das Problem der Weltrevolution«, denen er jeweils ein Kapitel seiner Analyse widmet.

Meißner meint, dass Trotzki's mit seinem Verständnis des »Überganges von der bürgerlich-demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution« in einer Reihe mit Lenins theoretischen Arbeiten zu nennen ist, woraufhin Trotzki mit den April-Thesen von 1917 »sofort an Lenins Seite steht«.

Das mag oberflächlich gesehen stimmen. Meißner vergisst jedoch, dass Trotzki 1904 im Bunde mit Parvus, in diesem »Übergang«, die Hegemonie des Proletariats und das Bündnis mit der »überwältigen Mehrheit« des russischen Volkes, der »Masse der kleinbürgerlichen armen Bevölkerungsschichten«, den Bauern, in der »revolutionären Diktatur« verneinte, was ihn auf den Pfad des »Revolutionismus« führte. 1909 kritisierte Lenin, dass der »grundlegende Fehler Trotzki's« darin bestand, »dass er den bürgerlichen Charakter der Revolution ignoriert, dass er hinsichtlich der Frage des Überganges von dieser zur sozialistischen Revolution keine klare Vorstellung hat«, er die Bewusstheit der Bauernschaft und ihre aktive Rolle in der Revolution grob unterschätzte. Und 1915 bemerkte Lenin, dass Trotzki seine »originelle« Theorie aus dem Jahre 1905 wiederholte ohne sich darüber Gedanken zu machen, warum »das Leben zehn volle Jahre an dieser wunderbaren Theorie vorbeigegangen ist.« Er übernahm »von den Bolschewiki den Appell zum entschlossenen revolutionären Kampf des Proletariats, [...] von den Menschewiki aber die »Negierung« der Rolle der Bauernschaft.« Und gerade im Bezug auf die berühmten April-Thesen wies Lenin den Vorwurf zurück, er hätte die Forderung aufgestellt: »Weg mit dem Zaren, her mit der Arbeiterregierung«, wie es die Losung von Parvus und Trotzki 1905 war. Man kann daher nicht, wie Meißner konstatiert, diesem »ersten Teil der Theorie der permanenten Revolution« aus marxistischer Sicht zustimmen.⁹

In diesem Zusammenhang stellt Trotzki die These auf, dass wegen der Zersplitterung und Schwäche der russischen Bauernschaft eine »nationale« Revolution unmöglich sei, da das revolutionäre Proletariat seinen eigenen Kräften überlassen, entweder von der Konterrevolution zerschlagen wird oder sich auf die sozialistische Revolution in Europa stützen muss. Der »bürgerlichen Nation« steht das russische Proletariat somit »entgegen«.¹⁰ In dieser These ist schon der Keim der Kritik Trotzki's am »Aufbau des Sozialismus in einem Lande« zu erkennen, eine Annahme die Meißner richtig als haltlos bewertet. Zudem ist es eine hartnäckige Legende der »Trotzkisten«, dass die Möglichkeit des Sozialismus in einem Lande, von Stalin und Bucharin im Gegensatz zu Lenin konzipiert wurde. Marxistische Theorie und Praxis stehen dieser Geschichtsfälschung entgegen, wie Meißner aufzeigt. Es war natürlich so, dass Lenins »Hoffnungen« für den »endgültigen Sieg des Sozialismus«, den »vollen Sieg des sozialistischen Proletariats«, auf der sozialistischen Revolution in Europa und der »internationalen Arbeiterrevolution«, auf der Weltrevolution ruhten. Nur gestaltete sich die Geschichte komplizierter als die Bolschewiki annahmen.¹¹ Trotzki unterschätzte, wie Meißner nachweist, die Potenzen der Kapitalisten, ihre Macht ökonomisch, sozial, politisch und ideologisch abzusichern und überschätzte die Kraft der »fortgeschrittenen Arbeiter«, insbesondere in den faschistischen Staaten, die Revolution zu entfachen. 1923 musste Lenin resümieren, dass es den Imperialisten gelungen war, die Revolution in Europa zu ersticken und Russland zu verwüsten und politisch wie

wirtschaftlich zu isolieren. Ein unmittelbarer Übergang zum Sozialismus, die sofortige Entfaltung der »gigantischen Kräfte des Sozialismus«, wurde damit hinausgezögert. Während die Bolschewiki bei allen Fehlern sich den konkreten Problemen in Russland stellten, die richtige Taktik zu ihrer »Rettung« einschlugen, entfernte sich Trotzki mehr und mehr von einer marxistischen Politik. »Mit seinem Konzept der Weltrevolution«, meint der Autor, ging er »den Weg zurück von der Wissenschaft zur Utopie«.¹²

Das nächste Kapitel widmet Meißner der Auseinandersetzung Trotzki's mit der KPdSU unter Stalin. Meißner bemerkt zwar, dass eine »umfassende Geschichte der Sowjetunion« aus marxistischer Sicht erst noch geschrieben werden muss, verfällt dann aber doch an einigen Stellen in eine allgemeine abschließende Bewertung. Die Rolle Stalins ist dagegen bis heute in der Linken umstritten, die Trotzki in gewisser Weise festgelegt. Nach seinem Gang in das Exil, hatte sich Trotzki in mehreren Schriften mit der Analyse der Lage in der Sowjetunion befasst. Bereits 1928 hatte Trotzki in seinem Buch »Die wirkliche Lage in Russland«, gegen die »bürokratische Clique«, gegen den »Stalinismus« gewettert, gleichzeitig sich aber gegen den sog. »Trotzkismus« verwahrt. Und schon in diesem Buch merkt der Leser bei manch scharfer Analyse, dass die persönliche Rivalität mit Stalin, eine sachliche Auseinandersetzung mit der Thematik überlagert und somit zu irigen Annahmen führt.¹³ Meißner konzentriert sich in seinen Ausführungen auf Trotzki's Buch *Verratene Revolution* (1936), in dem eine ökonomische und soziale Analyse der Sowjetunion geboten wird, die mit der Feststellung endet, dass sich eine »neue soziale Schicht [...] gegenüber dem Volk verselbständigt« habe, die sogenannte »Sowjetbürokratie«. Die Bürokratisierung, die Entfernung der Partei von den Interessen der Massen, ist ein Problem, dass die gesamte Geschichte der sozialistischen Gesellschaften durchzieht, und die auch Stalin »tief bewegte« und wofür er Lösungen suchte. In vielen Bereichen war die sowjetische Gesellschaft in den 1930er Jahren zudem demokratischer und dynamischer als das sozialistische Lager in Europa nach 1953.¹⁴ Kein Marxist wird die Fehler der Sowjetunion unter Stalin negieren wollen. Jedoch macht man es sich zu einfach, den Terror, der vor allem einen großen Teil der Nomenklatura erfasste, zu verabsolutieren und die Unzulänglichkeiten der Sowjetdemokratie allein auf die »persönliche Diktatur« Stalins und ihre Folgen zu reduzieren. Das ist keine materialistische Geschichtswissenschaft. Nicht nur, dass man damit in Versuchung gerät, allgemein die Politik der Sowjetunion bis 1953 zu diskreditieren, zudem geraten dadurch Kritiker, und so auch Trotzki, wie Meißner nachweist, auf den Weg der bürgerlichen Ideologie des Totalitarismus, der Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus.

Eine »Befreiung« der Sowjetunion von der »Kremlclique«, deren proletarischen Charakter Trotzki nie leugnete, sah er in der »Weltrevolution unter Führung der Vierten Internationalen«. Meißner meint, dass die Gründung »dieser Weltpartei

der sozialistischen Revolution« eine nicht ganz abwegige organisatorische und politische Antwort Trotzki's, auf die Fehleinschätzung der internationalen Lage durch die KI und die Fehlentwicklungen in der Sowjetunion war. Er ist sogar der Meinung, dass Trotzki »in den Jahren 1924 bis 1927« eher Chancen hatte, eine »solche Partei aufzubauen«. Die weitere Entwicklung zeigt jedoch, dass diese Organisation eine Geschichte der Spaltung, Unterwanderung (Entrismus) und Desorganisation der Arbeiterklasse ist, eine Organisation deren Programmatik während der Zeit des antifaschistischen Kampfes der Sowjetunion, in der faktisch konterrevolutionären Losung gipfelte: »Für den Sozialismus! Für die Weltrevolution! Gegen Stalin!«. Diese »Geistesblitze« verstanden selbst treue Anhänger Trotzki's in der Sowjetunion nicht mehr. Dass Trotzki mit einer solchen Politik dem Umgang Stalins mit Verschwörungen Vorschub leistete, ist nicht von der Hand zu weisen.¹⁵

Die Politik der IV. Internationalen beruhte vor allem auf der theoretischen Konfusion Trotzki, wie die von Meißner gezeichnete Geschichte des »Trotzkismus« nach dem Tod von Trotzki bis in die Gegenwart, insbesondere in Deutschland, belegt. Es gelang dieser Bewegung nie, eine welthistorische Rolle zu spielen, dafür aber eine gewisse Langlebigkeit aufzuweisen. Mit Trotzki's Erbe in der BRD hat heute die Partei DIE LINKE in Form der SAV zu kämpfen.

Zusammenfassend ist Herbert Meißner zu danken, dass er Trotzki wieder in die marxistische Diskussion gebracht hat und Anregungen gibt, sich mit ihm und der Politik der Bolschewiki genauer zu befassen. Seine Person und sein Handeln sind untrennbar mit der Oktoberrevolution, aber auch mit der Geschichte der Spaltung der Arbeiterbewegung verbunden. Seine Abweichungen vom Marxismus führten ihn zu Subjektivismus und »Revolutionarismus« und damit zu einer »übermäßigen Vorliebe für rein administrative Maßnahmen«. Das lag wohl nicht zuletzt in der Persönlichkeit Trotzki's begründet, wobei Lenin richtig bemerkte, dass man seinen »Nichtbolschewismus« ihm nicht als »persönliche Schuld« anrechnen kann.¹⁶

Die nachträgliche Konstruktion einer »trotzkistischen Verschwörung« bis in die vorrevolutionäre Zeit Russlands, wie es seit dem »Kurzen Lehrgang« in der sowjetischen Geschichtsschreibung üblich war, wird, wie Meißner zeigt, nicht der Person Trotzki's gerecht und genügt nicht dem wissenschaftlichen Anspruch des Marxismus.

Stephan Jegielka

1 In John Reeds *10 Tage die die Welt erschütterten* wird Trotzki neben Lenin und Lunatscharski zu den Führern der Bolschewiki gezählt. Lenin empfahl Reeds Buch über die Oktoberrevolution »ohne Einschränkungen« den Arbeitern der Welt. Der Dietz Verlag, der an diesem Buch nicht vorbei kam, und es in mehreren Auflagen veröffentlichte, kommentierte Trotzki's Wirken als »zentristische Richtung«. Trotzki sei »insgeheim« ein Liquidator gewesen und habe später »einen erbitterten Fraktionskampf gegen die Leninsche Parteilinie« geführt. Sie-

- he John Reed, 10 Tage die die Welt erschütterten, Berlin 1960, S. 19, 38–39. Auch für Stalin war »Trotzki nach Lenin der Populärste in unserem Lande« (Georgi Dimitroff, Tagebücher 1933–1943, Berlin 2000, S. 162).
- 2 Trotzki kommt in dieser Darstellung allerdings nicht gut weg. Ihm wird vorgeworfen, 1917 zwar nicht gegen die Aufstandsresolution gestimmt zu haben, aber durch seinen Änderungsantrag den Aufstand auf den Tag der Eröffnung des II. Sowjetkongresses gelegt und damit sein Scheitern heraufbeschworen zu haben. Ihm wird zudem zur Last gelegt, den Aufstandstermin in der Sitzung des Petrograder Sowjet heraus posaunt zu haben. Seine Unterstützung Lenins beim Boykott des Vorparlaments und Führung des Revolutionären Militärkomitees wird glatt unterschlagen. Diese Darstellung deckt sich auch nicht mit Lenins Äußerungen zu diesen Vorgängen der u. a. Trotzki's Rede im Petrograder Sowjet gut heißt. Siehe Lenin, Aus dem Tagebuch eines Publizisten, in: LW 26, Berlin 1961, S. 40; Lenin, Brief an das Zentralkomitee der SDAPR, in: LW 26, Berlin 1961, S. 211; Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang, Berlin 1952, S. 254–257, S. 348; Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, KPDSU, Berlin 1971, S. 7.
 - 3 Lenin sah die Rolle Trotzki's in der Frage Brest-Litowsk differenziert. Er lobte Trotzki's Verhandlungen in Brest aus agitatorischer Sicht als »ausgezeichnet« und meinte, das Hinauszögern der Verhandlungen mit den Deutschen sei »richtig« gewesen. Falsch lag dagegen Trotzki mit seiner Taktik, den Zustand des Krieges für beendet zu erklären, aber den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen. Siehe Lenin, Siebenter Parteitag der KPR(B), in: LW 27, Berlin 1960, S. 100. Im »Kurzen Lehrgang« wird die Interpretation von Trotzki's Handlung zu der These zugespitzt, er sei in den Verhandlungen von Brest-Litowsk Verbündeter des »ruchlosen« Treibens aller »Konterrevolutionäre« gewesen. Er stand mit seinem »Handlanger Bucharin« sowie Radek und Pjatakow »an der Spitze einer parteifeindlichen Gruppe«. Siehe Kurzer Lehrgang, S. 269–274. In den 1970ern wird Trotzki's Politik in der Geschichte der KPDSU als »verräterischer Schritt« gebrandmarkt. Siehe Geschichte KPDSU, S. 301.
 - 4 Lenin, Dritter Gesamtrussischer Sowjetkongress, in: LW 26, Berlin 1961, S. 463–464.
 - 5 Lenin, Die Vereinigung der Partei im Ausland, in: LW 32, Berlin 1962, S. 182–183. Trotzki, Das Zetergeschrei um Kronstadt, 1938, URL: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1938/01/kronstadt.htm>, Stand 09. November 2011.
 - 6 Lenin, Brief an den Parteitag, in: LW 36, Berlin 1962, S. 579.
 - 7 Lenin, Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung, in: LW 16, Berlin 1961, S. 398.
 - 8 Lenin, X. Parteitag KPR (B), in: LW 32, Berlin 1961, S. 205
 - 9 Lenin, Sozialdemokratie und provisorische revolutionäre Regierung, in: LW 8, Berlin 1958, S. 282–285; Lenin, Das Kampfziel des Proletariats in unserer Revolution, in: LW 15, Berlin 1963, S. 371–375; Lenin, Briefe über die Taktik, in: LW 24, Berlin 1959, S. 31–32; Lenin, Über die zwei Linien der Revolution, in: LW 21, Berlin 1960, S. 426–427. Trotzki sieht die Politik »der Bauernschaft infolge ihrer sozialen Heterogenität, ihrer Zwischenstellung und Primitivität« als »völlig unbestimmt« und »ungeformt«. Wenn »die Macht an das Proletariat übergeht, wird der Bauernschaft nichts anderes übrigbleiben, als sich dem Regime der Arbeiterdemokratie anzuschließen. Mag sie hierbei auch nicht mehr Bewusstsein zeigen als bei dem ihr geläufigen Anschluss an das Regime der Bourgeoisie!« (Leo Trotzki, Ergebnisse und Perspektiven, 1906, URL: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1906/erg-pers/index.htm>, Stand 09. November 2011)
 - 10 Lenin, Über die zwei Linien der Revolution, in: LW 21, Berlin 1960, S. 426–427.
 - 11 Lenin, Die Erzreaktionäre vom 3. Juni sind für die sofortige Offensive, in: LW 25 1960, S. 37–38; Lenin: Rede auf einer Kundgebung im Chamowniki-Bezirk, 26. Juli 1918, in: LW 27, Berlin 1960, S. 556; Lenin, Lieber weniger, aber besser, in: LW 33, Berlin 1962, S. 487–490.
 - 12 Lenin, Lieber weniger, aber besser, in: LW 33, Berlin 1962, S. 487–490.
 - 13 Trotzki, Die wirkliche Lage in Russland, Dresden 1928, S. 7–17. Die von Trotzki im Exil veröffentlichten »Bulletins« fanden in Stalin einen aufmerksamen Leser. Siehe Isaac Deutscher, Stalin, Berlin 1990, S. 448.
 - 14 Robert C. Tucker, Einführenden Kommentar, in: Lars T. Lih, Stalin Briefe an Molotow 1925–1936, Berlin 1996, S. 25 f.; Karl Schlögel, Terror und Traum Moskau 1937, München 2008; Branko Mitwovic, Studying renaissance architectural theory in the age of stalinism, in: I TATTI STUDIES Essays in the Renaissance, 12 2009, S. 259–263.
 - 15 Siehe auch die Verschwörung Tuchaschewski, die Meißner unverständlich völlig negiert (Deutscher, Stalin, S. 486–487).
 - 16 Lenin, Brief an den Parteitag, in: LW 36, Berlin 1962, S. 579.

THEMA

RASSISMUS IN DER KRISE

ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 60/2012 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00

ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de



Gegen Nazis sowieso

Yves Müller, Benjamin Winkler, Gegen Nazis sowieso. Lokale Strategien gegen rechts, Crashkurs Kommune 6, herausgegeben von Katharina Weise, VSA Verlag, Hamburg 2012, 112 Seiten.

Mit der neuen Ausgabe der Reihe Crashkurs Kommune, herausgegeben von der Rosa Luxemburg Stiftung, ist ein wichtiges Handbuch für Akteure im kommunalpolitischen Raum erschienen. Anknüpfend an den Titel Gegen Nazis sowieso, geht es nicht nur um Neofaschismus bzw. den sogenannten »Rechtsextremismus«, sondern darüber hinaus um die verschiedenen Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Form der Pro-Parteien bis hin zu rechtsoffenen Wählervereinigungen. Die Autoren Yves Müller und Benjamin Winkler stellen in fünf Kapiteln Erscheinungsformen, Strategien und kommunale Arbeit von rechts Außen vor, und ergänzen mögliche Gegenstrategien der demokratischen Akteure.

Das Buch macht deutlich, dass Rechtspopulismus keinesfalls unterschätzt oder bagatellisiert werden darf. Rechtspopulisten, vor allem in Form der »Pro«-Parteien, greifen oft vorhandene Stimmungen in der Bevölkerung auf, und heizen diese an. Islamfeindliche und kulturrassistische Ressentiments werden von ihnen befördert. Die Warnung vor einer Islamisierung Europas, die Forderung nach Abschiebung ausländischer Straftäter oder die Formulierung »Nur wer arbeitet, soll auch essen« gehören zu ihrem Repertoire. Dafür benutzen sie vor allem die Kommune als ihre Bühne. Zusammen mit der NPD, die nach eigenen Angaben über 400 kommunale Mandate aufweisen kann, und den Wählervereinigungen, in denen sich nicht selten enttäuschte CDU-Rechtsaußen sammeln, ergibt sich ein breites Spektrum, das bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Mit zahlreichen Beispielen stellen Müller und Winkler die unterschiedlichen Strategien vor, und bleiben dabei nicht bei den kommunalen Gremien, sondern widmen sich ebenso dem außerparlamentarischen Bereich und dem vorpolitischen Raum (Umweltschutz, Wohlfahrt, Jugendfreizeit usw.). Dazu werden für viele Bereiche zum Teil bereits mehrfach erprobte Gegenstrategien seitens der demokratischen Akteure vorgeschlagen. Das Buch ist, von einzelnen Passagen abgesehen, in einer klaren Sprache geschrieben und durch die vielen Beispiele gut lesbar, anschaulich und verständlich. Die Wunderwaffe gegen rechts wird die Leserin/der Leser zwar vergeblich suchen. Doch die Empfehlungen sind vielfältig. So gibt es einen Überblick über mögliche Fördergelder, der gleichzeitig kritisch beleuchtet wird, was zum Beispiel die Auseinandersetzung mit der sogenannten »Extremismusklausel« betrifft, Hinweise für eine erfolgreiche Bündnisarbeit, rechtliche Tipps für den Ausschluss von Neona-

zis von Veranstaltungen, es wird erinnert, wie wichtig die Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt ist, dass »Aussitzen« oder »Bagatellisieren« nicht hilfreich seien, und dass zu viel Harmonie in der Kommune und Konsensdemokratie entpolitisierend wirken, und somit Rechtspopulisten eher den Weg ebnen. Kern der Gegenstrategien, so wird mehrfach betont, ist allerdings die »Etablierung einer demokratischen Kultur«. Dazu gehören unter anderem eine transparente Kommunalpolitik, Zurückdrängung sozialer Segregationsprozesse, Erhalt kommunaler Infrastruktur, und kommunales Wahlrecht auch für Migrantinnen und Migranten. Probleme nicht unter den Tisch kehren, sondern offen aussprechen, und sie damit nicht den Rechten und ihrer Deutung überlassen, sondern selbst den Diskurs bestimmen vor dem Hintergrund der eigenen demokratischen und humanistischen Werte.

Gegen Nazis sowieso ist ein kompaktes Handbuch, das den Anspruch eines Crashkurses voll erfüllt. Für die Expert_innen auf diesem Gebiet wenig neues, aber dafür umso mehr ein Buch, dass man Kolleg_innen, Genoss_innen und Mitstreiter_innen in der kommunalen Arbeit in die Hand drücken sollte. Vor allem, um einer der Herausforderungen im Umgang mit Rechten zu begegnen, die von den Autoren besonders benannt wurde: Ermüdungserscheinungen, die auftreten, wenn das Themengebiet einzelnen überlassen wird. Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und neonazistischer Ideologie ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe.

Julia Wiedemann

VSA: Argumente gegen Rechts



232 Seiten | € 14,80
ISBN 978-3-89965-484-4

Freerk Huiskens

Der demokratische Schoß ist fruchtbar...

Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus

»Dass die Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) jahrelang ungehindert morden konnten, galt in Deutschland als Überraschung. Die Täter werden meist als Außenseiter dargestellt, deren Denken und Handeln mit dem Normalbetrieb des Kapitalismus in Deutschland nichts zu tun hat. Weniger überrascht war Freerk Huiskens. In seinem Buch weist er auf die gemeinsame nationale Grundlage demokratischen und neonazistischen Denkens hin.« (Jungle World)

www.vsa-verlag.de

Rechte ins Abseits stellen: Zur Verteidigung des Fußballs¹

Ronny Blaschke, Angriff von Rechtsaußen. Wie Neonazis den Fußball missbrauchen, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 2011, 224 Seiten.

Im Sommer 1983 saß ich auf einer Schaukel im Garten meines Onkels und meiner Tante in Gablitz, einer kleinen niederösterreichischen Marktgemeinde in der Nähe Wiens. Ich war elf Jahre alt. Neben mir lag eine aufgeschlagene Zeitschrift mit einem Artikel zur Borussiafront, die Anfang der 1980er Jahre mit extrem rechten Parolen und offener Gewaltzelebrierung dem Fußballfans in Deutschland ein neues Gesicht verlieh. Mein Onkel gesellte sich zu mir und schielte auf die kahl rasierten BVB-Anhänger: »Machen die dir Angst?« Mutig genug, die Wahrheit zu sagen, meinte ich »Ja«. Mein Onkel, 1,96 groß und hundert Kilo schwer, meinte: »Mir auch.« Ich war beruhigt. Die Borussiafront wird auch in Ronny Blaschkes *Angriff von Rechtsaußen. Wie Neonazis den Fußball missbrauchen* erwähnt. Allerdings als historische Fußnote. Blaschke, einer der engagiertesten Fußballjournalisten Deutschlands, konzentriert sich in dieser Sammlung von Artikeln und Interviews auf die gegenwärtigen extrem rechten Unterwanderungsversuche im Fußballbereich: Wir lesen über Fangruppen wie die *Blue Caps* beim 1. FC Lokomotive Leipzig, den NPD-Schiedsrichter Stephan Haase aus Lüdenscheld und den thüringischen Amateurverein SG Germania.

Blaschkes Texte verdeutlichen, wie sehr sich extrem rechte Aktivitäten in die unteren Ligen verlagert haben. Die weitgehende – wenn auch keineswegs vollständige – Zurückdrängung extrem rechter Akteure im Profifußball hat mehrere Gründe. Zunächst die vorbildhafte antifaschistische Arbeit im Fanbereich, die seit über fünfzehn Jahren wesentlich von BAFF koordiniert wird – einst *Bündnis antifaschistischer Fußballfans*, heute *Bündnis aktiver Fußballfans*, wobei mit der Namensänderung keineswegs die klare Positionierung gegen Rechts aufgegeben wurde. Dann das – nicht zuletzt von der Fanarbeit angeregte – antirassistische Engagement des DFB, das sich vor allem auf die medienpräsenten Profiligen konzentriert. Und schließlich der Einsatz der Vereine, denen ein extrem rechtes Umfeld bei Sponsorenverhandlungen nicht unbedingt dienlich ist. Im Gegensatz dazu fehlen im Amateurbereich oft linke Fangruppen, der DFB schickt keine achtsamen Vertreter_innen und die Vereine haben nicht die Ressourcen, und manchmal auch nicht den Willen, antifaschistische Mindeststandards auf den Sportplätzen durchzusetzen. Blaschke schildert die Konsequenzen,

die sich daraus für Vereine wie den Roten Stern Leipzig, Türkiyemspor Berlin oder TuS Makkabi Frankfurt ergeben, deren Spieler sich immer wieder Beleidigungen, Drohungen und selbst tätlichen Angriffen ausgesetzt sehen.

Eine besondere Herausforderung für linke Fußballfans ergibt sich aus der Tatsache, dass viele der Argumente, mit denen die im Fußballbereich engagierten Rechten ihre Arbeit legitimieren, linken Argumenten durchaus nahe kommen. So etwa, wenn Klaus Beier, Geschäftsführer der NPD, meint: »Mit den Jahren schritt die Kommerzialisierung im Profifußball immer weiter voran. Durch Millionentransfers der Spieler ist mir die Lust vergangen, dieses Geschacher habe ich nicht mehr ertragen. Inzwischen konzentriere ich mich auf die unteren Ligen, dort ist der regionale Bezug noch vorhanden.« (S. 51) Oder wenn der NPD-Chef Nordrhein-Westfalens, Claus Gremer, die Bedeutung von Amateurfußballturnieren wie folgt unterstreicht: »Solche Veranstaltungen (...) sind wunderbar geeignet, den Zusammenhalt untereinander zu fördern.« (S. 46)

Die Kritik an der Kommerzialisierung des Fußballs ist ein altes rechtes Thema. Bereits die Nazis sprachen von der Zerstörung des Fußballs durch das »jüdische Kapital«, nachdem 1925 die erste Profiligen auf dem europäischen Kontinent vom SC Hakoah Wien dominiert wurde. Gleiches gilt für den Wert des »Zusammenhalts«, den der NPD-Mann Gremer auch unmittelbar mit der »Kameradschaftspflege« in Zusammenhang bringt. Letztlich unterscheiden sich die Probleme, die sich daraus für linke Positionen ergeben, jedoch nicht von den Herausforderungen, die rechte Kapitalismuskritik oder rechte Sozialismushuldigungen für die Linke allgemein stellen: Die eigenen Positionen müssen differenzierter reflektiert und deutlicher dargestellt werden.

In Bezug auf die Kommerzialisierung des Fußballs sind nicht alle Aspekte verwerflich. Die Professionalisierung des Sports hat Arbeiter_innen neue gesellschaftliche Räume eröffnet und das »Spektakel« Fußball hat wesentlich zur Pluralisierung eines einst beinahe ausschließlich männlichen und *weißen* Publikums beigetragen. Die politisch relevanten Fragen, die sich für Linke hier stellen, sind: Kommt es zu neuen Ausschlussformen, vor allem ökonomischen? Geht mit diesen Entwicklungen eine Demokratisierung in Verbänden und Vereinen einher? Hält die gewerkschaftliche Organisation mit der zunehmenden Prekarisierung von Fußballprofis Schritt, die den großen Sprung nicht schaffen? Kommt es zu einer Zweiklassengesellschaft innerhalb des Profifußballs? Welche

Auswirkungen hat die Kommerzialisierung auf den Fußball als Breitensport? Dies sind Themen, die linke Fans besetzen müssen, um sich von einem dumpfen »Kommerzialisierung ist Scheiße« und von einer reaktionären Deutung des populären Slogans »Gegen den modernen Fußball« abzugrenzen.

Auch gegen reaktionäre Besetzungen der so viel bemühten »Gemeinschaft« muss offensiv vorgegangen werden. Kollektive Erfahrungen und kollektives Handeln bleiben für linke Politik zentral und der Fußballsport kann hier wichtige Beiträge leisten. Der Unterschied zwischen dem linken und dem rechten »Kollektiverlebnis Fußball« hängt sich freilich am Verständnis des Kollektivs auf. »Volksgemeinschaft« hier, »Multitude« (oder »Meute« oder der Lieblingsbegriff des Lesers_ der Leserin) dort. Wie immer ist es notwendig, sich die rechte Rhetorik genau anzusehen. Aus einem relativ harmlosen Plädoyer für die Verankerung eines Sportvereins in seinem sozialen Umfeld kann beispielsweise im Handumdrehen rassistische Propaganda werden. So erinnert sich der NPD-Geschäftsführer Beier wehmütig an Zeiten, zu denen »Spieler für Fans greifbar« waren, was heute jedoch nicht mehr möglich sei, da »Spieler aus aller Welt für Millionen zusammengewürfelt« werden (S. 51). Was hat die Tatsache, dass Menschen aus aller Welt in einem Verein spielen, damit zu tun, die Spieler des Vereins für die Fans nicht greifbar sind? Ein Schweinsteiger beim FC Bayern ist nicht zugänglicher als ein Ribéry.

Hier wird, wie gewohnt, Migration für strukturelle Probleme verantwortlich gemacht. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass viele der Spieler, die ein Klaus Beier nicht in einer »greifbaren« Mannschaft sehen will, nicht »aus aller Welt zusammengewürfelt«, sondern in Deutschland geboren wurden und dort aufgewachsen sind – auch wenn ihre Namen, ihre Hautfarbe oder ihre Religion nicht in kleinkarierte Lokalmythologien passen mögen. Dasselbe gilt für viele Fans.

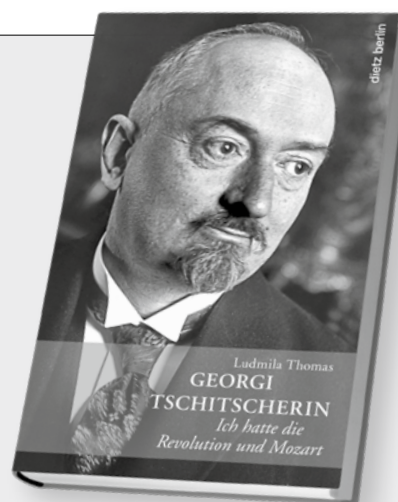
Der Kontakt zwischen Vorstand, Spielern und Anhängern bzw. die »lokale Verankerung« eines Vereins kann linker Politik durchaus zuträglich sein. Doch muss dies antirassistisch und »multikulturell« gedacht werden (zur linken Renaissance des verschmähten Multikulti-Begriffs trage ich angesichts der immer noch dümmen konservativen Angriffe auf ihn gerne bei). Dann lassen sich auf dieser Basis starke solidarische und integrative Kollektivformen entwickeln, die sich positiv auf eine breite antifaschistische Bewegung auswirken können. Ähnliche Potentiale liegen in selbstorganisierten Fußballvereinen und Fußballturnieren, in denen das Spiel dem sozialen Austausch dienen und zum Halt orientierungsloser Jugendlicher werden kann. Diese Potentiale werden nicht fragwürdig, weil auch Rechte versuchen, selbstorganisierte Fußballprojekte für ihre Zwecke zu nutzen – Rechte versuchen dasselbe mit Punk, Graffiti und HipHop-Klamotten. Die Linke darf diese Felder nicht einfach kampfflos abgeben. Die Aufgabe ist vielmehr, sie zu behaupten: mehr Fußballturniere zu veranstalten, mehr Spaß zu haben und, natürlich, schöner zu spielen (was angesichts bulldogästhetikkonformen rechten Haudrauffußballs nicht schwierig ist).

Manchmal geht in »Angriff von Rechtsaußen. Wie Neonazis den Fußball missbrauchen« der Bezug zum Titel etwas verloren. In Interviews wie jenen mit Halil Altintop oder Yves Egenrauch oder in den Beiträgen zur Geschichte des jüdischen Fußballs oder zum Antiziganismus in Ungarn kommen Neonazis im Fußball gar nicht oder nur am Rande vor. Gleichzeitig fokussieren einige Artikel, etwa zu extrem rechten Symbolen oder zur Rockband Kategorie C, vor allem auf rechte (Jugend)kultur und der Fußball wird eher zur Kulisse. Wer darauf besteht, auf jeder einzelnen Seite des Buches über nichts Anderes als neonazistische Aktivitäten im Fußballbereich zu lesen, mag sich daran stören. Wer jedoch bei dem Thema auch gerne weiter ausholt, den gesamtgesellschaftlichen Kontext miteinbezieht und allgemeine Fragen zu Diskriminierung im Fußball diskutiert, wird eher zur Freude Anlass finden. In jedem Fall trägt Blaschkes Ansatz dazu bei, dass Fußballleidenschaft für die Wertschätzung des Buches keine unbedingte Voraussetzung darstellt. Das Buch ist für all jene von Belang, die an extrem rechter Politik, ihren Strategien und ihrer Infiltrierung gesellschaftlicher Räume interessiert sind. Für die größte Verunsicherung bei der Lektüre sorgt Theo Zwanziger, dessen Interview einmal mehr die Frage aufwirft, wie ein DFB-Präsident und ehemaliger CDU-Landtagsabgeordneter zu derart vernünftigen Aussagen imstande sein kann.

Gabriel Kuhn

1 Die Rezension erschien zuerst bei kritisch-lesen.de (<http://www.kritisch-lesen.de/2011/09/rechte-ins-abseits-stellen-zur-verteidigung-des-fussballs/>).

dietz berlin



Ludmila Thomas

Georgi Tschitscherin

Ich hatte die Revolution und Mozart

Übersetzt aus dem Russischen von Helmut Ettinger
288 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, mit 25 Abb.
28,90 Euro, ISBN 978-3-320-02275-4

DVD zur NS – Zwangsarbeit

Zeitzeugen-Interviews für den Unterricht: Zwangsarbeit 1939–1945 – Erinnerung und Geschichte, Video-DVD & Lernsoftware, Bundeszentrale für Politische Bildung, 7 Euro.

Zeitgleich mit der Ausstellung »Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg« erschien ein Bildungspaket, das sich ebenfalls dem Thema widmet, herausgegeben von der Bundeszentrale für Politische Bildung und der Freien Universität Berlin in Kooperation mit dem Deutschen Historischen Museum und der Stiftung »Erinnerung – Verantwortung – Zukunft«. Die Box beinhaltet eine Video- und eine Lernsoftware-DVD. Ergänzend kann ein Lehrerheft bestellt werden.

Im Zentrum des pädagogischen Materials stehen fünf Zeitzeug_inneninterviews (jeweils 25 min. lang), bei deren Auswahl der Einsatzort, der Rechtsstatus der Zwangsarbeiter_innen, ihre Herkunft, ihr Geschlecht und die Bedingungen, unter denen die Zwangsarbeiter_innen leben und arbeiten mussten, berücksichtigt wurden. Das Thema soll in seiner ganzen Breite dargestellt werden. So unterscheiden die Autor_innen zwischen Zwangs- und Sklavenarbeit. Als Sklavenarbeiter_innen werden hier all jene Personen bezeichnet, die von der Vernichtung durch Arbeit bedroht waren und in Konzentrationslagern oder Ghettos, »unter brutalsten Verhältnissen leben mussten«. So wie die deutsch-jüdische Polin Helena Bohle-Szacki, die 1944 ins KZ-Ravensbrück deportiert wurde. Auch weniger bekannte Gruppen von Sklavenarbeiter_innen sind bei der Auswahl der Interviews berücksichtigt worden. Einer der fünf ist der Sinto Reinhard Florian, ehemaliger Häftling des KZ-Mauthausen. Die Video-DVD enthält zudem zwei Hintergrundfilme, die einerseits über das Onlinearchiv »Zwangsarbeit 1939–1945« informieren, andererseits Basiswissen über Zwangs- bzw. Sklavenarbeit, Rückkehr und Entschädigung informieren. Dabei wird nicht nur auf historische Aufnahmen zurückgegriffen. Über kurze Ausschnitte aus den einzelnen Interviews wird der Bezug zwischen den allgemeinen Informationen zum Themengebiet und dem individuellen Schicksal der fünf interviewten Zeitzeug_innen hergestellt. So finden sich hier die Schilderungen eines Transports nach Deutschland wieder, die auch Bestandteil des Interviews mit Victor Laville sind, ein ehemaliger französischer Zwangsarbeiter, der in Bayern festgehalten wurde. Alle Interviews wurden pädagogisch für den Unterricht aufgearbeitet. Sie sind in sechs Abschnitte gegliedert. Dazu zählen die Zeit vor Gefangennahme oder Verschleppung, die Zeit der Zwangs- bzw. Sklavenarbeit, die Befreiung und das Leben danach. Am Ende eines jeden Interviews findet sich eine Kurzbioographie.

Diese Daten sind auch Bestandteil der Lernsoftware der zweiten DVD. Die Interviews sind im Kapitel »Menschen« zu finden. Über eine gut strukturierte Bedienungsoberfläche erschließen sich die User_innen zahlreiche Hintergrundinformationen zu den Interviews. Dabei können sie sich folgender Hilfsmittel bedienen: Lexikon, Zeitleiste und Mediathek. Zu jedem Interview, gibt es Aufgaben, die zum interaktiven Erschließen der Thematik Zwangsarbeit einladen und damit verwandte Aspekte vertiefen. Anhand des Interviews mit Claudio Sommaruga, ehemals italienischer Militärinternierter, kann zum Beispiel die Frage erörtert werden, ob Sommaruga durch seine Weigerung für die Wehrmacht zu kämpfen, ein Widerstandskämpfer ist oder ob seine Entscheidung, die »eines Idioten« gewesen sei, wie er selbst nach dem Krieg angab. Doch nicht nur zu den einzelnen Biographien finden sich Arbeitsaufgaben auf der Lern-DVD. Auch zu den beiden Hintergrundfilmen wurde im gleichnamigen Kapitel verfügbares Lernmaterial erarbeitet. Es ermöglicht den Anwender_innen u. a. eine Auseinandersetzung mit der Methode des Zeitzeug_innen-Interviews. Ein Lehrerheft rundet das Bildungspaket ab. Es wartet mit einer fächerübergreifenden didaktischen Anleitung auf, die nahezu ein Drittel des Heftes einnimmt. Unter dem Motto: »NS-Zwangsarbeit ist besonders geeignet für den problem- und kompetenzorientierten Geschichtsunterricht« werden exemplarische Lerneinheiten vorgestellt und leichte Einstiege ins Thema präsentiert. Dem didaktischen Kapitel vorangestellt ist, ähnlich den DVD's, eine kurze Geschichte der NS-Zwangsarbeit. Die Methode der Oral History wird hier ebenfalls vorgestellt. Nötige Grundlagen werden so vermittelt. Der größte Teil des Lehrerheftes ist den Arbeitsmaterialien gewidmet, die zu allen fünf Zeitzeug_innen-Interviews ausgearbeitet wurden. Die Fragen und Arbeitsblätter sind für Schüler_innen ab der 9. Klasse ausgelegt. Zu jedem Interview gibt es, neben einer Kapitelübersicht des Films und den Lebensläufen der Zeitzeug_innen, einiges an Hintergrundmaterial. So erfährt man z. B. über Siniada Iwanowa Baschlai einiges mehr, als nur über ihre Zeit als »Ostarbeiterin« in Haushalt und Rüstungsindustrie. Außerdem werden konkrete Arbeitsvorschläge zu dem Interview mit Frau Baschlai vorgestellt. Je nach zur Verfügung stehender Zeit, können die Lehrenden auswählen, ob sie den Unterricht mit Film und Arbeitsblatt aus dem Lernheft gestalten oder das Zusatzmaterial, die Lernsoftware, miteinbeziehen und dem komplexen Thema, Zwangsarbeit im Nationalsozialismus, ein bis zwei Projektstage widmen. Die DVD ist zu 7 Euro, das Lernheft zu 3 Euro bei der Bundeszentrale für politische Bildung zu bestellen.

Roman Fröhlich

Zwangsarbeit und »Volksgemeinschaft« im NS-Regime

Volkhard Knigge, Rikola-Gunnar Lüttgenau u. Jens-Christian Wagner, Hrsg., Begleitband zur Ausstellung »Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg«, Weimar 2010.

Vor knapp zwei Jahren, im September 2010, eröffnete die viel beachtete Ausstellung »Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg« im Jüdischen Museum Berlin. Der Gesamtleiter des Projekts Volkhard Knigge (Stiftungsdirektor Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora), die Kuratoren Rikola-Gunnar Lüttgenau (Stellv. Stiftungsdirektor Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora) und Jens-Christian Wagner (Leiter der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora), der Projektkoordinator Jens Schley und zahlreiche weitere Mitarbeiter_innen hatten sich zum Ziel gesetzt, die Geschichte der Zwangsarbeit im NS »in all ihren Voraussetzungen, Entwicklungen und Ausprägungen darzustellen [...]« (S. 6). Erstmals sollte ein Überblick über dieses, in Europa einzigartige, Verbrechen gegeben werden. Neben der Ausstellung entstanden ein umfangreiches Internetportal (<http://www.ausstellung-zwangsarbeit.org/>) und ein Begleitband.

Dieser Band, herausgegeben von Knigge, Lüttgenau und Wagner, ist in zwei Teile gegliedert. Der Erste, umfangreichere, gibt die Ausstellung gekürzt wieder. Der zweite Teil enthält sechs Essays. Ein weiterer Unterschied zur Ausstellung fällt, wie bei deren Print-Versionen im Allgemeinen üblich, auf: Wer sich dem Thema nähern will, kann im Gegensatz zum Besuch der Schau, nicht mit dem Prolog, sondern mit der Einleitung des Bandes starten. Die Herausgeber, weisen hier auf die Schwerpunkte hin, die ihnen besonders wichtig waren: Einen Gesamtüberblick zu Zwangsarbeit im NS zu geben, der über das Kriegsende hinausreicht; besonderes Augenmerk auf die »Beziehungsgeschichte von Deutschen und Zwangsarbeitern« (S. 7) zu legen; und Zwangsarbeit als »Gesellschaftsverbrechen« zu werten, ohne einer Kollektivschuld das Wort zu reden.« (S. 8)

Um das vielschichtige Thema Zwangsarbeit für die Allgemeinheit zugänglicher zu machen, wurde auf über sechzig repräsentative Fallgeschichten zurückgegriffen, die den »sachlichen Kern« der Ausstellung bilden und sich auch im Begleitband wiederfinden. Den Fallgeschichten sind die zentralen Texte der Ausstellung zur Seite gestellt. So finden sich, dem Aufbau der Ausstellung folgend, im Begleitband, alle fünf Abschnitte der Schau wider:

»– Gewöhnung. Gewalt und Ausgrenzung vor dem Krieg (1933–1939). – Radikalisierung. Zwangsarbeit im besetzten Europa (ab 1939). – Massenphänomen. Zwangsarbeit im Deutschen Reich (1942–1945). – Befreiung. Aufarbeitung und Folgen der Zwangsarbeit. – Gerechtigkeit.«

Die einzelnen Abschnitte bauen aufeinander auf, erschließen sich den Leser_innen, die hier auch Betrachter_innen sind, aber auch einzeln. Jeder Abschnitt enthält weitere Unterpunkte, die mit exemplarischen großformatigen Fotografien und kurzen Texten eingeleitet werden. Die Abbildungen finden sich meist auf einer den folgenden Seiten wieder, kontextualisiert mit Hilfe kurz gehaltener Textpassagen, ergänzenden Fotografien und Abbildungen von Dokumenten zum Thema. So ist am Beginn des Unterpunktes »Volksgenossen und Ausgestoßene«, eine über die Doppelseite reichende Ablichtung zu sehen. Juda Rosenberg und Elisabeth Makowiak werden, im August 1935 mit Pappschildern um den Hals durch die vollen Straßen Gelsenkirchens geführt. »Rassenschänder« ist auf dem Schild zu lesen. Dank des Katalogformats von 20x27 cm wirkt das Foto besonders eindrucksvoll. Einige Seiten später erfolgt die Einordnung des Bildes in den Gesamtkontext. Nun wird deutlich, dass es sich um eine ganze Serie von Bildern handelt. Eines davon wurde in der Gelsenkirchener »Nationalzeitung« mit einem Artikel veröffentlicht, dessen Abbildung sich ebenfalls im Begleitband findet. Eine Seite weiter ist die Aussage eines SS-Scharführers zu lesen, aus der hervorgeht, dass er maßgeblich für die Verhaftung von Herrn Rosenberg und Frau Makowiak verantwortlich ist. Der den Abbildungen zur Seite gestellte Text erläutert, was auf den Bildern zu sehen ist, erklärt den Hintergrund des Abgebildeten. Großer Wert wurde hier, wie im ganzen Band auf die Quellenkritik gelegt. Propagandaphotos sind beispielsweise als solche gekennzeichnet.

Der szenische Zugang zum Thema, der bereits bei der Ausstellung verfolgt wurde, bestimmt auch den ersten Teil des Begleitbandes. Die abgedruckten Quellen nehmen dabei den größten Teil der rund 160 Seiten ein. Schritt für Schritt werden die zentralen Eckpunkte der Zwangsarbeit im NS abgehandelt, Fallbeispiel folgt auf Fallbeispiel. Der bereits angeführte Unterpunkt »Volksgenossen und Ausgestoßene« gehört zum grundlagenvermittelnden ersten Abschnitt »Gewöhnung. Gewalt und Ausgrenzung vor dem Krieg (1933–1939)«. Der ambivalente Charakter der Arbeit im NS, einerseits zentrales Element der »Volksgemeinschaft«, andererseits Mittel zur Demütigung, Bestrafung und Diskriminierung der

Ausgeschlossenen, steht im Mittelpunkt. Nicht nur anhand des Schicksals Juda Rosenbergs und Elisabeth Makowiaks werden die rassistischen und ideologischen Wurzeln des NS-Regimes verdeutlicht. Der zweite Abschnitt »Radikalisierung. Zwangsarbeit im besetzten Europa« widmet sich der Zeit von 1939 bis 1942. Mit Beginn des Krieges gelangten immer neue Arbeitskräfte unter den Einfluss der Besatzer. Deutsche Behörden, so wird am Beispiel des »Warthelandes« ersichtlich, organisierten notfalls mit brutaler Gewalt deren Einsatz. Viele deutsche Firmen expandierten in die eroberten Gebiete. Fallbeispiel: Daimler-Benz. Auch die Wehrmacht setzte Tausende von Kriegsgefangenen zur Arbeit ein. Anhand der bisher wenig bekannten Geschichte der serbischen Häftlinge und sowjetischen Kriegsgefangenen, die in Norwegen zur Arbeit gezwungen wurden, wird dies verdeutlicht. Wie stark ideologische und rassistische Grundsätze des NS den Einsatz von Zwangsarbeiter_innen bestimmten, vermittelt anschaulich der Unterpunkt des Abschnitts, in dem das Schicksal von sowjetischen Kriegsgefangenen, den europäischen Jüdinnen und Juden und den Sinti und Roma aufgezeigt wird. Zum Sterben verurteilt, erwies sich die Arbeit für wenige von ihnen tatsächlich, für die Meisten aber nur scheinbar als Rettungsanker. Die Verschleppung von Millionen Menschen zur Zwangsarbeit ins Reichsgebiet schließt den zweiten Abschnitt ab. Sowohl die Anwerbung »Freiwilliger« als auch auf die Durchführung von Razzien, Fallbeispiel Warschau, finden Berücksichtigung, wenn das rigorose Vorgehen deutscher Behörden bei der Rekrutierung von Zwangsarbeiter_innen vor Augen geführt wird.

»Massenphänomen. Zwangsarbeit im Deutschen Reich« heißt der dritte Abschnitt und umfasst die Zeitspanne von 1942 bis Kriegsende 1945. Den Beginn dieser Phase markiert das Ende der Blitzkriegführung. Dies führte zu einem stetig ansteigenden Bedarf an Arbeitskräften, bis zum Ende der NS-Herrschaft. Immer mehr Menschen aus den von Deutschen besetzten Gebieten wurden ins Reichsgebiet verbracht, um dort zu arbeiten. Durchgangslager wurden geschaffen, im Katalog findet sich das Fallbeispiel Berlin Wilhelmshagen. In den deutschen Städten entstanden ganze »Lagerkosmen«, München wurde von den Ausstellungsmacher_innen hier herausgegriffen. Leben und Leiden der Menschen, die in Rüstungsfabriken, aber auch in der Bau- und Landwirtschaft zur Arbeit gezwungen wurden, wird anhand der ihren Alltag bestimmenden Merkmale genauer dargestellt. Überwachung, Bestrafung und Gewalt prägten den nahezu immer unfreiwilligen Aufenthalt an den Einsatzorten. Hunger, aber auch Flucht und Widerstand, sind nur drei von einer ganzen Reihe von Phänomenen, die genauer erklärt und reich bebildert veranschaulicht werden. Unter der Überschrift »Totaler Krieg« und »Morde bei Kriegsende« wendet sich der Band den dunkelsten Kapiteln der Zwangsarbeiter_innengeschichte zu: Dem Einsatz von Kindern und Jugendlichen und von KZ-Häftlingen sowie den Massakern an Zwangsarbeiter_innen im Frühjahr 1945.

Die Geschichte der Zwangsarbeit im NS-Regime endete nicht im Mai 1945, dies wird im vierten Abschnitt des Begleitbandes deutlich. Wie in der Ausstellung fanden auch im Begleitband »Befreiung. Aufarbeitung und Folgen der Zwangsarbeit« Berücksichtigung. Die Wege, die die Verschleppten nach ihrer Befreiung einschlugen, waren sehr unterschiedlich. Sie führten für viele zurück in die alte Heimat. Am Fallbeispiel der Heimkehrenden in die Sowjetunion, hier standen die Zurückkommenden unter dem Verdacht der Kollaboration, wird dies deutlich. Für viele gab es keine Heimat mehr. Das Leben nach der Befreiung begann für sie in »Displaced Persons«-Lagern. Auf das Lager Föhrenwald wird näher eingegangen. Nicht nur die Opfer, auch die Täter_innen finden erneut Berücksichtigung. Neben einem Abschnitt über die Strafverfolgung nach der Befreiung vom NS-Regime wird der »lange Weg zur Anerkennung« nachgezeichnet. Statements aus Berichten von Zeitzeug_innen beschließen den ersten Teil des Begleitbandes. Den Herausgebern war es ein Anliegen, dass ehemalige Zwangsarbeiter_innen das »letzte Wort« (S. 7) haben

Die Ausstellung und auch ihre Zusammenfassung im Begleitband sind äußerst dicht. Vieles wird im ersten Teil des Bandes stark verkürzt dargestellt. Um einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit dem komplexen zu ermöglichen und um die angeführten Fallbeispiele in der aktuellen zeitgeschichtlichen Forschung zu verorten, wurden in den zweiten Teil des Bandes sechs Essays aufgenommen. Wagners Beitrag gibt in aller Kürze einen Überblick über die Geschichte der Zwangsarbeit im NS. Andreas Heussler widmet seinen Essay der »Genese des Forschungsgenres« der Thematik Zwangsarbeit in der NS-Kriegswirtschaft. Die vier folgenden Aufsätze vertiefen jeweils einen Aspekt des Themas Zwangsarbeit, der im ersten Teil des Begleitbandes bereits angerissen wurde. So geht Dieter Pohl auf die Zwangsarbeit im besetzten Osteuropa ein. Manfred Grieger wendet sich der Vernichtung durch Arbeit im NS-Zwangsarbeitersystem zu. Dietmar Süß schreibt über das Verhältnis von Zwangsarbeiter_innen und »Deutscher Volksgemeinschaft«. Abschließend fokussiert Constantin Goschler auf die Auseinandersetzung um Anerkennung und Entschädigung der Zwangsarbeiter_innen.

Allein diese sechs Essays sind sehr lesenswert. Sie geben den aktuellen Forschungsstand zur NS-Zwangsarbeit wider. Die Fallbeispiele aus dem ersten Teil des Begleitbandes bieten, auch für jene die zum Thema des Begleitbandes arbeiten, Neues. Die einzelnen Aspekte der Geschichte der NS-Zwangsarbeit werden sehr knapp dargestellt, vieles musste stark gekürzt, gar ausgelassen werden, um einen gelungenen Gesamtüberblick zu geben. Dies ist angesichts des Gesamtergebnisses verschmerzbar.

Horst Helas

»Deutschland als Ganzes« – Die »deutsche Frage« und die »Neue Ostpolitik« der Bundesrepublik

Christoph Koch, Der Schatten des Reiches. Von der geistigen Gefangenschaft republikanischer Teilidentität, in: »Vom Junker zum Bürger. Hellmut von Gerlach – Demokrat und Pazifist in Kaiserreich und Republik«, hrsg. von Christoph Koch, München 2009, S. 297–399.

Es könnte geschehen, dass diese hervorragende Untersuchung der 45-jährigen Gefechte um die Normalisierung der Deutsch-Polnischen Beziehungen und um die Anerkennung der gemeinsamen Grenze an Oder und Neiße aus der Feder von Christoph Koch von den Historikern und Polen-Forschern nicht oder zu spät entdeckt wird. Denn im Titel dominiert allein die Frage nach dem Geist jenes Staates, der für die Verzögerung und Verspätung des Geschehens verantwortlich war, während das konkrete deutsch-polnische Forschungsfeld hier im Titel dem Leser nicht ins Auge fällt.

Umso mehr besteht Veranlassung, auf die gelungene Verknüpfung von konkreter Polenpolitik und dem widerstrebenden Geist des handelnden Staates aufmerksam zu machen. Das große Verdienst besteht darin, die qualvolle Länge des Normalisierungsprozesses nicht nur beklagt und beschrieben zu haben, sondern erstmals den Blick auf die mentale Verfassung der westdeutschen Staatsmacht im Zusammenhang mit der Polen-Politik gerichtet zu haben. Andererseits ist der Titel »Der Schatten des Reiches« höchst geeignet, die Fachwelt darauf aufmerksam zu machen, dass es bei Koch um mehr als das Außenverhältnis der Bundesrepublik zu ihrem östlichen Nachbarn geht, nämlich dem Wesen nach um die Binnenbeziehung des Staates zu sich selbst.

Anknüpfend an die Forschungen von Hellmut von Gerlach – Demokrat und Pazifist in Kaiserreich und Republik – macht es sich Koch zur Aufgabe, am Gegenstand der Beziehung zu Polen das Verharren deutscher Staatlichkeit in der geistigen Gefangenschaft des »Reiches« zu veranschaulichen. Diese tiefgründige Fragestellung durchzieht die gesamte Arbeit und wird durch alle Stationen der Grenzregulierungsversuche konkret untersucht. Mit ihrem unterschwelligen Beharren auf der 1937er Grenze forderte die »Ostpolitik« über Jahre nicht weniger als eine territoriale Revision der zur Wirklichkeit gewordenen Verhältnisse an Oder und Neiße.

Zugleich – so wird anhand der Verträge von 1970 und 1990 gezeigt – konnte nicht mehr erreicht werden als ein Bekenntnis der BRD zum Gewaltverzicht, wozu es ohnehin keine Al-

ternative gab, und was für die Aufnahme der Bundesrepublik in die Westeuropäische Union und NATO (1954/1955) die Voraussetzung war. Diese Zweigleisigkeit – Revisionismus und Gewaltverzichtsbezeugung – kennzeichnete das Bestreben aller Bundesregierungen gegenüber Polen (S. 316) und war sich wiederholender Gegenstand der diplomatischen Auseinandersetzung.

Koch gelingt es, eine den Leser erfassende Spannung zu erzeugen, da er sein Hauptanliegen, »die geistige Gefangenschaft« des westdeutschen Teilstaates nicht aus den Augen lässt, aber zugleich durch seine genaue Kenntnis der verfassungsrechtlichen Vorgänge zu sehr differenzierten Aussagen im Konkreten gelangt. Er zieht die wichtigste Geschichtsliteratur heran, ohne die Darstellung durch Bekanntes zu belasten. Der Schlüssel ist die Wissensvermittlung über einen außergewöhnlich gründlichen und umfangreichen Anmerkungsapparat, der kaum eine bedeutsame Stimme auslässt. Koch gibt dem Leser eine Vorstellung des Adenauer-Staates, wo trotz Zurückhaltung der westlichen Verbündeten und ungeachtet einsichtiger Äußerungen aus dem konservativen Lager (z.B. Außenminister Heinrich von Brentano) die Politik der Nichtanerkennung der polnischen Westgrenze zementiert wurde. Der Autor gibt aber auch Einblick in die sich öffnende Kluft zwischen öffentlicher Bekundung des Anspruchs auf Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 und nicht-öffentlicher Einsicht in den tatsächlichen Verlust der Ostgebiete. Diese Frage der »deutschen Ostgebiete« diente damals als innenpolitisches Instrument der Erzielung des Staatsbewusstseins und der Sicherung von Wahlmehrheiten mit Hilfe der Umsiedler-Stimmen.

Interessant ist das Kapitel über die Einflussnahme der Kirche auf den deutsch-polnischen Dialog. Wie der Autor zeigt, wurde dieser schon 1962 durch das Tübinger Memorandum von acht namhaften Protestanten angeregt, das in seinem außenpolitischen Teil die Anerkennung des Verlustes der ehemaligen deutschen Ostgebiete und die Normalisierung der Beziehungen zu Polen forderte. Daran schloss sich eine Denkschrift der EKD vom 01. Oktober 1965 an unter dem Titel »Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn«. Als Antwort war die Denkschrift der katholischen Bischöfe Polens zu verstehen »Wir gewähren Vergebung und bitten um Verzeihung«, die eine Erörterung des tabuisierten Themas der »ziemie odzyskane« (der wieder gewonnenen Gebiete) in der polnischen Öffentlichkeit nach sich zog.

Endlich erschien 1968 das »Memorandum deutscher Katholiken«, das feststellte, dass eine Bundesrepublik, die sich der allgemeinen Entspannungspolitik der Staaten in Ost und West entzog, »zu einer Gefahr für die europäische Ordnung [...] würde« (S. 321). Die EKD machte geltend, man müsse einen »Ausgleich« suchen, was nach Koch die Zielsetzung einer auch partiellen Befriedigung der deutschen Erwartungen beinhaltete. Zugleich sollten – laut EKG – deutsche Rechtspositionen hintangestellt werden, da sie nicht mehr als »eine vorläufige« Verbesserung des Zusammenlebens erwarten ließen (S. 322). Zusätzliches Gewicht erhielt der Druck auf die Regierung durch den Einspruch von Karl Jaspers gegen die Forderung auf Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937: »Dieses Nichtanerkennen der Grenze ist an sich eine Friedensbedrohung« (S. 323).

Auch außenpolitischer Druck wurde wirksam, als Charles de Gaulle im September 1967 bei einem Polen-Besuch seine beharrliche Forderung nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wiederholte. Endlich wurden durch die Bildung einer nicht CDU-geführten Bundesregierung am 29. September 1969 im Ergebnis der Bundestagswahlen Voraussetzungen geschaffen, eine neue Ostpolitik zu entwickeln. Wie Koch betont, brauchte es für die SPD geraume Zeit, ehe sie sich von den bisher mitgetragenen deutschlandpolitischen Positionen des politischen Gegners löste. Willy Brandt hatte die Notwendigkeit einer Versöhnung mit Polen vor der Erreichung der staatlichen Einheit durch einen Friedensvertrag bereits auf dem Nürnberger Parteitag der SPD im März 1968 hervorgehoben und die Oder-Neiße-Anerkennung als herangereift bezeichnet.¹

Das größte Hindernis war ein selbst geschaffenes. Durch die CDU-, aber auch durch die SPD-Politik erst zu einem politisch relevanten Faktor in der BRD herangezogen, übten die Vertriebenenverbände über die Parteien, über den Bundestag und die Medien einen großen Druck auf die Politiker aus, so dass eine Steuerung schwer fiel. Schließlich baute sich im Wahlkampf 1969 und in Vorbereitung des Normalisierungsvertrages zwischen der BRD und Polen eine Konfliktfront zwischen der SPD, die nunmehr auf Verbesserung der Beziehungen mit Polen drängte, und der CDU/CSU auf, die hartnäckig an der Revision der Grenze festhielten. Zum Bruch zwischen SPD und den Verbänden der Vertriebenen führte der am 7. Dezember 1970 geschlossene Deutsch-Polnische Vertrag, den die Vertriebenenverbände als deutsches Zugeständnis an den Kommunismus interpretierten.

Hatte der Karlsruher SPD-Parteitag 1964 unter einer Karte Deutschlands in den Grenzen von 1937 stattgefunden, begann sich seither – ausgehend von der Berliner SPD – das Konzept »Wandel durch Annäherung« durchzusetzen. Wie Koch unterstreicht, vollzog sich der Abschied von den bisher mitgetragenen deutschlandpolitischen Positionen der CDU ebenso zögerlich wie inkonsequent. Das Ergebnis war eine zweigleisige Politik, die sich für die Verständigung mit dem Osten und für eine Beteiligung am Entspannungsprozess engagierte, anderer-

seits den Reichsgedanken weiter verfolgte und mittels der »Erosion des Ostblocks« die Beseitigung der DDR voranzutreiben versuchte. Bei diesem Spiel gewann die Umorientierung gegenüber Polen eine vorherrschende Rolle zu spielen. Auf dem Nürnberger Parteitag im März 1968 unterstrich Willy Brandt die Notwendigkeit einer Versöhnung mit Polen vor der Erreichung der staatlichen Einheit durch einen Friedensvertrag.²

1970 mündete diese »Neue Ostpolitik« in den Warschauer Vertrag (7. Dezember 1970), nach dem bereits der Moskauer Vertrag unterzeichnet wurde. Auch an dieser Stelle ist es die kritische Analyse des Vertragstextes, die die Arbeit Kochs auszeichnet.

Zunächst hatte eine Art Euphorie die beteiligten polnischen Diplomaten wie R. Frelek, J. Sulek und sogar M. Rakowski verleitet, die Schwäche bzw. Einseitigkeit des Textes zuungunsten Polens zu übersehen oder zu unterschätzen. Nüchtern betrachtet verstand sich die deutsche Seite aber zu nicht mehr als zur Anerkennung der Faktizität der Grenze. Ihre Begründung war das Fehlen eines Völkerrechtssubjektes »Deutschland als Ganzes«. Bisher war es allein die Sache der Alliierten, über die Grenzen auf deutschem Boden zu entscheiden (S. 326). Gromyko gegenüber erklärte Egon Bahr die begrenzten Möglichkeiten mit der unerlässlichen Rücksichtnahme auf die in Jahrzehnten erzogene öffentliche Meinung in der Bundesrepublik (S. 329).

Schwerer noch wog – nach Auffassung Kochs – die Zielstellung der »Neuen Ostpolitik« in Bezug auf die DDR: Hinnahme der Grenzlinie ja, aber um jeden Preis deren rechtliche Festschreibung vermeiden (S. 331). Schon im Vorhinein – so beweist der Autor – war es kein Geheimnis, dass wiederum nicht die Anerkennung der Grenze gemeint war. W. Gomulka hatte 1969 ganz klar vorausgesehen: »Entgegen den Versicherungen des Herrn Brandt schließt die Nürnberger Formel der SPD bezüglich der Anerkennung der Grenzen in Europa selbst schon einen potentiellen Revisionismus ein, denn sie geht von vorn herein davon aus, daß die endgültige Festlegung dieser Grenze eine offene Frage ist, die bis zu einer Friedenskonferenz zurückgestellt ist. Mit Hilfe der Nürnberger Formel möchte sich die Bundesrepublik in der öffentlichen Meinung vor dem Vorwurf schützen, sie stelle die Grenze [...] in Frage. Gleichzeitig will sie sich faktisch der Anerkennung dieser Grenze als endgültig entziehen« (S. 335).

Über Tendenzen der neuen Ostpolitik der Brandt-Regierung aufgeklärt, erwartet der Leser eine größere Beweglichkeit im Rechtswesen des Bonner Staates in den 1970er Jahren. Befremdlich erscheint deshalb die späte Ratifizierung des Warschauer Vertrages, die sich von 1970 bis 1972 hinzog. Als Grund ist bei Koch die scharfe Auseinandersetzung über die Verfassungskonformität des Grundlagenvertrages BRD/DDR vom 21. Dezember 1972 angegeben, wobei offenbar Zweifel ausgeräumt werden sollten, ob die BRD durch diesen Vertrag hinsichtlich der Grenzenerkennung gebunden würde. (S. 338) Diese Frage richtete sich an das Bundesverfassungsgericht, eine Instanz, die schon Helmut Ridder als den »Ersatzmonarchen« der bun-

des deutschen Demokratie bezeichnete, da es sich um eine der parlamentarischen Kontrolle enthobene Instanz handle, deren Entscheidungen aber für alle Staatsorgane verbindlich sind (S. 337). Dieses Gericht nun fällte am 31. Juli 1973 eine Entscheidung, die uns den Beweis dafür liefert, dass sich das mystisch erscheinende Beharren auf dem Reichsgedanken durchaus fortsetzte und keineswegs subjektiven Ursprungs war. Die Antwort bezüglich der Verfassungskonformität lautete:

1. Dass das Deutsche Reich den »Zusammenbruch 1945« überdauert hat und »nach wie vor Rechtsfähigkeit« besitzt,
2. dass die Bundesrepublik »als Staat identisch mit dem Staat Deutsches Reich, in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings teildentisch« ist,

3. dass es den Staatsorganen der BRD verwehrt ist, Rechtspositionen aufzugeben oder Rechtsinstrumente zu schaffen, die der »Reorganisation Deutschlands« entgegenstehen (S. 337 f.).

So wurde festgestellt, dass die Reichweite der »deutschen Frage« auch nach dem Abschluss des Warschauer Vertrages von 1970 in territorialer Hinsicht nicht auf das Gebiet der Bundesrepublik und der DDR beschränkt sei. Als ob dies noch nicht deutlich genug war, zog das Bundessozialgericht die Schlussfolgerung, dass durch den Warschauer Vertrag die ehemaligen deutschen Ostgebiete für die BRD *nicht* Ausland geworden sind (S. 338). Koch setzt sich ausführlich mit der Zweifelhaftheit der Bestimmungen auseinander, die allerdings zu keiner Zeit die Zustimmung der Westalliierten erhielten und deshalb in ihrer Wirkung eingeschränkt waren. Besonders für Historiker von Interesse ist die Art und Weise der Rechtfertigung der mystisch anmutenden Ignoranz gegenüber bereits geschaffenen Tatsachen wie der Oder-Neiße-Grenze. Dazu heißt es bei Koch, dass der »Fortbestand des Reiches« der juristischen Quelle des Geisterreiches, der *fictio legis* entstammt, das ein Instrument des Römischen Rechts darstellt, welches die rechtlich unerwünschten Folgen eines Sachverhaltes durch die Annahme des Sachverhaltes als nicht gegeben zu umgehen erlaubt. Dabei handelt es sich aber, so Koch, bei dem (als ob (nicht)) um eine Figur des *privaten Rechts*, deren Übertragung in den Bereich des öffentlichen und insbesondere des Völkerrechts unzulässig ist (S. 339). Ganz gleich, ob der Historiker dies als »juristische Spitzfindigkeit« oder als »die Lebenslüge der Bundesrepublik« bezeichnet, solche Entscheidungen führten die BRD weg von den realen Notwendigkeiten. Für Polen bedeutete die »Deutschlanddoktrin« eine regelrechte Provokation, zumal deren erster Teil, die Fortbestandsthese, der sogenannten Regierung Dönitz, also der letzten Repräsentantin des NS-Staates, entstammte.

Auf der Krimkonferenz bereits war die Übernahme der uneingeschränkten Verfügungsgewalt der Siegermächte über das besiegte Deutschland beschlossen worden. Bedingungslose Kapitulation, so Churchill in Casablanca, bedeutete, dass die Sieger freie Hand haben müssten. Auch hier spart Koch keine Anstrengung, die Unterschiede zu Deutschlands Niederlage im 1. Weltkrieg herauszustellen, die als Warnung und Erfahrungswert der Sieger im 2. Weltkrieg dienten. Ganz be-

wusst hatte man in der Anti-Hitler-Koalition ein Vorgehen beschlossen, das jede rechtliche Kontinuität zwischen Nazi-Deutschland und dem neuen demokratischen Deutschland verhindern sollte (S. 348). Dem widersprachen ausgerechnet Juristen wie der Nazi-Minister Wilhelm Stuckart, die die Kapitulation Deutschlands als einen rein militärischen Akt im Sinne der Haager Landkriegsordnung definierten, der »die Frage der Fortexistenz des Reiches als Staat [...] nicht berührt« (S. 342 f.). Begründet wurde diese Auffassung durch das Nichtvorhandensein einer Annexion Deutschlands.

Umso wichtiger ist der Hinweis Kochs auf die Rolle einer Gruppe von Staatsrechtlern und Historikern, die frühzeitig Protest erhoben, dass »das Reich« schleichend Eingang in die Fundamente der Republik zu finden drohte. Koch würdigt die Rolle Hans Kelsens, der nach seiner Emigration als Berater der amerikanischen Regierung bei der Vorbereitung der Verwaltung der befreiten Gebiete gegen die Restauration des Rechtswesens auftrat. Kelsen vertrat die These, dass eine bloße *occupatio bellica* zur völkerrechtlichen Beseitigung des besiegten Staates nicht hinreichte (S. 348). Anstelle dessen bedeutete die tatsächlich übernommene *supreme authority* den Übergang in die uneingeschränkte Verfügungsgewalt unter Einschluss der Befugnis zur Entscheidung über das Staatsgebiet und die Organisation der Staatsgewalt. (S. 349) Das war die Beendigung der Souveränität auf Seiten des besetzten Landes. Trotzdem etablierte sich seit 1947 in der BRD die Fortbestandsthese. Der Hinweis auf diesen »Rechtsstandpunkt« blieb das Instrument, das dazu verhalf, die unliebsamen Gegebenheiten wie die Deutsche Demokratische Republik und deren Festlegung und Markierung der Oder-Neiße-Grenze zu verdrängen. 1949 wurde die These in den Stand verfassungsrechtlicher Verbindlichkeit erhoben. Sie schlug sich in den Artikeln der Verfassung zur Staatsangehörigkeit (Art. 16 und 116) und zum Geltungsbereich des Grundgesetzes (Art. 23) nieder. Geltungsbereich meint das Staatsgebiet der Bundesrepublik, dem »zunächst« die im Grundgesetz namentlich genannten westdeutschen Länder angehören, zu denen jedoch »andere Teile Deutschlands« durch »Beitritt« hinzukommen können. Darin konnten auch für polnische Augen deutsche Begehrlichkeiten hindurch scheinen. Die Stunde der Wahrheit schlug, als der Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten den rechtsgültigen Verzicht auf alle territorialen Ansprüche verlangte, die über den Bestand des besiegten Reiches vom 8. Mai 1945 hinausreichten. Denn der Wortlaut des »Vertrags über die abschließende Regelung mit Bezug auf Deutschland« verlangte »die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen« des auf diese Ausdehnung festgelegten »vereinten Deutschlands« (S. 365). Der letzte Teil des Beitrags von Koch beinhaltet die Regelung der Verhältnisse der »nachvertraglichen Bundesrepublik« zu ihrem polnischen Nachbarn. Koch verwendet diese Bezeichnung anstatt »Gesamtdeutschland«, weil im Ergebnis des Beitritts der DDR eine um das Staatsgebiet der DDR vergrößerte Bundesrepublik Deutschland entstanden sei und keineswegs ein neues Drittes (S. 369).

Polen bekam es mit einer Bundesrepublik zu tun, die als »mit sich gleich gebliebenes Völkerrechtssubjekt die Gesamtheit ihrer rechtlichen Festlegungen und Fiktionen [...] in den nachvertraglichen Zustand einbrachte« (S. 368). So wies die deutsche Seite die Vorstellung eines Friedensvertrages nunmehr weit von sich. Desgleichen wurden Forderungen nach der Regelung der deutschen Minderheitsfrage laut. Koch beschreibt schließlich, dass die deutsche Seite nach Abschluss des Grenzvertrages Eingriffe wagte, »die die Personalhoheit des polnischen Staates über seine Bürger missachteten« (S. 382). Solche Handlungen wurden vom Autor als Folgen aus dem Festhalten an den »Rechtspositionen« der Deutschlanddoktrin gekennzeichnet. Schließlich muss Koch konstatieren, dass die Deutschlanddoktrin – obgleich jetzt mit Schweigen übergegangen – wirksam und gefährlich geblieben ist, da sie »unwiderrufen die Möglichkeit einer Verände-

rung der bestätigten Gegebenheiten offen hält und der Gunst ihrer Stunde harrt« (S. 384). Umso nachdrücklicher verweist der Beitrag Kochs auf die von Hellmut von Gerlach hinterlassene Verpflichtung, »das Geschäft der Decouvrierung und der endgültigen Austreibung des Geistes zu Ende zu führen und der Republik dazu zu verhelfen, dem reichlichen Identitätssyndrom zu entsagen und endlich aus dem Schatten des Reiches in ungespaltene selbstbewußte und selbstbestimmte republikanische Identität einzutreten« (S. 385).

Eva Seeber

- 1 Willy Brandt, ... auf der Zinne der Zeit ... Parteitagereden 1960 bis 1983, hrsg. Werner Krause; Wolfgang Gröf, Berlin/Bonn 1984, S. 165
- 2 Siehe ebda., S. 164 f.

VSA: Strategien gegen rechts



Yves Müller/Benjamin Winkler
Gegen Nazis sowieso.
 Lokale Strategien gegen rechts
 Crashkurs Kommune 6 | Hrsg. von
 Katharina Weise in Kooperation mit
 der Kommunalkademie der Rosa
 Luxemburg Stiftung
 112 Seiten | € 7.50
 ISBN 978-3-89965-483-7
 In diesem neuen Band aus der pra-
 xisnahen Reihe Crashkurs Kommune
 werden Formen der zivilgesellschaft-
 lichen und kommunalpolitischen
 Auseinandersetzung mit NPD und Co.
 in der Kommune vorgestellt und erör-
 tert: Argumente und Handwerkszeug
 für erfolgreiche Strategien gegen
 Rechts!



Bodo Ramelow (Hrsg.)
Made in Thüringen?
 Nazi-Terror und Verfassungsschutz-
 Skandal
 224 Seiten | € 12.80
 ISBN 978-3-89965-521-6
 »Wir wollen mit diesem Buch auf
 das Entstehen des braunen Terrors,
 dessen Unterstützer ... sowie auf
 das jahrelange Wegschauern von
 Verantwortlichen in Politik und
 Sicherheitsbehörden und den Ras-
 sismus aufmerksam machen, der
 zu mindestens 182 Toten seit 1989
 führte. ... Und wir wollen politisches
 Handeln anmahnen und an die Opfer
 erinnern.« (Aus dem Vorwort von
 Bodo Ramelow)

www.vsa-verlag.de

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deut- schen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE

Veranstaltungshinweise:

Donnerstag, den 13. September 2012

Vietnam – Geschichtliches und Aktuelles
 Einführung: Helmut Kapfenberger, 16 Uhr,
 Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee,
 Pistoriusstraße 24 (am Pistoriusplatz).

Sonnabend, den 29. September 2012

44. Kongress des Arbeitskreises und seiner Partner –
 Sozialisten im Kampf um den Frieden (100 Jahre nach
 dem Internationalen Sozialisten-Kongress in Basel 1912)
 10.30 Uhr, Hagenstraße 57, Berlin-Lichtenberg,
 Begegnungsstätte »Undine«
 (Nähe U- und S-Bahnhof Lichtenberg).

Donnerstag, den 18. Oktober 2012

Die Notstandsgesetze – ein Damoklesschwert
 Einführung: Hans Canjé, 16 Uhr, Bildungsverein am
 Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstraße 24
 (am Pistoriusplatz).

Kontakt über: Prof. Dr. Heinz Karl, Am Faulen See 26,
 13053 Berlin, Telefon 030 9866574
 Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Straße 4,
 12559 Berlin, Telefon 030 6597079

Nazi-Judenverfolgung in Polen 1939 bis 1941

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, hg. im Auftrag des Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte und des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg von Susanne Heim, Ulrich Herbert, Hans-Dieter Kreikamp, Horst Möller, Dieter Pohl und Hartmut Weber, Band 4: Polen. September 1939-Juli 1941, bearbeitet von Klaus-Peter Friedrich, Mitarbeit Andrea Löw, R. Oldenbourg Verlag, München 2011, 751 Seiten.

Drei der auf 16 Bände veranschlagten Edition sind der Verfolgung und Ermordung der polnischen Juden durch die deutschen Okkupanten gewidmet (4, 9 und 10). Als die Wehrmacht am 1. September 1939 Polen überfiel, gerieten innerhalb von fünf Wochen mehr als zwei Millionen polnischer Juden unter ihre Gewalt. Hunderttausende flohen in sowjetisch besetztes Gebiet, von wo sie vielfach weiter ins Landesinnere der UdSSR deportiert wurden. Die meisten aber blieben vor Ort und hofften, sich mit den deutschen Okkupanten arrangieren zu können. Maßstab für die Erwartungen waren die Erfahrungen der polnischen Juden mit der Besatzungspolitik des kaiserlichen Heeres im Ersten Weltkrieg, die sie die Nachrichten über die Judenverfolgung im Nazireich beiseite schieben ließen. Bei der Befreiung Polens 1945 lebten noch kaum zehn Prozent von ihnen.

In seiner ausführlichen Einleitung umreißt Klaus-Peter Friedrich die Geschichte der Juden in Polen bis zum Ersten Weltkrieg, in der zweiten Polnischen Republik und den ersten Jahren der deutschen Besatzung. Hier akzentuiert er die Vertreibung aus den annektierten polnischen Gebieten, die Kennzeichnung, Enteignung und Ausraubung der Juden, ihre Zwangsarbeit sowie die Bildung und Tätigkeit der Judenräte und der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe. Neben und nach der Kennzeichnung war die Ghettoisierung der gravierendste Eingriff in das Leben der Juden. Die Zwangsumsiedlung ins Ghetto und dessen Separierung von der Umwelt engten die Lebensumstände stärker ein als alle diskriminierenden Verbote und Gebote zuvor. In den überfüllten Ghettos forderten Hunger und Seuchen mehr Todesopfer als die Terrorakte von Gestapo und Zivilverwaltung. Für das Verhungernlassen im Ghetto war in erster Linie die Abteilung »Bevölkerungswesen und Fürsorge« der Okkupationsverwaltungen zuständig. Das Ghetto in Lodz existierte am längsten, von Ende 1939 bis 1944, das Ghetto in Warschau war das größte und verzeichnete die höchste Sterblichkeit.

In beiden verhungerten jeweils ein Viertel der Bewohner oder starb an Krankheiten wie Typhus, Tuberkulose oder Darmerkrankungen. Überproportional hoch war der Anteil der Alten und der Kleinkinder an den Todesfällen. Friedrich beschreibt den Alltag der jüdischen Bevölkerung im Ghetto und wie diese damit umging, sowie das Spektrum der Reaktionen der christlichen polnischen Bevölkerung, ihrer Organisationen und Zeitungen.

Der Band endet zeitlich mit dem Juli 1941 und inhaltlich mit den unmittelbaren Folgen des Überfalls auf die Sowjetunion für die in Ghettos gefangengesetzten polnischen Juden. Mit der anfänglichen Sieges euphorie der Nazis bestimmte Hitler die Perspektive des Generalgouvernements und damit der polnischen Juden neu: Das Generalgouvernement sollte nun ebenso wie die von Deutschland annektierten Gebiete ein deutsches Land werden; am 17. März 1941 sicherte Hitler Generalgouverneur Hans Frank zu, das GG werde als erstes Gebiet von Juden völlig befreit werden. Noch gingen die Besatzungsfunktionäre davon aus, dass »Endlösung« Abschiebung heißt. Doch nach dem Überfall auf die Sowjetunion begannen die Einsatzgruppen der Sipo und des SD auf sowjetischem Gebiet mit der systematischen Ermordung der dortigen Juden, was sofort Rückwirkungen auf die antijüdische Politik der deutschen Okkupanten in Polen hatte.

Der Band versammelt 321 Dokumente aus mehreren großen Quellengruppen, die meisten ungekürzt. Zum einen handelt es sich um Dokumente der Okkupationsbehörden, vom Generalgouverneur und seiner Regierung über Distriktschefs, Regierungspräsidenten, Kreishauptleute, Stadthauptleute und Bürgermeister sowie der für die Ghettos verantwortlichen Kommissare und der Transferstellen; von Höheren SS- und Polizeiführern über die Chiefs der Einsatzgruppen, einzelne Einsatzkommandos, Gestapostellen bis zu Gendarmerieposten; von der Haupttreuhandstelle Ost bis zur Dresdner Bank. Relativ selten sind Dokumente der Wehrmacht. Erstaunlich häufig werden anonyme Berichte von deutschen Dienststellen einbezogen.

Zweitens: Die jüdischen Quellen betreffen einerseits Dokumente jüdischer Institutionen wie Judenräte oder Hilfskomitees bzw. ihrer Amtspersonen wie des Judenratsvorsitzenden Adam Czerniakow in Warschau oder Mordechai Chaim Rumkowski in Lodz. Andererseits handelt es sich um tagebuchartige oder briefliche Äußerungen polnischer Juden, deren Aufzeichnungen erhalten blieben. Der Kreis der häufiger

herangezogenen Personen ist relativ klein und ihre Äußerungen sind meist schon anderweitig veröffentlicht, so z. B. von Halina Nelken, Ruth Goldbarth, Ludwik Landau, Emanuel Ringelblum, Leiter des Untergrundarchivs im Ghetto Warschau, und Chaim Kaplan. Nicht wenige jüdische Zeitzeugen werden mit einzelnen Äußerungen zitiert, darunter viele anonyme, z. B. »Ein polnischer Jude«, »ein Warschauer Jude«, »ein jüdischer Soldat«, »ein Ghettoinsasse«, »ein unbekannter jüdischer Zwangsarbeiter«. Die Auswahl anonymer Zeugen gilt auch für Polen, z. B. »polnische Lehrerin«, vor allem aber für polnische Denunzianten (»polnische Nachbarn«) und Deutsche, z. B. »eine Lehrerin«, »ein Unteroffizier der Wehrmacht«.

Eine dritte Quellengruppe sind Zeitungsartikel. Sie stammen einmal aus der deutschen Presse, sei es in Deutschland oder im GG, z. B. *Berliner Börsenzeitung*, *Westdeutscher Beobachter*, *Ostdeutscher Beobachter*, *Krakauer Zeitung*, *Warschauer Zeitung*, aus der polnischsprachigen Presse der deutschen Okkupanten wie z. B. *Gazeta Żydowska*. Zweitens wurden zahlreiche Dokumente der illegalen polnischsprachigen bzw. jiddischsprachigen Presse entnommen. Hier greift der Bandbearbeiter auf signifikante Titel des politischen Spektrums zurück, um die Haltung der verschiedenen politischen Richtungen des polnischen Untergrundes, von der Endecja (»Walka«) bis zu den polnischen Sozialisten (»Barykada Wolności«), zur antijüdischen Politik der Nazis zu dokumentieren. Allerdings ist der Eindruck unabweisbar, dass viele der als Quellen herangezogenen Texte der illegalen polnischen Presse die Funktion haben, den selbst angesichts der mörderischen Verfolgung der Juden durch die nazistischen Besatzer tief sitzenden Hass der polnischen Verfasser auf die Juden zu dokumentieren, der angesichts der Nazipraxis Befriedigung äußert und für das Kriegsende eine Abrechnung mit den Juden und deren Vertreibung aus Polen avisiert. Doch nicht nur solche Blätter wie »*Placówka*«, auch die Warschauer Delegatur der Londoner Exilregierung fasste im März 1940 eine Emigration der polnischen Juden nach Kriegsende ins Auge.

Von den jüdischen illegalen Zeitungen werden *Nasze Hasła*, *Morgen-Fray*, *Za naszą a i waszą wolność* und *Junge Gwardie* herangezogen. Seltener kommen britische oder amerikanische Blätter als Quelle vor, meist *The New York Times* und *The Manchester Guardian*, auch das *Jewish News Bulletin* (London) und *The Contemporary Jewish Record*.

Als letztes Dokument druckt der Band einen längeren Auszug aus einem Bericht der Delegatur der polnischen Exilregierung vom Frühsommer 1941, in dem die Verfolgung der polnischen Juden durch die deutschen Okkupanten im GG systematisch dargestellt und analysiert ist. Dieser Bericht ist eine Art Bilanz, aber auch nicht frei von antijüdischen Passagen. Die herausgehobene Stellung dieses Dokumentes im Band kann aber nicht ausgleichen, dass Dokumente dieser Provenienz,

also der polnischen Regierungsstellen und der polnischen politischen Parteien insgesamt, spärlich sind, im Unterschied etwa zu Artikeln der illegalen Presse. Dies ist insofern überraschend, als erstens die Okkupanten bei ihrer antijüdischen Politik zielstrebig auf den Antisemitismus polnischer Nationalisten setzten und nationale Gegensätze schürten, und weil zweitens der Bearbeiter die ambivalente Haltung polnischer Organisationen und Zeitungen gegenüber diesem Kalkül als einen Schwerpunkt der Dokumentation und der einleitenden Darstellung bezeichnet.

Obwohl es laut Buchtitel um die Verfolgung und Ermordung der Juden »durch das nationalsozialistische Deutschland« gehen soll, bezieht der vorliegende Band mit einer Reihe von Dokumenten explizit auch die sowjetische Politik gegenüber den polnischen Juden in den seit dem 17. September 1939 von der Roten Armee besetzten Gebieten ein, mit antikommunistischer Tendenz auch dort, wo von der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der Juden durch die sowjetischen Stellen die Rede ist.

Die Entrechtung der Juden wurde im besetzten Polen in Riesenschritten gesteigert, von der völligen Entrechtung und Kennzeichnung über die Enteignung und Verelendung bis zur Gefangensetzung im Ghetto. Der Band spiegelt alle Facetten dieses Prozesses von der Planung und Entscheidung durch die Okkupationsbehörden bis hin zur Wahrnehmung und dem Erleiden durch die Juden. Von der Kennzeichnung über den Arbeitszwang bis zur Ghettohaft, vom Ausschluss der Verfügung über die eigenen Geldmittel über die völlige Beraubung und Enteignung bis zum Ausschluss aus allen Versicherungs-, Renten- und Sozialleistungen, von der Todesstrafe für die Rückkehr in die eigenen Wohnstätten, aus denen sie vertrieben waren, bis zur Todesstrafe für das Verlassen des Ghettos geben die Dokumente des Bandes ein sehr konkretes Bild dieses forcierten Massenelends.

Die Auswahl soll nach dem Konzept der Herausgeber auch hinsichtlich der verzeichneten Reaktionen möglichst umfassend sein. Im Vordergrund sollen Quellen der Opfer der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik stehen. Hinsichtlich aller Phasen und Aspekte der Verfolgung der polnischen Juden vom September 1939 bis Mitte 1941 bietet der Band sicher eine »umfassende Auswahl von Quellen«, hinsichtlich der Erfahrung dieser Verfolgung und der Reaktionen auf sie muss er notwendig beschränkt bleiben. Dominierten in den ersten beiden Bänden der Reihe (Band 3 ist im Mai 2012 erschienen) die zeitgenössischen Wahrnehmungen und Berichte der Opfer, Privatbriefe, Tagebuchnotizen und Hilferufe der verfolgten Juden, so haben sich in diesem Band die Proportionen der Quellengruppen verschoben. Zu Recht wurde der Anteil jener Dokumente erhöht, die Erfahrungen und Berichte der deutschen Okkupanten dokumentieren. Das betrifft nicht nur Schlüsseldokumente. Die Vielzahl der regionalen Okkupationsdienststellen unterschiedlicher Hierar-

chieebene bzw. arbeitsteiliger Stränge der Terrorherrschaft zeigt zugleich den Einfallsreichtum der »Herrenmenschen«, wenn es galt, immer neue und kleinlichere Schikanen auszudenken und durchzusetzen. Umfang und Stufe der Infamie, sei es beim Arbeitszwang, bei der Ausplünderung, der Ernährungsbeschränkung und schließlich der Zwangseinweisung ins Ghetto waren so immer noch steigerbar. Da viele Kreishauptleute zu Wort kommen, geben diese Dokumente gleichsam nebenbei auch ein Psychogramm dieses Sektors deutscher Staatsbeamter.

Auswahl und Darstellung der Quellen sollen ein vielschichtiges Bild des Gegenstandes zeichnen und auch das zufällige und widersprüchliche Nebeneinander der Ereignisse in der zeitgenössischen Wahrnehmung widerspiegeln. Dokumentiert werden sollen die Aktivitäten und Reaktionen von Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Überzeugungen, an verschiedenen Orten, mit jeweils begrenzten Horizonten, Handlungsspielräumen und Absichten. Trotz der Einbeziehung vieler Zeugnisse auch zufälliger Einzelpersonen, zeichnen sich hinsichtlich der Provenienz der Quellen bestimmte Personengruppen ab, die gehäuft vorkommen und das Spektrum der Wahrnehmungen und Reaktionen kanalisieren oder auch typisieren, und zwar sowohl für die Verfolger als auch für die Opfer. Entsprechend der Konzeption der Reihe sollen alle Quellen für sich sprechen, als authentisch genommen werden, sollen alle mitgeteilten Erfahrungen unabhängig von ihrem Horizont und Urteilsvermögen für sich genommen werden, ohne Kritik und ohne Wertung durch die heutigen Editoren. Mit diesem Herangehen wollen die Herausgeber vermeiden, ein vom Stand der heutigen Forschung bestimmtes, systematisiertes und konstruiertes Bild zu zeichnen. Doch diese Maxime ist nicht durchzuhalten, sie ist auch nicht immer sinnvoll. Erstens sind viele Dokumente insofern nicht authentisch, als sie die Regulierung der Okkupationsfunktionäre durch ihre Vorgesetzten spiegeln, nicht zuletzt in der Sprache. Zweitens korrigiert der Bearbeiter in einer Reihe von Fußnoten sehr wohl eine Reihe von Zahlen und Aussagen.

Die in den Dokumenten erwähnten Personen werden in der Regel in den Fußnoten vorgestellt. Undurchsichtig bleibt dagegen die Praxis der Kommentierung von Zahlenangaben oder inhaltlichen Aussagen der Dokumente in den Fußnoten. Einige Fehlangaben werden manchmal in einer Fußnote korrigiert, an anderer Stelle bleiben offenkundig irrtümliche Zahlen oder durchsichtige aus politischen Gründen gegebene Falsch- oder Tendenzangaben ohne redaktionelle Korrektur, insbesondere wenn diese eine antikommunistische Tendenz haben. Über eine frühere Publikation des betreffenden Dokuments wird manchmal informiert, meistens aber nicht.

Werner Röhr

antifa



Magazin für antifaschistische Politik und Kultur der VVN-BdA

Beiträge Mai/Juni 2012 ■ **Kurt Pätzold** Des Verdachts verdächtig ■ **Markuss Gross** Zum Frieden erziehen ■ **Mathias Wörsching** Faschismus als Ideologie ■ **M. Schirdewan / J. Kluge** Fußball und Nazis ■ **Eberhard Schultz** Extremismusklausel vor Gericht ■ **Klaus-Dieter Heiser** Freiwilliger für den Frieden ■ **Ulrich Schneider** El pueblo unido ■ **Regina Scheer** Die Herbert-Baum-Gruppe ■ **P. C. Walther** Axel Springer und die Juden ■ **Raimund Gaebelein** Gegen den Gleichschritt
www.antifa.vvn-bda.de

antifa erscheint alle zwei Monate, Preis € 2,50, ermäßigt für Schüler, Lehrlinge und Studenten (Nachweis) € 1,25, Jahresabo € 15,00 bzw. € 7,50

Hiermit bestelle ich antifa zum nächstmöglichen Termin

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Wohnort: _____

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Ort, Datum/Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: Redaktion antifa,
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030-29 78 41 75, Fax: 030-29 78 41 79

Basiswissen zum Faschismus

Guido Speckmann, Gerd Wiegel, Faschismus. Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie, Papy Rossa Verlag Köln 2012, 127 Seiten.

Der kleine Band hat es in sich. Vom Papy Rossa Verlag in der Reihe »Basiswissen« herausgegeben, greift er eine Thematik auf, die nicht nur akademisch erörtert wird, sondern gerade gegenwärtig wieder mit im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen steht. Nicht zuletzt deshalb stehen Autoren, die dazu schreiben, auch vor der Aufgabe, konservative und einige liberale und linke Kritiker des Begriffs abzuwehren.

Die Verfasser schlagen einen weiten Bogen durch rund 100 Jahre Diskussion um Wesen und Erscheinung des Faschismus, durch die Geschichte faschistischer Bewegungen und Machtausübungen, ehe sie einen Überblick über die heutige Situation geben. Dass dabei manche Ereignisse mehr oder minder knapp behandelt werden und sich die Autoren im Wesentlichen auf Europa beschränken, ist verständlich.

Im *Teil I »Theorie«* konstatieren die Verfasser, dass obwohl die Literatur zum Thema schon seit längerem unüberschaubar ist und Definitionsversuche zahlreich sind, es bis heute keine allgemein anerkannte Definition des Begriffs »Faschismus« gibt. Nach der historischen Abfolge behandeln sie zunächst Faschismus als Ideologie und Bewegung, dann Faschismus an der Macht und konzentrieren die Darstellung auf jene Ansätze in der theoretischen Diskussion, die einer relativen Eigenständigkeit faschistischer Politik und Ideologie vor und nach der Übernahme der Macht ein besonderes Gewicht einräumen. Ein besonderer Vorzug ist dabei der ständige Vergleich zwischen der Entwicklung des deutschen und des italienischen Faschismus, wodurch Allgemeineres und Spezifisches gut deutlich wird.

Auch heute steht das Verhältnis von Faschismus und Kapitalismus immer wieder mit im Mittelpunkt von Debatten. Folgerichtig widmen die Autoren dieser Frage größere Abschnitte. Sie würdigen dabei die sogenannte »Dimitroff-Formel« in ihrem historischen Kontext und schließen sich hinsichtlich ihrer Grenzen und Kanonisierung im Realsozialismus der Kritik von Manfred Weißbecker an. Nicht vergessen wird die Beschreibung psychologischer und totalitarismustheoretischer Faschismusdefinitionen.

Da die Verfasser im Hinblick auf die von ihnen angeführten Definitionen mit ihrem unterschiedlichen Umfang und ihrer Variationsbreite erkennen, wie diese sich dennoch in zahlreichen Punkten überschneiden, leiten sie daraus ein Raster von Elementen ab, die mindestens vorhanden sein müssen, um von Formen des Faschismus sprechen zu können. Sie gruppieren

sie nach fünf Punkten. Als *ideologische Bezugspunkte* nennen sie einen völkischen Nationalismus, Antisemitismus, Antikommunismus, die Wendung gegen Vorstellungen und Werte der Aufklärung (Liberalismus, Individualismus, Demokratie), rassistisch bzw. ethnisch begründete Vorstellungen von Ungleichheit. Die *soziale Basis* besteht vorwiegend aus der Mittelklasse, Kleinbürgertum, Handwerkern (in der Bewegungsphase) und dann in der Regimephase in einem politischen Bündnis mit den traditionellen Eliten. Die *organisatorische Ausrichtung* wird deutlich in einer auf einer Massenbewegung fußenden und auf einen Führer orientierten Partei, paramilitärischen Gruppen und terroristischer Gewaltausübung gegenüber überwiegend linken politischen Gegnern und als Feinde erachtete Gruppen. Die *soziale Funktion* besteht im Unterschied zum völkischen Antikapitalismus vor der Machtergreifung danach in der Bewahrung des großen kapitalistischen Privateigentums, der korporativen Organisation der Wirtschaft in der Unterdrückung von sozialen und politischen Rechten der arbeitenden Klassen bei gleichzeitiger terroristisch abgesicherter völkischer Homogenisierung der Gesellschaft (»Überwindung des Klassenkampfes« und seine Ersetzung durch den »Rassenkampf«). Zur *politischen Praxis* gehören schließlich die gewaltsame Ausschaltung aller abweichenden, demokratischen und auf soziale Partizipation ausgerichteten Organisationen, die Ersetzung der Demokratie durch das »Führerprinzip«, die aggressive Wendung nach außen, der imperialistische Expansionsdrang zur Durchsetzung des versprochenen nationalen Aufstiegs.

Im *Teil II »Geschichte«* gehen die Autoren wiederum chronologisch und im Vergleich Italien – Deutschland vor. Sie beschreiben Partito Nazionale Fascista (PNF) und NSDAP auf dem Weg zur Macht, von den unterschiedlichen historischen Voraussetzungen bis hin zur Machtübertragung. Übersichtlich folgen dann der Vergleich der Konsolidierungsphase in beiden Ländern, der Rolle der Führungsfiguren und die Erörterung der Phasen vor dem Krieg in Bezug auf Wirtschaft und Innenpolitik. Schließlich wird Expansion, Krieg und Eroberung in Verbindung mit Antisemitismus, Rassismus und Holocaust als furchtbare politische Praxis thematisiert.

Ein kurzer Unterabschnitt »*Faschismus anderswo*« geht auf faschistische Bewegungen in der Zwischenkriegszeit ein (zwischen 1919 und 1945 zählte man solche neben Italien und Deutschland in 12 Ländern). Diese wiesen unterschiedliche Formen auf. Beispielhaft wird das für Osteuropa, Ungarn und Rumänien gezeigt, für Westeuropa am Beispiel von Spanien, Österreich und Frankreich. Entscheidend war jedoch die Tatsache, dass faschistische Parteien in den meisten Ländern Europas zwar Fuß fas-

sen konnten, ohne aber eine massenbasierte autonome Rolle zu spielen, die schließlich den Weg zur Macht eröffnet hätte.

Aus all den theoretischen und historischen Befunden hatten die Autoren zu beantworten, welche faschistischen/neo-faschistischen Potenziale heute erkennbar sind und welche Gefahren daraus erwachsen. Der »Teil III Faschismus heute« schließt auch die Frage ein, ob der Begriff »Faschismus« aktuell noch geeignet ist, die zuzuordnenden Erscheinungen adäquat zu beschreiben. Soweit erkennbar, wurde diese Aufgabe entsprechend der heute vorhandenen Möglichkeiten mutig gelöst und zugleich für weiteren Diskussionsstoff gesorgt. Unbestritten ist, dass der Faschismus als »Träger politischer Macht« momentan nicht existiert, aber als Ideologie und politische Bewegung nicht tot ist. Deshalb formulieren Speckmann/Wiegel als »entscheidende« Frage, »ob er heute noch das Potenzial und die objektive Möglichkeit hat, zur Macht zu gelangen« (S. 109). Dabei muss zunächst daran erinnert werden, dass alle bisherigen Faschismen in politischen und sozialen Krisensituationen der jeweiligen Länder entstanden, dass sie dazu dienten, als besondere Herrschaftsform die Existenz der kapitalistischen Produktionsweise mit direkter Ausübung von Gewalt zu sichern. Eine genaue Analyse ergibt, dass eine solche Situation heute nicht gegeben ist. Die Entwicklung des relativen wirtschaftlichen Wohlstands in den führenden kapitalistischen Staaten und die damit verbundene Individualisierung und gesellschaftliche Atomisierung, der Niedergang der westeuropäischen Arbeiterbewegung, der der Bourgeoisie die Angst vor einem alternativen Wirtschaftssystem erst einmal genommen hat, haben eine Lage geschaffen, in der die Bourgeoisie keine faschistische Partei oder Bewegung benötigt, weil derzeit »kein nennenswerter sozialer Träger existiert, der den Kapitalismus grundlegend infrage stellt« (S. 112).

Wenn jedoch diese wesentlich veränderten Vorbedingungen zurzeit gegen eine weitere Verwendung des Faschismusbegriffs im Sinne einer realen Machtposition sprechen, so heißt das nicht, dass sich nicht Voraussetzungen für faschistisches Denken finden. Die Autoren weisen hier zu Recht auf Instabilitäten der polit-ökonomischen Ordnung (die sich überlagernden Krisen, die Aushöhlung liberaler politischer Systeme, zunehmende Unzufriedenheit in bestimmten Bevölkerungsschichten) und die Wirkungslosigkeit alter politischer Optionen hin. Nicht zu unterschätzen ist weiter, dass Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus auch heute bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen.

Aus der kurzen Betrachtung des Neofaschismus, seiner Parteien und ihrer Wandlungen in Italien und Deutschland leiten die Autoren ab, dass keine dieser Gruppierungen Chancen hat, auf absehbare Zeit eine reale Machtposition zu erringen. Das größte Potenzial scheint der Faschismus derzeit in den ökonomisch und national nicht gefestigten Ländern Osteuropas zu haben (Ungarn). Deutlich unterscheiden sich dabei die zahlreichen rechtspopulistischen Parteien in verschiedenen Ländern. Die Autoren vermerken die inhaltliche und klas-

senmäßige Heterogenität der europäischen Rechten, deren verbindendes Element ein massiver Rassismus ist, der aber nicht ausreicht, um generell von faschistischen Parteien sprechen zu können. Auch »Islamfaschismus« scheint nicht geeignet, die Gefahren, die von der fundamentalistischen islamistischen Ideologie ausgehen, richtig zu kennzeichnen.

Insgesamt ziehen die Autoren das Fazit, dass eine enge Auslegung des Faschismusbegriffs ratsam ist, der Begriff gegenwärtig nur im Hinblick auf die Bewegungsphase geeignet ist, Phänomene angemessen zu beschreiben. Das heißt nicht, dass unter Umständen ein neuer Faschismus (in anderer Gestalt und an anderen Orten als der historische) in einer fundamentalen Krisensituation als Machtoption der traditionellen Elite wieder attraktiv sein könnte. Das mindert keinesfalls das notwendige Engagement gegen die Gefahren von rechts. Aber – damit enden die Verfasser – »vor allem schützt eine strenge Anwendung des Faschismusbegriffs vor einer Inflationierung, die historisch schon einmal zu einer Unterschätzung der tatsächlichen faschistischen Gefahr beitrug.«

Roland Bach

Beiträge zu historischen Themen auf der Internet-Seite des »Forums Demokratischer Sozialismus«

Das FDS hat auf seiner Internet-Seite eine Vielzahl von Beiträgen zu historischen Themen abgespeichert, die von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Provenienz stammen. Als Beispiele seien genannt:

Andreas Diers, Vor 140 Jahren:

Der Leipziger Hochverratsprozess im März 1872.

Michael Jäger, Eurokommunismus in Westdeutschland.

Wolfgang Wippermann, Weder Hitler noch das Kapital (Zum 70. Jahrestag des Überfalls auf die UdSSR).

Günter Platzdasch, 1919: Räte-mythos und Revolutionsalltag oder: Der Wert der Weimarer Reichsverfassung.

Historische Kommission der LINKEN, 1968:

Ein globaler Aufbruch.

Navigation: www.forum-ds.de;

dann den Button »Zeitgeschehen« anklicken.

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN

Harald Aumeier,

Diplom-Pädagoge und Journalist, lebt in Istanbul, ist seit vielen Jahren bei Türkiyemspor Berlin engagiert und arbeitet derzeit im Mediateam des Vereins. Ausgewählte Veröffentlichung: Erdal Keser im Gespräch mit Harald Aumeier. Ich war schon immer Diplomat, in: Diethelm Blecking, Gerd Dembowski (Hrsg.): Der Ball ist bunt. Fußball, Migration und die Vielfalt der Identitäten in Deutschland, Frankfurt am Main 2010, S. 64–68.

Martin Brandt

schreibt für kritisch-lesen.de. Ausgewählte Veröffentlichung: Vom Erbe der Frauenbewegung, Rezension, in: kritisch-lesen.de, Ausgabe 13 vom 03. Januar 2012.

Robert Claus,

studiert Europäische Ethnologie und Gender Studies an der Humboldt-Universität zu Berlin und arbeitet im Mediateam von Türkiyemspor Berlin. Ausgewählte Veröffentlichung: »Was ein rechter Mann ist ...« Männlichkeiten im Rechtsextremismus, Berlin 2010 (herausgegeben zusammen mit Esther Lehnert und Yves Müller).

Martin Endemann,

engagiert sich seit vielen Jahren im Bündnis Aktiver Fußballfans (BAFF) gegen Rassismus und Diskriminierung und ist gewähltes Mitglied des Komitees von Football Supporters Europe (FSE). Ausgewählte Veröffentlichung: Die wollen doch nur spielen. Fußballfanszenen und Fußballvereine als Andockpunkte für neonazistische Einflussnahme im ländlichen Raum, in: Friedrich Burschel (Hrsg.): Stadt – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz, Berlin 2010, S. 22–51 (zusammen mit Gerd Dembowski).

Sebastian Friedrich,

Diplom-Sozialpädagoge, Redakteur bei kritisch-lesen.de und freiberuflicher Autor. Ausgewählte Veröffentlichung: Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der »Sarrazindebatte«, Münster 2011 (Hrsg.).

Roman Fröhlich,

Historiker, Doktorand. Ausgewählte Veröffentlichung: »Ein Ghetto mit offenen Toren«, Rezension, in: Rundbrief, H. 3–4/2010, S. 80.

Jonas Gabler,

Dipl.-Politologe, freier Autor. Ausgewählte Veröffentlichung: Die Ultras. Fußballfans und Fußballkulturen in Deutschland, Köln 2010.

Gerd Graw,

Gewerkschafter und Mitglied der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE. Ausgewählte Veröffentlichung: »Wir wollen Problemlösungen, keine Kündigungen!« Eine Region macht mobil: 1.700 Arbeitsplätze bei Alstom in Salzgitter gefährdet, in: betrieb 6 gewerkschaft. Zeitung der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE, Ausgabe Mai 2011, S. 6.

Dr. Horst Helas,

Historiker, Mitglied des Sprecherrates der BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus der Partei DIE LINKE. Ausgewählte Veröffentlichung: Die Grenadierstraße im Berliner Scheunenviertel. Ein Ghetto mit offenen Toren, Berlin 2010.

Stephan Jegielka,

M.A., Historiker, Mitglied in der Partei DIE LINKE. Ausgewählte Veröffentlichung: Der faschistische Werkschutz, Berlin 2012.

Gabriel Kuhn,

Schriftsteller und politischer Aktivist. Er befasst sich in seinen Büchern u. a. mit Anarchismus und Poststrukturalismus. Ausgewählte Veröffentlichung: Straight Edge: Geschichte und Politik einer Bewegung, Münster 2010.

Juliane Lang,

M.A. Gender Studies/Erziehungswissenschaften, Mitarbeiterin bei Dissens e.V. Berlin – Beratung, Bildung, Forschung, Mitglied im Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus. Ausgewählte Veröffentlichung: Straßenkämpferinnen und Schreibtischäterinnen, in: Jugendpolitik, Fachzeitschrift des Deutschen Bundesjugendrings, Ausgabe 1/2012, S. 11–15.

Helge Meves,

geht seit 1976 zum 1. FC Union, Stadionmitbauer und -mitbesitzer, engagiert sich u. a. bei »Schöner Eisern ohne Nazis!«. Tätig in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE. sowie Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin. Ausgewählte Veröffentlichung: Die Chronologie der WASG und ihrer Kooperation mit der Linkspartei.PDS, in: Michael Brie (Hrsg.), Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen, Texte 23, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2005, S. 31–32.

Yves Müller,

M.A., Historiker, freier Mitarbeiter im Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. Ausgewählte Veröffentlichung: Gegen Nazis sowieso. Lokale Strategien gegen rechts, Crashkurs Kommune 6, Hamburg 2012 (zusammen mit Benjamin Winkler).

Holger Raschke,

Studierender der Humangeografie und Soziologie. Beschäftigt sich mit Fan-kulturen und ihren politischen Aus-drucksformen. Ausgewählte Veröffent-lichung: Generator desnice. Stadioni kao poligoni za uvežbavanje militantnih ultradesničara, in: Desni Ekstremizam. Ultradesničarske i neonačisticke grupa-cije na prosturo bivše SFRJ, AKO, 2012.

Dr. Sebastian Reinfeldt,

Politikwissenschaftler, Philosoph und Trainer für DaF. Er lebt und arbeitet in Wien, gehört der Partei DIE LINKE in Berlin an und steht dem forum demo-kratischer sozialismus (fds) nahe. Aus-gewählte Veröffentlichung: Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Popu-lismus, Wien 2000.

Martina Renner,

stellvertretende Vorsitzende und In-nenpolitische Sprecherin der Frakti-on DIE LINKE. im Thüringer Landtag. Ausgewählte Veröffentlichung: Roe-wers Gesellen. Die fragwürdigen Per-sonalentscheidungen des Ex-Chefs des Thüringer Verfassungsschutzes, in: Ramelow, Bodo (Hrsg.), Made in Thü-ringen? Naziterror und Verfassungs-schutzskandal, Hamburg 2012, S. 125–131 (zusammen mit Paul Wellsow).

Prof. Dr. Werner Röhr,

Historiker und Philosoph, u.a. He-rausgeber des Bulletin für Faschis-mus- und Weltkriegsforschung bis zu seiner Einstellung. Ausgewählte Ver-öffentlichung: Rückkehr zur narra-tiven Geschichtsschreibung? Richard Evans opus magnum »Das Dritte Reich«, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 83, September 2010, S. 130–139.

Dr. Ulrich Schneider,

Historiker und Lehrer, ist Generalse-kretär der FIR und Bundessprecher der VVN-BdA. Ausgewählte Veröffent-lichung: Buchenwald. Ein Konzentrati-onslager: Berichte, Bilder, Dokumente, Bonn 2005 (Hrsg. zusammen mit Emil Carlebach und Willy Schmidt).

Prof. Dr. Eva Seeber,

Historikerin, war an der Karl-Marx-Uni-versität Leipzig tätig. Ihre Spezialgebiete sind Internationale Beziehungen und Ost-europa. Ausgewählte Veröffentlichung: Zur letzten kritischen Etappe des Oder-Neiße-Konflikts 1989/1990, in: Gelebte Nachbarschaft, Berlin 2008, S. 49–74.

Jan Tölva,

Soziologe und Journalist aus Berlin. Schreibt u. a. für Jungle World und Neues Deutschland und forscht aktuell zu Männ-lichkeitskonstruktionen bei Fußballfans. Ausgewählte Veröffentlichung: Kein Geld, keine Zuschauer, keine Teams, in: Jungle World, Ausgabe 9, 1. März 2012.

Dr. Günter Wehner,

Historiker, Mitherausgeber und -autor des zwölfbändigen biographischen Lexikons »Widerstand in Berlin gegen das NS-Regime 1933 bis 1945« (trafo Verlag, Berlin). Ausgewählte Veröffent-lichung: Neue Forschungsergebnisse zum antifaschistischen Widerstand – Vorgestellt am gemeinsamen Handeln Greifswalder und Berliner Antifaschis-ten, in: Rundbrief H. 1/2011, S. 59–62.

Julia Wiedemann,

studierte Islamwissenschaft und Po-litikwissenschaft. Tätig in der Bun-desgeschäftsstelle der Partei DIE LIN-KE. Ausgewählte Veröffentlichung: »in Sehnsucht eingehüllt« – Zur Erinnerung an Selma Meerbaum-Eisinger, in: Rund-brief H. 3/2008, S. 86 (Rezension).

Mathias Wörsching,

M.A., Historiker und Politologe. Er schreibt auf www.faschismustheorie.de. Ausgewählte Veröffentlichung: Leis-tungen und Fehlleitungen marxistischer Faschismustheorien aus heutiger Sicht. Einige Vorüberlegungen für eine neue materialistische allgemeine Theorie der Faschismen, in: Rundbrief H. 1/2009, S. 60–67.

Dr. Reiner Zilkenat,

Historiker, Mitglied des Sprecherrates der BAG Rechtsextremismus/Antifa-schismus der Partei DIE LINKE, Vor-standsberater des Förderkreises Ar-chive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Lehrer an ei-ner Berufsfachschule. Ausgewählte Veröffentlichung: »Ein schwarzer Tag für Deutschland!« Die NSDAP und die Reichstagswahlen vom 14. Septem-ber 1930, in: Rundbrief H. 3–4/2010, S. 60–71.

Jüdische Miniaturen Bd. 116



Ita Heinze-Greenberg
Erich Mendelsohn
„Bauen ist Glückseligkeit“
88 Seiten, Broschur, 21 Abb.
ISBN: 978-3-942271-34-9
8,90 €

Jüdische Miniaturen Bd. 123



Elke-Vera Kotowski
Valeska Gert
Ein Leben in Tanz, Film und Kabarett
64 Seiten, Broschur, 10 Abb.
ISBN: 978-3-942271-53-0
6,90 €

Jüdische Miniaturen Bd. 70



Hermann Simon, Deborah Simon
Jüdische Familienrezepte
Ein Kochbuch
56 Seiten, Broschur, 0 Abb.
ISBN: 978-3-942271-16-5
5,90 €

Jüdische Miniaturen Bd. 94



Klaus Völker
Peter Zadek
Mit dem „Fertigen“ gab er sich nicht
zufrieden
72 Seiten, Broschur, 12 Abb.
ISBN: 978-3-941450-18-9
6,90 €

Jüdische Miniaturen Bd. 44



Daniela Gauding, Hermann Simon
Die Neue Synagoge Berlin
„... zum Ruhme Gottes und zur
Zierde der Stadt“
120 Seiten, Broschur, 23 Abb.
ISBN: 978-3-942271-25-7
9,90 €

Jüdische Miniaturen Bd. 108



König, Prauss, Tobies
Margarete Kahn, Klara Löbenstein
Mathematikerinnen – Studienrätin-
nen – Freundinnen
80 Seiten, Broschur, 24 Abb.
ISBN: 978-3-942271-23-3
8,90 €

**HENTRICH
& HENTRICH**

Hentrich & Hentrich Verlag Berlin | Wilhelmstraße 118 | D-10963 Berlin
info@hentrichhentrich.de | www.hentrichhentrich.de

Progressive Literatur Verlag Wiljo Heinen

Christiane Barckhausen

Tina Modotti

Den Mond in drei Teile teilen

Biographische Skizze

»Fotografin und Revolutionärin« taufte man Tina Modotti seit den siebziger Jahren.

Christiane Barckhausen näherte sich dieser beeindruckenden »Frau des 20. Jahrhunderts« aus dem mit ihr empfundenen Widerstreit zwischen Kampf und Kunst. Tina Modotti lebte beides.

Tb., 152 Seiten, 12,- € ISBN 978-3-939828-88-4
(auch als eBook für kindle, iBooks, ePUB zum Preis von 3,99 €)



Herbert Meißner

Trotzki und Trotzismus – gestern und heute

Eine marxistische Analyse

Erstmalig wird in der linken Literatur dieser Gesamtkomplex kritisch und sachlich, frühere Verleumdungen und Fälschungen korrigierend, andererseits Überhöhungen relativierend durchleuchtet. Dabei wird viel Information geboten, aber auch zum Nach- und Neudenken angeregt.

Tb., 192 Seiten, 13,50 € ISBN 978-3-939828-82-2
(auch als eBook für kindle, iBooks, ePUB zum Preis von 3,99 €)



Erich Buchholz

Das DDR-Justizsystem – das beste je in Deutschland?

War das DDR-Justizsystem »das beste je in Deutschland«? Was wäre der Maßstab, um eine solche Aussage zu treffen?

In diesem Buch untersucht der Autor die durch die jeweiligen Verfassungsgesetze, Gerichtsverfassungsgesetze und Prozessordnungen juristisch bestimmte Struktur der Justiz in beiden deutschen Staaten.

Tb., 398 Seiten, 18,- € ISBN 978-3-939828-94-5



Rundbrief **CALL FOR PAPERS**

AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE

Der Rundbrief erscheint bei Bedarf, in der Regel einmal je Quartal, und wird herausgegeben von der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.

Gegenstand der Rundbriefe sind Analysen, Erfahrungen, Nachrichten, Rezensionen und Untersuchungen zum Thema Rechtsextremismus und rechter Zeitgeist. Damit soll die antifaschistische Arbeit demokratischer Organisationen und interessierter Personen unterstützt werden.

Die Herausgeberinnen und Herausgeber laden zur Einsendung von Beiträgen und Rezensionen zu den Themen Rechtsextremismus, Antifaschismus, Geschichte des deutschen und internationalen Faschismus sowie der Arbeiterbewegung ein. Außerdem sollen thematische Schwerpunkte die antifaschistische Debatte befördern helfen und neue Forschungsfelder erschließen. Schwerpunkt des Heftes 3+4/2012 ist:

Die nationalsozialistische Machtübernahme 1933

(Rundbrief, Heft 3+4/2012)

30. Januar 1933: Temperaturen weit unter dem Gefrierpunkt, ganz Deutschland wird von einem eisigen Winter heimgesucht. Am Abend des marschieren tausende SA wie SS-Männer, Hitlerjungen und Stahlhelm-Angehörige durch das Brandenburger Tor in der Reichshauptstadt. Innerhalb der folgenden Monate nach Hitlers »Krönung« zum Reichskanzler werden Parteien und Gewerkschaften verboten, politische Gegner ermordet, der Antisemitismus wird Staatsräson.

Der Schwerpunkt fragt nach den Ursachen und unmittelbaren Auswirkungen der nationalsozialistischen Machtübernahme: Wurde die erste Demokratie auf deutschem Boden tatsächlich von den rechten wie linken Extremen zerrieben, wie die konservative Geschichtsschreibung uns weis machen will? Inwiefern bestimmten die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen und die Militarisierung der Politik das Zeitgeschehen? Wie wurde die Nachricht von Hitlers Ernennung zum Reichskanzler in Stadt und Land, bei

Arbeitern und Angestellten, bei Protestanten und Katholiken, bei Alten und Jungen aufgenommen? Warum vollzog sich die Niederschlagung jedweden Widerstandes so relativ reibungslos? Wo bewiesen Menschen trotzdem Mut und Eigen-Sinn? Welche Reibungen verursachte die Machtübernahme in den Ämtern, bei der Polizei, Justiz usw.?

Andere, vielleicht spannendere, Fragen zu beantworten, ersucht die Redaktion des »Rundbrief« Historiker/innen, Kultur-, Literatur- und Sozialwissenschaftler/innen usw. um Einreichung von Abstracts.

Alle Interessierten sind aufgerufen, ein maximal 500 Zeichen (inklusive Leerzeichen) umfassendes Abstract zuzusenden.

Abgabetermin für Abstracts: 15. August 2012

Die Beiträge sollen die Länge von 30.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) nach Möglichkeit nicht überschreiten. Bitte beachten Sie auch die Hinweise für Autorinnen und Autoren bezüglich der Zitierweise, die Ihnen auf Nachfrage gerne zugesandt werden.

Abgabetermin für Beiträge: 30. September 2012

Außerdem bitten wir um Rezensionen zu diesem oder verwandten Themen. Die Rezensionen sollen die Länge von 7.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) nach Möglichkeit nicht überschreiten. Auch hier beachten sie bitte unsere Hinweise für Autorinnen und Autoren.

Abgabetermin für Rezensionen: 30. September 2012

Abstracts, Beiträge sowie Rezensionen sind bitte als .doc per E-Mail an die Redaktion zu senden.

E-Mail: r.zilkenat@gmx.net

V.i.S.d.P. Dr. Reiner Zilkenat
Kleine Alexanderstraße 28 · 10178 Berlin
Telefon 030 24009-236 · Telefax 030 24009-215
Layout und Satz: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation



Rundbrief ISSN 1864-3833

Der Rundbrief erscheint bei Bedarf, in der Regel einmal je Quartal, und wird herausgegeben von der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.
V.i.S.d.P. Dr. Reiner Zilkenat

Adresse: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030 24009-236
Telefax: 030 24009-215
E-Mail: r.zilkenat@gmx.net

Gegenstand der Rundbriefe sind Analysen, Erfahrungen, Nachrichten, Rezensionen und Untersuchungen zum Thema Rechtsextremismus und rechter Zeitgeist. Damit soll die antifaschistische Arbeit demokratischer Organisationen und interessierter Personen unterstützt werden. Der Rundbrief ist über die AG zu beziehen. Zuschriften und Beiträge sind willkommen.
Layout und Satz: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation

Reihe Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus



Klaus Kinner
Band 1
Die Weimarer Zeit
240 S., geb., 19,90 Euro
ISBN 978-3-320-01979-2
Band I der Reihe



Klaus Kinner/Elke Reuter
Band 2
Gegen Faschismus und Krieg (1933-1939)
320 S., geb., 19,90 Euro
ISBN 978-3-320-02062-0
Band V der Reihe



Klaus Kinner
Band 3
Im Krieg (1939-1945)
424 S., geb., 29,90 Euro
ISBN 978-3-320-02149-8
Band VIII der Reihe



Günter Benser
Band 4
Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/46)
308 S., geb., 24,90 Euro
ISBN 978-3-320-02150-4
Band IX der Reihe



Hans Coppi/Stefan Heinz (Hrsg.)
Der vergessene Widerstand der Arbeiter
Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzlisten, Anarchisten und Zwangsarbeiter
382 S., geb., 18 Abb., 29,90 Euro
ISBN 978-3-320-02264-8
Band XVI der Reihe



»Brüsseler Konferenz«
der KPD von 1935
Hrsg. von Günther Fuchs/Erwin Lewin/Elke Reuter/Stefan Weber
ISBN 978-3-320-02009-5
Band II der Reihe, wird zusammen mit Band V ausgeliefert

auf
CD-ROM



Rosa Luxemburg
Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes
Hrsg. von Klaus Kinner/Helmut Seidel
336 S., geb., 19,90 Euro
ISBN 978-3-320-02031-6
Band III der Reihe



LUXEMBURG oder STALIN
Schaltjahr 1928
Die KPD am Scheideweg
Hrsg. von Elke Reuter/Wladislaw Hedeler/Horst Helas/Klaus Kinner
304 S., geb., mit Dokumenten-CD, 19,90 Euro
ISBN 978-3-320-02038-5
Band IV der Reihe



»Die Wache ist müde«
Neue Sichten auf die russische Revolution von 1917 und ihre Wirkungen
Hrsg. von Wladislaw Hedeler/Klaus Kinner
416 S., geb., 24,90 Euro
ISBN 978-3-320-02140-5
Band VI der Reihe



Ralf Hoffrogge
Richard Müller
Der Mann hinter der Novemberrevolution
Vorwort von Wolfgang Wippermann
240 S., geb., 19,90 Euro
ISBN 978-3-320-02148-1
Band VII der Reihe



Alexander Vatlin
Die Komintern
Gründung, Programmatik, Akteure
368 S., geb., 29,90 Euro
ISBN 978-3-320-02172-6
Band X der Reihe



Klaus Kinner (Hrsg.)
DIE LINKE - Erbe u. Tradition
Teil 1: Kommunistische und sozialdemokr. Wurzeln
ISBN 978-3-320-02212-9
Teil 2: Wurzeln des Linkssozialismus
ISBN 978-3-320-02213-6
320 S., geb., 24,90 Euro
Band XI und XII der Reihe



Wolfgang Schröder
Leipzig - die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung
Wurzeln und Werden des Arbeiterbildungsvereins 1848/49 bis 1878/81
480 S., geb., 29,90 Euro
ISBN 978-3-320-02214-3
Band XIII der Reihe



Jürgen Mothes
Lateinamerika und der »Generalstab der Weltrevolution«
Zur Lateinamerika-Politik der Komintern
Hrsg. Klaus Meschkat
264 S., geb., 24,90 Euro
ISBN 978-3-320-02235-8
Band XIV der Reihe



Gerhard Engel
Johann Knief - ein unvollendetes Leben
464 S., geb., 25 Abb.
29,90 Euro
ISBN 978-3-320-02249-5
Band XV der Reihe